



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2011

**Gironde-Verfassungsentwurf aus der französischen Revolution vom 15./16.
Februar 1793: deutschsprachige Übersetzung mit einer Einleitung und
kommentierenden Anmerkungen**

Kley, Andreas ; Amstutz, Richard

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-53261>

Monograph

Originally published at:

Kley, Andreas; Amstutz, Richard (2011). Gironde-Verfassungsentwurf aus der französischen Revolution vom 15./16. Februar 1793: deutschsprachige Übersetzung mit einer Einleitung und kommentierenden Anmerkungen. Zürich/Baden-Baden: Dike/Nomos.

Vorwort

Der republikanische Gironde-Entwurf ist nie zu einem rechtlich verbindlichen Dokument geworden. Dieser Entwurf setzt die Ideen der Aufklärungsphilosophen in einem europäischen Grossstaat in die Realität eines Verfassungsentwurfs um. Er weist innovative Ideen auf, die sich erst im Nachhinein als zukunftsfähig erwiesen.¹ Die erste Verfassung, die sich wesentlich aus seinen Ideen bestimmt, war die vom Volk in Urversammlungen in Paris (2. bis 4. Juli 1793) und auf dem Land (14. bis 22. Juli 1793) angenommene, aber nie in Kraft gesetzte Montagnard-Verfassung vom 24. Juni 1793.

Äussere Umstände verhinderten, dass der Gironde-Entwurf in Kraft treten konnte. Es ist allerdings fraglich, ob die Verfassung auch bei günstigen Umständen hätte wirklich funktionieren können. Die teils zu mathematisch konstruierten Systeme Condorcets² – dem eigentlichen Vater des Entwurfs – führten zu komplexen Verhältnissen.

Die Analysen zu diesem Verfassungswerk sind eher spärlich. Selbst die Dissertation Gasnier-Duparcs, welche sich direkt damit befasst, begnügt sich vorwiegend mit einer wörtlichen Wiedergabe des Verfassungstextes – welcher zudem nicht der «offiziellen Version» entspricht –, des einleitenden Berichtes und wenigen Kommentaren aus den Diskussionen im Nationalkonvent.

¹ So etwa das Widerstandsrecht, die kollegiale Exekutive und die Instrumente der direkten Demokratie.

² Marie Jean Antoine Nicolas de Caritat, Marquis de Condorcet, oder kurz: Nicolas de Condorcet, 1743 – 1794. Mathematiker, Philosoph und Politologe. Theorien und Untersuchungen zu Wahlsystemen. Unterstützte in der Revolutionszeit gemässigte liberale Bestrebungen, 1791 in die Nationalversammlung gewählt.

Es ist nicht das Ziel dieses Buches, den Verfassungstext eingehend zu analysieren³. Die folgenden Erläuterungen sollen dem interessierten Leser hauptsächlich das Verständnis des eigentlichen Textes und seiner Entstehungsumstände, sowie dieser Übersetzung erleichtern. Da es sich um einen blossen Entwurf handelt, gibt es keine Praxis. Gerade diese Ausgangslage macht es so reizvoll, sich mit dem Text auseinanderzusetzen, denn stets bleibt das Nachdenken darüber auch kreative Spekulation.

Eine moderne, vollständige und greifbare deutsche Übersetzung des Verfassungsentwurfs vom 15./16. Februar 1793 gab es bisher nicht. Diese Publikation schliesst damit eine Lücke.

Andreas Kley / Richard Amstutz

Dank

Die Übersetzung beruht auf Vorarbeiten meiner früheren Assistenten Dr. iur. Esther Tophinke und Dr. iur. Petros Evangelides. Richard Amstutz hatte diese benützt um daraus die endgültige Version zu erarbeiten. Ich danke allen drei Personen für die wertvolle Arbeit und Herrn Dr. Evangelides auch für das Korrekturlesen der Einleitung. Den Herausgebern, Prof. Dr. Lukas Gschwend, Prof. Dr. René Pahud de Mortanges danke ich für die Aufnahme in die Reihe und den Herren Werner Stocker und Bénon Eugster vom Dike Verlag Zürich/St. Gallen für die angenehme Zusammenarbeit.

Andreas Kley

³ Die Einleitung entwickelt die Gedanken weiter, die in Kley, S. 137 ff. skizziert sind.

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung	1
1. Demontage der Monarchie	1
1.1 Die Verfassung der konstitutionellen Monarchie	1
1.2 Revolutionskriege	3
1.3 Sturz des Königs	3
1.4 Politisches Programm der Girondisten	4
1.5 Regierung durch den vorläufigen Vollzugsrat	5
2. Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs	7
2.1 Legitimation des Verfassungskonvents	7
2.2 Die «Parteien» des Verfassungskonvents	9
2.3 Einsetzung und Arbeiten des Verfassungskomitees	10
2.4 Würdigung der Arbeit des Komitees und Wirkung	13
3. Erklärung der Menschenrechte	15
3.1 Systematik	15
3.2 Sozialrechte	17
3.3 Widerstandsrecht	18
4. Grundzüge der errichteten Institutionen	20
4.1 Die Verfassung eines tugendhaften Volkes – die gesellschaftliche Garantie	20
4.2 Die gesetzgebende Körperschaft und der Vollzugsrat	22
4.3 Die Judikative	22
4.4 Auseinandersetzung um das Zweikammersystem	23
4.5 Föderalismus und Unitarismus	24
5. Instrumente der Demokratie	24
5.1 Stimmrecht, Wahl- und Abstimmungssystem	24
5.2 Wahlrechte sowie Ausgestaltung der Ämter	26
5.3 Direktdemokratische Rechte	26
6. Vom Gironde-Entwurf zur Montagnard-Verfassung	30
6.1 Erarbeitung der Montagnard-Verfassung	30
6.2 Verhaftung und Hinrichtung der Girondisten	32
6.3 Politisches Programm der Jakobiner	33
6.4 Die Verfassung vom 24. Juni 1793 und ihr Schicksal	34
7. Zum Text des Entwurfs	35
7.1 Verwendete Version	35
7.2 Weitere gedruckte Versionen	35
7.3 Transkription der französischen Fassung	37
7.4 Bemerkungen zur deutschen Übersetzung	37
Literaturverzeichnis	40

II. Bericht zum Verfassungsentwurf in französischer Sprache	43
<i>Exposition des principes et des motifs du plan présenté à la Convention Nationale, par le comité de constitution</i>	<i>43</i>
III. Gironde-Verfassungsentwurf in deutscher und französischer Sprache	87
<i>Inhaltsverzeichnis des Entwurfs</i>	<i>87</i>
IV. Grafiken zum Gironde-Verfassungsentwurf	207

I. Einleitung

1. Demontage der Monarchie

1.1 Die Verfassung der konstitutionellen Monarchie

Ludwig XVI. «akzeptierte die revolutionären Errungenschaften nur zum Schein»⁴. Er hatte sich mehr Zugeständnisse abringen lassen, als er zugestehen wollte, und träumte – wohl nicht zuletzt auch unter dem Einfluss seiner Frau Marie-Antoinette – davon, die Entwicklung rückgängig zu machen, und zwar notfalls mit Hilfe des Auslands und der französischen Adligen, die bereits ins Ausland emigriert waren. Freilich: Er dachte nur an die Wiederherstellung des vorrevolutionären *Ancien Régime* – die Einsicht, dass die ständische Ordnung mit dem Monarchen an der Spitze nicht aufrecht erhalten werden konnte, ging ihm ab. Ständische Privilegien erschienen ihm noch immer als gottgegebenes Recht.

Am 21. Juni 1791 scheiterte die Flucht des Königs und seiner Familie. Louis XVI. hatte sich zu den im Osten Frankreichs versammelten Gegnern der Revolution flüchten wollen. In Varennes erkannte man ihn in einer Posthalterei und die Nationalgarde brachte ihn nach Paris zurück⁵, wo ihn das Volk mit eisigem Schweigen empfing. Der König war nun politisch vollends entmachteter.

Die Abschaffung der Monarchie wurde offen diskutiert. Eine am 17. Juli 1791 auf dem Champ de Mars stattfindende Versammlung, welche die Einführung der Republik forderte, löste die Nationalgarde gewaltsam auf; es gab Tote⁶. Nicht nur die Breite der antimonarchischen Bewegung war so sichtbar geworden; vielmehr war mit den Ereignissen auf dem Marsfeld auch der Bruch vollzogen zwischen der demokratisch-republikanischen Linken (den «Clubs» der Jacobins und der Cordeliers) und den sog. Modérés bzw. dem Club der Feuillants, die eher eine konstitutionelle Monarchie nach britischem Vorbild realisieren wollten.

⁴ Kuhn, S. 80.

⁵ Vgl. Kuhn, S. 80.

⁶ Vgl. Kuhn, S. 80 f.

Am 3. September 1791 verkündete die Nationalversammlung die neue Verfassung, ein Kernstück der ersten Revolutionsphase. Sie verankerte eine konstitutionelle Monarchie. Das französische Volk bestand neu aus Bürgern «citoyens» statt Untertanen «sujets». Dementsprechend sprach man vom König auch nicht mehr als vom «Roi de France» sondern vom «Roi des Français».⁷ Die Erbmonarchie bestand fort, doch der König galt nicht mehr als von Gott eingesetzt. Er hatte den Treueid auf die Nation und die Verfassung zu leisten und unterstand dem Gesetz.

Seine Autorität hatte der König schon vor Inkraftsetzung der neuen Verfassung eingebüsst. Demgemäss war ihm innerhalb der neuen Staatsordnung mit der Rolle des obersten Repräsentanten der Exekutive auch nur noch die Funktion als «Automat der Verfassung» zugedacht.⁸ Immerhin besass er aber ein (suspensives) Veto gegen Parlamentsbeschlüsse (mit Ausnahme reiner Finanzgesetze). Die häufige Einlegung dieses königlichen Vetos sollte in der Folge zu permanenten Spannungen führen.⁹

Die neue Verfassung verwirklichte das Prinzip der Gewaltentrennung, wobei die Legislative gegenüber der Exekutive überwog.¹⁰ Das Volk wählte die *Assemblée nationale* als einkammrige Legislative alle zwei Jahre in indirekter Zensuswahl. Entgegen der Gleichheitsforderung waren nur Aktivbürger (d.h. besitzende Männer über 25 Jahren) wahlberechtigt. Das Frauenwahlrecht bestand nicht.

Am 1. Oktober 1791 nahm die verfassungsgemäss gewählte *Assemblée nationale législative* ihre Arbeit auf.¹¹ Die Mitglieder der aufgelösten *Assemblée nationale constituante* durften nicht mehr für die Parlamentswahlen kandidieren, was den Aufbau einer konstitutionellen Tradition erschwerte. Das neue Parlament teilte sich in ein rechtes (Feuillants, gemässigtes Bürgertum, Befürworter einer konstitutionellen Monarchie) und ein linkes (Girondisten, Republikaner) Lager, dazwischen gab es eine grosse Menge Unentschlossener. Die parlamentarische Mehrheit war monarchisch eingestellt, votierte aber klar zu Gunsten der Interessen des Besitzbürgertums. Die «Déclaration des droits de l'homme et du citoyen» erfuhr damit eine klare Fortsetzung.

⁷ Kölz, S. 73; Hartmann, S. 61.

⁸ Vgl. Hartmann, S. 61 ff.

⁹ Hartmann, S. 64.

¹⁰ Vgl. Hartmann, S. 61 ff.

¹¹ Kuhn, S. 82.

1.2 Revolutionskriege

Der Ausbruch der Revolution versetzte die Nachbarländer Frankreichs in verständliche Aufregung, befürchteten sie doch eine Aufnahme der revolutionären Ideen in ihren eigenen Ländern¹². Preussen und Österreich reagierten auf diese Bedrohung mit einem gegenseitigen Bündnis. Das trieb Frankreich in die ausenpolitische Isolation. Als «Ausweg» aus der innenpolitischen Krise bot sich die Flucht in den Krieg an. Monarchisten und der König selbst erhofften insgeheim eine Niederlage der Revolutionäre und damit die Rettung der Monarchie. Unter den Revolutionären setzten sich besonders die Girondisten für den Krieg ein: Sie wollten die Ideen der Revolution exportieren. So kam es zu einer unheiligen Allianz, und am 20. April 1792 erklärte die Nationalversammlung Österreich den Krieg. Damit begann eine ganze Reihe von Kriegen¹³.

Preussische Verbände drangen im Sommer 1792 auf französisches Gebiet vor. Frankreich steckte empfindliche Niederlagen ein, was nicht erstaunlich war, hatten doch viele adlige Offiziere das revolutionäre Frankreich verlassen. Nur weil Russland im Frühsommer 1792 in Polen einmarschiert war, wurde der preussisch-österreichische Vormarsch in Frankreich gestoppt; Polen war wichtiger als der Krieg in Frankreich, um dort ein marodes Königtum zu retten¹⁴.

1.3 Sturz des Königs

Die materielle Not der Bevölkerung, die militärischen Niederlagen, aber auch die Angst vor adligen Komplotten und einer Gegenrevolution hielten die revolutionäre Stimmung in Frankreich aufrecht. Der König wandte sich mit seinem Veto gegen Parlamentsbeschlüsse zur Verstärkung der Verteidigungskraft. Nach dem preussischen Einmarsch erklärte die *Assemblée nationale législative* am 11. Juli 1792 das Vaterland in Gefahr¹⁵. Alle Behörden tagten permanent, man berief alle Nationalgardisten ein und hob neue Freiwilligenverbände aus¹⁶.

¹² Vgl. Kuhn, S. 82 ff.

¹³ Kley, S. 138 f.

¹⁴ Kley, S. 139.

¹⁵ Grab, S. 105; Kuhn, S. 88.

¹⁶ Grab, S. 105 f.

Der Volksbewegung gingen diese Massnahmen angesichts der Bedrohung zu wenig weit. Am 10. August 1792 stürmte das Pariser Volk, angestachelt von der Parlamentslinken der sog. «Montagne», die Tuilerien, das Stadtschloss des Königs. Louis XVI. stellte sich unter den Schutz der gesetzgebenden Versammlung und befahl den 900 Schweizer Söldnern, die die Tuilerien verteidigten, den Kampf einzustellen. Zwei Drittel von ihnen kamen in der Folge ums Leben. Am Nachmittag desselben 10. August fasste die Assemblée nationale législative den Beschluss, den König seiner Funktionen zu entheben und die Regierung einem sechsköpfigen Conseil provisoire exécutif zu übertragen¹⁷. Die Abgeordneten übernahmen sofort eine neue Spruchformel für den Treueid, der fortan im Namen der Nation zu leisten war.¹⁸ Diese vorderhand kleine Anpassung ersetzte de facto den König durch «die Nation»; er hatte seine Notwendigkeit überlebt. Anschliessend sollte das französische Volk eine neue Convention nationale wählen, die eine künftige Verfassung zu erarbeiten hätte. Die seit weniger als einem Jahr in Kraft stehende Verfassung war damit aufgelöst und die Monarchie beendet¹⁹.

1.4 Politisches Programm der Girondisten

Viele Abgeordnete der Girondisten stammten aus bürgerlichen Familien im Departement Gironde mit der Hauptstadt Bordeaux. Sie vertraten den wohlhabenden Teil des *Tiers Etat*, waren Anhänger des wirtschaftlichen Liberalismus und setzten sich für eine kompromisslose Handels- und Gewerbefreiheit ein. Im Geist der französischen Aufklärung vertraten sie eine atheistische Haltung. Ihre herausragendsten Vertreter waren u. a. der Strafrechtler und Journalist Jacques-Pierre Brissot (1754 – 1793) und der Voltaire-Herausgeber Antoine Nicolas Marquis de Condorcet (1743 – 1793). Condorcet, der mit dem Generalinspektor der Finanzen Turgot befreundet war, trat für eine progressive Einkommenssteuer, eine soziale Ausgleichskasse, die Geburtenkontrolle (wegen der Ernährungsengpässe) und das Frauenstimmrecht ein.

Die Girondisten versuchten sich gegenüber der Bergpartei (Montagnards, so benannt, weil ihre Mitglieder im Konventssaal zuoberst, auf dem Berg [montagne], sassen) zu profilieren. Diese setzte sich in erster Linie aus Abgeordne-

¹⁷ Hartmann, S. 64; Grab, S. 115 f.; Kuhn, S. 89.

¹⁸ Aulard, S. 215.

¹⁹ Kley, S. 139.

ten der Kommune Paris zusammen und rekrutierte sich aus dem Jakobinerklub²⁰.

1.5 Regierung durch den vorläufigen Vollzugsrat

Die Exekutivgewalt des abgesetzten Königs ging an den vorläufigen Vollzugsrat (*Conseil exécutif*) über. Dieser liess einen Nationalkonvent (*Convention nationale*, 21. September 1792 bis 26. Oktober 1795) zur Ausübung der Souveränität und zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung wählen. Das Zensuswahlrecht war aufgehoben und das allgemeine Männerwahlrecht eingeführt. Der «Beschluss über das allgemeine Männerwahlrecht», noch von der alten Nationalversammlung gefasst (11. August 1792), bestimmte²¹:

«Da die Nationalversammlung in dem Augenblick, in dem sie feierlich den Schwur auf Freiheit und Gleichheit abgelegt hat, an diesem Tag die Anwendung eines für das Volk ebenso heiligen Grundsatzes sicherstellen will, verfügt sie, dass in Zukunft und vor allem für die Bildung des kommenden Nationalkonvents jeder französische Bürger, der 25 Jahre alt ist, seit einem Jahr einen festen Wohnsitz inne hat und von dem Ertrag seiner Arbeit lebt, berechtigt sein wird, in den Gemeindeversammlungen und in den Urwählerversammlungen mitabzustimmen, so wie jeder andere aktive Bürger und ohne irgend welchen Unterschied».

Zu diesem Zeitpunkt trat auch auf militärischem Gebiet eine überraschende Wende ein: Am 20. September 1792 siegte die französische Revolutionsarmee in der Kanonade von Valmy über die Invasionstruppen²². Das sollte ein Wendepunkt des Krieges sein. Die gegenrevolutionären Truppen traten den Rückzug an. Johann Wolfgang von Goethe, der an der Invasion in Frankreich teilnahm, erklärte, von seinen Kameraden um seine Meinung zu diesem Ereignis gebeten: «Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen» (Kampagne in Frankreich, Eintrag vom 19. September 1792).

²⁰ Vgl. Kley, S. 139 f.

²¹ Vgl. Kuhn, S. 226.

²² Vgl. Kuhn, S. 89.

Der neugewählte Nationalkonvent trat beinahe gleichzeitig, am 21. September 1792, erstmals zusammen und fasste folgende Beschlüsse²³:

- *Einführung des obligatorischen Verfassungsreferendums*

Gleich nach dem Zusammentreten beschloss der Nationalkonvent²⁴:

«1. Es kann keine andere Verfassung geben als jene, die durch das Volk angenommen worden ist».

Damit sollte ein wichtiges Prinzip des Verfassungsstaates formuliert werden; der verfassungsgebende Konvent unterwarf die von ihm ausgearbeitete Verfassung dem Referendum. Daraus kann man umgekehrt erschliessen, dass der Konvent die Verfassung von 1791 als illegitim ansah.

- *Abschaffung der Monarchie*

Am gleichen Tag ergriffen in der Debatte Redner das Wort:

«*Der Abgeordnete Couthon*: [...] Nun denn! Lasst uns einen Eid auf die Souveränität des Volkes ablegen, seine unteilbare Souveränität; geloben wir unversöhnlichen Hass dem Königtum, der Diktatur, dem Triumvirat und jeder Art persönlicher Machtentfaltung, die sich zum Ziele setzt, diese Souveränität in irgendeiner Weise zu ändern oder einzuschränken. (Beifall.) [...]

Abgeordneter Collot d'Herbois: Ihr habt soeben einen weisen Beschluss gefasst, doch steht da noch einer an, den ihr nicht auf morgen vertagen dürft, den ihr auch nicht auf heute Abend aufheben könnt, einen Beschluss, den ihr sofort erlassen müsst, wollt ihr keinen Verrat am Willen der Nation begehen; ich meine die Abschaffung des Königtums. (Allgemeiner Applaus.) [...]»²⁵.

Das Dekret über die Abschaffung des Königtums vom 21./22. 9. 1792:

²³ Vgl. Kley 140 f. m. w. H.; Grab, S. 125.

²⁴ Godechot Jacques, *Les Constitutions de la France depuis 1789*, Paris 1995, S. 79, unsere Übersetzung; Grab, S. 125.

²⁵ Lautemann Wolfgang / Schlenke Manfred (Hrsg.), *Geschichte in Quellen*. Bd. 4: Amerikanische und Französische Revolution, München 1981, S. 319.

«Der Nationalkonvent dekretiert einstimmig, dass das Königtum in Frankreich abgeschafft wird»²⁶.

- *Die eine und unteilbare Republik*

Die Erklärung über die Einheit und Unteilbarkeit der Französischen Republik vom 25. September 1792 lautete wie folgt:

«Der Nationalkonvent erklärt, dass die Französische Republik eins und unteilbar ist»²⁷.

- *Hinrichtung des Königs*

Dem König wurde ab dem 11. Dezember 1792 vor dem Nationalkonvent der Prozess gemacht²⁸. Damit machten sich die Abgeordneten zu Richtern und hoben im negativen Vorgriff auf die neue Verfassung die Gewaltenteilung auf. Am 16./17. Januar 1793 erklärt der Konvent und nicht etwa ein Gericht «Louis Capet» mit 387 gegen 334 Stimmen für schuldig, sich gegen die öffentliche Freiheit und die nationale Sicherheit verschworen zu haben und verurteilte ihn zum Tod. Am 21. Januar 1793 starb «Louis le dernier» unter der Guillotine²⁹.

2. Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs

2.1 Legitimation des Verfassungskonvents

Nach der Hinrichtung des Königs setzte die Assemblée nationale législative der 1791er Verfassung einen Verfassungskonvent ein, aus welchem der Gironde-Verfassungsentwurf als erster von drei Verfassungstexten³⁰ hervorging.

Die Legitimation dieses Konvents war schon bei den Zeitgenossen zur Zeit seiner Einsetzung umstritten. Zum einen war die Assemblée nationale, die sich als «Constituante» erachtete, verfassungsrechtlich nicht dazu legitimiert³¹. Der

²⁶ Grab, S. 125.

²⁷ Grab, S. 125.

²⁸ Vgl. Kuhn, S. 91.

²⁹ Vgl. Kley, S. 141; Kuhn, S. 91 f.

³⁰ Nach dem Gironde-Entwurf kam es zur nie in Kraft gesetzten Verfassung vom 24.6.1793 (Montagnard-Verfassung) und zur Directoire-Verfassung.

³¹ Gasnier-Duparc, S. 18, der dabei auch Faustin-Hélie zitiert.

Verfassungskonvent war nämlich nicht im Verfahren gewählt worden, welches die Verfassung von 1791 für Verfassungsrevisionen vorgab. Da die Verfassung von 1791 jedoch aufgrund der Umstände vom Verfassungsgeber nicht mehr als gültig anerkannt wurde, bestand für die damalige «Constituante» kein Zweifel, dass ihr Tun legitim war. Gasnier-Duparc findet die Rechtfertigung dafür in der Tatsache, dass ausserordentliche Umstände vorlagen. Der Sturz Louis XVI war der Beweis, dass die Verfassung von 1791 nicht mehr funktionierte und somit keine verfassungsmässigen Mittel mehr vorlagen, um eine Revision herbeiführen zu können.³² Es ging vielmehr darum, einem nicht mehr funktionierenden Staat, der von aussen und von innen in seinem Bestehen bedroht war, eine Ordnung zu geben, um den vollständigen Kollaps der noch bestehenden Institutionen zu verhindern.

Weiter rief das Dekret vom 11. August 1792³³ alle Franzosen auf, einen Verfassungskonvent zu bilden. Das Wort «Konvent» ist dem politischen Wortschatz der USA entlehnt und bezeichnet präzise eine staatsgründende Versammlung. Eine solche Urversammlung kann entsprechend keinen Rechtsvorgänger haben.³⁴

Die Umstände der Einberufung des Konvents waren ungünstig. Bedroht durch die immer weiter ins Landesinnere marschierende preussische Armee, beschloss der provisorische Exekutivrat sämtliche Gegenrevolutionäre, die in den Gefängnissen von Paris sassen, hinzurichten. Dieses «Septembereinsatz» führte dazu, dass sich nur etwa 10 Prozent³⁵ der französischen Bevölkerung an den, während den Hinrichtungen stattfindenden, Wahlen in den Verfassungskonvent beteiligten. Durch den zweistufigen Wahlgang wurden ausserdem praktisch nur Bürger des dritten Standes in den Konvent gewählt, während die breite Volksmasse nach wie vor keinen politischen Einfluss hatte³⁶. Die Repräsentativität des Konvents ist nach heutigen Massstäben folglich fraglich.

³² Vgl. Gasnier-Duparc, S. 19 f.

³³ Décret relatif à la formation des assemblées primaires pour le rassemblement de la Convention nationale.

³⁴ Duguit / Monnier, 2. Auflage S. XXVI.

³⁵ Hartmann, S. 64; nach Aulard, S. 244 f., haben sich im Departement Gard 25 Prozent beteiligt, während es in den anderen Landesgegenden alle Bürger waren, welche sich um die öffentliche Sache kümmerten. Vgl. auch Gasnier-Duparc, S. 10 f., der sich auf diese Belegstelle stützt.

³⁶ Vor allem Marat und Robespierre wandten sich gegen das zweistufige Wahlsystem; vgl. dazu Aulard, S. 256 f.

Nichts desto trotz hat der Konvent – in der Zeit seines Bestehens und in wechselnder Zusammensetzung – über drei Verfassungstexte befunden.³⁷

2.2 Die «Parteien» des Verfassungskonvents

Die Abgeordneten des Verfassungskonvents können in drei Gruppierungen aufgeteilt werden. Zwischen den beiden konkurrierenden «Parteien» der Girondisten und Jakobiner gab es die grosse Gruppe der Moderaten, die einmal die eine, einmal die andere Seite unterstützten.

Die Girondisten – so benannt nach dem Ursprung ihrer bekanntesten Mitglieder, des Departements Gironde – bildeten, zusammen mit einigen Moderaten, die Mehrheit des Konvents bis zu ihrer Verfolgung im Mai 1793. Sie waren gebildete Theoretiker, Idealisten und Philosophen, Vertreter des liberalen Bürgertums. Nach ihren internen Strömungen nannte man die Girondisten auch Brissotins oder Rolandisten. Sie waren grundsätzlich föderalistisch eingestellt. Im Gegensatz zu ihren Gegenspielern, den Jakobinern, waren sie schon vor der Bildung des Verfassungskonvents organisiert; von einer eigentlichen Partei kann jedoch nicht gesprochen werden; viel eher von einer Gruppierung. Zu den wichtigsten Girondisten gehörten Vergniaud, Brissot, Gensonné, Buzot, Barbaroux, Petion und Lanjuinais. Bevor Condorcet zu einem der bekanntesten Girondisten wurde, sah man ihn als Jakobiner an.³⁸

Die Jakobiner waren 1793 eine lose organisierte Gruppierung von Abgeordneten, von welchen die meisten der «Société des amis de la Constitution» angehörten, die im Jakobinerkloster in St-Honoré ihren Hauptsitz hatte. Hervorgehend aus den Demokraten der Constituante von 1789, waren sie eher praktische, taktisch handelnde Pragmatiker und Populisten. Vor der Bildung des Verfassungskonvents waren die Jakobiner noch weniger organisiert als die Girondisten.³⁹ Auch wenn einzelne Mitglieder die Möglichkeit, eine föderalistische Republik zu bilden diskutierten und teilweise vertraten⁴⁰, so waren sie von ihrer Politik her klar Unitaristen. Die bekanntesten Jakobiner waren Robespierre, der im Neuenburger Jura geborene Marat, Danton, Barère⁴¹, Collot

³⁷ Vgl. Anm. 30.

³⁸ Gasnier-Duparc, S. 13 und 21.

³⁹ Gasnier-Duparc, S. 17.

⁴⁰ Z.B. Billaud-Varenne, vgl. Gasnier-Duparc, S. 54.

⁴¹ Eigentlich Bertrand Barère de Vieuzac; liess sich nach der Abschaffung der Adelstitel 1790 jedoch Barère nennen (in den Quellen Barrère geschrieben); war Vorsitzender des Verfas-

d'Herbois, Billaud-Varenne, Chabot, Couthon und Saint-Just. Es lassen sich drei Strömungen innerhalb der Jakobiner ausmachen, welche jeweils von Marat, Robespierre und Danton repräsentiert wurden.⁴²

Weniger bekannt ist die dritte Gruppierung des Verfassungskonvents, die Moderaten⁴³. Man nannte sie Plaine, Marais oder auch Ventre, weil sie den grossen Mittelblock des Konvents bildeten. Es handelte sich um diejenigen Abgeordneten, die sich weder zu den Girondisten noch zu den Jakobinern zählten und die Mehrheit im Verfassungskonvent bildeten. Sie sollen sich mehrheitlich aus dem Machtkampf zwischen den Jakobinern und den Girondisten herausgehalten haben, bzw. je nach politischer Stimmung mehrheitlich mit der einen oder der anderen Seite gestimmt haben. Das Verhalten der Moderaten in den Abstimmungen ist jedoch nicht sicher belegt.⁴⁴

2.3 Einsetzung und Arbeiten des Verfassungskomitees

Der Verfassungskonvent nahm gleich nach seiner Wahl seine Arbeit auf und erklärte am 21. September 1792 in einem seiner ersten Dekrete, dass einzig eine durch das Volk angenommene Verfassung legitim sei. Anschliessend schaffte der Konvent jedoch die Monarchie ab und rief die Republik aus, ohne das Volk zu befragen.⁴⁵ Am 29. September 1792 setzte der Konvent ein Verfassungskomitee ein, welches einen Verfassungsentwurf erarbeiten sollte. Dieses wurde am 11. Oktober 1792 (kurz nach der überraschenden Wende im Krieg gegen Preussen an der Schlacht von Valmy, am 20. September 1792) gebildet.

Der Konvent wählte neun Mitglieder, nämlich Sieyès, Thomas Paine, Brissot (für ihn später Barbaroux), Petion, Vergniaud, Gensonné, Barère, Danton und Condorcet als Berichterstatter. Paine brachte seine Erfahrungen aus Nordame-

sungskonvents und später Mitglied des Comité de Salut Public. War Jakobiner, bis er dem Club der Feuillants beitrug und sich offen als Royalist bekannte. Bis zu den Wirren von Mai/Juni 1793 wurde er nicht mehr als Jakobiner angesehen und konnte seine Rückkehr in deren Club erst zur Zeit der «Terreur» wieder erzwingen.

⁴² Gasnier-Duparc, S. 16.

⁴³ Siehe dazu Biard Michel, *Entre Gironde et Montagne. Les positions de la Plaine au sein de la Convention nationale au printemps 1793*, *Revue Historique* 2004/3 n° 631, S. 555-576.

⁴⁴ Biard, S. 572 f., der dabei Aulard als historisch prägend für diese Interpretation anführt.

⁴⁵ Aulard, S. 280 sowie Duguít / Monnier: *Les constitutions et les principales lois politiques de la France depuis 1789*, 2. Aufl. Paris 1908, S. XXVI; vgl. Abschnitt 1.5.

rika mit, die er als Hauptredaktor der demokratischen Verfassung von Pennsylvania gemacht hatte.

Von den neun Mitgliedern waren nur drei Jakobiner⁴⁶ gegenüber sechs Girondisten. Die Tatsache der girondistischen Mehrheit bewog Danton dazu, ein Hilfs-Verfassungskomitee aus dem Kreis der Jakobiner wählen zu lassen.⁴⁷ Dieses Komitee blieb vorerst jedoch unvollständig, und wurde erst am 18. Februar 1793, nachdem der Gironde-Entwurf dem Verfassungskonvent vorgestellt worden war, vollständig konstituiert.⁴⁸ Es ist keine Spur der Arbeiten dieses Jakobinerkomitees mehr auffindbar und es ist unklar, ob es tätig geworden ist.⁴⁹

Die Verfassung hatte nach Condorcet drei Aufgaben zu erfüllen. Sie sollte

- die Souveränität des Volkes achten⁵⁰;
- die Gleichheit der Bürger sichern⁵¹ und
- die natürliche Freiheit garantieren⁵².

Das Komitee nahm seine Arbeit am 11. Oktober 1792 auf und beendete sie mit dem Gironde-Entwurf und dessen Präsentation vor dem Verfassungskonvent, am 15. und 16. Februar 1793. Es löste sich damit selbst auf, wie dies im Dekret seiner Einsetzung vorgesehen war.⁵³

Dem Komitee war eine staatsphilosophische Aufgabe von grösstem Ausmass übertragen worden. Die beschlossene Republik erforderte die Ausarbeitung einer neuen Verfassung: Es galt die Staatsform der Republik in einem bevölke-

⁴⁶ Wobei Condorcet da noch zu den Jakobinern gezählt wurde.

⁴⁷ Aulard, S. 281.

⁴⁸ Gasnier-Duparc, S. 22.

⁴⁹ Aulard, S. 282.

⁵⁰ Titel III, Abschnitt II, Art. 2.

⁵¹ Art. 7 des Entwurfs einer Erklärung der natürlichen, bürgerlichen und politischen Rechte des Menschen.

⁵² Einleitung zum Entwurf einer Erklärung der natürlichen, bürgerlichen und politischen Rechte des Menschen: «Da das Ziel jeder Vereinigung von Menschen zur Gesellschaft in der Erhaltung ihrer natürlichen, bürgerlichen und politischen Rechte besteht, bilden diese Rechte die Basis des Gesellschaftsvertrages: Ihre Anerkennung und Erklärung müssen der Verfassung, die deren Garantie sicherstellt, vorangehen».

⁵³ Vgl. Vorbemerkung zum Verfassungsentwurf, S. 99.

rungsreichen und grossflächigen Staat einzurichten. Nach der Auffassung der Aufklärungsphilosophen Rousseau und Montesquieu war das nicht möglich, da die Republik die Staatsform eines kleinen Staates war und die Monarchie die Staatsform eines grossen und ausgedehnten Staates. Jedoch hatten diese Aufgabe die nordamerikanischen Staaten und ehemaligen Kolonien Englands wenige Jahre zuvor erfolgreich bewältigt: Sie hatten die kleinen Republiken beibehalten und über das bundesstaatliche Prinzip zu einem ausgedehnten Grossflächenstaat verbunden. Das Frankreich der radikalen Revolutionsphase sollte eine andere, nicht minder bedeutende Lösung realisieren, die sich freilich erst später in eine funktionierende Realität umsetzen liess: Sie suchten die Bürger der grossen Republik über die Instrumente der direkten Demokratie an den Staat heranzuführen und zu binden.

Das Verfassungskomitee meinte, die Verfassung einer grossen Republik könne nicht das Werk einzelner geistreicher Menschen sein, sondern müsse das Werk des gesamten menschlichen Geistes sein. Entsprechend rief das Komitee jeden einzelnen «Weltbürger» auf, Vorschläge für Verfassungstexte einzureichen. Zur Untermauerung dieses Vorgehens nannte Barère die Beispiele von Bentham, der eine Meinung zur Rechtsordnung eingereicht habe, sowie von Erskine, welcher der «Constituante» wertvolle Ideen über die Institution der Jurys weitergegeben habe.⁵⁴

Nach diesem Aufruf blieb es lange still um den entstehenden Entwurf. Die Girondisten hatten es offensichtlich nicht sehr eilig, eine Verfassung zu entwerfen. Über Vorarbeiten und Arbeitsweise/-methodik des Verfassungskomitees ist nichts bekannt; das einzige wirklich offizielle schriftliche Organ nebst der nationalen Druckerei war der «Moniteur», in welchem keine brauchbaren Hinweise auffindbar sind.⁵⁵ Vorhanden sind also nur der Entwurf und der erläuternde Bericht.

Condorcet war die prägendste Figur hinter dem Entwurf und gilt zu Recht als sein «Vater». Die Grundideen stammen von ihm, was sich an Hand der mathematisch genau abgefassten Bestimmungen ablesen lässt. In Berichten von Zeitgenossen wird bestätigt, dass er dem Entwurf seinen Stempel aufgedrückt

⁵⁴ Vgl. Aussage von Barère, in: Rapport Barère; vgl. auch Duguit/Monnier 2. Auflage, S. XXVII. sowie Aulard, S. 281.

⁵⁵ Vgl. Duguit/Monnier, 1. Aufl., S. ii f.

hat. Über den Einfluss der anderen Mitglieder des Verfassungskomitees lassen sich nur vereinzelte Hinweise finden.⁵⁶

Aufgrund des oben erwähnten Aufrufs von Barère gingen unzählige Vorschläge und Verfassungsentwürfe ein, mitunter auch aus dem Ausland.⁵⁷ Das Komitee analysierte diese Entwürfe, jedoch fand es keinen dem Gironde-Entwurf ebenbürtig.⁵⁸

2.4 Würdigung der Arbeit des Komitees und Wirkung

Jakobiner wie auch verschiedene Zeitungen nahmen den Entwurf mit Missfallen auf. Man warf dem Komitee vor, der Entwurf sei freiheitstötend und stelle das Ancien Régime wieder her. Neben diesen politisch motivierten Kritiken gab es jedoch objektiv berechtigte Einwände, insbesondere gegen die Schwerfälligkeit und den enormen Aufwand, mit dem das legislative System verbunden wäre.⁵⁹ Zum Entwurf gingen viele Meinungen ein, teils seitens der Bürger, teils seitens der Abgeordneten des Nationalkonvents. Je nach politischer Couleur werden einzelne oder mehrere Aspekte oberflächlich, manchmal auch eingehender kritisch betrachtet.⁶⁰

Das vorsorglich gewählte jakobinische Verfassungskomitee verfasste nach der Verlesung des Gironde-Entwurfs überhastet einen neuen Entwurf. Aus dieser Situation und der Tatsache heraus, dass die Ansichten zwischen Girondisten und Jakobinern so unterschiedlich nicht waren, beeinflusste der Gironde-Entwurf die Montagnard-Verfassung. Letztere kann man sogar als geraffte und mit wenigen Änderungen versehene Übernahme des Gironde-Entwurfs ansehen. In gewisser Weise ist Condorcet somit auch der Vater der Montagnard-Verfassung.

Beim girondistischen Verfassungsentwurf handelt es sich um ein höchst feinmechanisches Uhrwerk. Zusammen mit dem Bericht des Verfassungskomitees

⁵⁶ Siehe unten 4.

⁵⁷ Vgl. Rapport Lanjuinais, S. 7 ff. wonach z.B. Williams, D'Alzan, De Grawes und Morier Entwürfe eingereicht haben; ausländische Entwürfe mitunter aus England (S. 10).

⁵⁸ Aulard, S. 287 ff.

⁵⁹ Duguit / Monnier, 2. Aufl. 1901, S. XXVII.

⁶⁰ Vgl. z.B., was die verfügbaren gedruckten Bemerkungen betrifft, diejenigen von Kersaint, Pépin, Vergniaud; eingehender Durand-Maillane, mit einer angepassten Menschenrechtserklärung.

ergibt sich das Bild einer Verfassung, die sämtlicher zeitgenössischer Probleme der Demokratie mit mathematisch-genauen Lösungen Herr werden will. Der Wille, möglichst viele Gedanken des menschlichen Geistes zu berücksichtigen zeigt den Perfektionismus ihrer Urheber. Wären die so vorausgesetzten Bürger aufgeklärte und vor allem gebildete Mitglieder des Staates, hätte diese Verfassung wohl eine Grundlage zu einem funktionierenden Staat bieten können.

Gerade die genannten Voraussetzungen für dieses Funktionieren zeigen jedoch die Grenzen des Projektes auf: Das Volk, für welches diese Verfassung geeignet wäre, gab es damals gar nicht. Und es ist zu bezweifeln, dass es je existieren wird. Zudem lässt sich der Anspruch, eine maximale Demokratie zu verwirklichen, in der Realität nicht einlösen. Schliesslich finden sich in diesem Werk einerseits zu viele Details, welche – zumindest nach heutigem Verständnis – auf Gesetzesstufe geregelt gehörten. Andererseits fehlen gewisse konkrete Regelungen, vor allem in Bezug auf die Ausgestaltung der Staatsämter⁶¹ oder auf die Konkretisierung der Menschenrechteerklärung.⁶²

Aufgrund der politischen Umstände sind vom girondistischen Verfassungsentwurf nur die unfruchtbaren Diskussionen darüber geblieben. Ein direkter Einfluss auf andere Verfassungen, ausser der oben erwähnten Montagnard-Verfassung, lässt sich nicht nachweisen.

Was bleibt ist ein Steinbruch, reich an Ideen und Ansätzen, aus welchem einige moderne kontinentaleuropäische Verfassungen vielleicht indirekt profitiert haben. Darin liegt die grösste Bedeutung dieses Entwurfs. Der girondistische Verfassungsentwurf galt als demokratischster Verfassungsentwurf der Revolutionszeit und hatte wohl über die jakobinische Montagnard-Verfassung einen Einfluss auf die schweizerische Verfassungsgeschichte. Die schweizerischen Akteure in der Regenerationszeit ab 1830 verheimlichten diesen Einfluss aus politischen Gründen. Alfred Kölz sah sogar die schweizerische Bundesverfassung von 1848 vom Entwurf beeinflusst⁶³. Es ist allerdings unklar, worin die-

⁶¹ Vgl. z.B. Art. IV-II-3 betreffend die effektive Amtsdauer, die nur durch Umkehrschluss zu bestimmen ist.

⁶² Während die Praktikabilität offensichtlich nicht die Hauptkritik der Zeitgenossen bildete, wurde das Fehlen bzw. das Übermass an gewissen Bestimmungen Hauptthema der Reaktionen der Abgeordneten des Verfassungskonvents und des provisorischen Administrativrates (vgl. z. B. Silvain Pépin, *Observations de Silvain Pépin*, 1793 [genaues Datum unbekannt; aus der Paul Usteri-Sammlung der Zentralbibliothek Zürich, Signatur 5363]).

⁶³ So Kölz, S. 89 ff.

ser Einfluss bestehen sollte, hatte doch die Bundesverfassung von 1848 nur wenige Freiheitsrechte und kaum direktdemokratische Instrumente.

3. Erklärung der Menschenrechte

3.1 Systematik

Das Komitee schrieb die Erklärung der Menschenrechte neu und erweiterte den Katalog der naturrechtlich vorgefundenen Rechte. Die Basis dieser Rechte war weiterhin das vorstaatliche Naturrecht, wie der Ingress zeigt, denn die Rechte müssen «vorangehen» (*précéder*). Das Ziel jeder gesellschaftlichen Vereinigung von Menschen ist die Erhaltung der natürlichen, bürgerlichen und politischen Rechte des Einzelnen. Diese Menschenrechte bilden die Basis des Gesellschaftsvertrages und der auf ihm errichteten Verfassungsordnung.

Die neu verfasste Erklärung der natürlichen, bürgerlichen und politischen Menschenrechte hatte die gleiche Funktion wie die Erklärung von 1789: Es handelte sich um eine Erklärung (*déclaration*) schon bestehender, vorstaatlicher und überverfassungsrechtlicher, sozusagen ewiger Menschenrechte und nicht etwa um einen Grundrechtskatalog, den Verfassungsgeber gegeben hat. So ist es nur folgerichtig, dass die Verfassung im I. Titel mit der Gebietsunterteilung der französischen Republik und nicht etwa mit einem Grundrechtskatalog beginnt. Denn der Verfassungsgeber findet die Menschenrechte als gegeben vor und muss (kann) sie nicht selber garantieren.

Art. 1 zählt die einzelnen Kategorien von Rechten auf, nämlich: 1. Freiheit, 2. Gleichheit, 3. Sicherheit, 4. Eigentum, 5. gesellschaftliche Garantie, 6. Widerstand gegen Unterdrückung. Er ist insofern der zentrale Artikel der Erklärung, als er die einzelnen Kategorien definiert, welche die Erklärung näher ausführt. So führen etwa die Art. 31 und 32 das in Art. 1 an letzter Stelle erwähnte Widerstandsrecht näher aus.

Von grosser Bedeutung ist das Verständnis der im Art. 1 an erster Stelle erwähnten Freiheit. Diese definiert Art. 2 als die Macht, das zu tun, was den Rechten eines andern nicht schadet. Diese Umschreibung entspricht dem Art. 4 der *Déclaration* 1789 (ohne letzten Satz über das Gesetz). Der Art. 3 bestätigt diesen generellen Charakter mit der liberalen Verteilungsregel, wonach all das, was nicht verboten ist, als erlaubt gilt. Die Freiheit ist damit von ganz genereller Natur; sie ist thematisch unbegrenzt, obwohl die Art. 4 – 6 mit

der Meinungs-, Gedanken-, Presse- und Kultusfreiheit spezifische Tätigkeiten nennen, die zu schützen sind. Im Gegensatz dazu ist es im europäischen Verfassungsrecht während des 19. Jahrhunderts dazu gekommen, dass die Garantie allgemeiner Freiheit, durch Kataloge von speziellen Freiheitsrechten und Grundrechten sozusagen kodifiziert und damit durch diese ersetzt worden ist. Die Idee einer generellen (Handlungs-)Freiheit ist damit in den Hintergrund gerückt.

Der X. Titel über die Justizverwaltung behandelt nebst allgemeinen Regeln die einzelnen Sektoren der Justiz und im Abschnitt VI die Mittel, welche die bürgerliche Freiheit garantieren. In diesem Abschnitt konkretisiert der Verfassungsgeber die Menschenrechtserklärung. Offenbar hatte man die blosser Erklärung als ungenügend angesehen und die Idee der Verfassungsgerichtsbarkeit⁶⁴ war noch nicht geäussert worden. Deshalb sah Abschnitt VI andere Umsetzungsmittel der Menschenrechte vor. In der Sache beziehen sich diese Umsetzungsartikel auf die Rechte betreffend Sicherheit, nämlich die Art. X-XVII der Erklärung, im wesentlichen strafprozessuale Garantien (Art. X-VI-2 bis X-VI-14). Dazu kommen das Recht auf den verfassungsmässigen Richter (Art. X-VI-1), die Versammlungs- (Art. X-VI-15) und Pressefreiheit (Art. X-VI-16 und 17) sowie das geistige Eigentum der Autoren (Art. X-VI-18). Diese Bestimmungen präzisieren lediglich die Menschenrechte, indem etwa gemäss Erklärung eine Verhaftung nur aufgrund des Gesetzes zulässig ist (Art. XI). Die Verfassung präzisiert dies, indem sie dem Kerkermeister auferlegt, dass er nur dann einen Gefangenen in Empfang nehmen darf, wenn dies aufgrund eines richterlichen Akts geschieht und dass er die Festnahme in sein Register übertragen muss (Art. X-VI-10). Mit andern Worten sollen präzise Verfahrensvorschriften dafür sorgen, dass der Staat die Menschenrechte tatsächlich einhält. Erst viel später sollte sich allgemein die Erkenntnis durchsetzen, dass am besten ein Verfassungsgericht die Einhaltung der Menschenrechte überwacht. Dessen Rechtsprechung selbst konkretisiert die Menschen- und Grundrechte.

An diesen Umsetzungsmassnahmen der Verfassung zu Gunsten der Menschenrechte fällt gleichwohl auf, dass sie sich der heikelsten Kategorie, nämlich der strafprozessualen Rechte, annehmen. Es muss offen bleiben, ob diese Umsetzungsmassnahmen vom amerikanischen Recht beeinflusst worden sind. Die Anwesenheit von Thomas Paine legt diesen Schluss nahe.

⁶⁴ Vgl. Anm. 68.

3.2 Sozialrechte

Die Déclaration von 1789 war allein auf die Interessen des Bürgertums ausgerichtet: Eigentum und Freiheit waren die Orientierungspunkte dieser Erklärung. Die sozialen Probleme waren freilich auch schon 1789 klar erkennbar, die Nationalversammlung wollte sich aber nicht die Zeit nehmen, auch diesen weiteren Aspekt zu behandeln. Immerhin erklärte die Verfassung vom 3. September 1791⁶⁵ in ihrem ersten Titel über die Grundeinrichtungen der Verfassung, dass der Staat eine allgemeine Einrichtung öffentlicher Hilfeleistungen schaffen werde, um verlassene Kinder zu erziehen, armen Kranken zu helfen und verarmten Gesunden, die sich keine Arbeit verschaffen könnten.

Es lag auf der Hand, dass in der mittleren Phase der Revolution, welche die Gleichheit mehr betonte, der Aspekt der sozialen Fürsorge stärker in den Vordergrund treten musste. Der Gironde-Entwurf normiert neben dem Recht auf unentgeltliche Grundausbildung (Art. 23) auch ein eigentliches Sozialrecht auf Hilfe in Notlagen, indem die öffentliche Unterstützung als heilige Schuld der Gesellschaft bezeichnet wird (Art. 24). Entsprechend der damaligen Konzeption der Rechte ist es am Gesetzgeber, dieses Recht auszuführen, wie Art. 24 ausdrücklich bestimmt. Es handelt sich hier also um die Formulierung einer Staatsaufgabe. Gleichwohl ist es bemerkenswert, dass die Staatsaufgabe in Form eines Rechts in der Menschenrechtserklärung festgehalten wird.

Im übrigen Verfassungsteil bestimmt Art. V-I-1 die Aufgaben der sieben Minister, worunter beim siebten Mitglied des Vollzugsrates die Aufgabe der öffentlichen Unterstützung angesiedelt ist. Im Grunde würde man nach heutigem Verständnis auch noch einen klaren Gesetzgebungsauftrag erwarten, das war aber wegen der anderen Rechte-Konzeption nicht nötig.

Der Gironde-Entwurf geht also schon einen Schritt in die Richtung des Sozialstaates. Die Montagnard-Verfassung wird in Art. 21 noch etwas deutlicher, indem der von der Gesellschaft geschuldete Unterhalt entweder durch die Verschaffung von Arbeit oder durch Zurverfügungstellen von Mitteln gewährleistet werden muss. Freilich handelt es sich nur um eine Art Nothilfe; eine eigentliche Sozialversicherung, wie sie im 21. Jahrhundert den Sozialstaat ausmacht, ist nicht erkennbar. Die Politik der Jakobiner fährt nach 1793 auf dieser Linie weiter und beginnt mit einer eigentlichen Interventionspolitik zum Zweck des sozialen Ausgleichs.

⁶⁵ Text: Franz (Anm. 121), S. 310/311.

3.3 Widerstandsrecht

Die Erklärung der Menschenrechte des Entwurfs sieht in Art. 31 ein Widerstandsrecht der Bürger in Fällen der Unterdrückung vor: «Die in der Gesellschaft vereinigten Menschen müssen über eine rechtliche Möglichkeit verfügen, der Unterdrückung Widerstand leisten zu können.». Die Formulierung «rechtliche Möglichkeit» deutet auf eine institutionelle Garantie hin. Geschützt ist also nicht das natürliche Recht, mit Gewalt gegen eine tyrannisch gewordene Staatsgewalt anzukämpfen, sondern die Bürger müssen die dazu bereitgestellten Institutionen benutzen. Das ist die Konsequenz der gemachten Voraussetzung, dass das sich selbst regierende Volk nichts Schlechtes beschliessen kann. Mit dem Widerstandsrecht geht es also eher darum, konkrete und kleine Fehler zu korrigieren. Später entstand aus dieser Idee der (gerichtliche) Rechtsschutz gegen die öffentliche Gewalt.

Art. 32 der Rechteerklärung definiert die Akte der Unterdrückung genau. Diese liegen vor,

- wenn ein Gesetz die Menschenrechte verletzt,
- wenn die Beamten das Gesetz falsch anwenden, oder
- wenn willkürliche Akte die Rechte der Bürger verletzen.

In diesen Fällen muss die Verfassung *rechtliche Mittel* zur Verfügung stellen. Der Widerstand muss legal sein, d.h. er ist mit den Mitteln und Formen der Verfassung auszuüben. Der Gironde-Verfassungsentwurf stellt jedoch bezüglich Gesetzen kein Justizverfahren zur Verfügung, sondern ein demokratisches Recht, das Zensurrecht des Volkes über verfassungswidrige Akte der gesetzgebenden Körperschaft (Art. VIII-1 ff., insb. Art. VIII-27). Ein andersartiger Widerstand gegen Gesetze ist gemäss Art. 13 der Erklärung verboten. Wenden die Beamten das Gesetz falsch an, so besteht darüber kein Zensurrecht des Volkes gemäss Art. VIII-1 ff., sondern lediglich das Petitionsrecht kann gemäss Art. VIII-31 Abhilfe schaffen. Setzen die Funktionäre willkürliche Akte, welche die Rechte der Bürger verletzen, so zieht dieses Verhalten gemäss Art. 12 der Erklärung und Art. VIII-33 Strafen nach sich. Zusätzlich besteht gemäss Art. X-V-5 die Ministeranklage. Einzig bei gesetzlosen willkürlichen Akten ist gewaltsamer Widerstand zulässig (Art. 12 i.V.m. Art. 13 der Erklärung). In diesem Fall wandelt sich die institutionelle Garantie zu einem natürlichen Recht.

Das Verfassungskomitee sieht nicht im Entwurf, aber in seinem Bericht einen weiteren Fall vor, in welchem ein erlaubter und sogar gebotener extra-konstitutioneller Widerstand erlaubt wäre. Dann nämlich, wenn die Versammlung der Vertreter des Volkes (damit ist wohl der Legislativrat gemeint) sich weigert, einen Verfassungskonvent einzuberufen, obwohl die Mehrheit der Bürger dies verlangt.⁶⁶ Doch diesen einzigen Fall erachtet das Komitee als hypothetisch. Schliesslich geht es von einem tugendhaften Volk aus, welches es gar nicht zu einer solchen Unterdrückung kommen lassen würde.

Insgesamt ist dieses Widerstandsrecht als ein Instrument zur Verteidigung der Menschenrechte wenig wirksam. Denn ein Tyrann kann seine Unterdrückung mit Gesetzen untermauern, wogegen sich – nach Condorcet – der Unterdrückte nicht mit extra-konstitutionellen Mitteln wehren dürfte. Damit wird die Unterdrückung legalisiert.⁶⁷

Die Idee eines Widerstandsrechts zur Korrektur fehlerhafter Gesetze und Anwendungsakte erfährt zwei Jahre später durch Emanuel Sieyès eine zukunfts-trächtige Erweiterung: 1795 forderte Sieyès die Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit⁶⁸. Freilich sollte es zur Zeit der französischen Revolution nicht mehr dazu kommen. Ein wichtiger Schritt tat 1803 der amerikanische Supreme Court, indem er sich im Urteil *Marbury vs. Madison* die Kompetenz zusprach, die Verfassungsmässigkeit der Gesetze zu prüfen.

⁶⁶ Einleitender Bericht des Verfassungskomitees (nachfolgend: Bericht), S. 52. Damit wird auf das Institut der Verfassungsrevision verwiesen, welches sich in den Art. IX-1 bis IX-16 befindet (siehe S. 170 ff.).

⁶⁷ Vgl. Gasnier-Duparc, S. 67 f.

⁶⁸ In den beiden Thermidorreden (2. und 18.) vom 20. Juli und 5. August 1795 forderte Emmanuel Joseph Sieyès die Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit, vgl. Emmanuel Sieyès, *Politische Schriften vollständig gesammelt von dem deutschen Übersetzer nebst zwei Vorreden*, 2. Band, o.O. 1796, S. 365 ff. und 403 ff.; Zaccaria Giacometti, *Die Verfassungsgerichtsbarkeit des Schweizerischen Bundesgerichts*, Zürich 1933, S. 27 m.w.H.; Thomas Hafen Staat, Gesellschaft und Bürger im Denken von Emmanuel Joseph Sieyès, Diss. St. Gallen, Bern 1994, S. 99 m.w.H.; Robbers, G.: Emmanuel Joseph Sieyès – Die Idee einer Verfassungsgerichtsbarkeit in der französischen Revolution, in: Walther Fürst, W. / Herzog, R. / Umbach, D. C. (Hg.): *Festschrift für Wolfgang Zeidler*, Berlin 1987, Bd. 1, S. 247-263; Alfred Rufer, *Das Problem der Verfassungsgerichtsbarkeit während der Helvetik*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 5/1955, S. 273 ff.

4. Grundzüge der errichteten Institutionen

4.1 Die Verfassung eines tugendhaften Volkes – die gesellschaftliche Garantie

Für das Verfassungskomitee sollte die Verfassung sowohl in turbulenten Zeiten wie auch in Friedenszeiten brauchbar sein und entsprechende Lösungen bieten.⁶⁹ Was die Gewaltenteilung betrifft, entschied sich das Komitee gegen das System der Gewaltenhemmung mit gleich starken Gewalten. Einerseits sah es in jenem System die Gefahr, dass sich die Gewalten vereinen, statt einander zu kontrollieren; andererseits befürchtete es die Bildung von Faktionen, welche je eine der Gewalten unterstützen würden. Wiederum war das Kriterium der Einheit der Republik ausschlaggebend, um eine der Gewalten – die Legislative – zu betonen, und als Kontrollinstanz dafür das Legalitätsprinzip bzw. die Kontrolle durch das Volk zu instituieren.⁷⁰

Aus dem Bericht des Verfassungskomitees geht hervor, dass es bzw. Condorcet den Entwurf für ein gutes, gebildetes und tugendhaftes Volk schrieb; er ging wohl davon aus, dass das französische Volk ein solches ist.⁷¹ Dies erklärt auch, weswegen die im Folgenden besprochenen Eckpunkte der Verfassung teilweise schwer praktikabel erscheinen.

Art. 26 der Rechteerklärung ist nach diesen Überlegungen nur folgerichtig: «Die Volkssouveränität ist einheitlich und unteilbar, unverjährbar und unveräußerlich». Die Unveräußerlichkeit der Souveränität definiert Art. 28, womit die starken Anleihen bei Jean-Jacques Rousseaus *Contrat Social* unverkennbar sind⁷². Diese Anlehnung ist noch viel deutlicher als im Art. 3 der Déclaration von 1789. Das lässt eine entwickelte direkte Demokratie erwarten.

Der Gironde-Entwurf zieht nun allerdings nicht eine Linie zur direkten Demokratie, sondern beschreitet den Umweg über die sog. «garantie sociale». Bei der «gesellschaftlichen Garantie» der Art. 29 und 30 der Erklärung handelt es sich um den Versuch, die Verfassung und die darauf abgestützte Gesetzgebung möglichst unmittelbar auf das Volk abzustützen. Die Republik setzt aktive und

⁶⁹ Bericht, S. 43.

⁷⁰ Bericht, S. 53 f.

⁷¹ Vgl. z.B. Bericht, S. 70.

⁷² Im II. Buch des *Contrat Social* spricht Rousseau von ihr als «inaliénable», «indivisible» (S. 368 f.), was der Gironde Entwurf in der Sache übernimmt.

sich persönlich einsetzende Bürger (Art. 30) voraus. Sie kann nur dann fortbestehen, wenn die Bürger sie gesinnungs- und einsatzmässig selber tragen⁷³. Gottfried Keller hatte 1878 in seinem «Fähnlein der sieben Aufrechten» Meister Hedinger aus Zürich sagen lassen: «keine Regierung und keine Bataillone vermögen Recht und Freiheit zu schützen, wo der Bürger nicht imstande ist, selber vor die Haustüre zu treten und nachzusehen, was es gibt! »⁷⁴.

Der Versuch, diese Abstützung auf die Bürger zu erreichen, erfolgt über die direkte Demokratie. Auf diese Weise wird ein anderer Weg gesucht, um die grosse Monarchie in eine bevölkerungsreiche und grossflächige Republik umzuwandeln, ohne dass eine erneute Alleinherrschaft daraus resultiert. Es ist wichtig, den Staat im Volk zu fundieren, damit der so bestimmte Staat stabil bleibt und kein Alleinherrscher die Chance hat, Macht an sich zu reißen.

Die Demokratie ist eng mit dem Schutz der Menschenrechte verknüpft, wie Art. 25 der Erklärung deutlich macht: Denn diese auf die Bürger abgestützte Republik garantiert selbst die Menschenrechte, und nach Rousseau gilt: «De lui-même le peuple veut toujours le bien»⁷⁵. Die Menschenrechte sind der höchste Zweck der direkten Demokratie. Das Prinzip der Volkssouveränität ist Bestandteil und Verwirklichungsgarantie der naturrechtlichen Menschen- und Bürgerrechte. Die gesellschaftliche Garantie verbindet Menschenrechte mit der entsprechenden Staatsorganisation, nämlich der Mitwirkung der Bürger bei der Willensbildung des Staates.

Die Vorschriften wollen einen im Volk fundierten Staat aufbauen, der stets dem Ziel des Schutzes der Menschenrechte verpflichtet ist. Im Sinn von Rousseau kann das Volk nichts Schlechtes beschliessen, und es kann vor allem nicht gegen die Menschenrechte entscheiden.

Diese Idee der gesellschaftlichen Garantie haben die Verfassungen des 19. Jahrhunderts nur begrenzt aufgenommen⁷⁶; sie war wohl zu theoretisch. Bald

⁷³ Vgl. Schulz Daniel, *Verfassung und Nation, Formen politischer Institutionalisierung in Deutschland und Frankreich*, Wiesbaden 2004, S. 60.

⁷⁴ Gottfried Kellers Werke, Band 5: Züricher Novellen, Zürich 1941, S. 238 ff., S. 239.

⁷⁵ Rousseau, *Contrat social*, II.6., S. 380.

⁷⁶ Die Thurgauer Verfassung vom 14.4.1831, Kölz (Anm. 111), S. 251 ff., 272 anerkennt unter «Garantie der Verfassung»: «217. Die Verfassung steht unter der Garantie aller Bürger.» Und: «218. Jeder Bürger ist bei seinem Bürgereide aufgefordert, jede wahrgenommene Verletzung der Verfassung, oder jedes dieselbe bedrohende Ereignis, bei dem Präsidenten des Grossen oder des Kleinen Rathes, oder bei einem andern Mitgliede dieser Behörden, anzuzeigen.»

geriet dieser Umweg von den Menschenrechten zur Demokratie in Vergessenheit, zumal er über die direkte Demokratie verwirklicht wurde. Er lebte jedoch in der Forderung weiter, dass die Bürger selber Verantwortung übernehmen sollen (vgl. z.B. Art. 6 der schweizerischen Bundesverfassung von 1999).

4.2 Die gesetzgebende Körperschaft und der Vollzugsrat

Die gesetzgebende Körperschaft ist, nach dem Willen des Verfassungskomitees, die stärkste Gewalt im System des Gironde-Entwurfs. Sie thront über allen anderen Gewalten und übt in vielen Fällen Kontroll- und teilweise auch Gerichtsfunktion aus. Insbesondere liegt das Recht, Gesetze und Dekrete zu erlassen bei ihr.⁷⁷

Praktisch gesehen wäre jedoch die Exekutive die stärkste Gewalt gewesen⁷⁸, weil sie – als kleines effizientes Gremium, im Gegensatz zum grossen Legislativrat – an sämtlichen wichtigen Schaltstellen sitzt. Auch die Wahl ihrer Mitglieder ist so ausgestaltet, dass sie einen grossen Einfluss auf den Staat haben müssen⁷⁹. Für jeden Posten des Vollzugsrates wird nämlich eine Vorschlagsliste auf nationaler Ebene gebildet, welche 13 Namen enthält. Laut Bericht geht es hier darum, dass möglichst viele gute, würdige Kandidaten für diese wichtigen Stellen zur Wahl stehen.⁸⁰

Das Konzept ist freilich insofern radikaldemokratisch, als die Amtsdauern sämtlicher Mandate und Stellen kurz bemessen sind⁸¹. Die ständige Rotation durch kurze Amtsdauern soll der Bildung von Machtpositionen entgegenwirken.

4.3 Die Judikative

Die Justiz ist – entsprechend der Prinzipien der Gleichheit, Ökonomie und der Einfachheit⁸² nach dem Prinzip der Jurys organisiert⁸³. Beibehalten wird, ge-

⁷⁷ Vgl. Grafik 1.

⁷⁸ So Gasnier-Duparc; vgl. auch Kölz, S. 89.

⁷⁹ Vgl. Gasnier-Duparc, S. 196 ff.

⁸⁰ Vgl. Bericht, S. 79.

⁸¹ Vgl. Grafik 3.

⁸² Bericht, S. 66.

genüber der Verfassung von 1791, das Friedensrichtertum.⁸⁴ Die Judikative wird in Ziviljustiz, Strafjustiz, Zensoren und Nationaljury aufgeteilt.

Im Bereich der Ziviljustiz stellen je nach Kompetenzbereich Friedensrichter oder paritätisch besetzte Schiedsgerichte die erste Instanz. Letztere wählen die Streitparteien aus. In zweiter Instanz sieht der Gironde-Entwurf pro Departement je ein Geschworenengericht, eine sogenannte Jury, vor. Die Urversammlungen wählen die Geschworenen und Gerichtsbeamten. Die Zahl der Geschworenen richtet sich proportional nach der Bevölkerungszahl des Departements. Ähnlich organisierte Geschworenengerichte bestehen auch im Bereich der Strafjustiz.

Als zweite Instanz nach den Departementsgerichten, sowie als erste Instanz in bestimmten Fällen amtieren Justizzensoren. Diese bilden reine Kassationsinstanzen, welche in fixen Zeitabständen in ihren jeweiligen Gebietsabschnitten tagen.

Daneben wird für bestimmte Delikte wie den Hochverrat oder Straftaten von Ministern in ihrem Amt ein Sondergericht, eine sogenannte Nationaljury gebildet.⁸⁵

4.4 Auseinandersetzung um das Zweikammersystem

Viel zu diskutieren gab die Frage nach der Aufteilung des Parlaments.⁸⁶ Condorcet bevorzugte zwar das Zweikammersystem, was die Jakobiner ihm (und dem Verfassungskomitee) vorwarfen. Offensichtlich hat der offizielle Drucker der Assemblée nationale zur gleichen Zeit, als er den Gironde-Entwurf gedruckt hat, einen andern Entwurf gedruckt, in welchem die Aufteilung der gesetzgebende Körperschaft in zwei Kammern vorgeschlagen wurde. Dieses Projekt war jedoch nur als Variante für die anschliessende Diskussion gedacht und nur, um Sieyès einen Gefallen zu machen, gedruckt worden⁸⁷. Dies bewirkte,

⁸³ In Betracht zog der Bericht, S. 66 auch ein grosses, zentrales Gericht, dessen Richter von einer langen Amtsdauer geschützt sind.

⁸⁴ Vgl. Bericht, S. 66.

⁸⁵ Gemäss Kölz, S. 87 könnte diese Frühform der Ministeranklage bzw. Verfassungsgerichtsbarkeit eine gewisse Nähe zum Impeachment-Verfahren der amerikanischen Unionsverfassung von 1787 aufweisen. Allerdings wird damit die Funktion als Staats- und nur indirekt Verfassungsschützendes Institut zu wenig erfasst.

⁸⁶ Aulard, S. 282.

⁸⁷ Duguit / Monnier, 2. Aufl., S. XXVII f.

dass die Jakobiner den Verfassungskonvent beinahe dazu bewegen wollten, ein Anklagedekret gegen das Verfassungskomitee zu erlassen. Man befürchtete unter anderem, dass sich damit ein neuer Adel etablierte. Die Anklage konnte Barère nur verhindern, indem er einwilligte, das Projekt über die Aufteilung der gesetzgebenden Körperschaft zurück zu nehmen. Schliesslich schlug man das Einkammer-Parlament auch vor, weil es mehr der aktuellen aussen- und innenpolitischen Lage entsprach. Das Zweikammersystem hätte die Arbeit nach damaliger Anschauung über Gebühr verzögert.

4.5 Föderalismus und Unitarismus

Der Entwurf sieht eine Einheitsrepublik vor. Die föderalistische Republik wird im Bericht verworfen. Man wollte die Einheit des Landes nicht gefährden, indem man das amerikanische Beispiel übernahm, denn die Voraussetzungen waren andere: Frankreich stand unter Druck von aussen und innen und brauchte diese Einheit, um geschlossen kämpfen zu können.⁸⁸

Trotz dieser vordergründigen Einigkeit über die Einheit des Landes gab es divergierende Stimmen, und die föderalistische Republik wurde nicht kategorisch aussen vor gelassen. Vor der Revolution diskutierten die Jakobiner über die Möglichkeit, eine föderalistische Republik nach amerikanischem Muster zu bilden, während kein Girondist diese Idee zu diesem Zeitpunkt aufgegriffen hatte. Im Rahmen des Gironde-Entwurfs diskutierten die Girondisten über den Föderalismus⁸⁹. Die Montagnards warfen dies den Girondisten in ihrem Prozess später vor, und die Bezeichnung «Föderalisten» hatten selbst die vormaligen schärfsten Verfechter dieser Idee im Kreise der Jakobiner vor 1792 als Schimpfwort gebraucht.

5. Instrumente der Demokratie

5.1 Stimmrecht, Wahl- und Abstimmungssystem

Grundsätzlich wollte das Verfassungskomitee ein allgemeines Wahlrecht ohne Zensus und ohne Einschränkungen verwirklichen. Die Hürden zum aktiven

⁸⁸ Vgl. Gasnier-Duparc, S. 57; vgl. auch Dekrete des Verfassungskonvents vom 25.9.1792 und vom 10.5.1793.

⁸⁹ Vgl. Gasnier-Duparc, S. 55 ff.

und passiven Wahlrecht wurden tief gesetzt, wenn man vom Anteil an ganz Ausgeschlossenen absieht (Frauen, Behinderte, «zivil gestorbene» usw.). Um dies zu verdeutlichen, spricht der Gironde-Entwurf die Souveränität dem ganzen Volke zu, während die Verfassung von 1791 sie der Nation zuschlug.⁹⁰

Als stimmberechtigte Bürger gelten alle Männer, die 21 Jahre alt sind und ein Jahr Wohnsitz auf französischem Gebiet haben (Art. II-1). Der Entwurf realisiert damit ein allgemeines Wahlrecht, das auch Ausländer grosszügig einschliesst. Das passive Wahlrecht tritt für alle Ämter ab dem Alter von 25 Jahren ein (Art. II-9).

Das Verfassungskomitee diskutierte auch das Frauenwahlrecht, lehnte aber dessen Einführung ab, was die Öffentlichkeit teilweise kritisierte. Condorcet selbst war 1790 noch Verfechter des Feminismus, hatte diese Ideen jedoch nicht in den Entwurf aufgenommen. Das Komitee kritisierte diesen Ausschluss der Frauen aus der Bürgergesellschaft nicht. Es wollte sie jedoch nur «provisorisch» und für eine kurze Zeit ausgeschlossen sehen. Dies begründete es mit der Tatsache, dass die Frauen aufgrund der bisherigen Unzulänglichkeiten des Schulwesens nicht genügend gebildet seien.⁹¹

Nachdem für die Wahl in den Nationalkonvent das zweistufige Wahlsystem mit Urversammlungen und Wahlmännern zur Anwendung gekommen war und Stimmen aus der Bevölkerung⁹² eine Direktwahl der Abgeordneten verlangt hatten, nahm das Komitee dieses eher schwerfällige und langsame System nicht in den Gironde-Entwurf auf. Hingegen sieht der Entwurf ein *zweiphasiges* Wahlsystem vor. In einer ersten Phase sollen die besten und geeignetsten Bürger auserkoren werden (Vorschlagswahl). Diese so aussortierten Bürger fasst man auf Vorschlagslisten zusammen – je nach Wahl auf Gemeinde-, Departements- oder nationaler Ebene. In der anschliessenden zweiten Phase findet die eigentliche Wahl statt.⁹³

⁹⁰ Vgl. Gasnier-Duparc, S. 65.

⁹¹ Vgl. Aulard, S. 288 f.

⁹² Aulard, S. 256.

⁹³ Vgl. Grafik 2 und 5.

5.2 Wahlrechte sowie Ausgestaltung der Ämter

Der Entwurf realisiert aufgrund seiner demokratischen Grundvorstellung weitgehende Wahlrechte mit jeweils kurzen Amtsdauern. Der Wahlkörper wird also ständig zusammengerufen und muss immer wieder neue Funktionäre bestimmen. Folgende Organe wählt das Volk, wobei die Wahl in den Urversammlungen erfolgt. Es handelt sich um:

- die Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaft (Art. VII-I-2), deren Amtsdauer beträgt ein Jahr (Art. VII-I-1). Es besteht kein Abberufungsrecht, aber insofern eine Art imperatives Mandat, als eine ausserordentliche Neuwahl erfolgt, wenn die verlangte Aufhebung eines Gesetzes in der Volksabstimmung gutgeheissen wird (Art. VIII-22).
- die Mitglieder des Vollzugsrates, nämlich die sieben Minister und ein Sekretär (Art. V-II-1), dessen Amtsdauer beträgt zwei Jahre (Art. V-II-20). Es handelt sich wie in dem von Thomas Paine beeinflussten Staat Pennsylvania um eine Kollegialregierung⁹⁴, dessen Präsidium alle 15 Tage wechselt (Art. V-I-3). Die Minister sind einerseits Mitglieder des Vollzugsrates (Art. V-I-1) und andererseits Vorsteher eines Departementes, das die Gesetze vollzieht (Art. V-II-1).
- die Mitglieder der Verwaltungskörperschaften und der Gemeindebehörden (Art. IV-I-8), deren Amtszeit vier Jahre beträgt (vgl. Art. IV-II-3, Umkehrschluss aus der Hälfteerneuerung alle zwei Jahre).
- sämtliche Richter, die auf eine begrenzte, aber vom Entwurf nicht bestimmte Zeit gewählt werden (vgl. X. Titel)⁹⁵.

5.3 Direktdemokratische Rechte

Der Entwurf gewährt dem Volk unterschiedlichste Mitwirkungsmöglichkeiten. Diese umfassen nebst den vielen Wahlen auch direkte Mitwirkungs- bzw. Gestaltungsrechte. Sie sind im VIII. und im IX. Titel festgehalten.⁹⁶ Ferner ist das

⁹⁴ Constitution of Pennsylvania vom 28.9.1776 eine Kollegialregierung von 12 Mitgliedern mit einer Amtsdauer von 3 Jahren, wobei jedes Jahr durch Volkswahl ein Drittel erneuert wird, vgl. Wilhelm Altmann, *Ausgewählte Urkunden zur ausserdeutschen Verfassungsgeschichte*, Berlin 1913, S. 3 ff. insb. S. 9, Art. 3 und 19.

⁹⁵ Vgl. Anm. 83 zu den vorgesehenen langen Amtsdauern.

⁹⁶ Vgl. Grafik 4 und 7.

Petitionsrecht vorgesehen, mit welchem die Bürger jederzeit und ohne Bedingungen Bittschriften an ihre Vertreter richten können. Diese sind für letztere, wie der Name des Instituts errahnen lässt, rechtlich nicht verpflichtend.

Es ist nur folgerichtig, dass der Entwurf kein selbständiges Gesetzesreferendum vorsieht, denn die gesetzgebende Körperschaft ist so organisiert, dass sie den Willen der Stimmbürger möglichst getreu widerspiegelt. Vielmehr sieht der Entwurf ganz im Geist von Condorcets Fortschrittsglauben das Instrument der allgemeinen Volksinitiative vor: Weil das Gute im Volk selbst vorhanden ist, muss die politische Ordnung dem Volk Mittel bereit halten, um seinen Willen im Staat zu verwirklichen. Demzufolge sieht der Entwurf die Verfassungs- sowie die Gesetzesinitiative vor. Im Folgenden sind (1) die Volkszensur und (2) die Volksinitiative auf Verfassungsrevision kurz vorzustellen.

(1) Das interessante Instrument der Volkszensur (Art. VIII-1 ff.) ist die Antwort des Verfassungskomitees auf die Forderung der demokratischen Partei nach einem «Volksreferendum».⁹⁷ Es handelt sich um ein Instrument, das zur Anwendung kommen soll, sobald ein Bürger es für notwendig erachtet, dass die Volksvertretung entweder bezüglich gewisser Verfassungen⁹⁸, Gesetzes- oder allgemeiner Verwaltungsakte (allgemein) tätig wird, oder aber (konkret) die Änderung eines bestehenden bzw. die Verkündung eines neuen Erlasses erwirken will (Art. VIII-1).

Dieses Recht trägt zwei Gesichter: Einerseits hat es Elemente einer Gesetzeszensur, indem das Volk die Gesetze nach deren Inkrafttreten überprüft; auf der anderen Seite ist es ein Initiativrecht im Sinne einer allgemeinen Anregung. Es handelt sich dabei also weder um ein Referendum im Sinne der Billigung eines Gesetzes vor dessen Inkrafttreten durch das Volk, noch um eine Gesetzesinitiative nach heutigem Verfassungsverständnis.⁹⁹ Konkrete Texte können zwar vorgeschlagen werden; freilich sind sie für die gesetzgebende Körperschaft lediglich Vorschläge: Der Gesetzgeber kann sie anpassen. Zu erwähnen ist

⁹⁷ Aulard, S. 283.

⁹⁸ Gemäss Colombel, S. 77 ff. kann der einzelne Bürger damit eine Teilrevision der Verfassung anregen. Vgl. auch das Verfahren zur Totalrevision der Verfassung im IX. Titel, sowie nachfolgend (2).

⁹⁹ a. M. Kölz, S. 84; Colombel, S. 76 ff. sieht darin ebenfalls eine komplizierte und schwerfällige Form einer (Gesetzes-) Initiative, erkennt jedoch, dass nur die gesetzgebende Körperschaft ihren eigenen Entwurf zur Abstimmung bringen kann (vgl. insbesondere Art. VIII-17 und Art. VIII-20) und somit die Urversammlungen dem ursprünglichen Entwurf des Initianten nie direkt zur Annahme verhelfen können.

schliesslich, dass die Volkszensur wohl auch dazu dienen kann, die Strafverfolgung von Beamten zu erwirken, wenn diese eines Amtsmissbrauchs oder einer Gesetzesverletzung verdächtigt werden (Art. VIII-33)¹⁰⁰, wobei dies aus dem Verfassungstext nicht klar hervorgeht.

Den Anstoss zur Volkszensur gibt der schriftliche, von 50 Bürgern derselben Urversammlung unterzeichnete Antrag (Art. VIII-3). Dieser kann die Änderung eines bestehenden, die Verkündung eines neuen oder die blosser Aufhebung eines Gesetzes oder Dekretes fordern. Nicht Gegenstand der Volkszensur sind zeitlich beschränkte Dekrete und reine Verwaltungsakte, Verfügungen, welche nicht die gesamte Republik betreffen, die Aufsichtstätigkeit über Beamte sowie die nicht erneuerten «Sicherheitsmassnahmen» (Art. VIII-27). Diejenigen gesetzgeberischen Akte, deren Aufhebung Gegenstand der Volkszensur sein kann, behalten jedoch ihre Gültigkeit bis zu ihrer formellen Aufhebung (vgl. Art. VIII-29).¹⁰¹

Damit sich die gesetzgebende Körperschaft überhaupt mit dem Vorstoss befasst, muss zuerst eine Mehrheit in der Urversammlung des Antragsstellers dem Ansinnen zustimmen. Danach muss die Mehrheit aller Bürger der Urversammlungen, deren Hauptorte in derselben Gemeinde liegen, zustande kommen. Schliesslich muss im selben Departement die Mehrheit der Urversammlungen dem Antrag zustimmen. Verweigert die gesetzgebende Körperschaft in der Folge das Eintreten auf den Vorschlag des Initianten¹⁰², befragt man alle Urversammlungen der Republik, ob über den Antrag des Initianten zu beraten ist (Art. VIII-20). Bejahen die Urversammlungen diese Frage mehrheitlich, finden Neuwahlen statt (Art. VIII-22), weil damit offensichtlich wird, dass die gewählten Repräsentanten nicht mehr die «volonté générale» verkörpern¹⁰³. Auf diese Weise wird die «garantie sociale» der Art. 25 ff. der Menschenrechtserklärung umgesetzt: Die Verfassung und die von ihr errichtete politische Ordnung «beruht auf dem ganzen Volk» (Art. 27 der Menschenrechtserklärung). Teilen die Volksvertreter die Auffassungen des Volkes nicht mehr,

¹⁰⁰ Vgl. Colombel, S. 67 f.

¹⁰¹ Im Bericht, S. 53 f. werden die Gründe dafür erläutert. Vgl. auch Colombel, S. 68 ff., welcher die Facette der Gesetzesaufhebung der Volkszensur als Veto bezeichnet.

¹⁰² Oder verlangt – wenn die gesetzgebende Körperschaft den Vorschlag zu einem Erlass ausarbeitet und ein entsprechendes Dekret beschliesst – ein anderes Departement als dasjenige des Initianten die Aufhebung desselbigen.

¹⁰³ Vgl. Colombel, S. 80 ff., der dies als Abberufungsrecht des Volkes qualifiziert.

so haben sie sich einer Wiederwahl zu stellen und die gegen das Volk stimmenden Vertreter sind in dieser Legislatur nicht mehr wählbar (Art. VIII-22).

Die Volkszensur ist somit zwar ein vielseitiges, in der Ausübung jedoch schwerfälliges und langwieriges Instrument, weshalb sie – auch wenn die Grundidee bemerkenswert ist – in dieser Form kaum praktikabel ist. Sie dürfte das Ziel, den Staat und die gefällten politischen Entscheide sozusagen direkt auf das Volk abzustützen, nicht erreichen.

(2) Weiter können die Bürger jederzeit eine Verfassungsrevision verlangen; letztere ist nach 20jährigem Bestehen der Verfassung sogar obligatorisch vorgesehen. Die Revision wird durch einen Verfassungskonvent vorgenommen. Dieses Recht hat im Übrigen auch die gesetzgebende Körperschaft.

Die Verfassungsinitiative des Volkes besteht darin, dass die Urversammlungen eines Departements die Einberufung eines Nationalkonvents (Verfassungsrates) verlangen. Die gesetzgebende Körperschaft muss daraufhin die Urversammlungen darüber abstimmen lassen und gegebenenfalls den Nationalkonvent einberufen. Es handelt sich also um eine allgemeine Anregung. Dabei ist bemerkenswert, dass Art. IX-9 den Konvent verpflichtet, einen Verfassungsentwurf vorzulegen, der die Mängel des bisherigen Textes, welche sich in der Praxis gezeigt haben, beseitigt. Der Fortschritt ist damit verfassungsrechtlich vorgeschrieben.

Das jederzeitige Verfassungsänderungsrecht ist sozusagen die institutionelle Absicherung der Revolution. Gemäss Art. 33 der Erklärung ist das Recht auf Veränderung der politischen Ordnung festgehalten. Dessen Schlusssatz bestimmt: «... jede Vererbung öffentlicher Ämter ist unsinnig und tyrannisch ... ». Im Komitee zur Ausarbeitung des Gironde-Entwurfs hatte Thomas Paine mitgewirkt. Diese Formulierung dürfte von ihm stammen: In seinen «Rechte des Menschen»¹⁰⁴ schrieb er:

«Jedes Zeitalter, jedes Geschlecht muss eben solche Freiheit haben, in allen Fällen für sich selbst zu handeln, als die Zeitalter und Geschlechter vor ihm. Die Eitelkeit und Anmassung, noch jenseits des Grabes regieren zu wollen, ist die lächerlichste und unverschämteste aller Tyranneien. Der Mensch besitzt kein Eigentum in dem Menschen; ebensowenig besitzt eine Generation in künftigen Geschlechtern Eigentum.»

¹⁰⁴ Die Rechte des Menschen; in der zeitgenössischen Übertragung von D. M. Forkel; bearbeitet und eingeleitet von Theo Stemmler, Frankfurt a.M. 1973, S. 48.

6. Vom Gironde-Entwurf zur Montagnard-Verfassung

6.1 Erarbeitung der Montagnard-Verfassung

Nach dem Druck des Entwurfs am 20. Februar 1793 und der Verteilung unter das Volk entscheidet der Verfassungskonvent, eine zweimonatige Denkpause einzuschalten, während welcher er die Reaktionen auf den Entwurf sammelt und die Abgeordneten des Konvents ihre eigenen Projekte einreichen können. Da die äusseren Umstände zwingen die Abgeordneten des Verfassungskonvents, die Beratungen vorzuziehen¹⁰⁵; entscheidet der Verfassungskonvent am 4. April 1793, ein weiteres Verfassungskomitee einzusetzen¹⁰⁶, welches die eingereichten Projekte und Vorschläge prüfen soll. Dieses prüft nicht nur die eingereichten Projekte, sondern verfasst eine eingehende Kritik von zwei Teilen der Gironde-Verfassung, nämlich der Einteilung des Staatsgebietes (I. Titel) und über die Stellung der Bürger und den notwendigen Bedingungen für die Ausübung ihrer Rechte (II. Titel). Im Gegensatz zu den Jakobinern und den fortschrittlichen Zeitungen¹⁰⁷ ist dieses Komitee dem Gironde-Entwurf wohlgesonnen.¹⁰⁸

In der Folge wird entschieden, die einzelnen Artikel des Entwurfs zu diskutieren. Die Jakobiner üben dabei eine Verzögerungstaktik aus, um zu verhindern, dass der Verfassungsentwurf ihrer politischen Gegner zu diesem Zeitpunkt in Kraft tritt, denn es hätten aufgrund der Kräfteverhältnisse im Verfassungskonvent mehrheitlich Girondisten regiert.¹⁰⁹ Bezeichnenderweise bekämpfen sie den Gironde-Entwurf mit eher girondistischen Argumenten und nahmen aus taktischen Gründen teils Positionen ein, die nach Möglichkeit in Sachen Demokratie noch weiter gingen, als der Gironde-Entwurf, der – zumindest auf dem Papier – ein grosses Gewicht auf die Mitwirkung des Volkes legt.¹¹⁰

¹⁰⁵ Vgl. Aulard, S. 287.

¹⁰⁶ «Comité des six» – das Komitee um Condorcet hatte sich mit der Präsentation des Entwurfs ipso jure aufgelöst.

¹⁰⁷ Duguit / Monnier, 2. Aufl., S. XXVII.

¹⁰⁸ Gasnier-Duparc, S. 23.

¹⁰⁹ Gasnier-Duparc, S. 24.

¹¹⁰ Vgl. Aulard, S. 291 f.

Trotz allem wird die Erklärung der Rechte des Bürgers des Entwurfs am 26. April 1793 angenommen.¹¹¹ Der erste Artikel des Verfassungsentwurfs wird am 10. Mai 1793 durch den Verfassungskonvent angenommen. Am 15. Mai 1793 schlägt der Girondist Lanjuinais, eines der Mitglieder des Sechserkomitees, eine neue Vorgehensweise vor. In vierzehn Kapiteln wird je eine Frage allgemeiner Art gestellt, deren Beantwortung schliesslich zum Verfassungstext führen soll. Bemerkenswert ist dabei, dass die Kapitel denjenigen des Gironde-Entwurfs entsprechen. Dieser Vorschlag wird vom Verfassungskonvent akzeptiert; zur Beratung darüber kommt es jedoch nie: Am 17. Mai 1793 wird über einen Aufstand der Pariser Behörden berichtet, worauf eine zwölköpfige Kommission von Kommissaren eingesetzt wird – elf davon sind Girondisten – welche die Dekrete der Pariser Kommune untersuchen soll. Dies hat zur Folge, dass sich die Kommune schliesslich erhebt und am 30. Mai 1793 den Aufstand organisiert. Dieser wiederum führt dazu, dass über 30 Girondisten verhaftet werden oder sich selbst ausliefern. Die meisten von ihnen sollten ohne richtigen Prozess am 31. Oktober 1793 hingerichtet werden.¹¹²

Durch den drohenden Bürgerkrieg und den Krieg gegen Österreich und Preussen beauftragen die Jakobiner Héault de Séchelles, einen neuen Verfassungsentwurf auszuarbeiten. Dieser wird in der Eile entworfen, durchberaten und am 24. Juni 1793, nach der Annahme durch das Volk, in Kraft gesetzt. Gegen Condorcet, dem Vater des Gironde-Entwurfs, wird vom Verfassungskonvent am 8. Juli 1793 ein Haftbefehl ausgesprochen, weil er seinen Entwurf demjenigen der Jakobiner vorgezogen und dies öffentlich kund getan hat.¹¹³ Darauf flüchtet er, landet aber schliesslich am 27. März 1794 doch im Gefängnis und kommt dort unter nicht geklärten Umständen um.

Auch wenn sich die Girondisten und Jakobiner einen Machtkampf lieferten und offiziell darlegten, sie hätten diametral unterschiedliche Ideen bezüglich der Art, wie eine Verfassung für das französische Volk aussehen sollte, unterschieden sie sich in ihren Ideen nur zwei Punkten grundsätzlich. Der erste betraf die Anrufung eines «être suprême», eines allmächtigen Wesens. Pomme, ein Jakobiner, vertrat die Ansicht, diese Anrufung gehöre in eine Verfassung, während Vergniaud dies nicht als nötig empfand. Dieser Unterschied war jedoch mehr eine Stichelei denn eine echte Meinungsverschiedenheit. Der zwei-

¹¹¹ Duguit / Monnier, 2. Aufl. S. XXIX.

¹¹² Duguit / Monnier, 2. Aufl. S. XXXII.

¹¹³ Gasnier-Duparc, S. 27.

te Punkt lag bei Art. 18 der Erklärung der Rechte des Bürgers, der Eigentums-garantie. Robespierre trat – ganz im Sinne der volksnaheren Ausrichtung der Jakobiner – für eine eingeschränktere Eigentumsfreiheit ein, als die Girondisten es vorschlugen. Zudem sollten die «secours publics», die Almosen also, bei Robespierre auf Verfassungsstufe geregelt werden, während der Gironde-Entwurf auf das Gesetz verweist.¹¹⁴

Offensichtlich bestand aber auch diese Divergenz nur mit dem Ziel, den (höchst demokratischen) Gironde-Entwurf unpopulär zu machen. Der durch die Jakobiner an den Tag gelegte «Sozialismus» war nur ein Mittel zum Zweck. Es finden sich denn auch keine sozialen Artikel in der Montagnard-Verfassung.¹¹⁵

Die geringe Distanz, welche die Ideen beider Lager hinsichtlich der Verfassungsbildung trennte, ist wohl auch der Grund, weswegen die Jakobiner die Montagnard-Verfassung aus dem Stoff des Gironde-Entwurfs erarbeiteten.

6.2 Verhaftung und Hinrichtung der Girondisten

Der Widerstand im Innern formierte sich um die Priester, die den Treueid auf die Verfassung von 1791 ablehnten. Die Aushebung von weiteren 300 000 Soldaten und die unerfüllten Hoffnungen der verarmten Bauern in die Revolution bestärkten die Opposition.

In der Vendée, dem Gebiet im Westen Frankreichs südlich des Unterlaufs der Loire, lag das Zentrum des royalistisch-klerikalen Aufstandes. Der Nationalkonvent ordnete im Herbst 1793 die totale Zerstörung der Vendée an. Die republikanischen Truppen hatten den Auftrag, den gesamten Landstrich auszulöschen und sämtliche Einwohner zu ermorden. Es handelte sich um einen geplanten und ausgeführten Massenmord.

Die Girondisten befanden sich im Sommer 1793 durch ihre Inflationspolitik, die Unterdrückungspolitik in der Vendée und die militärischen Niederlagen im Ausland in arger Bedrängnis. Sie mussten ihre Macht am 3. Juni 1793 den Jakobinern überlassen. Bewaffnete Nationalgardisten umstellten den Konvent

¹¹⁴ Aulard, S. 289.

¹¹⁵ Aulard, S. 291.

und nahmen 29 girondistische Abgeordnete fest. Man machte ihnen den Prozess und richtete am 31. Oktober 1793 21 Girondisten hin¹¹⁶.

Die Girondisten waren daran gescheitert, dass sie keine konsequente Politik betrieben hatten: Sie bekämpften den König, um ihn dann retten zu wollen, sie führten die Revolution an, um sie dann zu bremsen, sie bedienten sich des einfachen Volkes für Aufläufe und Tumulte, hatten angesichts des Hungers aber nur den freien Handel und die Eigentumsgarantie anzubieten. Selbst die Kriege gegen aussen zettelte man mit dem Hintergedanken an, Frankreich auf Kosten anderer Völker zu sanieren. Allerdings fegte jene Bewegung die Girondisten schliesslich weg, die sie ursprünglich getragen hatte und die sie selbst nicht mehr beherrschen konnten¹¹⁷.

6.3 Politisches Programm der Jakobiner

Die Jakobiner stammten aus einem politischen Debattierklub, der sich seit Oktober 1789 im ehemaligen Jakobinerkloster in Paris traf. Ihre Versammlung wurde vor 1793 auch als *Bretonischer Klub* oder als *Gesellschaft der Verfassungsfreunde* bezeichnet, später bezeichneten sie sich als *Gesellschaft der Jakobiner, Freunde der Freiheit und Gleichheit*¹¹⁸.

Die Diskussionen im Klub veränderten die politischen Ideen der Jakobiner dauernd. Es gab kein starres politisches Programm, im Verlauf der Revolution radikalisierten sich allerdings die Anschauungen. So war beispielsweise Robespierre 1791 noch Monarchist und an sozialen Fragen kaum interessiert, was sich mit der Zeit aber erheblich veränderte. Die politischen Vorstellungen der französischen Jakobiner waren uneinheitlich.

Von Juni 1793 bis Juli 1794 stellten die Jakobiner die Mehrheit in der Nationalversammlung. Die jakobinische Sozialgesetzgebung wollte das Problem der verarmten Landbevölkerung lösen und für billige Lebensmittel sorgen. Im Rahmen dieser Bemühungen verliess man die liberale Wirtschaftspolitik, die sich in der ersten Revolutionsphase durchgesetzt hatte. Es entstanden die Umriss eines Interventionsstaates, der zum Zwecke der Sozialpolitik und der Wirtschaftslenkung aktiv wurde. Am 29. September 1793 folgte das «Gesetz

¹¹⁶ Vgl. Kuhn, S. 98 ff.; Hartmann, S. 65.

¹¹⁷ Vgl. Kley, S. 144.

¹¹⁸ Vgl. mit den Einzelheiten Kuhn, S. 101 ff.

über das grosse Maximum». Es legte Höchstpreise für die wichtigsten Lebensmittel fest.

Ausgehend von Rousseau waren die Jakobiner dem Privateigentum gegenüber kritisch eingestellt und verfochten das Prinzip der Sozialbindung des Eigentums. Sie stellten die Eigentumsgarantie unter das Primat des Rechts auf Leben. Die Vorstellungen der Jakobiner von Staat und Demokratie zeigten sich in der Verfassung von 1793¹¹⁹.

6.4 Die Verfassung vom 24. Juni 1793 und ihr Schicksal

Die jakobinische Verfassung von 1793 (auch Montagnard-Verfassung) beruhte auf dem Prinzip der Gleichheit unter den männlichen Franzosen¹²⁰. Sie sah das allgemeine Männerwahlrecht vor, und den Gesetzesbeschlüssen musste einerseits das Parlament, andererseits das Volk zustimmen. Zudem baute man den Rechtekatalog aus: Das allgemeine Glück wurde zum Staatszweck. Gleichzeitig stellte man die Rechte und Garantien in eine neue Rangordnung: Gleichheit, Freiheit, Sicherheit und Eigentum. Die Versammlungsfreiheit, das Petitionsrecht, das Recht auf öffentliche Unterstützung in einer Notlage und das Recht auf Bildung wurden neu gewährt. Für die Jakobiner war der Gedanke der Volkssouveränität zentral, also die Vorstellung der von allen Bürgern ausgeübten direkten Demokratie. Im Unterschied zum girondistischen Entwurf sah die Verfassung das Gesetzesreferendum vor (Art. 53, 58, 59)¹²¹. Sie enthielt im Übrigen ähnlich weitreichende Wahl- und Abstimmungsrechte wie der girondistische Entwurf. Für die Jakobiner gab erst die Ersetzung des Königtums durch die Herrschaft des Volkes dem Ausdruck *patrie* (Vaterland) einen vollen Sinn.

Der Konvent beschloss die Verfassung am 24. Juni 1793 und verkündete sie nach einer deutlichen Annahme durch das Volk am 10. August 1793, dem Jahrestag des Tuileriensturms. Dabei handelte es sich um das erste Verfassungsreferendum, wie es der Konvent an seinem ersten Sitzungstag beschlossen hatte. Die turbulenten Ereignisse im Sommer und Herbst dieses Jahres, die äussere (Koalitionskrieg) und innere (Aufstände in den Departements) Bedrohung ver-

¹¹⁹ Kley, S. 144.

¹²⁰ Vgl. Hartmann, S. 65 ff.

¹²¹ Vgl. im Detail Lüchinger, S. 242.

hinderten jedoch eine Inkraftsetzung der Verfassung. Die Herrschaft der Jakobiner war damit durch eine verfassungslose Zeit bestimmt¹²².

7. Zum Text des Entwurfs

7.1 Verwendete Version

Vorliegende Version ist die am 16. Februar 1793 offiziell (per Dekret, vgl. Verfassungstext am Ende) durch den Präsidenten des Nationalkonvents Bréard im Namen des Nationalkonvents in Druckauftrag gegebene Fassung. Jean-François Baudouin, der offiziellen Drucker der Assemblée, hatte sie am 20. Februar 1793 fertig gedruckt. Sie ist in der Bibliothèque Nationale de France in Paris (BnF) unter der Signatur Le 38/1766 zu finden und folgt dem Bericht, welchen Condorcet dem Nationalkonvent im Namen des Verfassungskomitees vorgelesen hat¹²³. Dieser gibt Hinweise zu den Prinzipien und Beweggründen, die zum Verfassungstext geführt haben.¹²⁴ Die gedruckte Ausgabe trägt den Titel «Plan de constitution présenté à la convention nationale, les 15 et 16 février 1793, l'an II de la République. Imprimé par ordre de la convention nationale». Unterdessen ist sie, mitsamt Bericht, als gescanntes Dokument im Internet verfügbar¹²⁵.

7.2 Weitere gedruckte Versionen

Es gibt weitere Drucke des Entwurfs, welche aufgrund ihres Inhaltes und den festgestellten Unterschieden Vorversionen zur offiziellen Druckversion sein müssen. Dafür spricht auch das Vorhandensein von Varianten in vielen der genannten Fassungen. Die Unterschiede sind teilweise markant, jedoch nicht derart, dass sie selbständige, andere Verfassungstexte darstellen. Sie sind vielmehr ein Hinweis darauf, dass der Konvent den Entwurf unter das Volk zu bringen versuchte und zwar möglichst umfassend und rasch.¹²⁶

¹²² Kley, S. 145; Hartmann, S. 68 ff.

¹²³ Girtanner, S. 31. Die Verfassung verlas dann anschliessend das Komiteemitglied Gensonné.

¹²⁴ Vgl. Titel des Berichts: «Exposition des principes et des motifs du plan présenté à la Convention Nationale, par le comité de constitution».

¹²⁵ <http://gallica2.bnf.fr/ark:/12148/bpt6k73809f>.

¹²⁶ Vgl. Dekret am Ende des Verfassungstextes, S. 204.

Es gibt Hinweise auf fünf existierende Versionen in der Bibliothèque Nationale Française (BNF)¹²⁷. Sie tragen die Signaturen Nr. Le38/1766 A bis F¹²⁸. Weiter sind zum Beispiel in der Bibliothèque Cantonale Universitaire de Lausanne zwei Exemplare vorhanden¹²⁹. Diese beiden sowie das in der Convention nationale gelesene Original unterscheiden sich nicht wesentlich voneinander. Die Varianten der beiden Lausanner Exemplare sind in dieser Übersetzung als «Variante A» für die Signatur HIST 1217 D, bzw. «Variante B» für die Signatur 1E/720-4 nachgewiesen, sofern diese tatsächlich einen inhaltlichen Einfluss haben können und es sich nicht um rein orthographische oder grammatikalische Unterschiede handelt.

Die heute verbreitete Version, welche z.B. auch Alfred Kölz¹³⁰ benutzte, ist die von Maurice Duverger¹³¹ seit 1957 herausgegebene Fassung, die ursprünglich von Duguit/Monnier stammt und bloss eine «Mittellösung» unter allen verfügbaren Drucken der Bibliothèque Nationale Française ist, und insofern nichts Offizielles. Insbesondere hatten dafür Duguit/Monnier die Zeitung *Le Moniteur*¹³² beigezogen, der – wie weitere zeitgenössische Zeitschriften – fehlerbehaftet und unpräzise ist.¹³³

All diesen (anderen) Versionen gemein ist, dass sie nur den Verfassungsentwurf mitsamt der Menschenrechtserklärung, jedoch weder den Bericht noch das Publikationsdekret enthalten. Insgesamt lässt sich sagen, dass der girondistische Verfassungsentwurf dadurch, dass er nie auch nur formell in Kraft gesetzt worden ist und nur Debattiergrundlage in der Convention blieb, sehr

¹²⁷ Duguit/Monnier, *Les constitutions et les principales lois politiques de la France depuis 1789*, Paris 1898 (1. Auflage), Paris.

¹²⁸ Wobei die Signaturen Le38/1766 A und Le38/1766 B identisch sind.

¹²⁹ «Constitution française, telle qu'elle a été lue à la Convention Nationale le 15 Févr. 1793», Signature HIST 1217 D und «Constitution française, telle qu'elle a été lue à la Convention nationale le vendredi 15 février 1793», Signatur 1E/720-4.

¹³⁰ Alfred Kölz, *Quellenbuch zur neueren Verfassungsgeschichte, Vom Ende der Alten Eidgenossenschaft bis 1848*, Bern 1992, S. 33 ff.

¹³¹ Maurice Duverger, *Constitution et documents politiques*, 1. Aufl., Paris PUF 1957, mit zahlreichen erweiterten Folgeauflagen, zuletzt etwa 14. Aufl., Paris PUF 1996.

¹³² Gegründet am 24. November 1789. Ist vom 7. nivôse des Jahres VIII bis am 31. Dezember 1868 offizielles Publikationsorgan der Republik. Das erste offizielle Publikationsorgan («Bulletin des lois») entsteht erst am 22. prairial des Jahres II des Revolutionskalenders. Offensichtlich gibt es dazu Vorgänger, die jedoch unzuverlässig sind; vgl. Duguit/Monnier, 1. Auflage S. iii.

¹³³ Vgl. Alphonse Aulard, *Histoire politique de la révolution française*, Paris 1901, S. X.

schwer in einer «offiziellen» Form zu finden ist. Nichts desto trotz ist über die verwendete Version verhandelt worden, womit sie die eigentliche Grundlage ist, die als der Entwurf gelten muss.

Die in den Werken von Condorcet abgedruckte Version¹³⁴ sowie die darauf beruhende deutsche Übersetzung, die von Daniel Schulz herausgegeben worden ist, entspricht weitestgehend, aber nicht ganz dem Text, wie er am 20. Februar 1793 publiziert worden ist¹³⁵. So fehlt etwa die kurze Erläuterung des Komitees, die der Menschenrechtserklärung beigelegt ist¹³⁶.

7.3 Transkription der französischen Fassung

Der französische Entwurfstext ist die unveränderte Transkription des Originals. Insbesondere wurde die damalige französische Sprache, inklusive Interpunktion¹³⁷, übernommen. Der Übersetzer hat offensichtliche Druckfehler, welche keinen Einfluss auf die Bedeutung haben, korrigiert. Mutmassliche Druckfehler, welche den Sinn beeinflussen, im Vergleich mit den anderen Fassungen jedoch Fehler sein müssen, wurden ebenfalls korrigiert und deren Originalversion ist direkt im Text in eckigen Klammern wiedergegeben. Die vorhandenen Varianten aus andern Entwürfen aus der Universitätsbibliothek Lausanne sind – wie erwähnt – als Fussnoten angemerkt.

7.4 Bemerkungen zur deutschen Übersetzung

Der Übersetzer achtete auf eine möglichst wortgetreue Übertragung. Dies ist, aufgrund der französischen Fachbegriffe, welche keine präzise deutsche Entsprechung finden, nicht konsequent einzuhalten gewesen, was in den Fussnoten angemerkt wird. Ebenfalls hat der Übersetzer Ergänzungen in den Fussno-

¹³⁴ Condorcet: Oeuvres, hrsg. von A. Condorcet O'Connor und F. Arago, 12 Bände, Paris 1847-1849, Band 12, S. 333 ff.

¹³⁵ In der von Schulz herausgegebenen Übersetzung wird etwa in Art. 1 der Erklärung entgegen dem Text in den Condorcet Oeuvres und der Urfassung bei der Aufzählung der natürlichen Rechte, die Aufzählung «... la sûreté, la propriété, ...» mit «die Sicherheit des Eigentums» übersetzt, was falsch ist, da die Sicherheit gemäss Art. 10 der Erklärung ein eigenständiges Recht darstellt.

¹³⁶ Vgl. in dieser Ausgabe S. 99.

¹³⁷ Dieser mass man damals offensichtlich weniger Wichtigkeit bei als heute, Duguit / Monnier, 1. Aufl. 1898, S. iv f.

ten dort angebracht, wo die Bedeutung eines Artikels oder einer Aussage aus dem näheren Kontext nicht direkt ersichtlich war.

Der einleitende Bericht wurde bewusst nicht übersetzt. Er liefert zwar Hintergründe zu den Entscheiden des Komitees und Erklärungen zu gewissen Instituten; die wirklich verwertbaren Informationen sind jedoch weiter oben erwähnt. Der Bericht ist in den von Daniel Schulz herausgegebenen «kleinen politischen Schriften» von Condorcet übersetzt.

Christoph Girtanner hielt in seinen Berichten über die französische Revolution den Gironde-Entwurf für eines der wichtigsten Aktenstücke der französischen Revolution, da er die Bestellung der Stellvertreter des Volks ohne «Dazwischenkunft der Wahlherrschaft» in direkter Volkswahl vorsah.¹³⁸ Girtanner gab in seinem Bericht auch eine vollständige Übersetzung der Gironde-Menschenrechtserklärung sowie der Verfassung wieder¹³⁹. Die vorliegende Übersetzung ist unabhängig von diesen alten Veröffentlichungen neu übersetzt worden.

Die monumentale Sammlung der europäischen Verfassungen von Karl Heinrich Ludwig Pölit¹⁴⁰ diente den Übersetzern der späteren Generationen oft als Vorbild und empfahl sich dadurch zur direkten Übernahme. Pölit hatte bei der Montagnard-Verfassung unfreiwillig einen Schibboleth (Ri 12,5) eingebaut, der allen späteren Generationen verkündete, dass sich die «Übersetzer» wohl zu treu an das Vorbild gehalten hatten. Art. 124 der Montagnard-Verfassung bestimmte: «La déclaration des droits et l'acte constitutionnel sont gravés sur des tables au sein du corps législatif et dans les places publiques.» Pölit übersetzte «gravés» mit eingegraben, statt mit «eingeritzt» und formulierte damit einen wenig sinnvollen Artikel: «Die Erklärung der Menschenrechte und die Verfassungsurkunde wird eingegraben auf Tafeln in der Mitte des gesetzgebenden Corps, und auf den öffentlichen Plätzen». Günther Franz¹⁴¹ hatte unter Beihilfe von Ulrich Scheuner die Aussage sogar noch verschärft: «Die Erklärung der Menschenrechte und die Verfassungsurkunde sind

¹³⁸ Girtanner, S. 30 f.

¹³⁹ Girtanner, S. 31 ff. (Erklärung), S. 36 ff. (Verfassung).

¹⁴⁰ Die europäischen Verfassungen seit dem Jahre 1789 bis auf die neueste Zeit, Leipzig 1833 ff., 4 Bände, Band II, Leipzig 1833, S. 21 ff.

¹⁴¹ Günther Franz, Staatsverfassungen, München 1964, S. 397; ebenso Dieter Gosewinkel / Johannes Masing (Hrsg.), Die Verfassungen in Europa 1789-1949, München 2006, S. 193 ff., S. 205.

auf Tafeln in der Mitte der gesetzgebenden Körperschaft und an öffentlichen Plätzen eingegraben worden». Das war nun zwar nicht im Sinne der Jakobiner, aber in der Sache traf diese Übersetzung die Realität: Die Verfassung ist schon 1793 buchstäblich bestattet worden und wurde nie umgesetzt. An ihre Stelle trat die Terrorherrschaft von Robespierre und dessen Wohlfahrtsausschuss.

Literaturverzeichnis

- Aulard Alphonse, Histoire politique de la Révolution Française, Origines et Développement de la Démocratie et de la République (1789-1804), Paris 1901.
- Barère Bertrand, Rapport fait au nom du comité de constitution par le Citoyen Barrère [...], le 19 Octobre 1792, l'an premier de la République, Paris 1792 (ZB, Usteri 754).
- Colombel E., La Constitution de 1793 et la Démocratie Suisse, Diss. Paris 1903.
- Condorcet Marquis de, Freiheit, Revolution, Verfassung, Kleine politische Schriften, hrsg. von Daniel Schulz, Berlin 2010.
- Duguit Léon / Monnier Henry, Les constitutions et les principales lois politiques de la France depuis 1789, 1. Auflage, Paris 1898.
- Duguit Léon / Monnier Henry, Les constitutions et les principales lois politiques de la France depuis 1789, 2. Auflage, Paris 1908.
- Durand-Maillane, Examen critique du projet de constitution présenté à la Convention Nationale, le 16 mars 1793, Paris 1793 (ZB, Usteri 264).
- Duverger Maurice, Constitutions et documents politiques, Presses universitaires de France, Paris 1957; 9ème éd. 1981.
- Duverger Maurice, Les constitutions de la France, Paris 1957; 14ème éd. 1996.
- Gasnier-Duparc A., La Constitution Girondine de 1793, Diss. Rennes, 1903.
- Girtanner Christoph, Historische Nachrichten und politische Betrachtungen über die Französische Revolution, 17 Bände, Band 12, Berlin 1796.
- Grab Walter (Hrsg.), Die Französische Revolution. Eine Dokumentation, München 1973.
- Hartmann Peter Claus, Französische Verfassungsgeschichte der Neuzeit (1450-2002), 2. Auflage, Berlin 2003.

Kersaint Guy, De la constitution et du gouvernement qui pourroient convenir à la République Française, Paris 1792 (ZB, Usteri 5037).

Kley Andreas, Verfassungsgeschichte der Neuzeit, 2. Auflage, Bern 2008.

Kölz Alfred, Neuere Schweizerische Verfassungsgeschichte, Ihre Grundlinien vom Ende der Alten Eidgenossenschaft bis 1848, Bern 1992.

Kuhn Axel, Die französische Revolution, Stuttgart 1999.

Lanjuinais Jean Denis, Rapport lu le lundi 9 avril 1793 [...] sur le titre II du projet du comité des Neuf, Paris 1793 (ZB, Usteri 335).

Lüchinger Stephan, Das politische Denken von Condorcet (1743-1794), Diss. St. Gallen 2002.

Marquet Louis, La création du système métrique décimal, in: MARQUET LOUIS / LE BOUCH ALBERT / ROUSSEL YVES, Le système Métrique, hier et aujourd'hui, Paris 1996 (zit. Marquet)

Pépin Silvain, Observations de Silvain Pépin, Paris 1793 (ZB, Usteri 5363).

Rousseau Jean-Jacques, Du Contract Social, ou principes du droit politique, Ausgabe : Ders., Œuvres complètes, vo. III du contrat social, écrits politiques, Paris : Gallimard 1964 (Bibliothèque de la Pléiade).

Vergniaud Pierre Victurnien, Série de questions sur la Constitution, proposées par Vergniaud, député de la Gironde, Paris (Publikationsdatum nicht bekannt; gemäss Zentralbibliothek Zürich 1793; logisch richtig wäre wohl 1792 [ZB, Usteri 780]).

II. Bericht zum Verfassungsentwurf in französischer Sprache

Plan de constitution présenté à la Convention Nationale les 15 & 16 Février 1793, l'an II de la République

IMPRIMÉ PAR ORDRE DE LA CONVENTION NATIONALE

Exposition des principes et des motifs du plan présenté à la Convention Nationale, par le comité de constitution.

Donner à un territoire de vingt-sept mille lieues quarrées, habité par vingt-cinq millions d'individus, une Constitution qui, fondée uniquement sur les principes de la raison & de la justice, assure aux citoyens la jouissance la plus entière de leurs droits ; combiner les parties de cette Constitution de manière que la nécessité de l'obéissance aux lois, de la soumission des volontés individuelles à la volonté générale, laisse subsister dans toute leur étendue, & la souveraineté du peuple, & l'égalité entre les citoyens, & l'exercice de la liberté naturelle : tel est le problème que nous avons à résoudre.

Jamais un peuple plus dégagé de tous les préjugés, plus affranchi du joug de ses anciennes institutions, n'a offert plus de facilité pour ne suivre dans la composition de ses lois que les principes généraux consacrés par la raison ; mais jamais aussi l'ébranlement causé par une révolution si entière, jamais un mouvement plus rapide imprimé aux esprits, jamais le poids d'une guerre plus dangereuse, jamais de plus grands embarras dans l'économie publique, n'ont semblé opposer à l'établissement d'une Constitution des obstacles plus multipliés.

Il faut que la Constitution nouvelle convienne à un peuple chez qui un mouvement révolutionnaire s'achève, & que cependant elle soit bonne aussi pour un peuple paisible ; il faut que, calmant les agitations sans affaiblir l'activité de l'esprit public, elle permette à ce mouvement de s'appaiser sans le rendre plus dangereux en le réprimant, sans le perpétuer par des mesures mal combinées ou incertaines, qui changeroient cette chaleur passagèrement utile en un esprit de désorganisation & d'anarchie.

Toute hérédité politique est à-la-fois & une violation évidente de l'égalité naturelle & une institution absurde, puisqu'elle suppose l'hérédité des qualités propres à remplir une fonction publique. Toute exception à la loi commune, faite en faveur d'un individu, est une atteinte portée aux droits de tous. Tout pouvoir au-dessus duquel il ne s'en élève aucun autre, ne peut être confié à un seul individu, ni pour la vie, ni pour un long espace de temps, sans lui conférer une influence attachée à sa personne & non à ses fonctions, sans offrir à son ambition des moyens de perdre la liberté publique, ou du moins de le tenter.

Enfin, ce respect pour un individu, cette espèce d'ivresse, dont la pompe qui l'entoure frappe les imaginations foibles ; ce sentiment d'un dévouement aveugle qui en est la suite ; cet homme mis à la place de la loi, dont on l'appelle l'image vivante ; ces mots vides de sens, par lesquels on veut conduire les hommes comme s'ils étoient indignes de n'obéir qu'à la raison : tous ces moyens de gouverner par l'erreur & la séduction ne conviennent plus à un siècle éclairé, à un peuple que les lumières ont conduit à la liberté.

L'unité, l'activité, la force du gouvernement ne sont pas des attributs exclusivement attachés à ces dangereuses institutions. C'est dans la volonté ferme du peuple d'obéir à la loi, que doit résider la force d'une autorité légitime. L'unité, l'activité peuvent être le fruit d'une organisation des pouvoirs, simple & sagement combinée, & l'on espéroit vainement s'assurer cet avantage en les réunissant dans un seul individu que l'orgueil de sa puissance corrompt presque nécessairement, que l'accroissement de sa prérogative occupe plus que ses devoirs. Sans un de ces miracles sur lesquels on ne doit pas compter, tout homme revêtu d'une autorité héréditaire ou durable, est condamné à flotter entre la mollesse & l'ambition, entre l'indifférence & la perfidie. Enfin, quand l'exemple des monarchies a prouvé qu'elles étoient constamment gouvernées par un conseil, il seroit difficile de trouver quelque utilité dans l'institution d'un monarque.

Ainsi la royauté a dû être abolie.

Depuis une entière unité comme elle existe en Angleterre, où cette unité n'est interrompue que par les divisions de territoire nécessaires à l'exercice régulier des pouvoirs, jusqu'à la Confédération Helvétique, où des Républiques indépendantes ne sont unies que par des traités, uniquement destinés à leur assurer l'avantage d'une défense mutuelle, on peut imaginer une foule de constitutions diverses, qui, placées entre ces deux extrêmes, se rapprocheroient davantage ou de l'unité absolue ou d'une simple fédération.

La disposition du territoire français, dont les parties rapprochées entr'elles, ne sont séparées par aucun obstacle naturel¹⁴² ; les rapports multipliés établis dès long-temps entre les habitans de ces diverses parties ; les obligations communes qu'ils ont contractées ; la longue habitude d'être régis par un pouvoir unique ; cette distribution des propriétés de chaque province entre des hommes qui les habitent toutes ; cette réunion dans chacune d'hommes nés dans toutes les autres : tout semble destiner la France à l'unité la plus entière.

La nécessité de pouvoir employer avec activité les forces du tout à la défense de chaque frontière ; la difficulté d'y faire concourir avec un zèle égal les portions fédérées qui, enfoncées dans l'intérieur, n'auroient point d'ennemis à craindre, ou celles qui n'auroient que des côtes à défendre ; le danger de détruire un lien qui existe, pour en créer un plus foible, lorsque l'Europe entière emploieroit toutes ses forces, toutes ses intrigues pour chercher à le briser ; le besoin de la réunion la plus intime pour un peuple qui professe les principes les plus purs de la raison & de la justice, mais qui le professe seul, sont de nouvelles raisons d'écarter loin de nous tout ce qui porteroit la plus légère atteinte à l'unité politique.

Mais il est même inutile de discuter toute l'importance de ces raisons. En effet, pour séparer en républiques confédérées un état unique, ou pour réunir en une seule république des états confédérés, il faut des motifs puissans d'intérêt public comme pour tous les grands changemens que la conservation de la Liberté ou de l'Egalité n'exigent pas rigoureusement, & aucun de ces motifs n'existe pour nous. Nous ne pourrions vouloir ce changement que pour obéir à des vues systématiques de perfection, ou pour sacrifier le tout à quelques parties, la génération présente au bien-être incertain des générations futures ; c'est au bruit des menaces d'une ligue d'ennemis puissans que nous exposerions la sûreté de l'Etat, en faisant une révolution nouvelle dans l'intérieur, pour établir un système dont un des effets nécessaires est d'affoiblir les moyens de défense de la nation qui l'adopte.

Suivons plutôt l'exemple d'un peuple digne de nous en donner. Ignoroit-on dans les Etats-Unis d'Amérique, combien la foiblesse de leur lien fédératif nuisoit au succès de leur guerre contre l'ennemi de leur indépendance ? Tous les hommes éclairés, tous les patriotes y gémissaient du peu de force du Congrès-Général, du peu de concert des divers Républiques ; & cependant

¹⁴² En supposant à une surface égale à celle de la France une figure circulaire, celle de toutes où la distance la plus grande entre deux points du contour est la plus petite possible, cette distance seroit encore de plus de cent quatre-vingt lieues, & en France elle n'est guère que d'environ deux cens quarante lieues.

personne, durant la guerre n'a cherché à corriger ce mal qui en contrariait cependant le succès : tant on craignoit l'effet d'un grand changement exécuté dans des circonstances si périlleuses. Ce que la prudence des Américains n'a osé tenter, lorsque les circonstances sembloient le demander, le tenterions-nous dans le moment même où elles s'y opposent avec le plus de force ?

Ainsi l'on a dû prononcer que la France formeroit une République une & indivisible.

L'étendue de la République ne permet de proposer qu'une constitution représentative ; car celle où des délégués formeroient un vœu général, d'après les vœux particuliers exprimés dans leurs mandats, seroit plus impraticable encore que celle où des députés, réduits aux fonctions de simples rédacteurs, & n'obtenant pas même une obéissance provisoire, seroient obligés de présenter toutes les Lois à l'acceptation immédiate des citoyens.

Mais l'obéissance provisoire, exigée pour les Lois faites par des Représentans, ne doit-elle avoir contre leurs erreurs ou leurs projets, d'autre remède que le prompt changement de ces Représentans à des époques réglées, que les limites apposées à leur pouvoir par des Lois constitutionnelles qu'ils ne peuvent changer ? Les droits des citoyens auront-ils été suffisamment respectés, si ces Lois constitutionnelles, faites par les délégués du peuple, exigent une obéissance provisoire pour un temps déterminé, indépendamment de toute sanction nationale ? Suffira-t-il qu'elles soient soumises en masse à l'acceptation d'une autre assemblée de Représentans du peuple, élus pour cette fonction seule ?

Ou plutôt, faut-il que pour toutes les Lois il soit ouvert au peuple un moyen légal de réclamation, qui nécessite un nouvel examen de la Loi ?

Faut-il que le peuple ait un moyen légal & toujours ouvert de parvenir à la réforme d'une Constitution qui lui paroîtroit avoir violé ses droits ? Faut-il enfin qu'une Constitution soit présentée à l'acceptation immédiate du peuple ?

Dans un moment où aucune loi n'a pour elle le sceau de l'expérience & l'autorité de l'habitude, où le Corps législatif ne peut borner ses fonctions à quelques réformes, & au perfectionnement de détail d'un code de Lois déjà cher aux citoyens ; dans un temps où cette défiance vague, cette inquiétude active, suite nécessaire d'une révolution, n'a pu encore se calmer, nous avons pensé qu'une réponse affirmative à ces dernières questions étoit la seule qui convînt au peuple Français, la seule qu'il pût vouloir entendre ; que c'étoit en même temps le moyen de lui conserver dans une plus grande étendue la jouissance de ce droit de souveraineté dont, même, sous une Constitution représentative, il est utile, peut-être, qu'un exercice immédiat rappelle aux citoyens l'existence & la réalité.

Deux seules objections se présentent. On a dit qu'un vœu commun, formé par la réunion du vœu d'assemblées isolées, n'exprime pas réellement la volonté générale de la masse des citoyens qui se sont partagés entre elles. On a dit que la réunion des citoyens en assemblées primaires pouvoit causer des troubles.

En examinant la marche d'une assemblée délibérante, on voit aisément que les discussions y ont deux objets bien distincts. On y discute les principes qui doivent servir de base à la décision d'une question générale ; on examine cette question dans les parties diverses, dans les conséquences qui résulteroient des manières différentes de la décider. Jusques-là, les opinions sont personnelles ; toutes différent entr'elles ; aucune, dans son entier, ne réunit la majorité des suffrages. Alors succède une nouvelle discussion ; à mesure que la question s'éclaircit, les opinions se rapprochent, se combinent entr'elles : il se forme un petit nombre d'opinions plus générales, & bientôt on parvient à réduire la question agitée à un nombre plus ou moins grand de questions plus simples, clairement posées, sur lesquelles il soit possible de consulter le vœu de l'assemblée ; &, on auroit atteint en ce genre le point de la perfection, si ces questions étoient telles, que chaque individu, en répondant oui ou non à chacune d'elles, eût vraiment émis son vœu.

La première espèce de discussion ne suppose point la réunion des hommes dans une même assemblée ; elle peut se faire aussi-bien, & mieux peut-être, par l'impression que par la parole.

La seconde, au contraire, ne pourroit avoir lieu entre des hommes isolés, sans des longueurs interminables. L'une suffit aux hommes qui ne cherchent qu'à s'éclairer, qu'à se former une opinion ; l'autre ne peut être utile qu'à ceux qui sont obligés de prononcer ou de préparer une décision commune.

Enfin, quand ces deux discussions sont terminées, arrive le moment d'arrêter une résolution ; &, si l'objet des questions qu'on décide par assis ou levé, par adopté ou rejeté, par oui ou par non est fixé, il est clair que la décision est également l'expression de l'opinion de tous, soit qu'ils votent ensemble ou séparément, à haute voix, ou au scrutin.

Ainsi, le premier genre de discussion n'appartient pas plus à une assemblée délibérante, qu'à des hommes isolés ; à une assemblée de fonctionnaires publics, qu'à une société particulière.

La seconde ne peut appartenir qu'à une assemblée délibérante, ne peut convenir qu'à une assemblée unique. Il seroit presque impossible, sans une discussion faite dans une assemblée instituée pour cette fonction, de préparer les décisions, de les présenter sous une forme qui admette la décision immédiate, soit de cette même assemblée, soit de toute autre.

Enfin, la décision peut être confiée à des assemblées séparées, pourvu que ces questions posées de manière à être résolues par une simple affirmation ou un simple refus d'affirmation, soient irrévocablement fixées : alors toute discussion dans ces assemblées devient superflue ; il suffit que l'on ait eu le temps d'examiner les questions dans le silence, ou de les discuter librement dans des sociétés privées. L'objection, qu'alors les citoyens n'ont pu prendre part à la totalité de la discussion, que tous n'ont pu être entendus de tous, ne peut avoir aucune force.

Il n'est point nécessaire, pour décider en connoissance de cause, d'avoir lu ou entendu, sur chaque objet, tout ce que les hommes chargés de cette même décision ont pu penser ; il n'est pas nécessaire de les avoir entendus de préférence à d'autres qui auroient pu répandre plus de lumières ; il suffit de n'avoir été privé d'aucun moyen d'instruction, & d'avoir pu les employer librement : c'est à chaque individu qu'il appartient de choisir la méthode de s'éclairer qui lui convient le plus, de proportionner l'étude qu'il est obligé de faire sur une question à ses lumières, à la force de son intelligence. Et certes, l'expérience a prouvé que les hommes qui voudroient avoir lu tout ce qui a pu être écrit sur un objet, écouté tout ce qui pourroit avoir été dit, finiroient par se rendre incapables de décider.

Mais, pour former un vœu général du vœu particulier de plusieurs assemblées isolées il est nécessaire que ce vœu tombe sur une question irrévocablement posée, & personne n'ignore à quel point la manière de poser une question peut influencer sur le résultat des décisions.

L'on doit donc regarder comme illusoire le droit de décision, laissé à des assemblées séparées, toutes les fois que la forme sous laquelle cette décision leur est demandée, peut influencer sur leur vœu, ou même le déterminer en quelque sorte. Cette méthode de décider, ne doit donc pas être appliquée à toutes les espèces de questions, mais il faut la réserver pour celles, où de quelque manière qu'une proposition eût été posée, en prononçant qu'elle est acceptée ou refusée, on rempliroit véritablement l'objet pour lequel la volonté de ces assemblées est interrogée. On ne doit donc y avoir recours que pour des propositions simples, & pour une suite quelconque de propositions, dans le cas où le refus d'acceptation s'étendant sur la totalité même lorsqu'on en rejetteroit seulement une partie ; ce refus exprime encore le vœu que l'on a eu intention de connoître.

Maintenant, dans quelle vue, par exemple, propose-t-on à l'acceptation immédiate des citoyens un plan de Constitution ? C'est afin que le peuple, n'obéissant provisoirement qu'à des pouvoirs établis par son consentement, conserve sa souveraineté toute entière ; c'est afin qu'aucun pouvoir contraire à

ses droits ne puisse être établi, même momentanément ; c'est afin que ce consentement donne à ces lois l'autorité du vœu exprès de la majorité.

L'acceptation d'une Constitution toute entière par la majorité des citoyens dans des assemblées séparées, dont les membres ont pu la soumettre à leur examen, exprime, d'une manière certaine, qu'ils n'en croient l'établissement ni dangereux pour leur liberté, ni contraire à leurs intérêts ; qu'elle ne leur offre rien qui blesse leurs droits ; qu'elle leur paroît les garantir dans toute leur intégrité, & opposer à l'ambition particulière, des obstacles difficiles à éluder ou à détruire.

Le refus d'acceptation exprime, au contraire, que les citoyens ne trouvent point dans cette Constitution cette garantie certaine, ou que même le plan qui leur est soumis viole leurs droits au lieu de les défendre.

Or, l'un ou l'autre de ces vœux, formé d'après l'examen même isolé du plan tout entier, exprime une opinion prise en connoissance de cause, une volonté déterminée d'après les motifs qui doivent la diriger.

Il ne suffit point, pour accepter, que ce plan mérite l'approbation générale, il est nécessaire que toutes les parties en paroissent dignes ; pour le rejeter, au contraire, il suffit qu'aux yeux de la majorité, quelques-unes offrent des dangers réels, & que l'approbation ne puisse s'étendre à la totalité de l'ouvrage : ce vœu peut donc être émis avec une instruction suffisante ; la forme sous laquelle il est demandé, laisse une entière liberté. Le peuple n'a véritablement délégué que la fonction de rédiger la Constitution, fonction qu'il ne peut exercer, & le refus comme l'acceptation expriment ensuite son véritable vœu.

Dans les autres circonstances où nous proposons de consulter le peuple suivant la même forme, nous avons eu soin de nous conformer aux mêmes principes ; il ne s'agit que de questions simples, sur lesquelles la réponse est entièrement libre, & n'est point influencée par la manière de la poser, puisque cette forme n'est jamais appliquée qu'à des cas où le refus de ce qui est proposé exprime, autant que l'acceptation, le vœu que l'on a intention de connoître.

Mais si le peuple veut, dans ses assemblées séparées, exercer son droit de souveraineté, ou même la fonction d'élire, la raison exige qu'il se soumette rigoureusement à des formes antécédemment établies. En effet, chaque assemblée n'est pas souveraine ; la souveraineté ne peut appartenir qu'à l'universalité d'un peuple, & ce droit seroit violé si une fraction quelconque de ce même peuple n'agissoit pas dans l'exercice d'une fonction commune, suivant une forme absolument semblable à celle que les autres ont suivies. Dans ces fonctions générales l'individu citoyen n'appartient point à l'assemblée dont il est membre, mais au peuple dont il fait partie. La majorité de l'assemblée où il vote n'a sur lui aucun autre pouvoir que celui qui lui seroit conféré par une loi.

Si une Constitution acceptée déjà par le peuple, règle les formes auxquelles ces assemblées seront assujéties, chaque portion du peuple n'obéit alors qu'à la volonté de la majorité immédiate du même peuple, autorité qui doit être aussi souveraine sur chaque portion séparée, que sur un seul individu.

Si au contraire aucune Constitution n'existe encore, alors chaque portion du peuple doit se soumettre aux règles tracées par ses représentans ; mais on ne peut dire dans aucun système qu'il en résulte la moindre lésion du droit de souveraineté. En effet l'uniformité dans le mode d'agir étant ici nécessaire, il l'est également de se soumettre pour le conserver à l'autorité qui remplace de plus près la volonté immédiate du souverain, tant que cette volonté immédiate n'a pu encore être recueillie.

La réunion des citoyens dans les assemblées primaires doit être considérée plutôt comme un moyen de concilier la paix avec la liberté que comme un danger pour la tranquillité publique. Ces assemblées formées d'hommes occupés de soins paisibles, de travaux utiles, ne peuvent éprouver de troubles, si une trop longue réunion ne les réduit pas à n'être plus composées que d'hommes oisifs & dès-lors dangereux, ou si en les livrant à elles-mêmes, on les expose à se laisser égarer. Aussi n'avons-nous négligé aucun des moyens de conserver toute l'utilité naturelle de ces réunions, & d'en éloigner l'influence des partis ou de l'intrigue.

D'abord ces assemblées où les citoyens exercent leurs droits de membres du souverain, en acceptant ou rejetant une Constitution ; en répondant aux questions qui leur sont faites au nom de la représentation nationale ; en formant sur les lois, des réclamations qui obligent le corps législatif à un examen réfléchi ; ces assemblées, où le citoyen qui en fait partie, vote non pour lui seul, mais pour la nation entière, sont absolument distinguées & par leur forme & par leur distribution, sur le territoire de celles où les mêmes citoyens pourroient être appelés pour délibérer comme membres d'une des divisions territoriales. Dès-lors on ne peut s'y occuper que des questions pour lesquelles la loi prescrit de les convoquer.

Ces mêmes assemblées n'agissant point chacune pour elle-même, comme portion d'un tout, n'étant jamais convoquées que pour prononcer sur des questions déjà réduites, aucune discussion ne doit y être autorisée ; les citoyens qui les composent, peuvent, à la vérité, dans l'intervalle, entre la proposition d'une question & sa décision, discuter librement dans le lieu des séances de l'assemblée, les objets qui sont soumis à leur jugement, mais les officiers de l'assemblée n'exercent alors aucune fonction : cette discussion conserve le caractère privé qu'elle doit avoir, & ne peut, ni se mêler à la décision, ni la retarder, puisque la réunion volontaire où elle peut s'établir, est absolument

distincte de l'assemblée où la décision doit être portée.

Des réclamations partielles & spontanées, des réunions volontaires & privées, prenant à leur gré un caractère public, qu'elles ne tiennent pas de la loi, des assemblées municipales ou de sections, se transforment en assemblées primaires, voilà ce que nous avons voulu remplacer par des réclamations régulières & légales, par des assemblées convoquées au nom de la loi, & exerçant, suivant les formes légalement établies, des fonctions précises & déterminées.

Par la nature même des choses, lorsque des réclamations particulières se font entendre, lorsque le peuple agité d'inquiétudes inévitables, sur-tout dans la naissance d'une constitution, dans les temps voisins d'une révolution, ou forme des rassemblemens, ou s'occupe de ces inquiétudes, dans des assemblées convoquées pour d'autres motifs, les représentans de la nation se trouvent placés entre deux écueils : une facilité qui, pouvant être prise pour de la foiblesse, enhardit l'intrigue & les factions, avilit les lois & corrompt l'esprit national, & une résistance qui peut conduire à des insurrections. Ces insurrections qui peuvent être dangereuses pour la liberté, le sont toujours pour la paix, & entraînent presque nécessairement des malheurs particuliers. Si cet état d'inquiétude se conserve dans le peuple, les mouvemens qui se renouvellent, opposent à cette tranquillité si nécessaire à la prospérité publique, des obstacles sans cesse renaissans ; & au contraire, si le peuple se lasse lui-même de ces mouvemens, bientôt les autorités établies, apprennent à braver ses froides & timides réclamations, & ses pétitions tranquillement déposées sur un bureau, ne servent qu'à prouver son indifférence, & encourager le désir d'en abuser. Ces réclamations irrégulières ont encore l'inconvénient d'entretenir parmi les citoyens, des erreurs dangereuses sur la nature de leurs droits, sur celle de la souveraineté du peuple, sur celle des divers pouvoirs établis par la loi.

Enfin, il en résulteroit une inégalité réelle entre les diverses portions de la République ; en effet, & les réclamations irrégulières, & les insurrections ou les mouvemens qui peuvent en être la suite, ont une force plus grande, si le lieu qui en est le théâtre est celui où résident les pouvoirs nationaux, s'il est plus voisin de cette résidence, si le foyer de l'agitation est placé dans une ville plus riche, plus importante par sa situation, par les établissemens nombreux qui y ont été formés.

Alors certaines portions du territoire, parce qu'elles renferment ces villes, parce que d'autres circonstances locales donnent un intérêt plus grand de les ménager, & font craindre davantage de les aliéner, exercent sur la République entière une influence contraire à cette égalité entre toutes les parties d'une même tout, dont le droit de la nature, la justice, le bonheur commun, la prospérité générale, exigent si puissamment la conservation la plus scrupuleuse.

La forme de réclamation proposée par le Comité paroît prévenir tous ces inconvéniens.

Un seul citoyen peut proposer à son assemblée primaire, de demander qu'une Loi soit soumise à un nouvel examen, d'exprimer le désir qu'il soit pourvu par une Loi nouvelle, à un désordre dont il est frappé. On exige seulement que cinquante autres citoyens signent avec lui, non que sa proposition est juste, mais qu'elle mérite d'être soumise à une assemblée primaire.

L'assemblée primaire a le droit de convoquer pour examiner la proposition qu'elle a elle-même admise, toutes les assemblées d'une des divisions du territoire : si le vœu de la majorité dans celle-ci s'unit au sien, alors toutes celles d'une division plus étendue sont convoquées ; & si le vœu de leur majorité est encore conforme, l'assemblée des Représentans du peuple est obligée d'examiner, non la proposition en elle-même, mais seulement si elle croit devoir s'en occuper. Si elle refuse, l'universalité des assemblées primaires de la République est convoquée sur la même question, toujours celle, si un tel objet doit être pris en considération. Alors, ou le vœu de la majorité dans les assemblées primaires se déclare en faveur de l'opinion des Représentans, & la proposition est rejetée ; ou cette majorité exprime un vœu contraire, & l'assemblée qui paroît dès-lors avoir perdu la confiance nationale, doit être renouvelée. La nouvelle Loi qui seroit le fruit de la demande faite par les assemblées primaires, est sujette à la même réclamation, soumise à la même censure, de manière que jamais ni la volonté des Représentans du peuple, ni celle d'une partie des citoyens, ne peut se soustraire à l'empire de la volonté générale.

Les mêmes règles s'observent s'il s'agit de décider qu'il convient d'appeler une Convention chargée de présenter au peuple une Constitution nouvelle, qui peut n'être que l'ancienne corrigée. Mais il faut que la Convention qui sera nécessairement dirigée par l'esprit national, ait dans ce cas le pouvoir de donner même un plan nouveau. Il seroit absurde qu'elle ne pût que réformer ou corriger un certain nombre d'articles ; car la manière de les changer peut obliger à des corrections dans un grand nombre d'autres ; & dans un ouvrage qui doit offrir un ensemble systématique, tout changement doit entraîner un examen général, afin de pouvoir raccorder toutes les parties avec le nouvel élément introduit dans le système.

Si la majorité desire une Convention, l'Assemblée des Représentans sera obligée de l'indiquer. Le refus qu'elle feroit de convoquer les assemblées primaires est donc le seul cas où le droit d'insurrection puisse être légitimement employé ; & alors le motif en seroit si clair, si universellement senti ; le mouvement qui en résulteroit seroit si général, si irrésistible, que ce refus contraire à

une Loi positive, dictée par la nation même, est hors de toute vraisemblance.

Ces formes qu'un intérêt pressant peut rendre très-promptes, assurent cependant une maturité nécessaire, & forcent à des délibérations régulières.

Les réclamations des divisions du territoire auroient une égale autorité, puisqu'elles conduiroient avec une égale force, avec toute celle de la Loi à consulter l'universalité du peuple. Nul prétexte pour des mouvemens, puisque ces mouvemens ne pourroient se faire que d'une partie contre le tout, dont ils paroîtroient évidemment chercher à prévenir ou à rendre inutile la décision. Tout le système d'intrigue qui n'embrasseroit pas la République entière, ne pourroit espérer de succès.

Le corps des Représentans soumis à un renouvellement légal, ne pourroit en cas de refus d'examiner, devenir l'objet de ressentiment ; car ou le vœu national se déclareroit en sa faveur, ou ce corps cessant d'exister, il cesseroit d'exciter des inquiétudes.

Enfin, l'exécution provisoire des Loix garantit la tranquillité publique ; & si, d'un côté, la connoissance bien précise du vœu d'une majorité imposante anéantit toutes les factions, celle d'une foible majorité en montrant le danger de ne pas y céder, suffit encore pour y rallier tous les bons citoyens, tous les vrais patriotes, pour les déterminer à s'y réunir par le sacrifice momentané du succès de leur opinion personnelle.

D'ailleurs, une déclaration des droits adoptés par le peuple, cette exposition des conditions auxquelles chaque citoyen se soumet à entrer dans l'association nationale des droits qu'il reconnoît dans tous les autres, cette limite posée par la volonté générale aux entreprises des autorités sociales, ce pacte que chacune d'elles s'engage à maintenir à l'égard des individus, est encore un puissant bouclier pour la défense de la Liberté, pour le maintien de l'Egalité, & en même temps un guide sûr pour diriger les citoyens dans leurs réclamations. C'est-là qu'ils peuvent voir si une Loi est contraire aux obligations que la société entière contracte à l'égard des individus, si une autre Loi n'est pas un des devoirs des dispositaires de la volonté commune, si la Constitution actuelle offre une garantie suffisante des droits reconnus par elle ; car autant il seroit dangereux que le peuple ne délégât point la direction de ses intérêts, autant il le seroit aussi qu'il abandonnât à d'autres mains la conservation de ses droits.

Après avoir ainsi exposé les garanties qui doivent assurer les droits du peuple, & réglé ceux dont il a paru utile qu'il conservât l'exercice immédiat, après avoir déterminé sous quelles formes il peut les exercer, nous nous sommes occupés de l'organisation des pouvoirs qu'il doit déléguer.

Deux opinions ont jusqu'ici divisé les publicistes.

Les uns veulent qu'une action unique limitée & réglée par la loi, donne le

mouvement au système social, qu'une autorité première dirige toutes les autres, & ne puisse être arrêtée que par la loi dont la volonté générale du peuple garantit l'exécution contre cette autorité première, si elle tentoit de s'arroger un pouvoir qu'elle n'a point reçu, si elle menaçoit la liberté ou les droits des citoyens.

D'autres, au contraire, veulent que des principes d'actions, indépendans entre'eux, se fassent équilibre en quelque sorte, & se servent mutuellement de régulateur, que chacun d'eux soit contre les autres le défenseur de la liberté générale, & par l'intérêt de sa propre autorité, s'oppose à leurs usurpations. Mais que devient la liberté publique, si ces pouvoirs, au lieu de se combattre, se réunissent contre elle ? Que devient la tranquillité générale, si, par la disposition des esprits, la masse entière des citoyens, se partage entre les divers pouvoirs, & s'agite pour ou contre chacun d'eux ?

L'expérience de tous les pays n'a-t-elle point prouvé, ou que ces machines si compliquées se brisoient par leur action même, ou qu'à côté du système que présentait la loi, il s'en formait un autre, fondé sur l'intrigue, sur la corruption, sur l'indifférence ; qu'il y avait en quelque sorte deux constitutions, l'une légale & publique, mais n'existant que dans le livre de la loi ; l'autre, secrète, mais réelle, fruit d'une convention tacite, entre les pouvoirs établis.

Au reste, un seul motif auroit suffi pour nous décider entre ces deux systèmes ; ces constitutions fondées sur l'équilibre des pouvoirs, supposent ou amènent l'existence de deux partis ; & un des premiers besoins de la République Française, est de n'en connoître aucun.

Ainsi, le pouvoir de faire des lois, & celui de déterminer ces mesures d'administration générale, qui ne peuvent être confiées sans dangers, à d'autres mains qu'à celles des représentans du peuple, seront remis à une Assemblée nationale, & les autres pouvoirs ne seront chargés que d'exécuter les lois & les résolutions émanées d'elle.

Les représentans du peuple se réuniront dans une seule assemblée. Sans doute si, en la partageant en deux chambres, on composait chacune d'elle de membres également élus par tous, & parmi tous les citoyens, une telle institution ne seroit pas contraire à l'égalité naturelle.

Mais on sait que, si par exemple, on exige le concert de deux assemblées séparées, le vœu d'une minorité très foible, suffit pour faire rejeter par la forme seule, ce qu'une grande majorité a réellement admis. On sait que cette institution auroit le même effet que celle où l'on exigeroit, pour adopter une proposition, une pluralité relative, plus ou moins forte, mais qu'elle ne conduiroit au même but, que d'une manière incertaine & bizarre. Aussi cette combinaison n'est pas l'ouvrage d'une théorie politique, née dans un siècle éclairé ; car,

sans parler de quelques constitutions fondées sur le préjugé que les hommes peuvent se réunir dans une même société pour y exercer des droits inégaux, que des classes particulières peuvent prétendre à conserver une volonté indépendante de la volonté générale, cette institution doit en général son origine à des peuples qui n'avoient pour loi que d'anciennes coutumes, où les dépenses publiques étoient payées, soit par des revenus territoriaux, soit par des redevances perpétuelles, où tout changement étoit envisagé avec la crainte qui suit toujours l'ignorance, où l'administration presque nulle, n'avoit pas besoin de prendre de déterminations nouvelles ; dès-lors on cherchoit moins un pouvoir qui pût agir, qu'un pouvoir qui empêchât de changer. Cette peur des innovations, l'un des fléaux les plus funestes au genre humain, est encore le plus fort appui de ces mêmes combinaisons, & le motif sur lequel leurs partisans insistent avec le plus de confiance. Enfin, l'inertie naturelle à ce système, ne peut être vaincue dans les mesures administratives, que par la nécessité d'agir.

Il ne peut donc convenir à la République Française, où la réforme des lois subsistantes, l'établissement d'un nouveau système de législation, est un des premiers devoirs des représentans du peuple ; où tant de pertes à réparer, tant d'institutions à créer, feront longtemps sentir le besoin d'une autorité sans cesse agissante.

Le renouvellement très-fréquent des corps législatifs, les réclamations que le peuple pourra faire contre les lois qu'il jugera contraires à sa liberté, le changement immédiat des assemblées qui refuseroient d'écouter sa voix, sont des préservatifs suffisans contre les projets d'usurpation de pouvoir, contre les systèmes destructeurs de la liberté que l'on pourroit craindre d'une seule assemblée, source unique de tous les pouvoirs sociaux.

L'emploi de ce dernier moyen, oblige à distinguer les actes du corps législatif, qui sont véritablement des lois, de ceux qui ne peuvent être regardés que comme des actes d'administration générale.

Les lois sont susceptibles d'une obéissance provisoire, comme elles le sont d'être abrogées. Il est de leur nature de durer jusqu'à ce qu'elles aient été révoquées par une autorité légitime ; & elles n'ont pas besoin d'être renouvelées à des époques marquées. Les actes d'administrations au contraire, n'ont qu'une exécution momentanée, ou une durée déterminée. Fixer la nature d'un impôt, établir sur quelles bases il sera réparti ou tarifé, déterminer le mode de le percevoir, sont de véritable lois ; mais déclarer quel sera le montant de cet impôt, appliquer les principes du tarif, de manière à former un tel produit, sont des actes d'administration générale.

Pour les actes de cette nature, une réclamation seroit ou inutile, parce qu'elle seroit tardive, ou dangereuse, parce qu'elle en suspendroit l'exécution néces-

saire.

Ainsi, par exemple, la fixation de la dépense publique, la détermination de la quotité de chaque impôt nécessaire pour y subvenir, doivent être faites chaque année, mais ne peuvent donner lieu à des réclamations sans s'exposer à porter le trouble dans toute l'économie sociale. De même, si les résolutions prises pour ordonner une construction, pour former un établissement, étoient assujéties à des réclamations qui pourroient entraîner un examen nécessaire, le succès deviendrait presque impossible, par l'incertitude éternelle, qui seroit la suite de ces réclamations. Enfin elles tomberoient alors non sur des droits auxquels on auroit porté atteinte, non sur des principes d'éternelle vérité qui auroient été violés, mais sur des convenances passagères ou locales, sur des considérations d'intérêt public dont on ne peut croire raisonnablement que la masse entière des citoyens puisse être juge, sur lesquelles elle ne peut même avoir le temps de s'instruire.

Ainsi le fréquent renouvellement du corps à qui la confiance publique a été donnée, le droit de réclamer le changement d'une mauvaise Constitution, sont ici la seule garantie que l'intérêt des citoyens puisse exiger ; & cette garantie est suffisante.

Mais si le peu de durée des fonctions, si les élections fréquentes, si ces diverses réclamations réglées par la loi sont des moyens efficaces d'assurer la liberté, on peut craindre qu'ils ne le soient pas assez pour mettre la prospérité publique, ou les droits individuels à l'abri des erreurs dans lesquelles une assemblée nombreuse pourroit être entraînée par la précipitation, par la prévention, ou même par l'excès de son zèle.

On a plus d'une fois proposé, pour remédier à ce danger qui a frappé tous les esprits, de partager une assemblée unique en deux sections permanentes qui délibéreroient séparément. Dans le cas où les opinions seroient divisées, ces sections se réuniroient pour prendre une détermination finale, ou bien on obtiendrait le résultat du vœu général de la majorité en comptant les voix pour ou contre dans l'une & l'autre section. On a proposé encore d'accorder à un corps séparé, le droit d'examiner les décisions de l'Assemblée des Représentans, & d'exposer les motifs de son refus d'adhésion dans un temps déterminé, après lequel, sur une nouvelle discussion, l'Assemblée donneroit une décision définitive.

Ces moyens n'ont rien de contraire à la liberté, ni même à l'unité entière du pouvoir. Chacun d'eux présente des avantages & des inconvénients. Mais ni l'un ni l'autre n'ont paru convenir à la Nation Française. En effet, ces sections permanentes, ce corps d'examineurs de lois partageroient nécessairement les esprits, deviendroient des points de ralliement, des objets d'inquiétude pour les

uns, d'enthousiasme pour les autres. Le passage rapide du despotisme à la liberté, le passage non moins rapide d'une royauté appelée constitutionnelle à la République, l'agitation causée par ces révolutions successives, l'esprit de défiance, suite nécessaire des erreurs & des fautes où tant d'hommes ont été entraînés, tout rend ces moyens impraticables pour nous : car des dissentimens & des combats d'opinions entre des corps investis de l'autorité publique ne peuvent se concilier avec la tranquillité des citoyens, si on ne suppose dans le peuple assez de calme & de confiance pour consentir à n'en être que le paisible spectateur & à ne les juger qu'avec sa raison.

Il a donc fallu chercher des moyens de forme capables de mettre à l'abri des dangers de la précipitation, & cependant ne pas rendre impossible cette activité, cette promptitude dans les décisions qui est quelquefois nécessaire, sans que néanmoins la Loi puisse déterminer d'avance les cas où cette nécessité est réelle.

Il falloit en même-temps que dans les circonstances les plus impérieuses ces formes préservassent encore des inconvéniens d'une impétuosité trop grande ; que les délibérations prises avec rapidité ne le fussent cependant pas sans réflexion ; que même alors la généralité des membres de l'Assemblée ne fût pas privée des moyens de former son opinion ; qu'elle pût s'éclairer sur les motifs, sur les conséquences de la détermination qui lui seroit proposée.

Trois modes de former la loi ont fixé nos regards. Tous trois nous ont paru satisfaire aux conditions exigées. Dans tous trois l'unité du corps législatif reste dans son entière intégrité. Aucune action étrangère, en se mêlant à la formation de la loi, n'y offre le moindre prétexte de faire naître des divisions, de créer des partis, ni dans le Corps législatif, ni dans la Nation.

Dans l'un de ces modes, ceux des actes de l'Assemblée législative qui ne sont pas purement relatifs à sa police intérieure, à l'ordre de ses délibérations, sont assujétis à deux discussions ; l'une a seulement pour objet d'admettre à un examen ultérieur, de rejeter ou d'ajourner un projet proposé. Le projet une fois admis, doit être renvoyé à un bureau chargé de l'examiner & d'en rendre compte, & c'est après ce rapport, que commence la discussion définitive.

Tout projet admis doit être imprimé & distribué avant le rapport du bureau.

Des délais sont fixés pour chacune de ces opérations ; mais l'Assemblée peut les abrégier, avec cette condition cependant que les délais qui séparent l'admission d'un projet de la dernière délibération, ne peuvent être réduits à moins d'une décision prise au scrutin.

Les actes porteront dans leur intitulé, la date de leur admission, celle du rapport du bureau, enfin celle de la délibération au scrutin qui auroit abrégé les délais déterminés par la loi.

On voit que l'Assemblée a la faculté de donner à ces délibérations toute la promptitude que les circonstances les plus extraordinaires peuvent exiger.

L'impression d'un projet, la délibération au scrutin, le rapport au bureau, seules formalités nécessaires, n'exigeront dans ces circonstances qu'un espace de temps très-court ; & cependant, malgré cette promptitude, avant qu'une résolution ait été prise, chaque membre en aura lu le projet, & le bureau aura examiné s'il n'est pas en contradiction avec les lois générales, avec les résolutions précédentes.

Dans les circonstances ordinaires, l'examen & le rapport de ce bureau auront encore l'avantage de mettre plus d'unité dans le système des lois & des mesures d'administration ; plus de clarté & de méthode dans la rédaction ; de prévenir l'abrogation trop fréquente des résolutions précipitées & la multiplicité de ces interprétations, de ces incertitudes dans la marche d'un Corps législatif, si nuisibles à sa dignité, si propres à diminuer la confiance du peuple.

La composition de ce bureau offroit des difficultés ; on l'a fait peu nombreux : il s'en formera tous les mois un nouveau ; chaque Bureau restera chargé des rapports qui lui auront une fois été renvoyées ; & dans toute la durée d'une assemblée, aucun membre ne pouvant être appelé deux fois à composer un bureau, chacun d'eux se trouvera toujours complet.

Dans le second mode pour la formation de la loi, l'Assemblée peut également accélérer ses délibérations ; mais on ne peut se livrer à une discussion définitive avant de s'être partagé en deux grands bureaux & avoir ouvert & fermé dans chacun d'eux une discussion préliminaire.

Cette discussion nécessaire s'oppose à la précipitation qui naîtroit de l'enthousiasme & sur-tout à celle qui pourroit être la suite d'une combinaison formée par quelques membres, car la formation de ces bureaux ayant lieu à l'instant même, il est impossible de préparer d'avance les moyens de les entraîner.

Dans les cas où l'Assemblée suit la marche ordinaire, ce moyen n'offre pas l'avantage de soumettre la loi à l'examen réfléchi d'un bureau peu nombreux, mais cet avantage est remplacé par celui d'une discussion plus paisible, puisque dans les bureaux séparés où il ne se prend point de décision, où même on ne délibère point, elle ne peut être troublée par des propositions incidentes, par des motions d'ordre, par ces interruptions que la nécessité de pourvoir à des objets pressans, amène si fréquemment dans une assemblée chargée de grands intérêts & de détails multipliés.

On dira peut-être que dans les cas où le mouvement de l'Assemblée peut faire craindre trop de précipitation, on ne discutera point dans les bureaux, mais cela suppose que la majorité dans chacun d'eux desire & desire fortement une

prompte décision, & c'est une raison de croire qu'alors elle seroit exigée par l'intérêt public.

Dans le troisième moyen on exige les deux tiers des voix dans un scrutin nominal pour prononcer l'urgence & dispenser des intervalles exigés par la loi.

Ce moyen est le plus simple de tous, on lui reprochera de substituer à la majorité simple celle des deux tiers. Mais les objections qui ont été faites contre l'usage des divers degrés de majorité ne peuvent avoir de force que contre ceux qui proposeroient d'appliquer ce moyen à des cas où il est nécessaire d'agir, où l'on ne peut agir que d'après une décision nouvelle, & où il n'existe point de motif de préférence pour une des décisions opposées. Les lois de tous les peuples civilisés exigent plus que la simple majorité pour condamner un accusé, parce que le mal résultant de l'erreur commise en condamnant un innocent, l'emporte sur celui de se tromper en absolvant un coupable. On pourroit avec justice exiger aussi cette pluralité plus grande dans les affaires importantes qu'il seroit dangereux de mal décider, & dont la décision peut être différée sans des inconvénients assez graves pour balancer ce danger. On peut l'exiger encore pour les cas ou les motifs qui déterminent une décision, doivent, s'ils sont réels, frapper tous les esprits, parce que dans ces cas une foible majorité est une raison de révoquer en doute l'existence de ces motifs.

On peut l'exiger enfin lorsqu'il s'agit d'exceptions à une loi générale dont la bonté est reconnue ; or ces quatre conditions se réunissent ici, puisque si l'urgence est rejetée & que de nouvelles raisons viennent l'appuyer, rien ne s'oppose à une délibération nouvelle ; ce sont donc les inconvénients du délai d'un seul jour qu'il faut mettre en balance avec le danger de multiplier les décisions précipitées.

Observons d'ailleurs qu'il ne s'agit point ici de soumettre la majorité à la minorité, mais d'obéir à la volonté de la majorité de la nation, qui dans ce cas auroit mis cette réserve à la légitimité d'une exception à la loi générale adoptée par elle-même.

Cette majorité n'a-t-elle pas le droit de fixer les conditions de la soumission provisoire à laquelle son vœu seul a pu assujétir l'universalité des citoyens ?

En plaçant ainsi le principe unique de l'action sociale dans une assemblée de représentants du peuple, qui ne trouveroit dans les autres autorités que les exécuteurs des lois faites par elle, & les agens des mesures d'administration qu'elle auroit déterminées, nous croyons avoir saisi le moyen le plus sûr de conserver l'unité de concilier la liberté & la paix.

Nous n'ignorons pas que des amis éclairés de la liberté n'ont envisagé qu'avec une sorte de frayeur l'institution d'un pouvoir unique, dont l'autorité bornée seulement par des lois écrites, n'auroit d'autre limites réelles que la résistance

du peuple. Mais c'est qu'ils n'avoient envisagé qu'une résistance spontanée, & dirigée seulement par l'opinion du moment ; au lieu qu'ici cette résistance s'exerce sous des formes que la loi elle-même a prescrites. D'ailleurs dans tous les systèmes, dans celui de l'équilibre, comme dans celui de l'unité d'action, on se trouve toujours conduit à cette question, aussi difficile en politique qu'en morale, du droit de résistance à une loi évidemment injuste quoique régulièrement émanée d'un pouvoir légitime. Car, si d'un côté on doit alors regarder une obéissance durable, comme une véritable abnégation des droits de la nature, de l'autre on peut demander qui sera le juge de la réalité de cette injustice. Ici ce juge dont l'action est réglée par la loi même, est la majorité immédiate du peuple ; le premier des pouvoirs politiques, au-delà duquel on ne peut aller, sans altérer l'intégrité du pacte social, sans replacer l'homme dans l'état de nature où il n'existe plus d'autorité que celles des lois immuables, mais trop souvent méconnues, de la raison & de la justice universelle.

Entre le Corps législatif & les citoyens qui doivent obéir à la loi, entre ce corps & les fonctionnaires publics qui doivent procurer immédiatement l'exécution des lois, ou diriger dans leur détail les mesures d'administration générale, le maintien de l'unité d'action & de principes exige, que la Constitution place un conseil d'agens nationaux chargés de surveiller l'observation & l'exécution des lois, de disposer les détails des mesures générales d'administration, ensorte qu'elles puissent être immédiatement réalisées, d'agir d'après ce que la volonté nationale a réglé, d'instruire les représentans du peuple des faits qui peuvent exiger des déterminations nouvelles.

Ce lien nécessaire à l'ordre social ne doit pas être considéré comme un véritable pouvoir. Ce conseil ne doit pas vouloir, mais il doit veiller, il doit faire ensorte, que la volonté nationale, une fois exprimée, soit exécutée avec précision, avec ordre, avec sûreté.

Il n'existoit que deux moyens à conserver à ce conseil l'unité que doit avoir toute action politique.

Le premier, d'y placer un chef auquel tout aboutiroit, dont la signature seroit nécessaire pour toutes les opérations. Les autres membres entre lesquels le travail seroit partagé, n'agiroient qu'en concurrence avec lui ; s'ils s'accordoient, leur action seroit indépendante de celle de leurs collègues, s'ils différoient d'opinions, ou l'on donneroit la prépondérance à ce chef, ou bien le conseil prononceroit entre eux.

Le second moyen consiste, à conférer au corps seul de ce conseil, toutes les opérations, générales, à ne donner qu'à lui l'autorité de décider, à exiger que ses membres ne puissent agir séparément qu'en vertu de ses résolutions.

Quelque soin que l'on prenne dans l'emploi du premier de ces moyens, pour

éviter tout ce qui pourroit effrayer la jalousie de la liberté la plus inquiète ou la plus scrupuleuse, il retiendra nécessairement quelque simulacre des formes royales ; il présentera toujours à l'imagination l'idée d'un homme, lorsqu'il est si important de ne la frapper que de celle de la loi.

D'ailleurs, dans la nécessité de prendre des précautions contre une autorité trop grande, on seroit nécessairement conduit à rendre ce moyen presque inutile à l'objet même qui auroit été le motif unique de cette institution.

Nous avons donc préféré un conseil formé d'agens égaux entre eux, & chargés chacun des détails d'une partie ; toutes les résolutions générales, toutes les déterminations y seroient prises sur le rapport de celui des agens à qui l'exécution de ces résolutions devoit ensuite être confiée.

On auroit tort de craindre les lenteurs d'un conseil peu nombreux composé d'hommes accoutumés aux affaires. Les délibérations y seroient promptes elles se borneroient presque toujours à adopter, avec quelques modifications, les plans présentés par celui qui seroit chargé pour chaque département, de préparer les rapports, & de rassembler les motifs qui doivent déterminer les décisions.

D'ailleurs ce n'est point pour les résolutions générales que les lenteurs sont à craindre, c'est pour la préparation de ces décisions, & l'expédition des détails, or l'un ou l'autre travail seroit fait par un seul homme.

Ce conseil sera renouvelé chaque année par moitié, afin que n'étant jamais composé d'hommes entièrement nouveaux pour leurs places, le fil des affaires ne puisse être interrompu, & que cependant on n'ait pas à craindre de voir s'y former cette perpétuité d'opinions & de systèmes qui s'oppose aux réformes utiles, & soumet tout à l'empire de la routine.

C'est une erreur de croire que l'unité des vues, que l'activité dépendent exclusivement de la condition d'employer un agent unique. La raison & l'expérience montrent également que ces avantages sont attachés au petit nombre des agens. La difficulté de rencontrer dans un seul homme & la force de tête nécessaire pour n'agir que d'après les mêmes principes, & une activité qui s'applique à la fois aux grands objets & aux grands détails, l'emporte beaucoup peut-être sur celle de trouver plusieurs hommes en qui ces qualités se trouvent réunies à un degré moindre, mais suffisant pour des fonctions plus bornées.

Ces agens doivent être essentiellement subordonnés aux dépositaires de la puissance législative, ou le principe de l'unité d'action seroit violé. Ce conseil doit être la main avec laquelle les législateurs agissent, l'œil avec lequel ils puissent observer les détails de l'exécution de leurs décrets, & les résultats des effets que ces décrets ont produits.

Mais les institutions d'un peuple libre ne peuvent offrir l'image d'une dépendance servile. Si les membres du conseil sont les agens du corps législatif, ils ne doivent pas en être les créatures. Il doit avoir les moyens de les forcer à l'obéissance, il doit avoir l'autorité de réprimer leurs écarts ; mais la loi, protectrice des droits de tous, doit pouvoir se placer entre eux & lui. Ainsi les membres du conseil ne seront point élus par le corps législatif, puisqu'ils sont les Officiers du peuple & non ceux de ses Représentans.

Une destitution arbitraire eût entraîné une trop grande dépendance. Les Représentans du peuple, les membres du conseil, eussent été fatigués sans cesse par les intrigues d'hommes qui, avides de parvenir à ces places, auroient cherché à y multiplier les changemens.

Il étoit dangereux cependant de ne soumettre ces fonctionnaires à aucune destitution tant que de véritables prévarications n'appelleroient pas contre eux la sévérité des lois.

La négligence, cette incapacité qu'aucune précaution dans le mode de faire les choix ne peut prévenir, cette perte de la confiance publique, qui peut être la suite des fautes involontaires, toutes ces causes peuvent rendre funeste à la patrie l'administration d'un homme que cependant il seroit injuste d'accuser comme coupable. On se trouveroit entre la nécessité d'exposer la chose publique à des dangers, & celle de la sauver par des injustices ou par ce qui en est presque toujours une, par une rigueur exagérée. Nous avons cru trouver un moyen d'éviter ces deux inconvéniens, en donnant au Corps législatif le droit de mettre en jugement les membres du conseil pour des faits sur lesquels un jury national prononceroit seulement si celui qui est soumis à son jugement doit ou non être destitué. Par-là les fautes involontaires ne sont point confondues avec les crimes, mais aussi les défauts qui les ont fait commettre cesseront de menacer la sûreté ou la prospérité publique.

Cette espèce de censure exercée au nom du peuple par des hommes qu'il aura élus, par des hommes à qui aucune autre fonction ne peut donner d'intérêt politique, que le sort appelle à prononcer, dont on a eu le temps de préparer les opinions, cette censure paroît avoir l'impartialité que l'intérêt & la dignité de la nation peuvent exiger.

Le Corps législatif n'est chargé que des fonctions qui lui conviennent, celles de la surveillance ; & l'on écarte de lui jusqu'au soupçon même de l'abus du pouvoir, de tout ce qui peut atténuer cette intégrité de la confiance publique, premier besoin des Représentans du peuple, base première de l'ordre & de la tranquillité.

Dans l'intervalle, entre l'acte du Corps législatif & le jugement, les membres du conseil seroient suspendus de leurs fonctions & remplacés par un de leurs

suppléans tiré au sort, afin d'éviter le soupçon que l'intérêt de l'ambition d'un d'entre eux ait pu agir sur la décision de l'Assemblée.

Ces premiers agens du gouvernement ont par-tout & dans tous les temps, excité la défiance des amis de la liberté. L'étendue, la durée de leurs pouvoirs, l'influence qu'ils exercent sur l'individu ou sur le corps investi du pouvoir législatif, le grand nombre de leurs artisans, suite nécessaire de celui des places lucratives & durables dont ils disposent ; tels sont les motifs qui produisent & nourrissent cette défiance, & qui en même-temps portent vers ces places l'activité de tous les ambitieux. Nous avons soigneusement écarté toutes ces causes, & ces fonctions honorables & pénibles, ne pourront plus ni tenter l'ambition, ni allarmer la vertu.

Nous avons rendu la direction du trésor public absolument indépendante du conseil exécutif. Une longue & funeste expérience a prouvé que l'or exigé des nations, pour la défense de leur liberté, a trop souvent été employée pour les asservir ; que le désordre des finances a été la première origine des troubles qui ont détruit les Républiques ; que la facilité d'abuser du trésor public y a été la cause de la corruption la plus active & la plus constante, & que jamais enfin, ni les loix pénales, ni la nécessité de rendre des comptes n'ont pu ni réprimer, ni contenir l'avidité ou l'ambition des chefs du gouvernement.

Le moyen le plus sûr de prévenir ces abus, est de faire ensorte que les dépositaires des fonds publics indépendans de ceux qui en disposent immédiatement pour le service de l'état, n'aient d'autre intérêt que de les conserver. Alors celui qui auroit employé l'argent du peuple à des usages qui n'auroient pas été déterminés par la loi, n'auroit plus la facilité de couvrir sa témérité par des opérations financières, n'auroit plus la ressource de se servir de l'excédent d'une dépense décrétée, pour payer celle qui n'a point été ordonnée. Cette indépendance une fois établie, le fréquent renouvellement & des membres du conseil, & des commissaires de la trésorerie, mettroit à toute connivence un obstacle vraiment invincible ; & cette combinaison la plus simple, la plus propre à éviter toute obscurité comme tout désordre, est la seule qui puisse offrir une sûreté réelle & durable.

C'est par ces motifs que nous avons mis les commissaires de la trésorerie au nombre des fonctionnaires nationaux, placés dans la dépendance immédiate exclusive du Corps législatif, & que nous les avons soumis aux mêmes loix que les membres du conseil.

Il doit être de même des chefs de la comptabilité. Ce dernier examen, nécessaire à la régularité, à la vérification de toutes les opérations de finance, ne peut être confié qu'à des anges investis d'une entière indépendance.

Nous avons cru qu'un petit nombre d'hommes chargés de diriger les travaux,

pourroient suffire, si on remettoit le jugement de chaque compte à des jurés, moyen qui permet de proportionner toujours le nombre des agens au travail exigé d'eux, & qui a de plus l'avantage précieux d'étendre aux comptables la jouissance d'un droit commun accordé à tous les citoyens, celui de récusation. Par-là enfin, toute idée de corruption, tout prétexte de défiance est écarté de cet établissement.

La liste de ces jurés sera formée chaque année par le Corps législatif. Les motifs qui peuvent proscrire toute idée de confier aux Assemblées nationales l'élection de fonctionnaires publics, ne peuvent s'appliquer à cette simple formation d'une liste de jurés ; & d'ailleurs, vu la courte durée des législatures, ces jurés ne jugeront que des comptes antérieurs à l'existence du Corps législatif qui les aura désignés.

Ces autorités générales agissent sur la République entière, intéressent à-la-fois toutes les parties du système social ; mais dans une grande nation l'ordre public ne pourroit être maintenu s'il n'existoit des autorités inférieures & partielles, qui, par leur nature, ne doivent s'étendre qu'à une portion du territoire ou à une classe particulière d'objets, & l'établissement de ces autorités suppose qu'on ait formé d'abord la division du territoire français.

En observant de quelle manière les divers travaux de la culture, de l'industrie & du commerce, les besoins des individus, les anciennes relations politiques ont distribué les hommes sur le territoire de la République, on aperçoit des réunions d'un petit nombre de familles, que le besoin d'un secours mutuel & celui de se rapprocher de quelques ouvriers nécessaires ont réunis en villages. De distance en distance, des causes différentes ont placé des réunions plus nombreuses, des villes qui varient de population & de grandeur, & de-là on s'élève par degrés jusqu'à cette ville immense, long-temps la capitale d'un puissant Empire, maintenant encore la résidence des pouvoirs nationaux, célèbre autrefois par la réunion des lumières, l'éclat des arts, le luxe & les richesses, plus digne de l'être aujourd'hui par son amour pour sa liberté, & par les efforts qu'elle a faits pour la recouvrer, l'assurer & la conquérir toute entière.

Cette distribution, ouvrage de la volonté libre des individus, fondée sur les dispositions des terriens, la direction des fleuves, la nature du sol, le genre des productions, & les habitudes de la vie, a répandu les hommes sur le territoire avec une extrême inégalité. Là, une lieue carrée ne contient que trois cents habitans : ailleurs, une autre en renferme plus de cent mille ; & malgré cette excessive disproportion, il faut chercher à rétablir, par la distribution des pouvoirs sociaux, l'égalité que la justice exige, c'est-à-dire, toute celle que la nature même des choses peut admettre.

Toute réunion de familles, dès qu'elle est isolée, semble demander qu'un agent

de la loi y veille à la sûreté commune ; mais ses fonctions doivent être resserrées dans les plus étroites limites ; on ne pourroit les étendre sans s'exposer à ne pas trouver des hommes capables de les remplir, sans enlever trop d'individus à des travaux nécessaires.

Un certain nombre de ces réunions premières, répandues sur un terrain dont les extrémités ne sont séparées que par un chemin de quelques heures, peuvent former des communes où le nombre des citoyens permette de trouver des hommes en état d'exercer des fonctions plus étendues. Ces communes deviennent alors des espèces de villes où seulement la population est plus dispersée ; il existe entre elles & les villes d'une médiocre étendue une sorte d'égalité de population & de richesses, & cet ordre de divisions est encore indiqué par la nature. Mais elle-même en a aussi déterminé les limites. Si la distance de l'habitation la plus éloignée du lieu où les pouvoirs sociaux s'exercent est trop grande pour qu'un individu, même foible, ne puisse s'y transporter commodément, y suivre une affaire, & retourner dans son domicile pendant la durée d'un jour, on excède les bornes naturelles de l'étendue d'un pouvoir dont ceux qui en dépendent éprouvent habituellement le besoin.

Mais si l'on se renferme dans ces mêmes limites, & qu'on se borne à ce second ordre de divisions, il en résulte une inégalité trop marquée de population, de richesses, d'importance, & par conséquent d'influence politique entre ces communes & les grandes villes.

Une correspondance immédiate entre ces communes & le conseil national deviendroit trop compliquée, ou même presque impraticable : elle seroit exposée à une confusion dangereuse. Il faudroit, ou donner une grande étendue aux autorités établies dans ces communes, ce qui multiplieroit le nombre des agents, & ne permettroit pas d'en trouver d'assez instruits, ou conserver au conseil exécutif & à ses bureaux une action immédiate sur un trop grand nombre d'objets, action qui ne seroit sans danger ni pour l'expédition des affaires, ni pour l'ordre public, ni même pour la liberté.

En effet, alors il n'y auroit aucune activité dans l'administration ou bien la République entière se couvrirait d'agents du conseil national, & au lieu d'un nouvel ordre de divisions du territoire établi par la loi, renfermant des fonctionnaires appartenans à la nation, on en auroit un qui seroit arbitrairement établi, & d'après lequel la direction des affaires, seroit confiée à des agents immédiatement désignés par la confiance du peuple.

Ainsi, tout concourt à faire sentir la nécessité d'un troisième ordre de divisions, sans lequel les communes seules des grandes villes pourroient conserver une influence politique, dont l'oppression des campagnes, & bientôt une révolution nouvelle seroit la suite infaillible.

Tel est donc les système de divisions que nous avons cru devoir préférer.

De grandes communes, dont cependant l'étendue ne puisse être incommode aux citoyens, dont le chef-lieu leur soit facilement accessible, & là une administration municipale ; si ces communes sont formées de plusieurs réunions d'habitants, chacune de ces réunions aura un agent de police municipale, un officier de sûreté ; enfin, un certain nombre de communes formeront un département ; & dans ce système, nous trouvons l'avantage de conserver une distribution déjà faite, à laquelle celle des membres des assemblées nationales a été déjà attachée, sur laquelle la répartition des impôts directs a été formée, ou pour la justice criminelle ; pour les travaux & les établissemens publics, il existe déjà des centres de réunion, où même, par l'ordre établi dans l'administration, aboutissent les fonctions distribuées entre les districts, dont cette conservation de la division en départemens, empêche que la suppression, d'ailleurs utile, puisse entraîner des inconvéniens, même momentanés.

En conservant les administrations de départemens, nous avons cru devoir d'abord diminuer le nombre de ceux qui les forment, afin d'éviter jusqu'à l'apparence d'une représentation départementale si opposée à l'unité, à l'indivisibilité de la République. C'est encore dans cette vue, dans celle d'augmenter l'activité du gouvernement, d'en conserver l'unité plus entière, que nous proposons de substituer au procureur-syndic un agent choisi par le conseil exécutif, chargé de correspondre avec lui, révocable à sa volonté, mais pris nécessairement parmi les administrateurs qui ont réuni les suffrages du peuple.

Par ce moyen, c'est à un homme investi d'avance de la confiance de ses concitoyens que le conseil exécutif peut seulement accorder la sienne. Sa place ne peut être stable, s'il ne s'attache, sur-tout, à conserver l'estime publique. Cette institution établit entre les pouvoirs généraux & les administrations locales un lien dont, par ces précautions, on a écarté tout soupçon de corruption ou de complaisance servile ; & ce lien étoit nécessaire pour contrebalancer cette pente à s'isoler, à se conduire par des principes particuliers qui contracteroient trop aisément des administrations séparées & indépendantes entre elles.

Nous avons cru devoir proposer quelques changemens dans l'administration de la justice.

L'autorité nécessaire aux jugemens semble ne laisser que le choix de trois moyens : l'établissement d'un grand tribunal, imposant par le nombre des ses membres, ou une institution combinée de manière que la dignité, le crédit personnel de juges revêtu pour un longtems de fonctions très-étendues, supplée à leur petit nombre ; ou enfin le jugement par juré, qui reçoit de confiance une autorité plus juste & moins dangereuse. Les principes d'égalité, d'économie,

de simplicité qui doivent présider aux institutions républicaines, écartent les deux premiers moyens. Il ne reste donc que le troisième.

Nous avons cru devoir l'adopter pour les jugemens civils, même dans l'état actuel de nos lois, dont ce changement peut encore accélérer & assurer la réforme. Un seul établissement judiciaire suffira par département, en imposant aux parties l'obligation de ne se présenter devant les jurés qu'après s'être soumis à la décision d'arbitres qu'elles auroient choisis. Ce recours à l'équité, à la sagesse des hommes impartiaux, seroit indiqué par la nature même à des individus qu'aucun lien social n'uniroit entre eux, & la société a droit d'exiger que ce moyen ait été épuisé avant d'interposer entre des intérêts purement privés, la sévère autorité de la loi.

Cette institution n'est pas nouvelle ; établie dans la république d'Athènes, elle y a subsisté long-temps.

Le jury est choisi par les intéressés eux-mêmes. Ainsi, tant que le passage encore récent des institutions monarchiques aux institutions républicaines exigera de confier la décision à des hommes pour qui nos anciennes lois & nos anciennes formes ne soient pas étrangères, les parties pourront choisir librement les jurés dans cette classe.

Par la même raison, les tribunaux particuliers pour le commerce deviennent inutiles, car les parties pourront elles-mêmes choisir les jurés parmi des commerçans.

Tout ce que la justice de paix offre d'utile est soigneusement conservé.

Les arbitres librement choisis, les jurés désignés par les parties, tendent comme cette justice à écarter des contestations malheureusement inévitables, ces haines opiniâtres auxquelles l'esprit de famille donne quelquefois une hérédité funeste. Or, si ces haines nées des intérêts personnels se multiplient, elles enveniment & dénaturent les divisions que produit nécessairement la lutte des opinions politiques. Ces partis de familles ont détruit de petites Républiques ; mais dans les grandes, ils peuvent devenir une source de crimes, & y corrompre l'esprit public.

L'institution des jurés est dégradée & pervertie, [Original: dégradée pervertie, &] si le droit d'en former la liste est confié à un officier public, quels que soient son titre ou ses fonctions : car dès-lors il devient l'arbitre de la vie ou de la fortune des citoyens ; & s'il est le chef ou l'instrument d'un parti, ce parti, dès cet instant même, exerce une véritable tyrannie. La liste des jurés sera donc formée par le peuple lui-même, dans chaque assemblée primaire, en proportion du nombre des citoyens ; chacun désigneroit un juré, & la simple pluralité détermineroit le choix. Ce n'est pas-là sans doute une véritable élection ; mais aussi la formation de la liste des jurés ne doit pas en être une. Ils ne doi-

vent pas appartenir à la majorité seule, parce que la majorité toute-puissante, comme interprète de la volonté générale, ne peut, d'après les lois universelles de la justice, étendre son pouvoir sur le droit individuel d'un citoyen. Par la forme que nous adoptons, la totalité d'un jury ne peut, dans aucun cas, appartenir à un parti ou même à une opinion politique ; & par l'imperfection apparente du mode d'élire, nous assurons encore cette entière impartialité qui forme le caractère distinctif & sacré de cette institution salutaire.

Si l'indépendance absolue des fonctions judiciaires est le bouclier le plus impénétrable de la liberté, puisqu'elle garantit la vie & les biens des citoyens contre les atteintes de tous les pouvoirs qui pourroient affecter la tyrannie, on doit également mettre la liberté à l'abri des dangers auxquels ceux qui exercent les fonctions judiciaires l'exposeroient, si les dépositaires des autres pouvoirs pouvoient, à raison de l'exercice de leurs fonctions, être appelés en jugement, soit par un citoyen, soit par un accusateur public. La même considération peut s'étendre aux délits qui sont censés attaquer directement la liberté du peuple ou la sûreté de l'état. Ainsi, l'on ne peut mettre en jugement, pour ces deux classes de crimes, que sur un acte du Corps législatif ; & pour les fonctionnaires municipaux, sur un acte de l'administration du département.

La conservation de l'unité de la république demande non-seulement cette même précaution, mais même exige encore que ces crimes soient soumis à un jury national ; autrement celui qui auroit trahi la république pour servir le caprice d'une de ses portions resteroit impuni, & celui qui auroit préféré l'intérêt de l'état entier à celui du lieu de sa naissance seroit exposé à une condamnation injuste. Autrement, lorsque ces intérêts seroient contraires en apparence, tout fonctionnaire public se trouveroit placé entre la crainte de la loi & celle de ses juges.

Le jury national seroit formé d'hommes choisis par les citoyens, dans chaque département, mais les fonctions de Juges seroient remplies par ceux d'un département ou déterminé par la loi, ou choisi par le sort ; ainsi, sans altérer en rien l'impartialité, on éviteroit l'appareil & la dépense d'un grand Tribunal.

La justice due aux citoyens, la conservation d'une jurisprudence uniforme, le danger de voir s'introduire, dans les départemens, des usages différens, & s'altérer par-là l'entière unité de la république, obligent de soumettre les jugemens à une révision qui puisse répondre qu'ils ont été conformes à la loi, & qui détruise ceux dans lesquels les juges l'auroient bravée. Mais on ne peut attribuer cette fonction à un tribunal sédentaire, sans rendre cette institution onéreuse à ceux des citoyens qui sont éloignés du lieu où il auroit été fixé. Cette révision sera donc confiée à des censeurs qui siégeront successivement dans les départemens.

La peine de mort est abolie pour les délits particuliers. Cet acte de respect pour la vie des hommes, cet hommage aux sentimens d'humanité, qu'il est si important de consacrer chez une nation libre, a paru devoir jouir de l'espèce d'irrévocabilité attachée aux lois constitutionnelles. Mais si pour les crimes qui attaquent directement la sûreté de l'état, la tranquillité nationale, la liberté ou la souveraineté du peuple, la prospérité publique, il est nécessaire de conserver encore cette peine, il doit l'être également que chaque Assemblée législative, juge naturel des intérêts nationaux, puisse étendre ou resserrer une rigueur qui ne peut être légitimée aux yeux de la nature & de la raison que par sa nécessité absolue.

Par-là du moins cette peine irréparable, que ne peut prononcer sans frémir tout homme qui a réfléchi sur l'incertitude des jugemens humains ou qui a osé examiner les limites du droit des sociétés sur les individus, cette peine sera totalement étrangère à la loi commune, elle ne se présentera plus à l'esprit des citoyens que comme un sacrifice douloureux, mais nécessaire, exigé rigoureusement pour la sûreté publique, justifié par le droit de la défense naturelle. Du moins, dans les temps paisibles, ces spectacles sanglans ne mettront plus d'obstacle à cette douceur dans les mœurs, à ce respect pour ses semblables, à cette habitude des sentimens fraternels, sans laquelle l'amour de la liberté, s'il conserve son énergie, fait souvent gémir la nature par de honteux & cruels égaremens.

Après avoir ainsi exposé l'organisation & la forme des pouvoirs qui forment le système constitutionnel, nous devons les considérer dans leur élément & dans leur formation.

En qui la constitution reconnoîtra-t-elle la faculté d'exercer les droits politiques que les hommes ont reçu de la nature, & qui, comme tous les autres, dérivent essentiellement de leur qualité d'être sensibles & susceptibles d'idées morales, & capables de raisonner ?

Les publicistes se sont partagés sur cette question, entre deux opinions opposées. Les uns ont regardé l'exercice des droits politiques comme une force de fonction publique pour laquelle on pouvoit exiger des conditions appuyées sur l'utilité commune. Ils ont cru qu'on pouvoit confier exclusivement à une portion de citoyens l'exercice des droits de tous, pourvu que cette portion n'eût aucun intérêt, ne pût avoir aucun motif d'en abuser, & sur-tout dans le cas où l'on auroit lieu de croire qu'elle les exerceroit mieux pour l'intérêt général de la société. Ils ont pensé qu'il n'y auroit pas de véritable injustice dans cette distinction, si ces hommes privilégiés ne pouvoient faire de lois pour eux seuls, sur-tout si l'exclusion établie par la loi, pouvoit en quelque sorte être regardée comme volontaire par la facilité à s'y soustraire.

D'autres ont pensé, au contraire, que les droits politiques devoient appartenir à tous les individus avec une entière égalité, & que si l'on pouvoit légitimement en soumettre l'exercice à des conditions, c'étoit seulement à celles qui seroient nécessaires pour constater que tel homme appartient à telle nation & non à telle autre ; & dans le cas où tous les citoyens ne peuvent voter dans un même lieu, pour déterminer à quelle assemblée chaque individu doit appartenir.

Jusqu'ici tous les peuples libres ont suivi la première opinion, la Constitution de 1791 s'y étoit aussi conformée : mais la seconde nous a paru plus conforme à la raison, à la justice, & même à une politique vraiment éclairée. Nous n'avons pas cru qu'il fût légitime de sacrifier un droit naturel, avoué par la raison la plus simple, à des considérations dont la réalité est au moins incertaine. Nous avons senti qu'il falloit ou se borner à des distinctions insignifiantes & sans objet réel, ou donner à ces exclusions une étendue à laquelle un peuple ami de l'égalité, généreux & juste, ne s'aviliroit pas à consentir.

Nous n'avons pas cru qu'il fût possible, chez une nation éclairée sur ses droits, de proposer à la moitié des citoyens d'en abdiquer une partie, ni qu'il fût utile à la tranquillité publique de séparer un peuple, activement occupé des intérêts politiques, en deux portions, dont l'une seroit tout, & l'autre rien, en vertu de la loi, malgré le vœu de la nature qui, en les faisant des hommes, a voulu qu'ils restassent tous égaux.

Dans les temps anciens les nations étoient un composé de familles auxquelles on supposoit une origine commune, ou qui du moins remontoient à une réunion première. Les droits politiques étoient héréditaires, & c'étoit par une adoption légale qu'elles s'affilioient de nouvelles familles. Maintenant c'est par le territoire que les nations se distinguent ; & ce sont les habitans de ce territoire qui sont essentiellement les membres de chaque association.

On a prétendu que les droits politiques devoient appartenir aux seuls propriétaires des terres. Mais, en observant l'ordre actuel des sociétés, on ne peut appuyer cette opinion que sur un seul motif ; on peut dire qu'eux seuls existent sur le territoire d'une manière indépendante, & ne peuvent en être exclus par la volonté arbitraire d'autrui. Or, en admettant ce motif, on voit d'abord qu'il s'élève avec une force égale en faveur de ceux qui par une convention ont acquis le droit d'exister aussi sur le territoire d'une manière indépendante pour un temps déterminé, & si on admet cette conséquence, on voit la force de ce motif s'affoiblir peu-à-peu, & les limites du temps pendant lequel on exigeroit que devroit durer ce droit de résidence ne pouvoit être fixées que d'une manière incertaine & purement arbitraire. On verroit même bientôt celles où s'arrête cette espèce d'indépendance n'être plus assez marquées pour servir de base à une distinction aussi importante que celle de la jouissance ou de la pri-

vation des droits politiques.

La dépendance qui ne permet pas de croire qu'un individu obéisse à sa volonté propre, pourroit sans doute être un motif légitime d'exclusion ; mais nous n'avons pas cru qu'il fût possible de supposer l'existence d'une telle dépendance sous une Constitution vraiment libre, & chez un peuple où l'amour de l'égalité est le caractère distinctif de l'esprit public. Les relations sociales qui supposeroient une telle humiliation ne peuvent subsister parmi nous, & doivent prendre bientôt une autre forme. Enfin, puisque le code entier de nos lois consacre l'égalité civile, ne vaut-il pas mieux que l'égalité politique y règne aussi toute entière, & serve à faire disparaître ce qui reste de cette dépendance, au lieu de la consacrer en quelque sorte dans nos lois nouvelles ?

D'autres considérations ont achevé de nous déterminer ; telle est la difficulté de fixer les limites où, dans la chaîne des dépendances qu'entraîne l'ordre social, commence celle qui rend un individu de l'espèce humaine incapable d'exercer ses droits, telle est la crainte de rendre plus dangereuse la dépendance de quelques classes d'hommes qui échapperoient à l'exclusion ; celle de donner pour l'avenir un prétexte à des exclusions nouvelles ; celle enfin de séparer un grand nombre d'individus de l'intérêt social, de les rendre indifférents, ou même ennemis d'une liberté qu'ils ne devroient point partager. Ainsi nous avons cru que l'intérêt public, d'accord avec la justice, nous permettoit de ne souiller par aucune tache d'inégalité le système de nos lois, & pour la première fois sur la terre de conserver dans les institutions d'un grand peuple toute l'égalité de la nature.

Dans les États peu étendus, la sûreté publique peut obliger à resserrer dans les plus étroites limites l'exercice des droits politiques. On y peut craindre que des étrangers qui en s'établissant sur le territoire partageroient ses droits, n'exerçassent une influence dangereuse, qu'ils ne voulussent jouer le rôle de citoyens pour faire réussir des projets contraires à l'intérêt de la Nation qui les auroit admis à un partage égal des avantages sociaux ; & plus des peuples voisins diffèrent d'opinions, de mœurs, de principes, plus cette crainte seroit fondée. Mais elle devient nulle pour un territoire tel que celui de la France, surtout dans ce système si sage d'une République unique déjà unanimement adopté par la Convention nationale. Ainsi tout homme âgé de vingt-un ans, étant né en France ou déclarent l'intention d'y fixer son séjour, est admis après un an d'habitation sur le territoire, à jouir de tous les droits de Citoyen français, & trois mois de résidence antérieure lui donneront la faculté de les exercer dans les lieux où il aura fixé sa demeure. Une absence de six années, qui n'aura point pour cause un service public assujétira, pour exercer de nouveau les droits de citoyen, à une résidence antérieure de six mois.

Nous avons cru devoir borner l'austérité de la loi à ces simples précautions de police, nécessaires pour ne pas rendre arbitraire l'admission au droit de citoyen, pour ne pas l'exposer à des contestations, pour l'assujétir à des principes uniformes dans toute l'étendue de la République.

Tout citoyen sera éligible pour toutes les places que confère l'élection du peuple. On exige seulement l'âge de vingt-cinq ans. Cet intervalle entre l'admission à l'exercice de droits politiques & l'éligibilité pour les fonctions publiques, donne le temps nécessaire pour juger les nouveaux citoyens, pour observer leur conduite & reconnoître leurs principes.

Le jeune homme dont l'éducation individuelle & théorique est terminée, jouit des droits personnels qu'il teint de la nature ; alors une sorte d'éducation politique commence pour lui, & l'exercice même de ces premiers droits fait partie de cette seconde éducation.

Soit que l'on considère le droit dans ceux qui élisent & qui doivent l'exercer librement, soit qu'on le considère dans ceux qui peuvent être élus, & qui doivent avoir celui de prétendre également aux mêmes avantages, on ne peut, sans porter atteinte à l'égalité politique, établir aucune condition d'éligibilité, à moins qu'elle ne soit évidemment utile.

Sans doute que pour les élections qui ne sont faites que par une portion du peuple, la majorité du peuple entier, & par conséquent la loi qui en exprime le vœu, peut dire à cette portion : Ce n'est pas pour vous seuls, c'est pour tous que vous éliez, & l'intérêt public exige que vos choix soient assujétis à certaines conditions. Sans doute la majorité peut dire également au plus petit nombre : Nous avons tous le droit de choisir librement & parmi tous les citoyens ; mais nous voulons n'élire que parmi ceux qui réunissent certaines conditions, & nous avons droit de n'admettre qu'une forme d'élections qui nous permette de remplir ce vœu ; nous avons donc celui de faire une loi, qui, en exigeant ces mêmes conditions, nous dispense d'établir cette forme qui deviendrait embarrassante pour vous-mêmes.

Mais le droit de la majorité, considéré d'après les principes de la justice, n'est pas celui d'avoir une volonté arbitraire ; elle ne peut gêner la minorité pour satisfaire un simple caprice, & toute restriction prononcée par la majorité même, ne peut être légitimée que par une utilité évidente. Maintenant quelles conditions d'éligibilité pourroit-on exiger, d'après ce principe ? Seroient-elles relatives à l'âge ? Mais, soit que le grand nombre suive le torrent des opinions établies, soit qu'il obéisse à la raison, la jeunesse ne sera point préférée. Elle peut être l'âge du génie, celui de l'enthousiasme pour la vertu ; mais elle n'est le temps ni des véritables lumières ni des vertus épurées par la raison. On préférera quelquefois un homme dont la jeunesse annonce des talents, à celui dont

la maturité n'a montré que des facultés médiocres, mais non au citoyen dont le mérite supérieur a reçu le sceau de l'expérience, & acquis l'autorité de la renommée.

Ces conditions auront-elles pour base la richesse ? Mais comme nous ne pouvons avoir ni la sottise ni la bassesse de croire que les hommes riches soient plus inaccessibles aux vices & à la corruption que les pauvres, le seul motif d'une telle loi seroit l'utilité de fixer les choix sur les hommes en qui une instruction première, plus étendue, doit faire supposer plus de lumières. Il faudroit donc exiger une assez grande fortune. Ainsi, toutes les conditions de cette espèce ou sont illusoires ou conduisent à une véritable oligarchie.

Exigera-t-on pour certaines places la preuve d'avoir suivi telles ou telles études, d'avoir satisfait à des examens ? Mais ces conditions, presque toujours éludées, ont l'inconvénient de créer des pouvoirs étrangers à l'ordre général de la société, de donner à quelques hommes, à quelques classes de citoyens, une influence contraire à l'égalité.

On pourroit exiger encore qu'une fonction regardée comme plus importante, ne pût être confiée qu'à ceux qui en auroient déjà rempli de plus faciles, ne rendre éligibles, par exemple, pour la représentation nationale, que ceux qui auroient obtenu des places dans l'administration d'un département ; n'appeler à celles-ci que les citoyens qui ont exercé des fonctions municipales.

Mais ces conditions ont un inconvénient grave : les hommes seroient distingués dans l'ordre politique, non-seulement par les fonctions qu'ils occupent, distinction qui est dans les choses mêmes, mais par les fonctions qu'ils ont occupées, ce qui deviendrait une véritable distinction personnelle ; les citoyens admissibles à divers ordres de place, formeroient des classes diverses, se coaliseroient bientôt dans l'intention générale de se resserrer, dans celle de ne laisser entrer dans leur classe que les hommes qui conviennent à leur orgueil ou à leurs projets. Il est même aisé de prévoir qu'à la longue on verroit naître une sorte d'hérédité ; les fils des éligibles pour telle place, trouveroient des facilités pour le devenir eux-mêmes, tandis que mille petits moyens seroient employés pour en repousser les hommes nouveaux.

La pente vers l'hérédité politique est aussi réelle dans la nature que l'établissement de cette hérédité est un outrage à ses droits, & cette observation, confirmée par l'histoire de tous les peuples, ne permet pas de regarder comme indifférente pour la liberté les institutions qui favoriseroient même indirectement cette pente funeste.

Nous nous sommes donc déterminés à n'établir aucune condition d'éligibilité ; nous proposons aux citoyens de conserver toute entière la liberté de leurs choix, & nous les avons crus dignes d'avoir sans danger cette confiance pour

eux-mêmes.

Le mode & la forme des élections sont une partie essentielle des lois constitutionnelles ; car, un Corps législatif qui pourroit les changer à son gré, auroit également le pouvoir de dénaturer la Constitution elle-même, de la rendre impraticable s'il vouloit la renverser, de se perpétuer malgré elle s'il vouloit exercer la tyrannie.

La première question qui se présentait à résoudre étoit celle de la possibilité des élections immédiates, de l'utilité de les substituer à celles qui ont été faites, depuis 1790, par des corps électoraux.

Sous l'ancienne Constitution, les corps départementaux devoient nécessairement devenir un appui pour le pouvoir royal, & servir à le défendre contre l'assemblée des Représentans du peuple. La nature de leurs fonctions devoit leur donner un penchant même involontaire, pour tout ce qui pouvoit augmenter la force du gouvernement, pour tout ce qui paroissoit rendre à maintenir la tranquillité, à conserver les choses établies.

D'un autre côté, les électeurs choisis par les citoyens devoient se regarder comme leurs Représentans les plus immédiats, voir en quelque sorte leur ouvrage dans les députés qu'ils avoient choisis, chercher à devenir dans l'ordre politique quelque chose de plus que de simples électeurs ; mais ils devoient en même temps se réunir au parti populaire des assemblées nationales, & les aider à combattre les usurpations des autres pouvoirs. Sous ce point-de-vue ils pouvoient paroître un contre-poids utile pour la liberté, quoique dangereux pour la paix, la tranquillité générale, & même pour l'unité de l'empire.

Mais puisque la République a remplacé le système incohérent & servile du royalisme limité, lorsque tout doit faire desirer qu'un corps unique, principe de toute l'action sociale, conserve l'unité dans toute sa force, les corps électoraux ne pourroient plus exercer leur influence que contre l'Assemblée des Représentans de la nation entière ; ils deviendroient, contre cette Assemblée & contre les agens nationaux, l'appui des administrations particulières. Leur conservation menaceroit sans cesse l'indivisibilité de la République, & donneroit une force dangereuse à tout parti qui voudroit transformer la France en une ligue de Républiques confédérées, puisque chaque département offriroit alors une sorte de représentation particulière, qu'il suffiroit de rassembler & de mettre en activité pour y créer un centre de pouvoir isolé & indépendant.

Il suffiroit donc d'être assuré de la possibilité de se passer des corps électoraux, pour s'empresser de rendre aux citoyens le droit d'élection immédiate qui leur avoit été enlevé.

En examinant les diverses formes d'élection qui peuvent être établies, on trouvera qu'elles ne peuvent conduire à faire connoître ceux que la majorité re-

garde comme les plus dignes d'une place, si le nombre des candidats n'a d'abord été limité par une déclaration de la majorité ; que c'est entre ceux-là seuls qu'elle a cru devoir renfermer son choix, parce qu'elle les considère comme seuls capables d'exercer les fonctions d'une telle place ; & pour remplir même imparfaitement cette première condition, il seroit nécessaire que chaque électeur désignât en nombre indéfini ceux qu'il croit dignes de la place, & que la totalité prononçât sur la capacité de tous ceux qui auroient été présentés même par un seul. On ne pourroit se dispenser de ce premier jugement sans s'imposer la loi de regarder comme candidats tous ceux que même un seul électeur voudroit désigner. Il faudroit ensuite que chaque électeur prononçât son vœu complet par un jugement comparatif entre tous les candidats pris deux à deux, & que du résultat du vœu de la majorité sur chacun de ces jugemens comparatifs, on pût déduire le résultat de son vœu général. Encore faut-il observer que souvent ce vœu ne seroit pas tel qu'on le demande, qu'il n'indiqueroit pas toujours ceux que la majorité préfère, car il peut arriver que cette préférence n'existe pas réellement.

si on songe à la longueur & aux inconvéniens de cette première déclaration sur la capacité des candidats, à la difficulté pour les électeurs de former entre un grand nombre de candidats une liste par ordre de mérite, au temps qu'il faudroit employer pour tirer de ces listes le vœu de chacun sur tous les candidats comparé deux à deux, au travail nécessaire pour en déduire un résultat général, on verra que cette méthode qui peut encore ne conduire qu'à connoître ceux qu'une pluralité relative & non la majorité juge les plus dignes, est impraticable même pour une assemblée électorale, la supposât-on composée presque entière d'hommes éclairés & sans passion.

Maintenant, puisque la seule méthode qui tende à faire choisir ceux que la majorité a déclarés les plus dignes, ne peut être employée, puisque les autres méthodes peuvent conduire seulement à faire connoître ceux qu'une majorité plus grande juge très-dignes de la place, nous avons dû choisir parmi ces méthodes la plus praticable, la plus simple, la moins sujette à être influencée par les partis & par l'intrigue, celle enfin par laquelle on pouvoit le plus sûrement arriver au seul but auquel il soit possible d'aspirer.

Dans celle que nous avons préférée, le vœu de chaque assemblée primaire est porté au chef-lieu du département pour y former le vœu général des citoyens du département ; & le vœu des citoyens de chaque département, porté au lieu où réside le Corps législatif, peut y former ensuite le vœu commun des citoyens de la République entière.

Quel que soit le nombre des places à remplir pour une seule & même fonction, chaque citoyen n'aura que deux fois à émettre son vœu ; l'une pour former une

liste de candidats dont le nombre est fixé, l'autre pour terminer l'élection.

Dans ce premier vœu, il inscrira un nombre déterminé de noms. Par exemple, s'il s'agit d'élire dans un département les députés à l'Assemblée nationale, chaque citoyen inscrira un nombre de noms égal à celui des députés. La liste des candidats qui seront en nombre triple sera formée de ceux qui auront obtenu le plus de voix, & c'est entre ces candidats seuls qu'il faudra choisir.

Ainsi le nombre des députés étant dix, les trente citoyens qui auront le plus de voix par ce premier vœu formeront seuls la liste des candidats.

Pour former le second vœu, chaque citoyen nommera d'abord, parmi les candidats, ceux qu'il juge les plus dignes, en nombre égal à celui des places, & ensuite ceux qu'il croit aussi les plus dignes après ces premiers, en nombre encore égal à celui des places.

Ainsi, par exemple, si le nombre des places est dix, chaque citoyen nommera d'abord les dix plus dignes entre les trente candidats, & ensuite les dix plus dignes entre les vingt qui restent.

On formera d'abord le résultat de ces premières voix ; & ceux qui auront obtenu la majorité absolue, ou si leur nombre surpasse celui des places, ceux qui auront obtenu une majorité plus grande, seront élus.

Si, par le résultat des premières voix, la totalité des places n'est pas remplie, alors on aura égard aux secondes, & d'après le résultat général, ceux qui auront obtenu une majorité plus grande, seront élus. Car, dans cette forme d'élection, il y a nécessairement un nombre de candidats égal au moins à celui des places qui, lorsqu'on réunit les deux listes, obtiennent la majorité absolue.

Ainsi, supposons que le nombre des places soit toujours dix, on aura égard d'abord aux dix premières voix, & le nombre des électeurs étant 1000, par exemple, comme ils y auront énoncé ou écrit dix mille noms, on voit que 19 candidats peuvent avoir obtenu plus de 501 suffrages, & qu'ainsi ces premières voix seules peuvent déterminer l'élection, & même donner lieu à préférer entre ceux qui ont la majorité absolue, les candidats qui ont obtenu le plus de voix.

Mais aussi il est possible qu'aucun n'obtienne la majorité, puisqu'il peut arriver que de 30 candidats, les uns n'obtiennent que 334 voix, & les autres 333.

Alors on auroit recours aux secondes voix, à la liste subsidiaire ; & comme chaque électeur a énoncé 20 noms, la masse entière sera 20000 dans la même hypothèse. Supposons-donc que neuf personnes aient réunis l'unanimité, qu'ils emportent 9000 voix, on voit que les 11000 voix restantes ne peuvent se partager entre les 21 candidats restants, sans que l'un d'eux, au moins, ait eu plus de 500 voix, & obtenu la majorité absolue.

Ce mode d'élire n'exige des citoyens que des opérations très-courtes, très-peu

compliquées, pour lesquelles on peut encore leur offrir des facilités, en écartant tout ce qui pourroit embarrasser les hommes les plus simples.

Toute la longueur des opérations tombe sur ceux qui sont chargés de former les résultats, soit du vœu des individus, soit de celui des assemblées séparées : & il existe encore des moyens d'abrégé & de faciliter ce travail.

Si ensuite on examine la méthode en elle-même, on trouvera qu'en admettant une liste nécessaire de candidats, triple du nombre des places, on réduit très peu la limite réelle de l'élection. Presque aucun de ceux vers lesquels le vœu des citoyens auroit pu le porter, n'en seront exclus.

Il est possible que la liste des candidats ne renferme pas un nombre suffisant de noms, parce que le vœu des concitoyens se sera réuni dans un petit nombre d'individus ; dans ce cas, qui ne se présentera jamais, malgré cette possibilité physique, on auroit pour terminer l'élection, des moyens simples & conformes à l'esprit de la méthode.

Dans l'émission des premières voix pour l'élection définitive, le vœu de chaque citoyen s'exprime de la manière la plus naturelle, la plus simple, la plus complète. En effet, l'idée de faire nommer par des vœux successifs des hommes à qui l'on destine des places absolument égales, est absurde en elle-même, parce que sous l'apparence de conduire à nommer le premier, celui que la majorité préfère à tous les autres, ce qui, dans ce cas, n'a aucun but utile, elle trompe sur ce résultat même, écarte de celui qu'on doit chercher, en ne faisant point tomber le choix sur les hommes qui, dans l'opinion de la majorité, doivent être appelés à remplir une de ces places. Cette méthode non-seulement ne s'oppose pas aux brigues, mais les rend, en quelque sorte, nécessaires, & livre au hasard, les élections qu'elle ne soumet pas à l'influence des parties.

Dans celle que l'on propose ici, ceux qui obtiendroient la place par les premières voix, sont nécessairement jugés par la majorité plus dignes d'en occuper une que les autres candidats. Dans les circonstances, au contraire, où l'on sera obligé de recourir à la liste subsidiaire, le vœu de la plus grande majorité indiquera encore ceux que cette majorité a préférés. Son vœu ne sera point aussi prononcé en leur faveur, il le sera seulement plus qu'en faveur d'aucun autre ; mais on l'aura obtenu tel qu'il est dans la réalité ; & que gagneroit-on à forcer de le prononcer davantage en apparence, à paroître avoir obtenu un vœu qui n'existe pas ?

Les suppléans seroient pris d'abord parmi ceux qui ayant eu la majorité dans les premières voix, auroient été exclus par une majorité plus grande ; & si on a recours pour la totalité ou pour une partie d'entre eux, à la liste subsidiaire, ils seroient élus alors même à la simple pluralité.

Au reste, ce cas seroit très-rare, & l'inconvénient qui en résulteroit quelquefois

pour les derniers suppléants, est plus que compensé par la facilité de terminer l'élection par un seul vœu & par un mode de votation aussi prompt que simple.

Les élections se formant ainsi dans des assemblées séparées, seront bien moins exposées à l'intrigue. Il lui seroit presque impossible d'empêcher un homme d'une mérite réel, d'être placé sur la liste des candidats, si les suffrages doivent naturellement l'y appeler. Il seroit également difficile à une cabale d'empêcher la majorité de se réunir en faveur d'un homme supérieur, ou de la séduire pour un sujet vraiment indigne.

Examinons ensuite cette forme d'élection dans l'hypothèse de deux partis qui divisent les citoyens. En effet, une méthode d'élection qui deviendrait alors vicieuse, ne peut être admise dans une bonne Constitution ; car, s'il est possible d'en écarter les partis politiques, il ne l'est pas d'empêcher les partis d'opinion de s'y former & de s'y perpétuer.

Or, dans cette hypothèse, la méthode que nous proposons offre au contraire des avantages très-réels. D'abord le parti le plus nombreux doit nécessairement placer dans la liste des candidats un nombre des hommes qui lui conviennent au moins égal à celui que le parti opposé pourroit y introduire ; mais le premier pourra difficilement s'emparer de la liste entière. Cette liste n'offrira donc point le spectacle, toujours affligeant, de la puissance d'un parti. Ensuite dans l'élection même, il suffira, pour assurer la prépondérance du parti le plus nombreux, qu'il ait obtenu sur la liste un nombre de noms égal à celui des places : il aura donc nécessairement l'avantage, sans avoir besoin d'employer aucun de ces moyens corrupteurs ou contraires à la tranquillité publique, dont l'usage, long-temps continué dans un pays, finit par y égarer l'esprit public, & y mettre la liberté en péril.

Il arrivera tout au plus qu'une portion des places sera donnée aux hommes des deux partis, qui, par leur caractère ou leur sagesse, ont obtenu l'estime ou l'indulgence du parti contraire, c'est-à-dire, à ceux qui, pouvant tenir entre eux une balance utile, empêchent les querelles de parti de dégénérer en divisions funestes.

En un mot, cette forme d'élection ôtant au parti le moins nombreux l'espoir de réussir par la séduction ou par le bruit, donnant au parti contraire une assurance du succès qui le dispense de se servir de ses forces, les élections seront nécessairement encore paisibles, même quand les citoyens seront divisés. Elles serviront à indiquer la puissance des partis ; mais elles ne seront point leur ouvrage.

Les députés formant le corps législatif sont élus dans chaque département, & le

nombre en est fixé d'après la population seule. C'est encore un hommage rendu à l'égalité. La disposition qui donnoit trois députés à chaque département, tandis qu'un tiers du total étoit distribué à raison des contributions, corrigeoit sans doute l'avantage que cette dernière combinaison offroit aux départemens plus riches. Mais nous avons mieux aimé n'introduire aucune inégalité, que d'en avoir une à compenser.

L'idée de faire choisir le conseil national par l'universalité des citoyens, devient très-praticable, en suivant cette méthode d'élire, modifiée seulement par la nécessité d'avoir une liste de candidats proportionnellement plus nombreuse lorsqu'il s'agit d'une place unique, & par celle de pouvoir nommer à-la-fois plusieurs suppléans pour chaque place.

Or, il nous a paru très-important que ces premiers agens des pouvoirs nationaux fussent choisis par les citoyens eux-mêmes, que la Renommée seule présidât à ce choix, que la brigue en fût écartée, & qu'enfin, comme on auroit été exposé si l'Assemblée des Représentans du peuple ou un corps unique eût été chargé de cette élection, ces places ne parussent plus réservées presque unanimement aux habitans d'une seule cité. Il est bon que les hommes dont un des premiers devoirs est de resserrer l'union intime de toutes les parties de la République, appartiennent également à toutes. Il est bon que les hommes qui traitent des intérêts de la patrie avec les nations étrangères, se montrent à elles investis de la confiance immédiate de la majorité des citoyens.

La votation à haute voix ne peut être admise dans les assemblées primaires, sans y jeter du désordre & de la confusion. D'ailleurs l'inconvénient de donner à ceux qui votent les premiers, une force d'influence sur la voix de ceux qui les suivent, suffiroit pour faire rejeter ce mode d'élire. Il suppose de plus une assemblée permanente pendant toute la durée de la votation, ce qui seroit imposer aux citoyens une gêne inutile.

Mais le scrutin écrit n'est pas nécessairement scrutin secret, le nom de chaque citoyen peut être attaché à son vœu écrit, & l'on peut lire ces noms en formant le dépouillement des scrutins.

Nous proposons que le scrutin soit accompagné du nom des votans, dans le vœu qui sert à former la liste des candidats. Il nous a paru qu'il n'y avoit aucun inconvénient à ce que chacun répondit de cette partie de son choix à l'opinion publique. Mais nous avons pensé en même-temps que l'on ne devoit point connoître les noms des votans dans le scrutin d'élection. Dans le premier, qui est une simple indication, il ne peut être dangereux pour la chose publique, que les votans placent quelques noms d'après des considérations personnelles. En ne lisant les noms qu'après que l'élection est terminée, elle n'est point influencée par les murmures, les signes de désapprobation que certains noms peuvent

exciter, & la publicité de ce premier vœu, peut être utile aux mœurs nationales, sans nuire à la tranquillité des individus, sans donner trop de pouvoir à l'intrigue.

D'ailleurs, un vœu de présentation renfermant l'opinion des citoyens sur les meilleurs choix à faire, il peut être bon que celle des hommes qui ont mérité la confiance ne reste pas inconnue ; il peut être utile que ceux qui ne connoissent pas assez par eux-mêmes les hommes dignes des places, puissent se diriger d'après le jugement avoué & public de citoyens dont ils respectent la probité & les lumières : & c'est une raison de plus pour préférer le scrutin écrit & signé au vote à voix haute, dans lequel chaque citoyen ne connoît le vœu que des membres de la même assemblée.

Le second vœu au contraire est un vœu de préférence, & par cette raison seule, il est bon de le soustraire à toute espèce d'influence, de le rendre indépendant & de l'opinion publique, & des engagements qu'on a pu prendre par faiblesse, de faire en sorte qu'il soit l'expression la plus libre de la volonté de ceux qui le forment.

La simplicité des formes d'élection a permis de les renouveler fréquemment.

L'utilité de conserver les mêmes principes d'administration, de suivre avec constance les mesures une fois adoptées, doit céder au danger d'user la confiance des citoyens ; & dans une nation vraiment libre, c'est dans les principes même du peuple qu'il faut chercher la base de cette constance si nécessaire. Et quels sont les principes du peuple français ? c'est l'amour de la liberté, commun à toutes les nations que l'esclavage n'a pas avilies, & l'amour de l'égalité, qui forme en quelque sorte son caractère particulier : c'est le respect pour les droits des hommes, consacrés dans une déclaration où le citoyen apprend à connoître ce qu'il a droit d'attendre de tous, ce que tous ont droit d'exiger de lui : or, ces principes bien connus, bien développés, suffisent pour donner à toutes les lois, à tous les actes d'administration, cette constance qu'on attendroit en vain de la longue durée de quelques fonctions.

En établissant ce renouvellement fréquent, nous avons cru ne devoir mettre aucune borne à la rééligibilité. Ces limites pouvoient être utiles lorsque les choix étoient confiés à des Corps électoraux ; mais, dès qu'ils le sont aux citoyens eux-mêmes, une liberté illimitée est sinon une conséquence de la souveraineté nationale, du moins un hommage que la loi doit rendre à la majesté du peuple, une marque de confiance dont son courage pour la défense de la liberté l'a rendu digne : des précautions jalouses seroient un outrage à son zèle pour le maintien de ses droits.

Cette rééligibilité est d'ailleurs utile pour contre-balancer les inconvéniens

d'une grande mobilité dans les places : ces deux institutions paroissent liées entr'elles & ne devoir être jamais séparées.

Le renouvellement par moitié du conseil exécutif & des directoires de départemens, & l'obligation qui leur est imposée de prendre en corps toutes leurs décisions, corrige encore les dangers de cette mobilité si nécessaire, puisqu'il seroit dangereux que la durée des places excédât celle de la confiance, seul pouvoir réel dans les Constitutions vraiment libres : & c'est pour avoir cherché à en établir d'autres, que tant de Constitutions, malgré leurs formes républicaines, n'ont offert qu'une apparence de liberté, & n'ont jamais pu obtenir qu'une existence orageuse & passagère.

Dans les relations extérieures aucune négociation, ne peut être même commencée, aucune convention même préliminaire ne peut être provisoirement exécutée que par la volonté expresse de l'Assemblée nationale, assujétie seulement à recevoir du conseil-exécutif la connoissance officielle des faits qu'il peut seul lui donner. Ainsi, ce conseil ne pourra employer son pouvoir à l'extérieur pour franchir les bornes étroites où celui qu'il exerce dans l'intérieur est resserré, & nous avons encore évité ce danger auquel la liberté a été exposée dans d'autres constitutions, auquel même elle a si souvent succombé.

La guerre ne peut être prononcée par le corps législatif qu'en vertu d'une délibération prise par un scrutin signé : une résolution qui soumet à-la-fois plus d'un peuple à des calamités nécessaires, doit soumettre ceux qui l'ont provoquée ou consentie au jugement de l'opinion de leurs contemporains, à celui de la postérité.

Mais ce n'est pas tout d'avoir établi sur les principes de l'égalité les formes d'une Constitution, d'avoir organisé les pouvoirs d'une manière qui assure la liberté & la paix, d'avoir prévenu les projets de l'ambition & de l'esprit de parti, par de fréquens renouvellemens, par des élections immédiates que leur forme met à l'abri de la brigue, d'avoir offert au peuple des moyens paisibles de réclamer contre les lois qui blessent ses droits ou ses opinions, d'avoir réglé le mode suivant lequel il pourra se donner une Constitution nouvelle, si la première lui paroît menacer sa liberté, il falloit encore que les Assemblées nationales, plus à portée que les citoyens de sentir les vices de la Constitution, de prévoir les abus auxquels elle peut conduire, eussent le droit d'exposer aux citoyens ses défauts ou ses dangers, & de leur demander s'ils veulent qu'une Convention nationale s'occupe des moyens de corriger les uns & de prévenir les autres. Il restoit enfin à prévenir le peuple contre les dangers de cette indifférence profonde qui souvent succède aux révolutions, contre l'effet de ces abus lents & secrets qui à la longue dépravent les institutions humaines, enfin

contre les vices qui doivent corrompre la Constitution la mieux combinée, lorsque restant la même, les hommes pour qui elle a été faite ont changé par les progrès même des lumières & de la civilisation.

Nous avons donc cru devoir établir dans la Constitution un mode de la soumettre à une réforme, indépendamment de la demande du peuple, & à une époque déterminée.

Sans doute, le moment d'une telle réforme seroit celui d'une commotion intérieure, si tout-à-coup on voyoit s'élever un corps de Représentans, revêtus des pouvoirs réunis de faire des lois & de présenter un plan de Constitution, puisque cette accumulation d'autorités lui donneroit l'idée de se mettre d'avance au-dessus de cette Constitution qu'il va changer.

Mais on évitera cet inconvénient, en laissant tous les pouvoirs subsister sous leur forme ancienne, jusqu'au moment où la Constitution nouvelle auroit été acceptée, en chargeant du soin de la rédiger & de la présenter au peuple, une assemblée moins nombreuse, tenant nécessairement ses séances dans une autre résidence, élue pour cette seule fonction, & n'en pouvant exercer aucune autre. Des limites ainsi posées, ne peuvent être transgressées. La fonction purement théorique d'examiner une Constitution, de la réformer, pour la présenter à une acceptation avant laquelle cette Constitution n'est encore qu'un ouvrage de philosophie, n'a rien de commun, rien qui puisse se confondre avec la fonction active de faire des lois de détail provisoirement obligatoires, & de prendre des mesures d'administration générale, immédiatement exécutées.

Si la Constitution d'un peuple a pour principe l'équilibre de pouvoirs vicieux qui se combattent ou se coalisent entre eux ; si elle donne à diverses classes de citoyens des prérogatives qui doivent se balancer ; si elle établit des pouvoirs long-temps confiés aux mêmes hommes ; si elle crée des corps perpétuels, sans doute l'approche de l'examen de cette Constitution sera un moment de trouble, parce que ces divers intérêts créés par elle, se feront une guerre active & implacable.

Mais il n'est pas de même d'une Constitution qui a pour base l'unité d'action, le renouvellement fréquent de tous les fonctionnaires par des élections immédiates, & l'égalité la plus entière entre les hommes. Il ne peut être question, dans la confection d'une Constitution nouvelle, que de changemens dans les formes, de perfectionnemens dans l'organisation des assemblées ou des conseils chargés de fonctions publiques, dans la méthode d'en élire les membres, dans le mode suivant lequel ces autorités doivent agir. Quel si grand intérêt pourroit alors produire des troubles ? & tous ceux qui pourroient les désirer ou les tenter, ne sont-ils pas contenus par ce principe sacré d'une égalité entière, seule base d'une liberté durable, principe gravé dans le cœur de tous les

hommes, & qui, conduisant de lui-même à des conséquences claires & à la portée de tous les esprits, ne peut être impunément violé dès qu'une fois il a été reconnu & mis en pratique ?

Nous nous sommes bornés, dans ce rapport, à exposer les principes généraux qui nous ont guidés, & les motifs des dispositions les plus importantes.

Une *Constitution*, d'après le sens naturel de ce mot, devrait renfermer toutes les lois qui concernent l'établissement, la formation, l'organisation, les fonctions, le mode d'agir, les limites de tous les pouvoirs sociaux.

Mais du moment où l'on attache aux lois renfermées dans la Constitution une irrévocabilité qui leur est propre ; du moment où elles ne peuvent être changées comme les autres lois par un pouvoir toujours subsistant dans la société, il devient nécessaire de n'y renfermer parmi les lois relatives au système social, que celles dont l'irrévocabilité ne nuirait pas à la marche de ce système, ne forceroit pas à convoquer trop souvent un pouvoir extraordinaire.

En même-temps il faut que les changemens qui dépendent de la volonté d'un corps législatif unique, ne puissent lui permettre d'envahir le pouvoir, de corrompre l'esprit même de la Constitution, en paroissant ne changer que des formes indifférentes : ce défaut dans une Constitution où le peuple a des moyens légaux d'en obtenir la réforme, conduiroit également à des convocations trop fréquentes de conventions nationales.

Tout ce qui tient au corps législatif, aux limites des pouvoirs, aux élections, aux dispositions nécessaires pour garantir les droits des citoyens, doit donc être développé avec le plus grand détail, & déterminé de manière à ne pas laisser craindre que l'action sociale éprouve ou des lenteurs, ou des embarras, ou des secousses.

Une Constitution expressément adoptée par les citoyens, & renfermant des moyens réguliers de la corriger & de la changer, est le seul moyen de soumettre à un ordre régulier & durable une société dont les membres, éclairés sur leurs droits, & jaloux de les conserver, viennent de les recouvrer, & ont pu craindre de les reperdre encore.

Devant ces salutaires dispositions doivent également disparaître l'enthousiasme & la défiance exagérée, la fureur des partis & la crainte des factions, la pusillanimité, pour qui toute agitation est la dissolution de l'état, & l'inquiétude qui soupçonne la tyrannie dès qu'elle aperçoit l'ordre ou la paix.

Dans toute grande société qui éprouve une révolution, les hommes se partagent en deux classes : les uns, s'occupant avec activité des affaires publiques, par intérêt ou par patriotisme, se montrent dans toutes les disputes d'opinion, se distribuent dans toutes les factions, se divisent entre les partis : on les croiroit la nation entière, tandis que souvent ils n'en sont qu'une foible portion.

Les autres, livrés à leurs travaux, retenus dans leurs occupations personnelles par la nécessité ou l'amour du repos, aiment leur pays sans chercher à le gouverner, & servent la patrie sans vouloir y faire dominer leur opinion ou leur parti ; forcés ou de se partager entre des factions, de donner leur confiance à des chefs d'opinion, ou de se réduire à l'inaction & au silence, ils ont besoin qu'une Constitution leur montre, d'une manière certaine, quel est leur intérêt & leur devoir, afin qu'ils puissent apprendre sans peine vers quel but ils doivent réunir leurs efforts ; & dès qu'une fois leur masse imposante s'est dirigée vers ce but commun, la portion active des citoyens cesse de paroître le peuple entier : dès-lors les individus ne sont plus rien, & la Nation seule existe.

Ainsi, l'on doit s'attendre que tous ceux dont la vanité, l'ambition ou l'avidité ont besoin de troubles, tous ceux qui craignent que l'établissement d'un ordre paisible ne les plonge dans la foule où l'estime publique ne les suivroit pas, tous ceux qui peuvent être quelque chose dans un parti, & ne peuvent rien être dans une nation ; on doit s'attendre que tous ces hommes uniront leurs efforts pour retarder, pour troubler, pour empêcher peut-être l'établissement d'une Constitution nouvelle. Ils seront secondés par ceux qui regrettent quelque portion de ce que la révolution a détruit, qui disent que la formation d'une république, fondée sur l'égalité, est impossible, parce qu'ils craignent de la voir s'établir, & par ces hommes plus coupables encore, qui ont calculé que la longue durée de nos divisions pouvoit seule donner à nos ennemis étrangers des succès funestes à la liberté.

Ainsi, les intrigans de toutes les bannières, les aristocrates de tous les degrés, les conspirateurs de tous les ordres, n'auront contre l'établissement d'une Constitution nouvelle, qu'une même volonté, emploieront les mêmes moyens, parleront le même langage. S'ils ne peuvent attaquer une disposition trop évidemment utile ou sage, ils chercheront des intentions secrètes à ceux qui l'auront proposée ou défendue ; car il est plus facile de faire naître un soupçon, que de détruire un raisonnement, & il faut moins de talens encore pour trouver une calomnie, que pour arranger un sophisme.

Mais la Convention détruira ces honteuses espérances : elle se hâtera de présenter au peuple une Constitution digne d'elle & de lui ; elle saura démêler les pièges dont on s'empressera de semer sa route.

Les citoyens, qui tous sentent la nécessité d'avoir enfin, des lois fixes, s'uniront à elle : ils n'ignorent pas que la gloire de la Convention, que le sort du reste de la vie des hommes qui la composent, est attaché au succès de ce grand acte de la volonté nationale. C'est par-là que la Nation, que l'Europe, que la postérité jugera nos intentions & notre conduite. Cette idée soutiendra la confiance du peuple, & il prononcera d'après sa raison seule sur le plan que

vosre sagesse doit soumettre à son autorité souveraine.

Quant à nous, nous vous présentons notre travail avec la confiance d'hommes qui ont cherché ce qui étoit juste, ce qui étoit utile, sans passions, sans préventions, sans esprit de parti, sans aucun retour d'intérêt ou de vanité, mais avec cette défiance de nous-mêmes que devoient nous inspirer & la difficulté d'un tel ouvrage & toutes celles dont les circonstances actuelles ont pu l'environner. La souveraineté du peuple, l'égalité entre les hommes l'unité de la République : tels sont les principes qui, toujours présents à notre pensée, nous ont guidés dans le choix des combinaisons que nous avons adoptées ; & nous avons cru que la Constitution la meilleure en elle-même, la plus conforme à l'esprit actuel de la nation, seroit celle où ces principes seront le plus respectés.

Français, nous vous devons la vérité entière. Vainement une Constitution simple & bien combinée, acceptée par vous, assureroit vos droits : vous ne connoîtrez ni la paix ni le bonheur, ni même la liberté, si la soumission à ces lois que le peuple se sera données, n'est pour chaque citoyen le premier de ses devoirs ; si ce respect scrupuleux pour la loi, qui caractérise les peuples libres, ne s'étend pas à celles mêmes dont l'intérêt public feroit solliciter la réforme ; si, chargés de choisir les dépositaires de toutes les autorités, vous cédez aux murmures de la calomnie, au lieu d'écouter la voix de la renommée ; si une défiance injuste condamne les vertus & les talens à la retraite & au silence ; si vous croyez les accusateurs, au lieu de juger les accusations ; si vous préférez la médiocrité qu'épargne l'envie au mérite qu'elle se plaît à persécuter ; si vous jugez les hommes d'après des sentimens qu'il est si facile de feindre, & non d'après une conduite qu'il est difficile de soutenir ; si enfin, par une coupable indifférence, les citoyens n'exercent pas avec tranquillité, avec zèle, avec dignité, les fonctions importantes que la loi leur a réservées. Où seroient la liberté & l'égalité, si la loi qui règle les droits communs à tous, n'étoit également respectée ? & qu'elle paix, quel bonheur, pourroit espérer un peuple dont l'imprudence & l'incurie abandonneraient ses intérêts à des hommes incapables ou corrompus ? Quelques défauts au contraire que renferme une Constitution, si elle offre des moyens de la réformer à un peuple ami des lois, à des citoyens occupés des intérêts, dociles à la voix de la raison, bientôt ces défauts seront réparés, avant même qu'ils aient pu nuire. Ainsi, la nature qui a voulu que chaque peuple fût l'arbitre de ses lois, l'a rendu également l'arbitre de sa prospérité & de son bonheur.

III. Gironde-Verfassungsentwurf in deutscher und französischer Sprache

Inhaltsverzeichnis

<i>Projet de déclaration des droits naturels, civils et politiques des hommes.</i>	92
Entwurf einer Erklärung der natürlichen, bürgerlichen und politischen Rechte der Menschen	93
<i>Projet de Constitution française</i>	102
<i>Titre Premier. – De la division du Territoire.</i>	102
Entwurf einer französischen Verfassung	103
I. Titel – Über die Einteilung des Staatsgebietes	103
<i>Titre II. – De l'état des Citoyens, & des conditions nécessaires pour en exercer les droits.</i>	104
II. Titel – Über die Stellung der Bürger und den notwendigen Bedingungen für die Ausübung ihrer Rechte	105
<i>Titre III.– Des Assemblées Primaires.</i>	106
<i>Section première. – Organisation des Assemblées Primaires.</i>	106
III. Titel – Über die Urversammlungen	107
Erster Abschnitt – Organisation der Urversammlungen	107
Section II. – Fonctions des Assemblées primaires.	108
Abschnitt II – Funktionen der Urversammlungen	109
Section III. – Règles générales pour les élections dans les Assemblées primaires.	110
Abschnitt III – Grundregeln für die Wahlen bei den Urversammlungen	111
Section IV. – De la police intérieure des Assemblées Primaires.	118
Abschnitt IV – Über die innere Ordnung der Urversammlungen	119
Section V. – Formes des délibérations dans les Assemblées Primaires.	120
Abschnitt V – Formvorschriften für die Beratungen in den Urversammlungen	121

<i>Titre IV. – Des Corps administratifs.</i>	124
Section Première. – De l’organisation & des fonctions des Corps administratifs.	124
IV. Titel – Über die Verwaltungskörperschaften	125
Erster Abschnitt – Über die Organisation und die Aufgaben der Verwaltungskörperschaften	125
Section II. – Du mode d’élection des Administrateurs de Département.	132
Abschnitt II – Über den Wahlmodus der Departementsadministratoren	133
<i>Titre V. – Du Conseil exécutif de la République.</i>	130
Section première. – De l’Organisation du Conseil exécutif de la République.	130
V. Titel – Über den Vollzugsrat der Republik	131
Erster Abschnitt – Über die Organisation des Vollzugsrates der Republik	131
Section II. – Du mode de l’élection du Conseil exécutif.	138
Abschnitt II – Über den Wahlmodus des Vollzugsrates	139
Section III. – Des relations du Conseil exécutif avec le Corps législatif.	144
Abschnitt III – Über die Beziehungen des Vollzugsrates zur gesetzgebenden Körperschaft	145
<i>Titre VI. – De la Trésorerie Nationale, du Bureau de Comptabilité.</i>	145
VI. Titel – Über das Schatzamt und das Buchführungsamt	146
<i>Titre VII. – Du Corps Législatif.</i>	148
Section première. – De l’organisation du Corps Législatif, & du mode d’Election des Membres qui le composent.	148
VII. Titel – Über die gesetzgebende Körperschaft	149
Erster Abschnitt – Über die Organisation der gesetzgebenden Körperschaft und dem Wahlmodus ihrer Mitglieder	149
Section II. – Des fonctions du Corps Législatif.	152
Abschnitt II – Über die Aufgaben der gesetzgebenden Körperschaft	153

Section III. – Tenue des séances & formation de la Loi.	156
Abschnitt III – Das Abhalten der Sitzungen und die Entstehung der Gesetze	157
Section IV. – Formation du Bureau.	160
Abschnitt IV – Die Bildung des Büros	161
<i>Titre VIII. – De la Censure du Peuple sur les Actes de la Représentation nationale, & du Droit de Pétition.</i>	162
VIII. Titel – Über die Kontrolle des Volkes über die Akte der Volksvertretung und über das Petitionsrecht	163
<i>Titre IX. – Des Conventions nationales.</i>	170
IX. Titel – Über die Nationalkonvente	171
<i>Titre X. – De l'Administration de la justice.</i>	174
Section première. – Règles générales.	174
X. Titel – Über die Justizverwaltung	175
Erster Abschnitt – Allgemeine Regeln	175
Section II. – De la Justice civile.	175
Abschnitt II – Über die Zivilgerichtsbarkeit	177
Section III. – De la Justice criminelle.	180
Abschnitt III – Über die Strafgerichtsbarkeit	181
Section IV. – Des Censeurs judiciaires.	182
Abschnitt IV – Über die Justizzensoren	183
Section V. – Du jury national.	188
Abschnitt V – Über die Nationaljury	189
Section VI. – Des moyens de garantir la liberté civile.	188
Abschnitt VI – Über die Mittel, die bürgerliche Freiheit zu garantieren	189
<i>Titre XI. – De la force publique.</i>	194
XI. Titel – Über die Streitkräfte	195
<i>Titre XII. – Des Contributions publiques.</i>	196
XII. Titel – Über die öffentlichen Abgaben	197

<i>Titre XIII & dernier. – Des rapports de la République Française avec les Nations étrangères, & de ses relations extérieures.</i>	198
XIII. und letzter Titel – Über die Beziehungen der französischen Republik zu den fremden Nationen und über ihre Aussenbeziehungen	199
<i>Décret de la Convention</i>	204
Dekret des Konvents	205

Plan de constitution présenté à la Convention Nationale les 15 & 16 Février 1793, l'an II de la République

IMPRIME PAR ORDRE DE LA CONVENTION NATIONALE

Projet de déclaration des droits naturels, civils et politiques des hommes.

Le but de toute réunion d'hommes en société étant le maintien de leurs droits naturels, civils & politiques, ces droits sont la base du Pacte social¹⁴³ : leur reconnaissance & leur déclaration doivent précéder la Constitution qui en assure la garantie.

Article premier. Les droits naturels, civils & politiques des Hommes sont la Liberté, l'Égalité, la Sûreté, la Propriété, la Garantie sociale & la Résistance à l'oppression.

II. La Liberté consiste à pouvoir faire tout ce qui n'est pas contraire au droit d'autrui : ainsi, l'exercice des droits naturels de chaque homme n'a de bornes que celles qui assurent aux autres membres de la société la jouissance de ces mêmes droits.

III. La conservation de la Liberté dépend de la soumission à la Loi, qui est l'expression de la volonté générale. Tout ce qui n'est pas défendu par la Loi ne peut être empêché ; & nul ne peut être contraint à faire ce qu'elle n'ordonne pas.

IV. Tout homme est libre de manifester sa pensée & ses opinions.

¹⁴³ Varianten A und B: ces droits doivent être la base du pacte social.

Verfassungsplan, dem Nationalkonvent vorgelegt am 15. und 16. Februar 1793¹⁴⁴, dem Jahr II der Republik

GEDRUCKT AUF ANORDNUNG DES NATIONALKONVENTS

Entwurf einer Erklärung der natürlichen, bürgerlichen und politischen Rechte der Menschen

Da das Ziel jeder Vereinigung von Menschen zur Gesellschaft in der Erhaltung ihrer natürlichen, bürgerlichen und politischen Rechte besteht, bilden diese Rechte die Grundlage des Gesellschaftsvertrages; ihre Anerkennung und Erklärung müssen der Verfassung, die deren Garantie sicherstellt, vorangehen.

Art. 1. Die natürlichen, bürgerlichen und politischen Rechte des Menschen sind die Freiheit, die Gleichheit, die Sicherheit, das Eigentum, die gesellschaftliche Garantie und der Widerstand gegen die Unterdrückung.

Art. 2. Die Freiheit besteht darin, alles tun zu können, was nicht gegen die Rechte anderer verstößt: So hat die Ausübung der natürlichen Rechte eines jeden Menschen nur die Grenzen, die den anderen Gliedern der Gesellschaft den Genuss der gleichen Rechte sichern.

Art. 3. Die Bewahrung der Freiheit hängt von der Unterordnung unter das Gesetz ab, welches Ausdruck des Gemeinwillens ist. All das, was vom Gesetz nicht verboten ist, kann nicht verhindert werden, und niemand kann gezwungen werden, das zu tun, was es nicht gebietet.

Art. 4. Jeder Mensch ist frei, seine Gedanken und seine Meinungen auszudrücken.

¹⁴⁴ Der revolutionäre Kalender wird erst am 24.10.1793 beschlossen. Nach diesem würde das Datum dem 3./4. pluviôse entsprechen.

V. La liberté de la Presse & tout autre moyen de publier ses pensées, ne peut être interdite, suspendue, ni limitée.

VI. Tout Citoyen est libre dans l'exercice de son Culte.

VII. L'Égalité consiste en ce que chacun puisse jouir des mêmes droits.

VIII. La Loi doit être égale pour tous, soit qu'elle récompense ou qu'elle punisse, soit qu'elle protège ou qu'elle réprime.

IX. Tous les Citoyens sont admissibles à toutes les places, emplois & fonctions publiques. Les Peuples libres ne connoissent d'autres motifs de préférence dans leurs choix que les talens & les vertus.

X. La sûreté consiste dans la protection accordée par la société à chaque Citoyen, pour la conservation de sa personne, de ses biens & de ses droits.

XI. Nul ne doit être appelé en justice, accusé, arrêté, ni détenu que dans les cas déterminés par la Loi, & selon les formes qu'elle a prescrites. Tout autre acte exercé contre un Citoyen, est arbitraire & nul.

XII. Ceux qui sollicitoient, expédieroient, signeroient, exécuteroient, ou feroient exécuter ces actes arbitraires, sont coupables & doivent être punis.

XIII. Les Citoyens contre qui l'on tenteroit d'exécuter de pareils actes, ont le droit de repousser la force par la force ; mais tout Citoyen appelé ou saisi par l'autorité de la Loi, & dans les formes prescrites par elle, doit obéir à l'instant : il se rend coupable par la résistance.

XIV. Tout homme étant présumé innocent jusqu'à ce qu'il ait été déclaré coupable ; s'il est jugé indispensable de l'arrêter, toute rigueur qui ne seroit pas nécessaire pour s'assurer de sa personne, doit être sévèrement réprimée par la Loi.

Art. 5. Die Pressefreiheit sowie jedes andere Mittel, seine Gedanken der Öffentlichkeit kundzutun, kann weder untersagt, ausgesetzt noch beschränkt werden.

Art. 6 Jeder Mensch ist in seiner Religionsausübung frei.

Art. 7. Die Gleichheit besteht darin, dass sich jeder der gleichen Rechte erfreuen kann.

Art. 8. Das Gesetz muss für alle gleich sein, ob es nun belohnt, bestraft, schützt oder verbietet.

Art. 9. Alle öffentlichen Positionen, Anstellungen und Ämter sind sämtlichen Bürgern zugänglich. Die freien Völker kennen keine anderen Auswahlkriterien als die Begabungen und die Tugenden.

Art. 10. Die Sicherheit besteht im Schutz, welchen die Gesellschaft jedem Bürger gewährt, um seine Person, seine Güter und seine Rechte zu bewahren.

Art. 11. Niemand darf vorgeladen, angeklagt, festgenommen oder gefangen gehalten werden ausser in den Fällen, welche das Gesetz bestimmt, und gemäss den Formen, welche es vorschreibt. Jeder andere Rechtsakt gegen einen Bürger ist willkürlich und nichtig.

Art. 12. Wer willkürliche Rechtsakte veranlasst, fördert, unterzeichnet, ausführt oder ausführen lässt, macht sich schuldig und muss bestraft werden.

Art. 13. Die Bürger, gegen welche man derartige Akte zu vollziehen versucht, haben das Recht, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen; aber jeder Bürger, welcher kraft der Autorität des Gesetzes geladen oder gefasst wird, und zwar in den Formen, welche es vorschreibt, muss sofort gehorchen: er macht sich durch Widerstand schuldig.

Art. 14. Da die Unschuld jedes Menschen vermutet wird, solange er nicht für schuldig erklärt worden ist, soll – wenn eine Verhaftung als unumgänglich erachtet wird – jede Härte, die nicht notwendig ist, um seiner Person habhaft zu werden, durch das Gesetz streng geahndet werden.

XV. Nul ne doit être puni qu'en vertu d'une loi établie, promulguée antérieurement au délit, & légalement appliquée.

XVI. La loi qui puniroit des délits commis avant qu'elle existât, seroit un acte arbitraire : l'effet rétroactif donné à la Loi, est un crime.

XVII. La loi ne doit décerner que des peines strictement & évidemment nécessaires à la sûreté générale. Les peines doivent être proportionnées au délit, & utiles à la société.

XVIII. Le droit de propriété consiste en ce que tout homme est le maître de disposer à son gré de ses biens, de ses capitaux, de ses revenus & de son industrie.

XIX. Nul genre de travail, de commerce, de culture, ne peut lui être interdit ; il peut fabriquer, vendre & transporter toute espèce de production.

XX. Tout homme peut engager ses services, son temps ; mais il ne peut se vendre lui-même : sa personne n'est pas une propriété aliénable.

XXI. Nul ne peut être privé de la moindre portion de sa propriété sans son consentement, si ce n'est lorsque la nécessité publique, légalement constatée, l'exige évidemment, & sous la condition d'une juste & préalable indemnité.

XXII. Nulle contribution ne peut être établie que pour l'utilité générale, & pour subvenir aux besoins publics. Tous les Citoyens ont droit de concourir personnellement, ou par leurs Représentans, à l'établissement des contributions¹⁴⁵.

XXIII. L'instruction élémentaire est le besoin de tous, & la société la doit également à tous ses membres.

XXIV. Les secours publics sont une dette sacrée de la société ; & c'est à la Loi à en déterminer l'étendue & l'application.

¹⁴⁵ Variante A zusätzlich: publiques.

Art. 15. Niemand darf bestraft werden, ausser auf Grund eines bestehenden Gesetzes, das vor Begehung des Delikts erlassen wurde und rechtmässig angewandt wird.

Art. 16. Das Gesetz, welches Vergehen, die vor seiner Schaffung begangen wurden, unter Strafe stellte, wäre ein willkürlicher Akt. Die einem Gesetz gegebene rückwirkende Kraft ist ein Verbrechen.

Art. 17. Das Gesetz soll nur die für die öffentliche Sicherheit genau und offensichtlich notwendigen Strafen festlegen. Die Strafen sollen dem Delikt angemessen und der Gesellschaft nützlich sein.

Art. 18. Das Recht auf Eigentum besteht darin, dass jeder Mensch nach Belieben über seine Güter, sein Vermögen, seine Einkünfte und seinen Fleiss verfügen kann.

Art. 19. Keine Form der Arbeit, des Handels und des Anbaus darf ihm untersagt werden. Er darf alle Arten von Produkten herstellen, verkaufen und transportieren.

Art. 20. Jeder Mensch kann seine Dienste und seine Zeit zur Verfügung stellen, aber er kann sich nicht selbst verkaufen. Seine Person ist kein veräusserliches Eigentum.

Art. 21. Ohne seine Einwilligung darf niemand auch nur des geringsten Teiles seines Eigentums beraubt werden, wenn es nicht die rechtlich festgestellte öffentliche Notwendigkeit offensichtlich erfordert, unter der Bedingung einer gerechten und vorgängigen Entschädigung.

Art. 22. Eine Steuer darf nur für den allgemeinen Nutzen und zur Deckung der öffentlichen Bedürfnisse auferlegt werden. Alle Bürger haben das Recht, bei der Festsetzung der Steuern persönlich oder durch ihre Vertreter mitzuwirken.

Art. 23. Die Grundbildung ist für alle ein Bedürfnis und die Gesellschaft schuldet sie gleichsam all ihren Mitgliedern.

Art. 24. Die Hilfe in Notlagen ist eine heilige Schuld der Gesellschaft. Es ist Sache des Gesetzes, ihren Umfang und ihre Anwendung zu bestimmen.

XXV. La garantie sociale de ces droits repose sur la souveraineté nationale.

XXVI. La Souveraineté est une, indivisible, imprescriptible & inaliénable.

XXVII. Elle réside essentiellement dans le Peuple entier, & chaque Citoyen a un droit égal de concourir à son exercice.

XXVIII. Nulle réunion partielle de Citoyens, et nul individu ne peuvent s'attribuer la Souveraineté, exercer aucune autorité, & remplir aucune fonction sans une délégation¹⁴⁶ formelle de la Loi.

XXIX. La garantie sociale ne peut pas exister là où les limites des fonctions publiques ne sont pas clairement déterminées par la Loi, & où la responsabilité de tous les Fonctionnaires publics n'est pas assurée.

XXX. Tous les Citoyens sont tenus de concourir à cette garantie, & de donner force à la Loi lorsqu'ils sont appelés en son nom.

XXXI. Les hommes réunis en société, doivent avoir un moyen légal de résister à l'oppression.

XXXII. Il y a oppression lorsqu'une Loi viole les droits naturels, civils & politiques qu'elle doit garantir.

Il y a oppression lorsque la loi est violée par les Fonctionnaires publics, dans son application à des faits individuels.

Il y a oppression lorsque des actes arbitraires violent les droits des Citoyens contre l'expression de la loi.

Dans tout gouvernement libre, le mode de résistance à¹⁴⁷ ces différens actes d'oppression, doit être réglé par la Constitution.

XXXIII. Un Peuple a toujours le droit de revoir, de réformer & de changer sa Constitution. Une génération n'a pas le droit d'assujétir à ses Loix les générations futures ; & toute hérédité dans les fonctions est absurde & tyrannique.

¹⁴⁶ Varianten A und B: déclaration.

¹⁴⁷ Variante B zusätzlich: tous.

Art. 25. Die gesellschaftliche Garantie dieser Rechte beruht auf der nationalen Souveränität.

Art. 26. Die Souveränität ist eins, unteilbar, unverjährbar und unveräußerlich.

Art. 27. Sie beruht auf dem ganzen Volk, und jeder Bürger hat ein gleiches Recht, an ihrer Ausübung mitzuwirken.

Art. 28. Weder eine Teilversammlung von Bürgern noch ein Einzelner können sich die Souveränität aneignen, irgendeine Autorität ausüben oder ein Amt bekleiden ohne eine formelle Übertragung durch das Gesetz.

Art. 29. Es kann keine gesellschaftliche Garantie geben, wo die Grenzen der öffentlichen Ämter nicht klar durch das Gesetz bestimmt sind und die Verantwortlichkeit der Beamten nicht sichergestellt ist.

Art. 30. Alle Bürger sind gehalten, an dieser Garantie mitzuwirken und dem Gesetz Wirkung zu verleihen, wenn sie in seinem Namen angerufen werden.

Art. 31. Die in der Gesellschaft vereinigten Menschen müssen über ein rechtliches Mittel verfügen, um gegen die Unterdrückung Widerstand zu leisten.

Art. 32. Unterdrückung liegt vor, wenn ein Gesetz die natürlichen, bürgerlichen und politischen Rechte, die es garantieren muss, verletzt.

Unterdrückung liegt vor, wenn die Beamten das Gesetz bei seiner Anwendung auf konkrete Tatsachen verletzen.

Unterdrückung liegt vor, wenn willkürliche Akte die Rechte der Bürger in gesetzwidriger Weise verletzen.

Unter jeder freiheitlichen Regierung muss die Art und Weise des Widerstandes gegen diese unterschiedlichen Akte der Unterdrückung in der Verfassung geregelt sein.

Art. 33. Ein Volk hat jederzeit das Recht, seine Verfassung zu revidieren, zu verbessern und zu ändern. Eine Generation hat nicht das Recht, die kommenden Generationen ihren Gesetzen zu unterwerfen, und jede Vererbung von Ämtern ist unsinnig und tyrannisch.

Il est peut-être dans ce projet quelques articles qui au premier apperçu paroîtront réglementaires, mais ces articles tiennent si essentiellement au plan général, que la réflexion & la discussion pourront les faire regarder comme vraiment constitutionnels. Dans tous les cas, le comité n'a pas dû franchir les idées intermédiaires qui étoient indispensables pour la clarté & le développement de son travail ; sur-tout lorsque dissous par le décret de son institution au moment même de la présentation de son ouvrage, il ne pourroit plus présenter les articles réglementaires & d'organisation qui en sont les conséquences & le complément.

Es gibt vielleicht in diesem Entwurf einige Artikel, die im ersten Hinblick (zu sehr) reglementarisch erscheinen, aber diese Artikel hängen derart mit dem Gesamtplan zusammen, dass Überlegung und Diskussion sie als wahrhaftig verfassungswürdig erscheinen lassen können. In allen Fällen hat das Komitee die Zwischenideen nicht überschreiten müssen, welche notwendig für die Klarheit und die Entwicklung seiner Arbeit waren; vor allem weil das Komitee – zum Zeitpunkt der Vorstellung seines Werkes aufgelöst durch das Dekret, durch welches es selbst eingesetzt worden ist – die reglementarischen und organisatorischen Artikel, welche deren Konsequenz und Ergänzung sind, in der Folge nicht mehr vorstellen könnte.

Projet de Constitution française

La Nation Française se constitue en République une & indivisible ; &, fondant son gouvernement sur les Droits de l'Homme, qu'elle a reconnus & déclarés, sur les principes de la Liberté, de l'Égalité, & de la Souveraineté du Peuple, elle adopte la Constitution suivante.

Titre Premier. – De la division du Territoire.

Article premier. La République Française est une & indivisible.

II. La distribution de son territoire actuel en quatre-vingt-cinq Départemens est maintenue.

III. Néanmoins les limites des Départemens pourront être changées ou rectifiées sur la demande des Administrés ; mais en ce cas la surface d'un Département ne pourra excéder quatre cents lieues quarrées¹⁴⁸.

IV. Chaque Département sera divisé en grandes Communes, les Communes en Sections municipales & en Assemblées primaires.

V. Cette distribution du territoire de chaque Département en grandes Communes, se fera de manière qu'il ne puisse y avoir plus de deux lieues & demie de l'habitation la plus éloignée au centre du chef-lieu de la Commune.

VI. L'arrondissement des Sections municipales ne sera pas le même que celui des Assemblées primaires.

VII. Il y aura dans chaque Commune une administration subordonnée à l'administration du Département, & dans chaque Section une agence secondaire.

¹⁴⁸ Variante A: mais en aucun cas la surface d'un département ne pourra être réduite au-dessous de ... lieues quarrées, ni portée au-dessous de ... lieues quarrées.

Entwurf einer französischen Verfassung

Die französische Nation konstituiert sich als eine und unteilbare Republik; sie gründet ihre Regierung auf die Menschenrechte, die sie anerkannt und erklärt hat, auf die Prinzipien der Freiheit, der Gleichheit und der Volkssouveränität und nimmt die folgende Verfassung an.

I. Titel – Über die Einteilung des Staatsgebietes

Art. I-1 Die französische Republik ist eins und unteilbar.

Art. I-2 Die Einteilung seines derzeitigen Gebietes in 85 Departemente wird beibehalten.

Art. I-3 Die Grenzen der Departemente können jedoch auf Antrag der Rechtsunterworfenen geändert oder korrigiert werden. In diesem Fall aber darf die Fläche eines Departements vierhundert Quadratleugen nicht überschreiten.¹⁴⁹

Art. I-4 Jedes Departement wird in grosse Gemeinden¹⁵⁰, die Gemeinden wiederum in kommunale Sektionen und in Urversammlungen eingeteilt.

Art. I-5 Diese Aufteilung des Gebietes jeden Departements in grosse Gemeinden wird so ausgeführt, dass zwischen der am weitesten entfernten Wohnstätte und dem Zentrum des Gemeindehauptortes nicht mehr als zweieinhalb Leugen liegen.

Art. I-6 Der Kreis der Gemeindesektionen ist nicht derselbe, wie derjenige der Urversammlungen.

¹⁴⁹ Eine Leuge entspricht wohl der Pariser Leuge, 3,898 Kilometer; möglicherweise ist – da Condorcet an der Vereinheitlichung des Längenmasses beteiligt war – auch eine metrische Leuge, entsprechend 4 Kilometer, gemeint: Im Dekret vom 1. August 1793 legt der Nationalkonvent, gestützt auf einen Rapport der Académie des Sciences, das Längenmass, das für die ganze Republik gelten soll, erstmals als «Meter» provisorisch fest. Ein Meter entspricht 1/40'000'000 der Länge eines bestimmten Meridians entlang eines Quadranten (= Distanz Äquator – Nordpol). Das metrische System wird ab 1799 als gesetzliches System in der französischen Republik eingeführt; 1889 folgt die Festlegung des internationalen Eichmasses in Paris. Vgl.dazu Marquet, S. 24 ff.

¹⁵⁰ Gemeint ist eine ähnliche Einteilung, wie es sie heute z.B. in Deutschland gibt: Kreisgemeinden bzw. grosse Kreisgemeinden; vgl. Bericht, S. 64 ff.

Titre II. – De l'état des Citoyens, & des conditions nécessaires pour en exercer les droits.

Article premier. Tout homme âgé de vingt-un ans accomplis, qui se sera fait inscrire sur le tableau civique d'une Assemblée primaire, & qui aura résidé depuis, pendant une année sans interruption, sur le territoire Français, est Citoyen de la République.

II. La qualité de Citoyen Français se perd par la naturalisation en pays étranger, & par la peine de la dégradation civique.

III. Tout Citoyen qui aura rempli les conditions exigées par l'article premier, pourra exercer son droit de suffrage dans la portion du territoire de la République où il justifiera une résidence actuelle de trois mois sans interruption.

IV. Nul¹⁵¹ ne peut exercer son droit de suffrage pour le même objet dans plus d'une Assemblée primaire.

V. Il y aura deux causes d'incapacité¹⁵² pour l'exercice du droit de suffrage : la première l'imbécillité ou la démence, constatée par un jugement ; la seconde la condamnation légale aux peines qui emportent la dégradation civique.

VI. Tout Citoyen qui aura résidé pendant six années hors du territoire de la République, sans une mission donnée au nom de la Nation, ne pourra reprendre l'exercice du droit de suffrage qu'après une résidence non-interrompue de six mois.

VII. Tout Citoyen, qui, sans avoir eu de mission, se sera absenté par¹⁵³ une année du lieu où il a son domicile habituel, sera tenu de nouveau à une résidence de trois mois, avant d'être admis à voter dans les Assemblées primaires¹⁵⁴.

¹⁵¹ Variante A zusätzlich: citoyen.

¹⁵² Varianten A und B zusätzlich: absolue.

¹⁵³ Variante A: pendant.

¹⁵⁴ Varianten A und B: son assemblée primaire.

Art. I-7 Jede Gemeinde hat eine der Departementsverwaltung untergeordnete Verwaltung und jede Gemeindesektion hat eine Sekundärvertretung.

II. Titel I – Über die Stellung der Bürger und den notwendigen Bedingungen für die Ausübung ihrer Rechte

Art. II-1 Jeder Mann über 21 Jahre, der sich ins Bürgerregister einer Urversammlung eingeschrieben hat und der seither, während mindestens eines Jahres ohne Unterbruch, auf französischem Gebiet ansässig war, ist Bürger der Republik.

Art. II-2 Die französische Staatsbürgerschaft geht unter bei Annahme einer fremden Staatsbürgerschaft und durch die Strafe der Einstellung der bürgerlichen Ehrenfähigkeit.

Art. II-3 Jeder Bürger, der die Voraussetzungen des Art. 1 erfüllt, kann sein Stimmrecht in jenem Teil des Gebietes der Republik ausüben, wo er einen aktuellen und ununterbrochenen Wohnsitz von drei Monaten nachweist.

Art. II-4 Niemand darf sein Stimmrecht für den gleichen Gegenstand in mehr als einer Urversammlung ausüben.

Art. II-5 Es gibt zwei Ausschlussgründe für die Ausübung des Stimmrechts: Erstens die Geistesschwäche oder der Wahnsinn, die gerichtlich festgestellt sein müssen; zweitens die rechtmässige Verurteilung zu Strafen, welche die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenfähigkeit nach sich ziehen.

Art. II-6 Jeder Bürger, der während sechs Jahren ausserhalb des Territoriums der Republik gewohnt und keinen Auftrag im Namen der Nation gehabt hat, darf sein Stimmrecht erst nach einem ununterbrochenen Aufenthalt von sechs Monaten wieder ausüben.

Art. II-7 Jeder Bürger, der ohne einen Auftrag während eines Jahres von seinem Wohnsitz oder seinem üblichen Aufenthaltsort abwesend war, muss zuerst wieder drei Monate lang an selbigem niedergelassen sein, bevor er in Urversammlungen zur Stimmabgabe zugelassen wird.

VIII. Le Corps Législatif déterminera la peine qu'auront encourue ceux qui se permettroient d'exercer le droit de suffrage dans tous les cas où la Loi Constitutionnelle le leur interdit.

IX. La qualité de Citoyen Français, & la majorité de vingt-cinq ans accomplis, sont les seules conditions nécessaires pour l'éligibilité à toutes les places de la République.

X. En quelque lieu que réside un Citoyen Français, il peut être élu à toutes les places & par tous les Départemens, quant bien même il seroit¹⁵⁵ privé du droit de suffrage par défaut de résidence.

Titre III.– Des Assemblées Primaires.

Section première. – Organisation des Assemblées Primaires.

Article premier. Les Assemblées primaires où les Français doivent exercer leurs droits de Citoyens, seront distribuées sur le territoire de chaque Département, & leur arrondissement sera réglé de manière qu'aucune d'elles n'ait moins de quatre cent cinquante Membres, ni plus de neuf cents.

II. Il sera fait dans chaque Assemblée primaire un tableau particulier des Citoyens qui la composent.

III. Ce tableau formé, on procédera dans chaque Assemblée primaire à la nomination d'un bureau composé d'autant de Membres qu'il y aura de fois cinquante Citoyens inscrits sur le tableau.

IV. Cette élection se fera par un seul scrutin à la simple pluralité des suffrages. Chaque votant ne portera que deux personnes sur son bulletin, quel que soit le nombre des Membres qui doivent former le bureau.

V. Dans le cas néanmoins où, par le résultat de ce premier scrutin, l'élection des Membres du bureau seroit incomplète, il sera fait pour la compléter, un nouveau tour de scrutin.

VI. Le Doyen d'âge présidera l'Assemblée pendant cette première élection.

¹⁵⁵ Varianten A und B zusätzlich: momentanément.

Art. II-8 Die gesetzgebende Körperschaft bestimmt die Strafe, die denjenigen auferlegt wird, welche sich erlauben haben, das Stimmrecht auszuüben in allen Fällen, in denen es ihnen vom Verfassungsrecht untersagt wird.

Art. II-9 Die französische Staatsbürgerschaft und ein Alter von mehr als 25 Jahren sind die einzigen notwendigen Voraussetzungen für die Wählbarkeit an allen Orten der Republik.

Art. II-10 Ein französischer Bürger, wo immer er auch wohnt, kann an allen Orten und in allen Departementen gewählt werden, auch wenn ihm mangels Wohnsitzes dort das Stimmrecht fehlt.

III. Titel – Über die Urversammlungen

Erster Abschnitt – Organisation der Urversammlungen

Art. III-I-1 Die Urversammlungen, in denen die Franzosen ihre Bürgerrechte ausüben müssen, sind auf das Gebiet jeden Departements zu verteilen und ihr Amtskreis wird so gezogen, dass keine Urversammlung weniger als 450, noch mehr als 900 Mitglieder hat.

Art. III-I-2 Bei jeder Urversammlung muss eine gesonderte Liste der zu dieser Versammlung gehörenden Bürger aufgestellt werden.

Art. III-I-3 Nach Fertigstellung der Liste wird bei jeder Urversammlung ein Büro ernannt, das so viele Mitglieder hat, wie Vielfache von fünfzig Bürgern in die Liste eingeschrieben sind.

Art. III-I-4 Diese Wahl wird in einem einzigen Wahlgang nach dem einfachen Mehr durchgeführt. Jeder Wähler schreibt nur zwei Personen auf seinen Wahlzettel, wie hoch auch immer die Zahl der das Büro bildenden Mitglieder sein mag.

Art. III-I-5 Für den Fall aber, dass durch das Resultat des ersten Wahlganges das Büro nicht komplett besetzt werden kann, erfolgt ein weiterer Wahlgang, um die Wahlen abzuschliessen.

Art. III-I-6 Der Älteste führt den Vorsitz der Versammlung während dieser ersten Wahl.

VII. Les fonctions des membres du bureau seront : 1°. de garder le registre ou tableau de Citoyens ; 2°. d'inscrire sur ce registre, dans l'intervalle d'une convocation à l'autre, ceux qui se présenteront pour être admis comme Citoyens ; 3°. de donner à ceux qui veulent changer de domicile un certificat qui atteste leur qualité de Citoyen ; 4°. de convoquer l'Assemblée primaire dans les cas déterminés par la Constitution ; 5°. de faire, au nom de l'Assemblée, soit à l'administration du Département, soit aux bureaux des Assemblées primaires de la même Commune, les réquisitions nécessaires à l'exercice du droit de censure.

VIII. Les membres du bureau seront proclamés suivant l'ordre de la pluralité des suffrages que chacun d'eux aura obtenus. Le premier remplira les fonctions de Président ; les trois membres qui viendront immédiatement après lui, rempliront celles de secrétaires ; & le reste du bureau, celles de scrutateurs, en cas d'absence de quelques-uns d'entr'eux. Ils seront dans le même ordre, les suppléans les uns des autres¹⁵⁶.

IX. A chaque convocation nouvelle d'une Assemblée primaire, il ne sera pas permis de s'occuper d'aucun objet avant que le bureau ait été renouvelé. Tout acte antérieur à ce renouvellement est déclaré nul ; les Citoyens qui composoient l'ancien bureau pourront néanmoins être réélus.

X. Le bureau ne sera point renouvelé lorsque les séances de l'Assemblée seront simplement ajournées & continuées¹⁵⁷, & que l'objet pour lequel elle aura été convoquée, ne sera pas terminé.

XI. Nul ne pourra être admis à voter¹⁵⁸ dans une Assemblée primaire, sur le tableau de laquelle il ne sera pas inscrit, s'il n'a présenté au bureau, huit jours avant l'ouverture de l'Assemblée, les titres qui constatent son droit. L'ancien bureau en rendra compte à l'Assemblée qui décidera si le Citoyen présenté a rempli ou non, les conditions exigées par la Constitution.

Section II. – Fonctions des Assemblées primaires.

Article premier. Les Citoyens français doivent se réunir en Assemblées primaires pour procéder aux élections déterminées par la Constitution.

¹⁵⁶ Varianten A und B: et le reste du bureau, les fonctions de scrutateurs. Ils seront, dans le même ordre, les suppléans les uns des autres, en cas d'absence de quelques-uns d'entr'eux.

¹⁵⁷ Variante A: en continées; Variante B: & constituées.

¹⁵⁸ Variante A zusätzlich: pour la première fois.

Art. III-I-7 Den Mitgliedern des Büros stehen folgende Funktionen zu: 1) das Bürgerverzeichnis oder die Bürgerliste nachzuführen; 2) zwischen zwei Einberufungen diejenigen in dieses Verzeichnis aufzunehmen, die vorstellig werden, um als Bürger aufgenommen zu werden; 3) denjenigen, die ihren Wohnsitz wechseln wollen, eine Bescheinigung über ihre Eigenschaft als Bürger auszustellen; 4) die Urversammlung in den von der Verfassung bestimmten Fällen einzuberufen; 5) im Namen der Urversammlung die notwendigen Anträge bezüglich der Ausübung des Zensurrechts an die Departementsverwaltung oder an die Büros der Urversammlungen der selben Gemeinde zu stellen.

Art. III-I-8 Die Mitglieder des Büros werden in der Reihenfolge ihrer erhaltenen Stimmenmehrheiten eingesetzt. Das erste übernimmt die Funktion des Vorsitzenden; die drei Mitglieder, die unmittelbar nach ihm folgen, übernehmen die Funktion von Sekretären und die restlichen Mitglieder des Büros die der Wahlprüfer. Im Fall der Abwesenheit einiger von ihnen sind die Anwesenden, unter Beibehaltung der Wahlreihenfolge, ihre jeweiligen Ersatzmänner.

Art. III-I-9 Bei jeder neuen Einberufung einer Urversammlung muss das Büro neu gewählt werden, bevor man sich mit irgendeiner Angelegenheit beschäftigt. Jede vor dieser Neuwahl vorgenommene Handlung ist nichtig; die Bürger, die das alte Büro bildeten, dürfen jedoch wieder gewählt werden.

Art. III-I-10 Das Büro wird nicht neu gewählt, wenn die Sitzungen der Versammlung lediglich vertagt und später fortgesetzt werden, solange der Gegenstand, für welchen die Versammlung einberufen worden war, nicht abgehandelt ist.

Art. III-I-11 Niemand darf bei einer Urversammlung zur Stimmabgabe zugelassen werden, wenn er auf deren Liste nicht eingetragen ist, falls er nicht acht Tage vor der Eröffnung der Versammlung dem Büro Urkunden vorgelegt hat, die sein entsprechendes Recht bestätigen. Das alte Büro erstattet der Versammlung Bericht, und diese entscheidet, ob der vorgeschlagene Bürger die verfassungsmässigen Voraussetzungen erfüllt oder nicht.

Abschnitt II – Funktionen der Urversammlungen

Art. III-II-1 Die französischen Bürger müssen in den Urversammlungen zusammenkommen, um die von der Verfassung vorgesehenen Wahlen durchzuführen.

II. Les Citoyens français doivent également se réunir en Assemblées primaires pour délibérer sur des objets qui concernent l'intérêt général de la République, comme, 1°. lorsqu'il s'agit d'accepter ou de refuser un projet de Constitution ou un changement quelconque à la Constitution acceptée ;
2°. Lorsqu'on propose la convocation d'une Convention nationale ;
3°. Lorsque le Corps législatif provoque sur une question qui intéresse la République entière, l'émission du vœu de tous les Citoyens ;
4°. Enfin, lorsqu'il s'agit, soit de requérir le Corps législatif de prendre un objet en considération, soit d'exercer sur les actes de la représentation nationale, la censure du peuple, suivant le mode & d'après les règles fixées par la Constitution.

III. Les élections & les délibérations des Assemblées primaires, qui ne seront pas conformes par leur nature, par leur objet ou par leur mode, aux règles prescrites par la loi Constitutionnelle, seront nulles & de nul effet.

Section III. – Règles générales pour les élections dans les Assemblées primaires.

Article premier. Les élections se feront au moyen de deux scrutins dont le premier simplement préparatoire, ne servira qu'à former une liste de présentations ; le second, ouvert seulement entre les candidats inscrits sur la liste de présentation, sera définitif & consommera l'élection.

II. Pour le scrutin de présentation, aussitôt que l'Assemblée aura été formée, les Membres reconnus, le bureau établi, & l'objet de la convocation annoncé, chaque votant recevra au bureau un bulletin imprimé sur lequel on aura inscrit son nom en marge.

III. Le scrutin sera ouvert à l'instant même, & ne sera fermé que dans la séance du lendemain à quatre heures du soir. Chaque Citoyen écrira ou fera écrire sur son bulletin, un nombre de noms égal à celui des places à élire, & viendra pendant cet intervalle le déposer au bureau.

IV. Dans la séance du second jour à quatre heures, le Bureau procédera à la vérification & au recensement du scrutin, en lisant à haute voix le nom de chaque votant & les noms de ceux qu'il aura inscrits sur son bulletin.

Art. III-II-2 Die französischen Bürger müssen in den Urversammlungen auch zusammenkommen, um die Fragen, die von allgemeinem Interesse für die Republik sind, zu beraten, wie: 1. Wenn es darum geht, den Entwurf einer neuen Verfassung oder irgendeine Änderung an der angenommenen Verfassung zu akzeptieren oder abzulehnen;

2. Wenn die Einberufung eines Nationalkonvents vorgeschlagen wird;

3. Wenn die gesetzgebende Körperschaft die Einholung der Meinung aller Bürger zu einer Frage, welche für die gesamte Republik von Interesse ist, beschliesst;

4. Schliesslich, wenn es entweder darum geht, die gesetzgebende Körperschaft zu ersuchen, einen Gegenstand zu behandeln, oder die Volkszensur über die Akte der nationalen Vertretung auszuüben, gemäss dem Verfahren und den durch die Verfassung festgelegten Regeln.

Art. III-II-3 Die Wahlen und Beratungen der Urversammlungen, die wegen ihrer Art, ihres Gegenstandes oder ihres Zustandekommens nicht mit den vom Verfassungsrecht vorgeschriebenen Regeln vereinbar sind, sind nichtig und haben keine Wirkung.

Abschnitt III – Grundregeln für die Wahlen bei den Urversammlungen

Art. III-III-1 Die Wahlen werden in zwei Wahlgängen durchgeführt. Der erste, der lediglich vorbereitender Natur ist, dient nur zur Erstellung einer Vorschlagsliste; der zweite, an welchem nur die auf der Vorschlagsliste eingetragenen Kandidaten wählbar sind, ist definitiv und schliesst die Wahl ab.

Art. III-III-2 Für die Vorschlagswahl bekommt jeder Wähler, sobald die Versammlung zusammengetreten ist, deren Mitglieder zugelassen sind, das Büro gewählt ist und der Gegenstand der Einberufung angekündigt wurde, im Büro einen gedruckten Wahlzettel, auf dessen Rand sein Name eingetragen ist.

Art. III-III-3 Die Wahl beginnt gleich anschliessend und endet erst mit der nächsten Sitzung um vier Uhr am Abend des nächsten Tages. Jeder Bürger schreibt oder lässt auf seinem Wahlzettel so viele Namen aufschreiben, wie Sitze zu vergeben sind. Innerhalb dieses Zeitraums kommt der Bürger in das Büro, um seinen Wahlzettel abzugeben.

Art. III-III-4 In der Sitzung des zweiten Tages, um vier Uhr, geht das Büro zur Überprüfung und der Stimmenausszählung der Wahl über, indem der Name jeden Wählers sowie die Namen der auf seinem Zettel eingetragenen Personen vorgelesen werden.

V. Toutes ces opérations se feront publiquement.

VI. Le résultat du scrutin de chaque Assemblée primaire, arrêté & proclamé par le bureau, sera envoyé au chef-lieu du Département, où le recensement des résultats du scrutin de chaque Assemblée primaire se fera publiquement par les administrateurs.

VII. La liste de présentation sera formée de ceux qui auront obtenu le plus de voix en nombre triple des places à remplir.

VIII. S'il y a égalité de suffrages, le plus âgé sera préféré dans tous les cas ; &, s'il n'y a qu'une place à remplir sur la liste, le plus âgé sera seul inscrit.

IX. Le recensement général des résultats des scrutins faits par les Assemblées primaires, commencera le huitième jour après celui qui aura été indiqué pour l'ouverture de l'élection ; & les scrutins des Assemblées primaires, qui ne seroient remis à l'administration du Département que postérieurement à cette époque, ne seront point admis.

X. La liste de présentation des candidats ne sera pas définitivement arrêtée immédiatement après le dépouillement des résultats du scrutin des Assemblées primaires. L'administration du Département sera tenue de la faire imprimer & publier sans délai : elle ne sera considérée que comme un simple projet, & elle contiendra 1°. la liste des Candidats qui auront obtenu le plus de suffrages, en nombre triple des places à remplir ; 2°, un nombre égal de suppléans, pris parmi ceux qui auront recueilli le plus de voix, après les candidats inscrits les premiers, & en suivant toujours entre eux l'ordre de la pluralité.

Art. III-III-5 All diese Handlungen finden öffentlich statt.

Art. III-III-6 Das Ergebnis der durch das Büro festgehaltenen und verkündeten Wahl einer jeden Urversammlung wird an den Departementshauptort versendet, wo die Auszählung der Wahlergebnisse aller Urversammlungen von den Administratoren öffentlich vorgenommen wird.

Art. III-III-7 Die Vorschlagsliste wird nun – in dreifacher Anzahl der zu besetzenden Stellen – mit jenen Personen gebildet, die die meisten Stimmen erhalten haben.

Art. III-III-8 Im Falle einer Stimmengleichheit ist der Älteste in jedem Fall vorzuziehen, und falls es nur eine Stelle auf der Liste zu besetzen gibt, ist darauf lediglich der Älteste einzutragen.

Art. III-III-9 Die Gesamtauszählung der von den Urversammlungen durchgeführten Wahlen beginnt am achten Tag nach dem für den Beginn der Wahl angesetzten Tag; diejenigen Wahlzettel der Urversammlungen, die der Departementsverwaltung erst nach diesem Zeitpunkt übergeben werden, sind nicht mehr zugelassen.

Art. III-III-10 Die Liste der vorgeschlagenen Kandidaten steht unmittelbar nach der Auswertung der Wahlergebnisse der Urversammlungen noch nicht endgültig fest. Die Departementsverwaltung ist verpflichtet, die Liste ohne Verzug drucken zu lassen und sie öffentlich bekannt zu machen; diese ist nur als einfacher Entwurf anzusehen und muss folgendes enthalten: 1) Die Liste derjenigen Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben und zwar in dreifacher Anzahl der zu besetzenden Stellen; 2) eine jeweils gleiche Anzahl von Stellvertretern, die aus jenen bestimmt werden, die nach den ersten auf der Liste eingetragenen Kandidaten die meisten Stimmen für sich errungen haben, wobei unter ihnen stets dem Mehrheitsprinzip Folge geleistet werden muss.

XI. Dans les quinze jours qui suivront la publication de cette première liste, l'administration du Département recevra la déclaration de ceux qui, y étant inscrits, soit au nombre des candidats, soit au nombre des suppléants, déclareroient qu'ils ne veulent ou ne peuvent pas accepter. Le quinzième jour la liste sera définitivement arrêtée, en remplaçant ceux des candidats qui auront refusé d'abord par ceux qui seront inscrits au nombre des suppléants, & successivement par ceux qui, après eux, auront obtenu le plus de suffrages, en suivant toujours entre eux l'ordre de la pluralité.

XII. La liste de présentation ainsi définitivement arrêtée & réduite au nombre triple des sujets à élire, sera envoyée sans délai par l'Administration du Département aux Assemblées primaires ; l'Administration indiquera le jour où les Assemblées primaires devront procéder au dernier scrutin d'élection ; mais, sous aucun prétexte, ce terme ne pourra être plus éloigné que le second dimanche après la clôture de la liste de présentation.

XIII. L'Assemblée étant réunie pour le second & dernier scrutin, chaque votant recevra au bureau un bulletin à deux colonnes, divisées chacune en autant de cases qu'il y aura de sujets à nommer. L'une de ces colonnes sera intitulée : *Première Colonne d'élection* ; l'autre, *Colonne supplémentaire*.

XIV. Chaque votans inscrira ou fera inscrire sur la première colonne autant d'individus qu'il y aura de places à élire, & ensuite sur la colonne supplémentaire un nombre de noms égal à celui inscrit sur la première colonne. Ce bulletin ne sera point signé¹⁵⁹.

XV. Les suffrages ne pourront porter que sur les individus inscrits sur la liste de présentation.

XVI. Dans chaque Assemblée primaire on fera séparément le recensement des suffrages portés sur la première colonne d'élection & sur la colonne supplémentaire.

¹⁵⁹ Bedeutung nicht im Sinne von unterzeichnen, sondern seinen Namen aufführen. Wird mit «unterschreiben» übersetzt im Sinne der (handschriftlichen) Identifikation. Vgl. im Übrigen zur geheimen Wahl / Abstimmung Bericht, S. 79 f.

Art. III-III-11 Innerhalb von fünfzehn Tagen nach Veröffentlichung dieser ersten Liste können diejenigen, die darauf eingetragen sind – ob als Kandidat oder als Ersatzmann – der Departementsverwaltung erklären, dass sie nicht annehmen wollen oder können. Am fünfzehnten Tag steht die Liste definitiv fest, nachdem diejenigen Kandidaten, die abgelehnt haben, zunächst durch die Personen, die als Ersatzmänner eingetragen sind und dann nach und nach jeweils durch die Personen, die die meisten Stimmen erhalten haben, ersetzt werden, wobei die Reihenfolge der letzteren nach wie vor durch deren Anzahl erhaltener Stimmen bestimmt wird.

Art. III-III-12 Die Vorschlagsliste, so wie sie nun in ihrer endgültigen Form feststeht und auf die dreifache Zahl der zu wählenden Personen reduziert ist, wird ohne Verzug von der Departementsverwaltung an die Urversammlungen versendet; die Verwaltung gibt den Tag an, an dem die Urversammlungen die Schlusswahl vornehmen müssen. Dieser Termin aber darf unter keinen Umständen später als am zweiten Sonntag nach Abschluss der Vorschlagsliste angesetzt werden.

Art. III-III-13 Nachdem die Versammlung für den zweiten und letzten Wahlgang zusammen getreten ist, erhält jeder Wähler im Büro einen zweiseitigen Wahlzettel; jede Spalte ist in so viele Felder unterteilt, wie es zu ernennende Personen gibt. Die eine dieser Spalten trägt den Titel *«erste Spalte für die Wahl»* und die andere *«zusätzliche Spalte»*.

Art. III-III-14 Jeder Wähler trägt in der ersten Spalte so viele Individuen ein bzw. lässt sie dort eintragen,¹⁶⁰ wie es Posten zu wählen gibt. Dann trägt er in der zusätzlichen Spalte die gleiche Anzahl Namen ein bzw. lässt sie eintragen, wie in der ersten Spalte aufgeführt sind. Dieser Wahlzettel wird nicht unterschrieben.

Art. III-III-15 Die Wahlstimmen dürfen nur an Individuen gegeben werden, die in der Vorschlagsliste eingetragen sind.

Art. III-III-16 In jeder Urversammlung findet jeweils eine getrennte Auszählung der in der ersten Spalte enthaltenen Wahlstimmen und derjenigen der zusätzlichen Spalte statt.

¹⁶⁰ Für solche, die nicht schreiben konnten, Analphabeten etc.

XVII. Ces résultats seront renvoyés au chef-lieu du Département, & n'y seront reçus que jusqu'au huitième jour après celui qui aura été indiqué pour l'ouverture du second scrutin.

XVIII. L'administration du Département, procédera publiquement au recensement général des résultats du scrutin envoyé par les Assemblées primaires. On recensera¹⁶¹ d'abord particulièrement & séparément, le nombre des suffrages donnés à chaque candidat sur les premières colonnes d'élection¹⁶², & ensuite sur les colonnes supplémentaires.

XIX. Si le nombre¹⁶³ des suffrages portés sur la première colonne ne donne la majorité absolue à personne, on réunira la somme de suffrages que chaque candidat aura obtenus dans les deux colonnes ; & la nomination de tous les sujets à élire, ainsi que de leurs suppléans, sera déterminée par l'ordre de la pluralité.

XX. Si un ou plusieurs candidats réunissent la majorité absolue, par le recensement des suffrages portés sur la première colonne¹⁶⁴, leur élection sera consommée, & l'on n'aura recours à l'addition des suffrages portés sur les deux colonnes, que pour les candidats qui n'auront pas obtenu la majorité absolue dans la première, & pour les places vacantes après le recensement.

XXI. Les suppléans seront d'abord ceux qui sur la première colonne, ayant obtenu une majorité absolue, auront le plus grand nombre de suffrages après les sujets élus ; ensuite ceux qui après les sujets élus auront eu le plus de suffrages par la réunion des deux colonnes, quand bien même ils n'auroient obtenu que la pluralité relative.

¹⁶¹ Variante B: récusera.

¹⁶² Variante A: de nomination.

¹⁶³ Variante A: résultat.

¹⁶⁴ Variante A: suffrages portés sur la première liste ou colonne de nomination.

Art. III-III-17 Diese Ergebnisse werden an den Hauptort des Departements versendet und werden nur bis zum achten Tag nach dem für die Eröffnung des zweiten Wahlgangs angegeben Tag in Empfang genommen.

Art. III-III-18 Die Departementsverwaltung nimmt anschliessend die Gesamtauszählung der Wahlergebnisse, die von den Urversammlungen übermittelt wurden, öffentlich vor. Es werden zunächst, jeweils einzeln und gesondert, die Zahl der Stimmen gezählt,¹⁶⁵ die jedem Kandidaten in der ersten Spalte für die Wahl vergeben wurden und dann diejenigen in der zusätzlichen Spalte.

Art. III-III-19 Falls die in der ersten Spalte enthaltenen Wahlstimmen keinem die absolute Mehrheit geben, wird die Summe der Wahlstimmen, die jeder Kandidat in beiden Spalten erhalten hat, gebildet; die Ernennung aller zur Wahl stehenden Personen sowie auch ihrer Ersatzmänner erfolgt gemäss dem Stimmenmehrheitsprinzip.

Art. III-III-20 Wenn einer oder mehrere Kandidaten das absolute Mehr nach Auszählung der in der ersten Spalte eingetragenen Wahlstimmen erreichen, gilt ihre Wahl als vollzogen. Es wird nur für jene Kandidaten, die in der ersten Spalte das absolute Mehr nicht erreicht haben, auf das Zusammenzählen der Wahlstimmen aus beiden Spalten zurückgegriffen, für die nach der ersten Auszählung noch vakanten Posten.

Art. III-III-21 Ersatzmänner werden zunächst diejenigen, die in der ersten Spalte – wenn sie eine absolute Mehrheit erhalten haben – die meisten Wahlstimmen nach den gewählten Personen erhalten haben. Darauf folgen diejenigen, die, nach den gewählten Personen, die meisten Wahlstimmen durch Zusammenzählen beider Spalten erhalten haben, selbst wenn sie nur eine relative Mehrheit erhalten haben.

¹⁶⁵ Variante B ist offensichtlich ein Druckfehler, weil «zurückweisen» (récuser) keinen Sinn ergibt.

XXII. Le même mode sera suivi pour les nominations à une seule place; mais en ce cas, 1°. lors du scrutin de présentation, chaque votant n'écrira qu'un nom sur son bulletin. 2°. La liste de présentation formée d'après ce scrutin contiendra le nom de treize candidats & d'autant de suppléants, jusqu'à ce qu'elle ait été réduite à treize & définitivement arrêtée, conformément aux articles X & XI. 3°. Lors du scrutin d'élection chaque votant écrira ou fera écrire le nom de l'individu qu'il préfère sur la première colonne, & sur la colonne supplémentaire le nom de six autres individus. 4°. Si, lors du recensement général des suffrages portés sur la première colonne, l'un des candidats a réuni la majorité absolue, il sera élu. Si personne n'a obtenu la majorité absolue, on réunira les suffrages portés en faveur de chaque candidat sur les deux colonnes : celui qui en aura obtenu le plus sera élu : & les six candidats qui auront eu le plus de suffrages après lui, seront ses suppléants dans l'ordre de la pluralité.

XXIII.¹⁶⁶ Lors du recensement du dernier scrutin, les bulletins où l'on auroit donné un ou plusieurs suffrages, à des citoyens qui ne seroient pas inscrits sur la liste de présentation, ainsi que ceux qui ne contiendroient pas sur chaque colonne le nombre de suffrages exigés, seront annullés.

XXIV. Le même citoyen pourra être porté à la fois sur plusieurs listes de présentation pour des places différentes.

XXV. Il y a néanmoins incompatibilité entre toutes les fonctions publiques. Nul citoyen ne pourra accepter une fonction nouvelle sans renoncer par le seul fait de son acceptation, à celle qu'il exerçoit auparavant.

Section IV. – De la police intérieure des Assemblées Primaires.

Article premier. La police intérieure des Assemblées primaires appartient essentiellement & exclusivement à l'Assemblée elle-même.

¹⁶⁶ Variante B: XXIII. Si les listes définitives de présentation ne sont pas complètes, & qu'elles contiennent cependant un nombre de noms égal à celui qui doit être porté sur les listes d'élection, les sommes précédentes seront observées. Dans le cas contraire, ceux qui auroient obtenu la majorité absolue des suffrages dans les listes de présentation, seront élus, soit pour les places, soit comme suppléants. Pour terminer ensuite les nominations, la liste de présentation sera complétée, & il sera procédé à une élection, suivant les formes générales ci-dessus prescrites. [die nachfolgenden Artikel werden entsprechend mit XXIV. bis XXVI. nummeriert, sind aber sonst identisch.]

Art. III-III-22 Die gleiche Methode wird für die Ernennungen für einen einzigen Posten angewendet, jedoch gilt in diesem Fall folgendes: 1) Bei der Vorschlagswahl schreibt jeder Wähler nur einen Namen auf seinen Wahlzettel; 2) Die gemäss dieser Wahl aufgestellte Vorschlagsliste enthält die Namen von 13¹⁶⁷ Kandidaten und ebenso vielen Ersatzmännern, bis sie dann auf 13 reduziert und definitiv festgelegt wird, gemäss den Artikeln 10 und 11; 3) Bei der Wahl schreibt jeder Wähler selbst bzw. lässt den Namen der von ihm bevorzugten Person in die erste Spalte und in die ergänzende Spalte den Namen von sechs anderen Personen aufschreiben; 4) Wenn zum Zeitpunkt der Hauptauszählung der in der ersten Spalte eingetragenen Wahlstimmen einer der Kandidaten das absolute Mehr erreicht hat, ist er gewählt. Wenn niemand das absolute Mehr erreicht hat, zählt man die Stimmen zusammen, die jeder Kandidat auf beiden Spalten für sich gewinnt. Derjenige, der hierbei die meisten Wahlstimmen erhalten hat, ist gewählt; die sechs Kandidaten wiederum, die die meisten Wahlstimmen nach ihm erhalten haben, werden seine Vertreter, in der Reihenfolge ihrer Stimmenmehrheit.

Art. III-III-23 Zum Zeitpunkt der Auszählung der letzten Wahl werden jene Wahlzettel für ungültig erklärt, bei denen eine oder mehrere Wahlstimmen für Bürger abgegeben wurden, die nicht auf der Vorschlagsliste eingetragen worden sind, sowie auch jene Wahlzettel, die nicht in jeder Spalte die Anzahl der erforderlichen Wahlstimmen enthalten.

Art. III-III-24 Ein und derselbe Bürger darf gleichzeitig auf mehreren Vorschlagslisten für verschiedene Posten eingetragen sein.

Art. III-III-25 Es besteht jedoch Unverträglichkeit der Ausübung von mehr als einem öffentlichen Amt. Kein Bürger darf ein neues Amt annehmen, ohne dass er, allein schon durch die Annahme der Wahl, gleichzeitig auf das von ihm vorher ausgeübte Amt verzichtet.

Abschnitt IV – Über die innere Ordnung der Urversammlungen

Art. III-IV-1 Die innere Ordnung der Urversammlungen ist grundsätzlich und ausschliesslich Sache der Versammlung selbst.

¹⁶⁷ Zur Begründung, warum genau 13 Kandidaten vgl. einleitenden Kommentar, S. 22.

II. La peine la plus forte qu'une Assemblée primaire puisse prononcer contre un de ses membres après le rappel à l'ordre & à la censure, sera l'exclusion de la séance.

III. En cas de voies de fait, d'excès graves, ou de délits commis dans l'intérieur de la salle des séances, le Président pourra, après avoir été autorisé par l'Assemblée, décerner des mandats d'amener contre les prévenus, & les faire traduire par-devant l'Officier chargé de la police de sûreté.

IV. Les citoyens ne pourront se rendre en armes dans les assemblées primaires.

Section V. – Formes des délibérations dans les Assemblées Primaires.

Article premier. L'Assemblée étant formée, le Président fera connoître l'objet de la délibération, réduit à une question simple à laquelle on puisse répondre par oui ou par non ; à la fin de la séance, il ajournera l'Assemblée à huitaine pour porter sa décision.

II. Pendant l'ajournement, le local où l'Assemblée primaire se réunit, sera ouvert tous les jours aux citoyens pour discuter l'objet soumis à leur délibération.

III. La salle sera aussi ouverte tous les dimanches de l'année aux citoyens qui voudront s'y réunir ; & le Bureau commettra l'un de ses membres, qui donnera aux citoyens lecture des différents actes des autorités constituées, adressés aux Assemblées primaires, & qui sera chargé de maintenir l'ordre & le calme dans ces réunions particulières & ces conférences paisibles de citoyens.

IV. Lorsque l'Assemblée sera réunie au jour indiqué pour émettre son vœu, le Président rappellera de nouveau l'objet de la délibération, & exposera la question, sur laquelle on doit répondre par oui ou par non ; le Bureau fera afficher dans l'intérieur de la salle un placard contenant l'exposé sommaire de la question soumise à l'Assemblée, & sur deux colonnes les mots oui & non, avec l'explication précise de la volonté que chacun de ces mots exprime.

Art. III-IV-2 Die härteste Strafe, die eine Urversammlung gegen einen seiner Mitglieder verhängen darf, nach der Rüge und dem Redeverbot, ist sein Ausschluss aus der Sitzung.

Art. III-IV-3 Im Falle von Handgreiflichkeiten, ernsten Ausschreitungen oder von begangenen Vergehen im Inneren des Sitzungssaales, darf der Vorsitzende, nachdem er von der Versammlung ermächtigt wurde, Vorführungsbefehle gegen die Beschuldigten erlassen und diese vor den zuständigen Beamten der Sicherheitspolizei bringen.

Art. III-IV-4 Die Bürger dürfen bei den Urversammlungen keine Waffen tragen.

Abschnitt V – Formvorschriften für die Beratungen in den Urversammlungen

Art. III-V-1 Nachdem die Versammlung zusammengetreten ist, gibt der Vorsitzende den Gegenstand der Beratung bekannt, welcher auf eine einfache Frage verdichtet zu sein hat, die mit Ja oder Nein zu beantworten ist. Am Ende der Sitzung vertagt er die Versammlung für eine Woche, damit diese dann ihre Entscheidung treffen kann.

Art. III-V-2 Während der Vertagung ist das Lokal, in dem die Urversammlung zusammentritt, täglich für die Bürger geöffnet, damit sie über den Gegenstand diskutieren können, der ihnen zur Beratung vorgelegt wurde.

Art. III-V-3 Der Saal ist auch an allen Sonntagen des Jahres für die Bürger geöffnet, die sich dort versammeln möchten; das Büro beauftragt eins seiner Mitglieder, welches den Bürgern die verschiedenen an die Urversammlungen adressierten Akten der ernannten Behörden vorträgt und welcher die Verantwortung für die Einhaltung von Ruhe und Ordnung in diesen besonderen Versammlungen und friedlichen Bürgerkonferenzen¹⁶⁸ trägt.

Art. III-V-4 Wenn die Versammlung an dem Tag zusammentritt, an dem sie ihren Entscheid äussert, wiederholt der Vorsitzende den Gegenstand der Beratung und stellt die Frage, die mit einem Ja oder mit einem Nein beantwortet werden muss; das Büro lässt im Inneren des Saals ein Plakat anschlagen, das eine zusammengefasste Übersicht der der Versammlung unterbreiteten Frage und in zwei Spalten jeweils die Worte *Ja* und *Nein* mit der genauen Erklärung enthält, was jedes Wort für eine Willensäußerung ausdrückt.

¹⁶⁸ Beide Wendungen bezeichnen ein- und dieselbe Versammlung.

V. Chaque votant écrira ou fera écrire sur son bulletin *oui* ou *non*. Il le signera ou le fera signer en son nom par l'un des membres du Bureau, avant de le déposer dans l'urne.

VI. Le scrutin ne sera fermé que dans la séance du soir du second jour à quatre heures ; pendant cet intervalle chaque citoyen sera libre de se présenter à l'heure des séances qui lui conviendra le mieux pour émettre son vœu.

VII. Le dépouillement du scrutin sera fait à haute voix ; les membres du Bureau qui rempliront les fonctions de scrutateurs, proclameront le nom de chaque votant en même-temps que son vœu.

VIII. Lorsque toutes les Assemblées primaires d'un seul Département délibéreront¹⁶⁹ sur le même objet, le résultat du vœu de chaque Assemblée par oui ou par non, sera envoyé à l'Administration du Département, où le résultat général sera constaté dans les délais & suivant les formes prescrites pour les élections.

IX. Dans le cas où toutes les Assemblées primaires de la République auroient été convoquées pour délibérer sur le même objet, le résultat général des vœux des citoyens de chaque Département sera adressé par chaque Administration, dans le délai de quinzaine, au Corps Législatif, qui constatera & publiera ensuite, dans le même délai, le résultat général du vœu des citoyens.

X. Les actes dans lesquels les formes ci-dessus prescrites n'auroient pas été observées, sont nuls.

XI. Les Assemblées primaires seront juges de la validité ou de l'invalidité des suffrages qui seront donnés dans leur sein.

XII. Les administrations de Départemens prononceront sur les nullités résultantes de l'inobservation des formes ci-dessus prescrites pour les divers actes des Assemblées primaires, lorsqu'elles auront procédé à des élections purement locales & particulières à leur Département, à la charge d'adresser leurs arrêtés au Conseil exécutif, qui sera tenu de les confirmer ou de les révoquer, & sauf le recours dans tous les cas au Corps Législatif.

¹⁶⁹ Variante A zusätzlich: ensemble.

Art. III-V-5 Jeder Wähler schreibt bzw. lässt auf seinem Wahlzettel ein *Ja* oder ein *Nein* aufschreiben. Er unterschreibt ihn bzw. lässt ihn in seinem Namen von einem der Mitglieder des Büros unterschreiben, bevor er den Zettel in die Urne einwirft.

Art. III-V-6 Die Abstimmung endet erst mit der Abendsitzung des zweiten Tages um vier Uhr. In diesem Zeitraum steht es jedem Wähler frei, zu der Zeit der Sitzungen zu erscheinen, die ihm am Besten passt, um seinen Entscheid zu äussern.

Art. III-V-7 Die Auszählung der Wahlstimmen ist öffentlich vorzunehmen; die Mitglieder des Büros, die die Aufgaben der Wahlprüfer innehaben, verkünden den Namen jeden Wählers und zugleich seinen Wählerwunsch.

Art. III-V-8 Jedes Mal, wenn alle Urversammlungen eines Departements über den gleichen Gegenstand beraten, ist das Entscheidungsergebnis einer jeden Versammlung durch *Ja* oder *Nein* an die Departementsverwaltung zu übermitteln, bei welcher nun das Gesamtergebnis innerhalb der Fristen und gemäss den Formvorschriften für die Wahlen festgestellt wird.

Art. III-V-9 Im Falle, dass alle Urversammlungen der Republik einberufen werden, um über den gleichen Gegenstand zu beraten, ist das Gesamtergebnis der Willen der Bürger jeden Departements von jeder Verwaltung innert einer Frist von zwei Wochen an die gesetzgebende Körperschaft zu übermitteln, die daraufhin innert derselben Frist das Gesamtergebnis des Willens der Bürger feststellt und veröffentlicht.

Art. III-V-10 Die Rechtshandlungen, bei denen die oben vorgeschriebenen Formen nicht befolgt wurden, sind nichtig.

Art. III-V-11 Die Urversammlungen entscheiden über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahlstimmen, die aus ihrer Mitte abgegeben werden.

Art. III-V-12 Die Departementsverwaltungen entscheiden über Nichtigkeiten, die aus der Nichtbefolgung oben genannter, für die verschiedenen Rechtshandlungen der Urversammlungen vorgeschriebenen Formen resultieren, und zwar dann, wenn sie rein lokale und nur das Departement betreffende Wahlen vornehmen, unter der Bedingung, dass sie ihre Beschlüsse an den Vollzugsrat versenden, der seinerseits angehalten ist, diese zu bestätigen oder aufzuheben, in jedem Fall jedoch vorbehältlich eines Rekurses an die gesetzgebende Körperschaft.

XIII. Lorsque les Assemblées primaires délibéreront sur des objets d'intérêt général, ou qu'elles procéderont à l'élection des Membres du Corps Législatif, ou des fonctionnaires publics, qui appartiennent à la République entière, les Administrations de Département pourront seulement adresser au Corps Législatif leurs observations sur les nullités des divers actes des Assemblées primaires, & le Corps Législatif prononcera définitivement sur leur validité.

Titre IV. – Des Corps administratifs.

Section Première. – De l'organisation & des fonctions des Corps administratifs.

Article premier. Il y aura dans chaque Département un Conseil administratif ; dans chaque Commune, une Administration de Commune ou Municipalité,¹⁷⁰ & dans chaque Section de Commune, une Agence¹⁷¹ subordonnée à la Municipalité.

II. Le Conseil administratif du Département sera composé de dix-huit Membres.

III.¹⁷² Quatre d'entre eux formeront le Directoire.

IV. L'Administration de chaque Commune sera composée de douze Membres & du Maire, qui en sera le Président.

V. L'agence secondaire de chaque Section sera confiée à un seul citoyen, qui pourra avoir des adjoints.

VI. La réunion des Agens secondaires de chaque Section avec l'Administration municipale, formera le Conseil général de la Commune.

VII. Les Administrations de la Commune seront subordonnées à celle du Département.¹⁷³

¹⁷⁰ Variante A: dans chaque commune, une municipalité.

¹⁷¹ Varianten A und B zusätzlich: inférieure.

¹⁷² Variante A: III. Il y aura un directoire de quatre membres.

¹⁷³ Variante A: L'administration de commune sera subordonnée à celle du département; Variante B: Les administrations de commune seront subordonnées à celles du département.

Art. III-V-13 Jedes Mal, wenn die Urversammlungen über Angelegenheiten von allgemeinem Interesse beraten oder wenn sie die Wahl der Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaft oder der Beamten, die der gesamten Republik zugehören, durchführen, dürfen die Departementsverwaltungen ihre Beobachtungen bezüglich der Nichtigkeit der verschiedenen Akten der Urversammlungen nur an die gesetzgebende Körperschaft richten, und die gesetzgebende Körperschaft entscheidet endgültig über ihre Gültigkeit.

IV. Titel – Über die Verwaltungskörperschaften

Erster Abschnitt – Über die Organisation und die Aufgaben der Verwaltungskörperschaften

Art. IV-I-1 In jedem Departement gibt es einen Administrativrat; in jeder Gemeinde gibt es eine Gemeindeverwaltung¹⁷⁴ und in jeder Gemeindesektion gibt es eine Nebenstelle, die dem Magistraten untergeordnet ist.

Art. IV-I-2 Der Administrativrat des Departements besteht aus achtzehn Mitgliedern.

Art. IV-I-3 Vier von ihnen bilden das Direktorium.

Art. IV-I-4 Die Verwaltung jeder Gemeinde besteht aus zwölf Mitgliedern und dem Bürgermeister, welcher Verwaltungsvorsitzender ist.

Art. IV-I-5 Die Nebenstelle jeder Gemeindesektion ist einem einzigen Bürger anvertraut, der Amtsgehilfen haben darf.

Art. IV-I-6 Die Versammlung der Nebenstellenbeamten jeder Gemeindesektion mit der Gemeindeverwaltung bildet den Generalrat der Gemeinde.

Art. IV-I-7 Die Verwaltungen der Gemeinde sind derjenigen des Departements untergeordnet.¹⁷⁵

¹⁷⁴ Kein deutsches Wort für «municipalité», vgl. Erläuterungen dazu in Gasnier-Duparc, S. 91 ff.

¹⁷⁵ Variante A: Die Gemeindeverwaltung ist derjenigen des Departements untergeordnet; Variante B: Die Gemeindeverwaltungen sind denjenigen des Departements untergeordnet. Variante A drückt wohl das aus, was tatsächlich gemeint war.

VIII. L'organisation des Municipalités & de leur agence dans les Sections, les fonctions particulières qui leur seront attribuées, & le mode de leur élection par les citoyens réunis en Assemblées de Sections, seront déterminés par une loi particulière, indépendante de la Constitution.

IX. Les Citoyens de chaque Commune, assemblés dans leur Section, ne pourront délibérer que sur les objets qui intéressent particulièrement leur Section ou leur Commune ; ils ne peuvent, en aucun cas, administrer par eux-mêmes.

X. Les Administrateurs des Départemens sont essentiellement chargés de la répartition des contributions directes, de la surveillance des deniers provenans de tous les revenus publics dans l'étendue de leur territoire, de l'examen des comptes de l'Administration des Communes, & de délibérer sur les demandes qui peuvent être faites pour l'intérêt de leur Département.

XI. Les Administrateurs, dans tous les quartiers¹⁷⁶ de la République, doivent être considérés comme les Délégués du Gouvernement national pour tout ce qui se rapporte à l'exécution des Lois & à l'Administration générale ; & comme les Agens particuliers de la portion de citoyens résidans dans leur territoire, pour tout ce qui n'est relatif qu'à leurs intérêts locaux & particulier.

XII. Sous le premier de ces rapports, ils sont essentiellement subordonnés aux ordres & à la surveillance du Conseil exécutif.

XIII. Le Corps Législatif déterminera, par des lois particulières, les règles & le mode de leurs fonctions sur toutes les parties de l'Administration qui leur est confiée.

XIV. Ils ne pourront s'immiscer en aucun cas dans la partie de l'Administration générale, confiée par le Gouvernement à des agens particuliers, comme l'Administration des forces de terre & de mer, la régie des établissemens, arsenaux, magasins, ports & constructions qui en dépendent, sauf la surveillance qui pourra leur être attribuée sur quelques-uns de ces objets, mais dont l'étendue & le mode seront déterminés par la loi.

¹⁷⁶ Varianten A und B: dans toutes les parties de la république.

Art. IV-I-8 Die Organisation der Magistrate und ihrer Vertretung in den Sektionen, ihre einzelnen Aufgaben und die Art ihrer Wahl durch die Bürger in den Sektionsversammlungen werden durch ein von der Verfassung unabhängiges Spezialgesetz festgelegt.

Art. IV-I-9 Die Bürger einer jeden Gemeinde, die sich in ihren Sektionen versammeln, dürfen nur über Angelegenheiten beraten, die von spezifischem Interesse für ihre Sektion oder ihre Gemeinde sind; sie dürfen jedoch in keinem Fall die Verwaltung für sich selbst übernehmen.

Art. IV-I-10 Die Departementsadministratoren sind hauptsächlich mit der Verteilung der direkten Steuern beauftragt, mit der Überwachung der Gelder, die aus allen öffentlichen Einkünften ihres Gebietsumfanges stammen, mit der Rechnungsprüfung der Verwaltung der Gemeinde und haben über die Anträge zu beraten, die im Interesse ihres Departements gestellt werden können.

Art. IV-I-11 Die Administratoren in allen Teilen¹⁷⁷ der Republik müssen als Vertreter der nationalen Regierung betrachtet werden, soweit es um den Gesetzesvollzug und die allgemeine Verwaltung geht, und als spezielle Beamte jenes Teils der Bürger, die in ihrem Gebiet wohnen, sofern es um deren lokale und spezielle Interessen geht.

Art. IV-I-12 In der Ausführung der ersten Funktion unterliegen sie im Wesentlichen den Anordnungen und der Überwachung des Vollzugsrates.

Art. IV-I-13 Die gesetzgebende Körperschaft bestimmt mittels Sondergesetzen die Regeln und die Art ihrer¹⁷⁸ Aufgaben über alle Bereiche der Verwaltung, die ihnen anvertraut ist.

Art. IV-I-14 Sie¹⁷⁹ dürfen sich in keinem Fall in den Bereich der Hauptverwaltung einmischen, die die Regierung Spezialbeamten anvertraut hat, wie etwa die Verwaltung der Land- und der Seestreitkräfte und die Aufsicht über Betriebe, Zeughäuser, Lager, Häfen und Bauten, die ihnen unterstehen; einzig die Überwachung einiger dieser Objekte kann ihnen zugeteilt werden, unter der Voraussetzung, dass der Umfang und die Art der Überwachung gesetzlich geregelt werden.

¹⁷⁷ Im Original: «Viertel».

¹⁷⁸ Sc. der Administratoren.

¹⁷⁹ Die Administratoren.

XV. Le Conseil exécutif choisira dans chaque Administration de Département parmi les Membres qui ne sont pas du Directoire, un Commissaire national qui sera chargé de correspondre avec le Conseil exécutif, de surveiller & de requérir l'exécution des Lois¹⁸⁰ : les fonctions de ce Commissaire national cesseront lorsqu'il cessera d'être membre de l'Administration.¹⁸¹

XVI. Les séances des Corps administratifs seront publiques.¹⁸²

XVII.¹⁸³ Les Administrateurs du Département ont le droit d'annuler les actes des Sous-Administrateurs, si ces actes sont contraires aux Lois.

XVIII.¹⁸⁴ Ils peuvent également, dans le cas d'une désobéissance persévérante des Sous-Administrateurs, ou lorsque ceux-ci compromettent la sûreté & la tranquillité publique, les suspendre de leurs fonctions, à la charge d'en instruire sans délai le Conseil exécutif, qui sera tenu de lever ou de confirmer la suspension.

XIX.¹⁸⁵ Les Administrateurs ne peuvent en aucun cas suspendre l'exécution des Lois, les modifier, ou y suppléer par des dispositions nouvelles, ni rien entreprendre sur l'action de la justice & le mode de son administration.

XX.¹⁸⁶ Il y aura dans chaque Département un Trésorier, correspondant avec la Trésorerie nationale, & ayant sous lui un Caissier & un Payeur. Ce Trésorier sera nommé par le Conseil administratif du Département ; le Caissier & le Payeur présentés par lui, seront agréés par le même Conseil.

¹⁸⁰ Variante A: «les fonctions ... de l'Administration.» nicht vorhanden.

¹⁸¹ Variante B: Le commissaire sera renouvelé, lorsqu'il cessera d'être membre de l'administration.

¹⁸² Varianten A und B: Bestimmung nicht vorhanden.

¹⁸³ Varianten A und B: XVI.

¹⁸⁴ Varianten A und B: XVII. Zusätzlich in beiden Varianten: XVIII. Le conseil exécutif sera tenu, lorsque les administrateurs de département n'auront pas usé du pouvoir qui leur est délégué dans l'article ci-dessus, d'annuler directement les actes des sous-administrateurs, et il pourra improuver la conduite des uns et des autres, et les suspendre de leurs fonctions, s'il y a lieu.

¹⁸⁵ Varianten A und B: XX. Zusätzlich in beiden Varianten: XIX. Il sera rendu compte au corps législatif, par le conseil exécutif, des suspensions des divers administrateurs qu'il aura prononcées ou confirmées, en exécution des articles précédens et des motifs qui l'auront déterminé.

¹⁸⁶ Varianten A und B: XXI.

Art. IV-I-15 Der Vollzugsrat wählt in jeder Departementsadministration aus deren Mitgliedern, die nicht dem Direktorium angehören, einen Nationalkommissar aus, der beauftragt wird, mit dem Vollzugsrat zu kommunizieren und den Vollzug der Gesetze zu fordern und zu überwachen. Das Amt dieses Nationalkommissars endet, sobald er nicht mehr Mitglied der Verwaltung ist.

Art. IV-I-16 Die Sitzungen der Administrativräte sind öffentlich.

Art. IV-I-17 Die Departementsadministratoren haben das Recht, die Verwaltungsakte der Subadministratoren zu annullieren, wenn sie den Gesetzen widersprechen.

Art. IV-I-18 Sie¹⁸⁷ dürfen ebenso, im Falle eines beharrlichen Ungehorsams der Subadministratoren oder wenn diese die öffentliche Sicherheit und die öffentliche Ruhe gefährden, diese suspendieren; dabei sind sie verpflichtet, dem Vollzugsrat ohne Verzug davon Bericht zu erstatten, und dieser ist angehalten, die Suspendierung aufzuheben oder zu bestätigen.

Art. IV-I-19 Die Administratoren dürfen keinesfalls den Vollzug der Gesetze aufschieben, sie modifizieren oder diese durch neue Vorschriften ersetzen; sie dürfen auch nichts in Bezug auf die Handlungen der Rechtssprechung und der Art ihrer Geschäftsführung unternehmen.

Art. IV-I-20 In jedem Departement gibt es einen Schatzmeister¹⁸⁸, der in Verbindung mit dem nationalen Schatzamt steht und unter ihm einen Kassier und einen Zahlmeister hat. Dieser Schatzmeister wird vom Verwaltungsrat des Departements ernannt; der Kassier und der Zahlmeister werden vom Schatzmeister vorgeschlagen und durch selbigen Rat genehmigt.

¹⁸⁷ Sc. die Departementsadministratoren.

¹⁸⁸ Im Ancien Régime war die Staatsbuchhaltung nicht zentralisiert. Staatsausgaben und Staatseinkünfte konnten Privaten übertragen werden. Nach 1789 wurde ein zentrales Amt für Buchhaltung eingeführt, welches einem Finanzausschuss unterstellt war. Vgl. <http://www.minefe.gouv.fr/directions_services/caef/histodir/dgcp/dgcp.htm>, zuletzt besucht am 12.8.2010.

XXI.¹⁸⁹ Les membres des administrations ne peuvent être mis en jugement pour des faits relatifs à leurs fonctions, qu'en vertu d'une délibération du Directoire du Département pour les Administrateurs qui lui sont subordonnés, & du Conseil national pour les membres des Administrations de Département, sauf le recours, dans tous les cas, à l'autorité supérieure du Corps législatif.

Section II. – Du mode d'élection des Administrateurs de Département.

Article premier. L'élection des Administrateurs de Département sera faite immédiatement par les Citoyens de chaque Département réunis dans les Assemblées primaires, & suivant le mode prescrit dans la Section troisième du Titre troisième.

II. En cas de vacance par mort, démission, ou refus d'accepter dans l'intervalle qui s'écoulera entre les élections, le citoyen nommé sera remplacé par l'un des suppléants, en suivant entre eux l'ordre de la pluralité des suffrages.

III. La moitié des membres des Corps administratifs sera renouvelée tous les deux ans, trois mois après l'époque fixée pour l'élection du Corps législatif.

IV.¹⁹⁰ Les deux administrateurs qui auront eu le plus de suffrages à chaque élection, seront membres du Directoire.

Titre V. – Du Conseil exécutif de la République.

Section première. – De l'Organisation du Conseil exécutif de la République.

Article premier. Le Conseil exécutif de la République sera composé de sept Ministres & d'un Secrétaire.

- II. Il y aura, 1°. un Ministre de la Législation ;
2°. Un Ministre de la Guerre ;
3°. Un Ministre des Affaires étrangères ;
4°. Un Ministre de la Marine ;
5°. Un Ministre des Contributions publiques ;

¹⁸⁹ Varianten A und B: XXII.

¹⁹⁰ Varianten A und B: IV. Les deux premiers membres élus à chaque élection, formeront le directoire.

Art. IV-I-21 Die Mitglieder der Verwaltungen dürfen nicht wegen Vorfällen, die im Zusammenhang mit ihren Funktionen stehen, vor Gericht gestellt werden, es sei denn, es liegt eine Entscheidung des Departementsdirektoriums hinsichtlich der Administratoren, die ihm unterstellt sind bzw. des Nationalrates hinsichtlich der Mitglieder der Departementsverwaltungen vor, in allen Fällen jedoch vorbehältlich des Rekurses an die vorgesetzte Autorität der gesetzgebenden Körperschaft.

Abschnitt II – Über den Wahlmodus der Departementsadministratoren

Art. IV-II-1 Die Wahl der Departementsadministratoren erfolgt unmittelbar durch die Bürger jeden Departements, die sich in den Urversammlungen zusammenfinden, gemäss den in Abschnitt III des III. Titels vorgeschriebenen Modus.

Art. IV-II-2 Im Falle einer Vakanz wegen Tod, Rücktritt oder Verweigerung der Annahme, die in dem Zeitraum zwischen den Wahlen entstanden ist, wird der ernannte Bürger durch einen der Ersatzmänner ersetzt, wobei in der Reihenfolge unter ihnen stets dem Stimmenmehrheitsprinzip Folge geleistet werden muss.

Art. IV-II-3 Die Hälfte der Mitglieder der Verwaltungskörperschaften ist alle zwei Jahre zu erneuern, drei Monate nach dem Zeitpunkt, der für die Wahl der gesetzgebenden Körperschaft festgesetzt wird.

Art. IV-II-4 Die zwei Administratoren, die bei der Wahl jeweils am meisten Wahlstimmen erhalten haben, werden Mitglieder des Direktoriums.

V. Titel – Über den Vollzugsrat der Republik

Erster Abschnitt – Über die Organisation des Vollzugsrates der Republik

Art. V-I-1 Der Vollzugsrat der Republik setzt sich aus sieben Ministern und einem Sekretär zusammen.

Art. V-I-2 Es gibt: 1. einen Minister für Gesetzgebung;
2. einen Kriegsminister;
3. einen Minister für auswärtige Angelegenheiten;
4. einen Minister für die Marine;
5. einen Minister für die öffentlichen Abgaben;

6°. Un Ministre d'Agriculture, de Commerce & de Manufactures ;

7°. Un Ministre des Secours, Travaux, Etablissemens publics & des Arts.

III. Le Conseil exécutif sera présidé alternativement par chacun des Ministres, & le Président sera changé tous les quinze jours.

IV. Le Conseil exécutif est chargé d'exécuter & de faire exécuter toutes les Lois & Décrets rendus par le Corps législatif.

V. Il est chargé de l'envoi des Lois & Décrets aux Administrations & aux Tribunaux ; d'en faire certifier la réception, & d'en justifier au Corps législatif.

VI. Il lui est expressément interdit de modifier, d'étendre, ou d'interpréter les dispositions des lois & des décrets, sous quelque prétexte que ce soit.

VII. Tous les Agens de l'Administration & du Gouvernement dans toutes ses parties, sont essentiellement subordonnés au Conseil exécutif ; mais l'Administration de la justice est seulement soumise à sa surveillance.

VIII. Il est expressément chargé d'annuler les actes des Administrateurs qui seroient contraires à la Loi, ou qui pourroient compromettre la tranquillité publique ou la sûreté de l'Etat.

IX. Il peut suspendre de leurs fonctions les Membres des Corps administratifs, mais à la charge d'en rendre compte sans délai au Corps législatif.

X. En cas de prévarication de leur part, il doit les dénoncer au Corps législatif, qui décidera s'ils seront mis en jugement.

XI. Le Conseil exécutif a le droit de destituer, de rappeler, de remplacer, ou de faire remplacer les Agens civils & militaires qui sont nommés par lui, ou par les Administrateurs qui lui sont subordonnés, & en cas de délit de leur part, d'ordonner qu'ils seront poursuivis devant les Tribunaux qui doivent en connoître.

6. einen Minister für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe;

7. einen Minister für öffentliche Unterstützung, Arbeit und Einrichtungen sowie für die Kunst.

Art. V-I-3 Der Vollzugsrat wird abwechselungsweise durch jeden Minister präsi-
diert, und der Präsident wird alle fünfzehn Tage ausgewechselt.

Art. V-I-4 Der Vollzugsrat ist damit betraut, alle Gesetze und Dekrete zu voll-
ziehen oder vollziehen zu lassen, welche die gesetzgebende Körperschaft er-
lassen hat.

Art. V-I-5 Er ist verpflichtet, die Gesetze und Dekrete an die Verwaltungen
und Gerichte zu versenden, ihren Empfang bestätigen zu lassen und dies für
die gesetzgebende Körperschaft zu belegen.

Art. V-I-6 Es ist ihm ausdrücklich untersagt, die Anordnungen der Gesetze
und Dekrete abzuändern, auszudehnen oder auszulegen, unter welchem Vor-
wand dies auch immer geschieht.

Art. V-I-7 Alle Beamten der Verwaltung und der Regierung sind vollständig
dem Vollzugsrat untergeordnet; die Justizverwaltung hingegen unterliegt le-
diglich seiner Aufsicht.

Art. V-I-8 Er ist ausdrücklich verpflichtet, die Akten der Verwaltung zu annul-
lieren, die dem Gesetz widersprechen würden oder den öffentlichen Frieden
bzw. die Staatssicherheit gefährden könnten.

Art. V-I-9 Er kann die Mitglieder der Verwaltungskörper in ihren Funktionen
suspendieren, ist jedoch verpflichtet, der gesetzgebenden Körperschaft ohne
Verzug darüber Bericht zu erstatten.

Art. V-I-10 Im Falle einer Amtspflichtverletzung ihrerseits muss er sie¹⁹¹ bei
der gesetzgebenden Körperschaft anzeigen, welche entscheidet, ob sie gericht-
lich verfolgt werden.

Art. V-I-11 Der Vollzugsrat hat das Recht, die Zivil- und Militärbeamten, die
von ihm oder von den ihm untergeordneten Administratoren ernannt wurden,
abzusetzen, zu ersetzen oder ersetzen zu lassen und, im Falle eines ihrerseits
begangenen Delikts, zu verordnen, dass sie vom zuständigen Gericht verfolgt
werden.

¹⁹¹ Die Mitglieder der Verwaltungskörper.

XII. Le Conseil est chargé de dénoncer aux Censeurs judiciaires les actes & jugemens par lesquels les Juges auroient excédé les bornes de leur pouvoir.

XIII. La direction & l'inspection des Armées de terre & de mer, & généralement tout ce qui concerne la défense extérieure de l'Etat, sont déléguées au Conseil exécutif.

Il est chargé de tenir au complet le nombre d'hommes qui sera déterminé chaque année par le Corps législatif ; de régler leur marche, & de les distribuer sur le territoire de la République¹⁹² ; de pourvoir à leur armement, à leur équipement & à leur subsistance ; de faire & passer, pour cet objet, tous les marchés qui seront nécessaires ; de choisir les Agens qui doivent le seconder, & de faire observer les lois sur le mode de l'avancement militaire, & les lois ou réglemens pour la discipline des armées.

XIV. Le Conseil exécutif fera délivrer les brevets ou commissions aux fonctionnaires publics qui doivent en recevoir.

XV. Le Conseil exécutif est chargé de dresser la liste des récompenses nationales que les Citoyens ont droit de réclamer d'après la Loi. Cette liste sera présentée au Corps législatif, qui y statuera à l'ouverture de chaque session.

XVI. Toutes les affaires seront traitées au Conseil, & il sera tenu un registre des décisions.

XVII. Chaque ministre agira ensuite dans son département en conformité des arrêtés du Conseil, & prendra tous les moyens d'exécution de détail qu'il jugera les plus convenables.

XVIII. L'établissement de la Trésorerie nationale est indépendant du Conseil exécutif.

XIX. Les ordres généraux de paiement seront arrêtés au Conseil, & donnés en son nom.

¹⁹² Varianten A und B zusätzlich: ainsi qu'il le jugera convenable.

Art. V-I-12 Der Rat ist verpflichtet, die Akte und Urteile, mit welchen die Richter ihre Machtbefugnisse überschritten hätten, bei den Justizzensoren¹⁹³ anzuzeigen.

Art. V-I-13 Die Führung und die Inspektion der Land- und Seestreitkräfte sowie alles, was die Verteidigung des Staates gegen aussen betrifft, sind dem Vollzugsrat übertragen.

Dieser ist verpflichtet, die Zahl der Männer, die jedes Jahr von der gesetzgebenden Körperschaft bestimmt werden, vollständig aufrecht zu halten, ihren Dienstbetrieb zu bestimmen und sie auf das Gebiet der Republik zu verteilen; für ihre Bewaffnung, ihre Ausrüstung und ihre Verpflegung zu sorgen; für diese Angelegenheit alle notwendigen Verträge zu tätigen und abzuschliessen; die Beamten, die ihm beistehen müssen, auszuwählen und jene Gesetze, welche die Modalitäten der Beförderungen in der Armee regeln, sowie jene Gesetze oder Reglemente, welche die Disziplin der Heere betreffen, durchzusetzen.

Art. V-I-14 Der Vollzugsrat lässt Patente oder Aufträge an diejenigen Beamten erteilen, welche derer bedürfen

Art. V-I-15 Der Vollzugsrat ist verpflichtet, die Liste der staatlichen Auszeichnungen aufzustellen, welche den Bürgern von Gesetzes wegen verliehen werden müssen. Diese Liste ist der gesetzgebenden Körperschaft vorzulegen, welche bei der Eröffnung jeder Session darüber befindet.

Art. V-I-16 Alle Geschäfte werden im Vollzugsrat behandelt und es wird ein Entscheidungsregister geführt.

Art. V-I-17 Jeder Minister wird anschliessend gemäss den Entscheiden des Rates in seinem Tätigkeitsbereich aktiv und ergreift die einzelnen Vollzugs-massnahmen, die er am ehesten für angebracht hält.

Art. V-I-18 Die Errichtung des Schatzamtes ist unabhängig vom Vollzugsrat.

Art. V-I-19 Die allgemeinen Zahlungsaufträge werden vom Vollzugsrat festgesetzt und werden in seinem Namen erteilt.

¹⁹³ Siehe dazu Art. X-IV-1 ff.

XX. Les ordres particuliers seront expédiés ensuite par chaque Ministre dans son département, sous sa seule signature, & en relatant dans l'ordre l'arrêté du Conseil & la Loi qui aura autorisé chaque nature de dépense.

XXI. Aucun Ministre en place, ou hors de place, ne peut être poursuivi en matière criminelle pour fait de son administration, sans un décret du Corps législatif qui ordonne la mise en jugement.

XXII. Le Corps législatif aura le droit de prononcer la mise en jugement d'un ou plusieurs Membres du Conseil exécutif dans une séance indiquée pour cet objet unique.

XXIII. Il sera fait un rapport sur les faits, & la discussion ne pourra s'ouvrir sur la mise en jugement qu'après que le Membre inculpé aura été entendu.

XXIV. En prononçant la mise en jugement, le Corps législatif déterminera s'il y a lieu de poursuivre la simple destitution ou la forfaiture.

XXV. Dans le cas où le Corps législatif croira devoir faire poursuivre la simple destitution, il sera rédigé, dans le délai de trois jours, un acte énonciatif des faits qui ne pourront être qualifiés.

XXVI. Un seul Jury national¹⁹⁴ sera convoqué dans la huitaine ; il prononcera ensuite sur les faits non qualifiés : il y a, ou il n'y a pas lieu à destitution ; & le Tribunal, d'après la déclaration du Jury, prononcera la destitution du Membre du Conseil, ou le renvoi dans ses fonctions.

¹⁹⁴ Varianten A und B: Un Jury national unique.

Art. V-I-20 Die besonderen Aufträge werden danach von jedem Minister in seinem Departement mit der Hinterlegung seiner Einzelunterschrift erledigt, unter Erwähnung des dem Antrag entsprechenden Beschlusses des Vollzugsrates und des Gesetzes, das jede Art der Ausgabe bewilligen sollte.

Art. V-I-21 Kein Minister darf innerhalb oder ausserhalb seines Amtes für seine im Rahmen seiner Amtstätigkeit verübten Handlungen strafrechtlich verfolgt werden, es sei denn, ein Dekret der gesetzgebenden Körperschaft verordne, die Sache vor Gericht zu bringen.

Art. V-I-22 Die gesetzgebende Körperschaft hat das Recht anzuordnen, ein oder mehrere Mitglieder des Vollzugsrates vor Gericht zu bringen, und dies in einer Sitzung, die nur diesen einen Gegenstand zum Inhalt hat.

Art. V-I-23 Ein Bericht über die Tatsachen wird erstattet; die Diskussion, ob das der Straftat angeschuldigte Mitglied vor Gericht gebracht wird, darf erst beginnen, nachdem das Mitglied angehört worden ist.

Art. V-I-24 Bei der Verkündung der gerichtlichen Verfolgung stellt die gesetzgebende Körperschaft fest, ob bloss eine Amtsenthebung oder eine Straftat im Amt¹⁹⁵ zu verfolgen ist.

Art. V-I-25 In den Fällen, in welchen die gesetzgebende Körperschaft glaubt, eine blosser Amtsenthebung verfolgen lassen zu müssen, wird innert dreitägiger Frist eine Akte verfasst, welche die Tatbestände aufführt; diese dürfen nicht qualifiziert sein.

Art. V-I-26 Eine Nationaljury allein¹⁹⁶ wird innert einer Woche vorgeladen; sie wird in der Folge über die nicht qualifizierten Sachverhalte entscheiden, ob Grund für eine Amtsenthebung vorhanden ist oder nicht. Der Erklärung der Jury entsprechend, verordnet dann das Gericht die Amtsenthebung des Ratsmitglieds oder die Wiedereinsetzung des Mitglieds in sein Amt.

¹⁹⁵ «Forfaiture» ist ein Tatbestand des ehemaligen Code Pénal Français, welcher wegen Nichtgebrauchs abgeschafft worden ist. Vgl. z. B. abgeschaffter Art. 166 des französischen Strafgesetzbuches als Nachläufer des 3 brumaire an IV: www.legifrance.gouv.fr > Les codes en vigueur > Code pénal > Version consolidée à la date du 28 février 1994, zuletzt besucht am 5. September 2010.

¹⁹⁶ Im Gegensatz z. B. zum System, welches für die Strafgerichtsbarkeit vorgesehen ist, in welchem je eine Kammer für die Anklage, die andere für das Urteil zuständig ist. Vgl. nachfolgend Art. X-III-4 ff.

XXVII. Si le corps législatif ordonne la poursuite de la forfaiture, le rapport sur lequel le décret aura été rendu, & les pièces qui lui auront servi de base, seront remis à l'Accusateur national, dans le délai de vingt-quatre heures, & le Jury national d'accusation sera convoqué dans le même délai.

XXVIII. Dans tous les cas, soit de simple destitution, soit de forfaiture, le décret de mise en jugement contre un Membre du Conseil exécutif, emportera de droit la suspension de ses fonctions jusqu'à la prononciation du jugement ; & pendant l'instruction, il sera remplacé par l'un des suppléans choisi par la voie du sort dans le Conseil.

XXIX. Le Corps législatif, en prononçant la mise en jugement d'un Membre du Conseil exécutif, pourra ordonner, s'il le juge convenable, qu'il sera gardé à vue.

XXX. Les décrets du Corps législatif sur la mise en jugement d'un Membre du Conseil exécutif, seront faits par scrutin signé, & le résultat nominal des suffrages sera imprimé & publié.

XXXI. La destitution d'un Membre du Conseil aura lieu pour les cas d'incapacité ou de négligence grave.

XXXII. En cas de mort, de démission ou refus d'accepter, les Membres du Conseil exécutif seront remplacés par leurs suppléans dans l'ordre de leur inscription.

XXXIII. En cas de maladie, & d'après l'autorisation du conseil, ils pourront appeler momentanément à leurs fonctions l'un de leurs suppléans à leur choix.

Section II. – Du mode de l'élection du Conseil exécutif.

Article premier. L'élection des Membres du Conseil exécutif sera faite immédiatement par les Citoyens de la République dans leurs Assemblées primaires.

II. Chaque Membre du Conseil sera nommé par un scrutin séparé.

Art. V-I-27 Falls die gesetzgebende Körperschaft die Verfolgung wegen einer Straftat im Amt anordnet, werden der Bericht, gemäss welchem das Dekret erlassen wurde, und die Unterlagen, auf die er sich stützt, dem Staatsankläger innert einer Frist von 24 Stunden übergeben und die nationale Anklagejury wird innert derselben Frist vorgeladen.

Art. V-I-28 In allen Fällen, unabhängig davon, ob es sich um eine einfache Amtsenthebung oder um eine Straftat im Amt handelt, hat das Dekret über eine gerichtliche Verfolgung gegen ein Mitglied des Vollzugsrates von Rechts wegen seine zeitweilige Amtsenthebung bis zur Verkündung der Gerichtsentcheidung zur Folge. Während der Untersuchung wird es durch einen der Ersatzmänner ersetzt, der im Rat durch das Los bestimmt wird.

Art. V-I-29 Die gesetzgebende Körperschaft kann, sobald sie die gerichtliche Verfolgung eines Vollzugsratsmitgliedes verkündet, dessen Aufnahme in Polizeigewahrsam anordnen, wenn sie es für angebracht hält.

Art. V-I-30 Die Dekrete der gesetzgebenden Körperschaft über die gerichtliche Verfolgung eines Mitglieds des Vollzugsrates werden auf dem Weg einer unterschriebenen Stimmabgabe abgeschlossen und das namentliche Ergebnis der Stimmen wird gedruckt und publiziert.

Art. V-I-31 Die Amtsenthebung eines Mitglieds des Vollzugsrates findet in Fällen der Unfähigkeit oder der groben Fahrlässigkeit statt.

Art. V-I-32 Im Todesfall, im Fall eines Rücktritts oder einer Annahmeverweigerung der Wahl werden die Mitglieder des Vollzugsrates durch ihre Ersatzmänner in der Reihenfolge ihrer Eintragung ersetzt.

Art. V-I-33 Im Krankheitsfall und nach der Ermächtigung durch den Vollzugsrat dürfen sie vorläufig zur Erfüllung ihrer Amtsgeschäfte einen ihrer Ersatzmänner ihrer Wahl nennen.

Abschnitt II – Über den Wahlmodus des Vollzugsrates

Art. V-II-1 Die Wahl der Mitglieder des Vollzugsrates erfolgt direkt durch die Bürger der Republik in ihren Urversammlungen.

Art. V-II-2 Jedes Mitglied des Vollzugsrates wird in einem eigenen Wahlgang ernannt.

III. Pour le scrutin de présentation, chaque votant désignera dans son bulletin le Citoyen qu'il croira le plus capable.

IV. Le résultat des scrutins de chaque assemblée primaire sera envoyé à l'Administration du Département où le recensement se fera dans les formes & dans les délais prescrits par la Section III du titre III.

V. Ce recensement fait, l'Administration du département publiera le nom des treize Candidats qui auront obtenu le plus de suffrages, pourvu qu'ils en aient recueilli au moins cent.

VI. Il sera fait une liste subsidiaire des huit Candidats qui auront obtenu, après les treize premiers, le plus de suffrages : ces deux listes énonceront le nombre de voix que chacun aura recueillies.

VII. Les listes des départemens qui ne contiendront pas le nombre de treize Candidats ayant réuni plus de cent suffrages, demeureront incomplètes, & seront néanmoins valables.

VIII. Ces listes seront adressées au Corps législatif dans le délai de huitaine ; il les fera imprimer, & les enverra à tous les départemens.

IX. Un mois¹⁹⁷ après la publication des listes de chaque département, le Corps législatif formera une liste générale & définitive de présentation de la manière suivante.

X. Il supprimera sur la liste de chaque département les Candidats qui auroient déclaré ne pouvoir ou ne vouloir pas accepter, & il les remplacera par de Candidats pris dans la liste subsidiaire de leur département, suivant l'ordre de leur inscription.

XI.¹⁹⁸ Il composera ensuite la liste définitive de présentation des Candidats qui auront été portés par le plus grand nombre de départemens, & à égalité de départemens, par le plus grand nombre de suffrages individuels.

¹⁹⁷ Varianten A und B: Six semaines.

¹⁹⁸ Varianten A und B: XI. La préférence sera réglée dans la formation de la liste définitive de présentation entre les candidats portés sur chaque liste, par le nombre de départemens dont ils auront obtenu le vœu, et en cas d'égalité, par le nombre de voix qu'ils auront recueilli(es).

Art. V-II-3 Für die Vorschlagsabstimmung bezeichnet jeder Wähler auf seinem Wahlzettel den Bürger, den er als geeignetsten erachtet.

Art. V-II-4 Das Ergebnis der Wahlen jeder Urversammlung wird der Departementsverwaltung übermittelt, wo die Auszählung gemäss der im III. Abschnitt des III. Titels vorgeschriebenen Formen und Fristen durchgeführt wird.

Art. V-II-5 Nach durchgeführter Auszählung veröffentlicht die Departementsverwaltung den Namen der dreizehn Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben, vorausgesetzt, sie haben mindestens hundert Stimmen auf sich vereinigt.

Art. V-II-6 Eine Nebenliste mit acht Kandidaten, die die meisten Stimmen nach den ersten dreizehn erhalten haben, wird aufgestellt; diese zwei Listen führen die Zahl der Stimmen auf, welche jeder auf sich vereinigt hat.

Art. V-II-7 Die Departementslisten, welche nicht die Zahl von dreizehn Kandidaten, welche die meisten erhalten haben, bleiben unvollständig und sind dennoch gültig.

Art. V-II-8 Diese Listen werden an die gesetzgebende Körperschaft innert einer Frist von einer Woche¹⁹⁹ gesendet; diese lässt sie drucken und verschickt sie an alle Departemente.

Art. V-II-9 Einen Monat nach der Veröffentlichung der Listen jedes Departements, stellt die gesetzgebende Körperschaft eine allgemeine, definitive Vorschlagsliste in folgender Art und Weise auf.

Art. V-II-10 Sie streicht von der Liste jedes Departements diejenigen Kandidaten, die erklären, dass sie nicht annehmen können oder wollen. Sie ersetzt diese durch die Kandidaten aus der Nebenliste ihres Departements, gemäss der Reihenfolge ihrer Eintragung.

Art. V-II-11 Sie stellt anschliessend die definitive Vorschlagsliste zusammen mit denjenigen Kandidaten, welche von den meisten Departementen gewählt worden sind und – bei Stimmengleichheit an Departementen – die meisten Individualstimmen erhalten haben.

¹⁹⁹ «Huitaine» bezeichnet vom Wort her eigentlich acht Tage; gemeint ist aber eine Frist von einer Woche. Sie dauert bis zu jenem Tag eine Woche später, dessen Namen derselbe ist, wie der Tag, an welchem die Frist beginnt. Analog auch: «quinzaine» für zwei Wochen. Vgl. Le Petit Larousse, Ausgabe 2011, Paris 2010, S. 510.

XII. La liste définitive de présentation, pour chaque place du Conseil, sera composée de treize Candidats.

XIII. Les assemblées primaires seront convoquées par le Corps législatif, pour procéder au scrutin d'élection, trois semaines après la publication de cette liste²⁰⁰.

XIV. Chaque votant portera sur son bulletin à deux colonnes, savoir, sur la première, le Candidat qu'il préfère, & sur la seconde, les six candidats qu'il jugera les plus dignes après lui.

XV. Le recensement des résultats du scrutin des Assemblées primaires de chaque Département,²⁰¹ [sera] imprimé, publié & envoyé dans le délai de huitaine au Corps législatif.

XVI. Dans la quinzaine après l'expiration de ce délai, le Corps législatif proclamera le résultat général des scrutins des départemens.

XVII. Le Candidat qui obtiendra la majorité absolue par le recensement général des suffrages individuels portés sur la première colonne, sera élu. Si aucun des Candidats n'obtient cette majorité, elle se formera par la réunion & l'addition des suffrages portés sur les deux colonnes : celui qui en aura obtenu le plus grand nombre, sera élu.

XVIII. Il sera fait, des six Candidats qui auront eu le plus de suffrages après le citoyen élu, une liste des suppléans destinés à le remplacer.

XIX. [Original: XIV. (sic!)] Les dispositions générales sur les élections, exprimées dans la Section troisième du Titre troisième, seront applicables à tous les cas particuliers qui ne sont pas prévus dans les articles précédens.

XX. Les membres du Conseil seront élus pour deux ans : la moitié sera renouvelée tous les ans ; mais ils pourront être réélus.

²⁰⁰ Variante A: pour procéder, un mois au plus tard après la publication de cette liste, au scrutin d'élection; Variante B: pour procéder au scrutin de nomination, un mois après la publication de cette liste.

²⁰¹ Varianten A und B zusätzlich: sera fait par l'administration du département.

Art. V-II-12 Die definitive Vorschlagsliste für jeden Sitz im Vollzugsrat besteht aus 13 Kandidaten.

Art. V-II-13 Die Urversammlungen werden von der gesetzgebenden Körperschaft drei Wochen nach Veröffentlichung dieser Liste einberufen, um die Wahl vorzunehmen.

Art. V-II-14 Jeder Wähler trägt auf seinen zweiseitigen Wahlzettel folgendes ein: in der ersten Spalte seinen bevorzugten Kandidaten, in der zweiten die sechs Kandidaten, die er nach diesem als die würdigsten erachtet.

Art. V-II-15 Die Zählung der Abstimmungsergebnisse der Urversammlungen jedes Departements wird gedruckt, veröffentlicht und innert siebentägiger Frist an die gesetzgebende Körperschaft gesendet.

Art. V-II-16 Innerhalb von zwei Wochen nach Ablauf dieser Frist verkündet die gesetzgebende Körperschaft das Hauptergebnis der Wahl der Departemente.

Art. V-II-17 Der Kandidat, der die absolute Mehrheit der Stimmen gemäss der Hauptzählung der auf der ersten Spalte eingetragenen individuellen Stimmen erhalten hat, ist gewählt. Falls keiner der Kandidaten diese Mehrheit erhalten hat, wird diese durch die Vereinigung und das Addieren der in beiden Spalten eingetragenen Stimmen gebildet. Derjenige, der so die grösste Stimmenzahl erhalten hat, ist gewählt.

Art. V-II-18 Für die sechs Kandidaten, die die meisten Stimmen nach dem gewählten Bürger erhalten haben, wird eine Liste mit den Ersatzmännern aufgestellt, die bestimmt sind, ihn zu ersetzen.

Art. V-II-19²⁰² Die in Abschnitt III des Titels III enthaltenen allgemeinen Vorschriften über Wahlen sind in allen Fällen anwendbar, die in den vorangehenden Artikeln nicht vorgesehen sind.

Art. V-II-20 Die Mitglieder des Vollzugsrates werden für zwei Jahre gewählt. Die Hälfte wird jedes Jahr erneuert; sie können jedoch wiedergewählt werden.

²⁰² Im Original XIV. Wohl ein Druckfehler.

XXI. Les Assemblées primaires se réuniront, tous les ans, le premier dimanche du mois de janvier, pour l'élection des membres du conseil ; & toutes les élections se feront à la fois & dans les mêmes séances pour toutes les places du Conseil, quoique par un scrutin séparé pour [Original: aucune (sic!)] chacune.

XXII. Après la première élection, les quatre Membres du Conseil qui devront être renouvelés les premiers, sortiront par la voie du sort ; & les trois Membres qui ne seront pas sortis, seront renouvelés, ainsi que le Secrétaire, à l'élection suivante.

Section III. – Des relations du Conseil exécutif avec le Corps législatif.

Article premier. Le Conseil exécutif est tenu, à l'ouverture de la session du Corps législatif, de lui présenter chaque année l'aperçu des dépenses à faire dans chaque partie de l'administration, & le compte de l'emploi des sommes qui y étoient destinées pour l'année précédente ; il est chargé d'indiquer les abus qui auroient pu s'introduire dans le gouvernement.

II. Le Conseil exécutif peut proposer au Corps législatif de prendre en considération les objets qui lui paroîtront exiger célérité : il ne pourra néanmoins en aucun cas, ouvrir son avis sur les dispositions législatives, que d'après l'invitation formelle du Corps législatif.

III. Si dans l'intervalle des sessions du Corps législatif, l'intérêt de la république exigeait sa prompte réunion, le Conseil exécutif sera tenu de le convoquer.

IV. Les actes de correspondances entre le Corps législatif & le Conseil exécutif seront signés du Président du Conseil & du Secrétaire.

V. Les membres du Conseil exécutif seront admis dans le sein du corps législatif, lorsqu'ils auront des mémoires à lire ou de éclaircissemens à donner. Ils y auront une place marquée.

VI. Le Corps législatif pourra aussi appeler un Membre du Conseil pour rendre compte de ce qui concerne son administration, & de donner les éclaircissement & les instructions qui lui seront demandés.

Art. V-II-21 Die Urversammlungen kommen jedes Jahr am ersten Sonntag im Januar zusammen, um die Mitglieder des Vollzugsrates zu wählen; alle Wahlen werden gleichzeitig und in den gleichen Sitzungen für alle Sitze des Rats durchgeführt, für jeden Sitz in einer separaten Abstimmung.

Art. V-II-22 Nach der ersten Wahl werden die vier Mitglieder des Vollzugsrates, die als erste erneuert werden müssen, durch das Los bestimmt; die drei anderen Mitglieder und der Sekretär werden bei der folgenden Wahl erneuert.

Abschnitt III – Über die Beziehungen des Vollzugsrates zur gesetzgebenden Körperschaft

Art. V-III-1 Der Vollzugsrat ist bei der Eröffnung der Session der gesetzgebenden Körperschaft verpflichtet, ihr jedes Jahr eine Übersicht der Ausgaben, die jeder Teil der Verwaltung zu tätigen hat, und die Abrechnung über den Gebrauch der Gelder vorzulegen, die ihr für das vorhergehende Jahr zugeteilt worden sind; er ist beauftragt, die Missbräuche, die sich in der Regierung eingeschlichen haben könnten, anzuzeigen.

Art. V-III-2 Der Vollzugsrat darf der gesetzgebenden Körperschaft vorschlagen, die Angelegenheiten in Erwägung zu ziehen, bei denen er den Eindruck hat, dass sie schnelles Handeln verlangen; er darf jedoch in keinem Fall seine Meinung über die gesetzlichen Bestimmungen darlegen, es sei denn, die gesetzgebende Körperschaft fordert ihn hierzu ausdrücklich auf.

Art. V-III-3 Falls in der Zeit zwischen den Sessionen der gesetzgebenden Körperschaft die Interessen der Republik ihre unverzügliche Zusammenkunft verlangen, ist der Vollzugsrat verpflichtet, sie einzuberufen.

Art. V-III-4 Die Korrespondenzakten zwischen der gesetzgebenden Körperschaft und dem Vollzugsrat müssen vom Präsidenten und vom Sekretär des Rats unterzeichnet sein.

Art. V-III-5 Die Mitglieder des Vollzugsrates werden in die Mitte der gesetzgebenden Körperschaft zugelassen, sobald sie Denkschriften vorzulesen oder Erläuterungen abzugeben haben. Sie haben darin einen bezeichneten Platz.

Art. V-III-6 Die gesetzgebende Körperschaft darf auch ein Mitglied des Vollzugsrates einladen, damit es Bericht über Angelegenheiten erstattet, die dessen Verwaltung betreffen und Erläuterungen abgibt, sowie Anweisungen erteilt, die von ihm verlangt werden.

Titre VI. – De la Trésorerie Nationale, du Bureau de Comptabilité.

Article premier. Il y aura trois Commissaires de la Trésorerie nationale, élus comme les Membres du Conseil exécutif de la République, & en même temps, mais par un scrutin séparé.

II. La durée de leurs fonctions sera de trois années, & l'un d'eux sera renouvelé tous les ans.

III. Les deux Candidats qui auront obtenu le plus de suffrages après celui qui aura été élu, seront ses suppléans.

IV. Les commissaires de la Trésorerie seront chargés de surveiller la recette de tous les deniers nationaux, d'ordonner le paiement de toutes les dépenses publiques, de tenir un compte ouvert de dépense & de recette, avec tous les receveurs & payeurs qui doivent compter avec la Trésorerie Nationale, & d'entretenir avec les Trésoriers des Départemens & les administrations, la correspondance nécessaire pour assurer la rentrée exacte & régulière des fonds.

V. Ils ne pourront rien payer, sous peine de forfaiture, 1°. qu'en vertu d'un Décret du Corps législatif, jusqu'à concurrence des fonds décrétés par lui, sur chaque objets ; 2°. d'après une décision du Conseil exécutif ; 3°. Sur la signature du Ministre de chaque Département.

VI. Ils ne pourront aussi, sous peine de forfaiture, ordonner aucun paiement, si l'ordre de dépense signé par le Ministre du département que ce genre de dépense concerne, n'énonce pas la date de la décision du conseil exécutif, & des Décrets du Corps législatif qui ont ordonné le paiement.

VII. Il sera nommé trois Commissaires de la Comptabilité Nationale de la même manière, à la même époque, & suivant le mode prescrit pour les commissaires de la trésorerie nationale.

VI. Titel – Über das Schatzamt und das Buchführungsamt

Art. VI-1 Es gibt drei Kommissare des Schatzamtes, die in der gleichen Art und Weise wie die Mitglieder des Vollzugsrates und zur gleichen Zeit, aber in einem separaten Wahlgang gewählt werden.

Art. VI-2 Ihre Amtsdauer beträgt drei Jahre und es wird jedes Jahr einer von ihnen erneuert.

Art. VI-3 Die zwei Kandidaten, die die meisten Stimmen nach demjenigen, der gewählt wurde, erhalten haben, werden seine Ersatzmänner.

Art. VI-4 Die Kommissare des Schatzamtes sind beauftragt, die Einnahmen der Staatsgelder zu überwachen, die Bezahlung aller öffentlichen Ausgaben zu verordnen, eine laufende Rechnung der Ausgaben und Einnahmen mit allen Einnehmern und Zahlern, die mit dem Schatzamt abrechnen müssen, zu führen und mit den Schatzmeistern der Departemente und Verwaltungen die notwendige Korrespondenz zu führen, um die exakten und regelmässigen Einnahmen der Gelder zu sichern.

Art. VI-5 Sie dürfen, unter Androhung der Verfolgung wegen einer Straftat im Amt nur Ausgaben tätigen kraft eines Dekrets der gesetzgebenden Körperschaft und nur bis zu den von ihm für jede Angelegenheit beschlossenen Beträgen; nach einer Entscheidung des Vollzugsrates; auf die Unterschrift eines Ministers jedes Departements hin.

Art. VI-6 Sie dürfen, unter Androhung der Verfolgung wegen einer Straftat im Amt, auch keine Zahlung anordnen, wenn im Zahlungsauftrag, der vom Minister des von der Ausgabe betroffenen Departements unterzeichnet ist, nicht das Datum der Entscheidung des Vollzugsrates und der Dekrete der gesetzgebenden Körperschaft, die die Zahlung verordnet haben, aufgeführt ist.

Art. VI-7 Drei Kommissare werden für das Staatsbuchführungsamt in der gleichen Art, zur gleichen Zeit und gemäss derselben, für die Kommissare des Schatzamtes vorgeschriebenen Form ernannt.

VIII. Ils seront également nommés pour trois ans ; l'un d'eux sera renouvelé chaque année, & ils auront aussi deux suppléants.

IX. Les commissaires de la Comptabilité seront chargés de se faire remettre aux époques fixées par la loi, les comptes des divers comptables, appuyés de pièces justificatives, & de poursuivre l'appurement & le jugement de ces comptes.

X. Le corps législatif formera chaque année pour cet objet, une liste de deux cents jurés.

XI. Pour l'appurement & le jugement de chaque compte, il sera formé sur cette liste un Jury de vingt-une personnes, parmi lesquelles le Comptable [Original: Coupable] aura droit d'en récuser sept, & le Conseil exécutif sept autres.

XII. Si les récusations ne réduisent pas le nombre du Jury à sept, les Jurés non-récusés se réduiront à ce nombre par la voix du sort.

XIII. L'un des Commissaires de la Comptabilité, sera chargé de présenter les pièces à chaque Jury, de lui faire toutes les observations qu'il jugera convenables, & donner tous les ordres nécessaires pour le mettre en état de porter sa décision.²⁰³

Titre VII. – Du Corps Législatif.

*Section première.*²⁰⁴ – *De l'organisation du Corps Législatif, & du mode d'Election des Membres qui le composent.*

Article premier. Le corps législatif est un ; il sera composé d'une seule Chambre, & renouvelé tous les ans.

²⁰³ Varianten A und B zusätzlich: XIV. La première élection des commissaires de la trésorerie, & de la comptabilité nationale, sera faite à la fois suivant les mêmes formes que pour une place unique, quant à la formation de liste de présentation; mais dans le scrutin de nomination, chaque votant insérera huit noms sur son bulletin, trois dans la première colonne, & cinq dans la colonne subsidiaire. Les suppléants communs aux trois commissaires, seront au nombre de cinq; la même règle sera suivie pour la première élection des trois commissaires de la comptabilité.

²⁰⁴ «Section première» im Original nicht vorhanden.

Art. VI-8 Sie²⁰⁵ werden ebenfalls auf drei Jahre ernannt; jedes Jahr wird einer von ihnen erneuert und es werden ebenfalls zwei Ersatzmänner bestimmt.

Art. VI-9 Die Kommissare für das Staatsbuchführungsamt veranlassen, dass die mit Beweisunterlagen versehenen Abrechnungen der verschiedenen Buchhalter zu einem vom Gesetz festgesetzten Zeitpunkt übergeben werden, und verfolgen die Bereinigung und Beurteilung dieser Abrechnungen.

Art. VI-10 Die gesetzgebende Körperschaft stellt für diese Angelegenheit jedes Jahr eine Liste mit zweihundert Geschworenen auf.

Art. VI-11 Für die Bereinigung und Beurteilung von jeder Abrechnung wird aus dieser Liste eine Jury mit 21 Personen gebildet, aus welcher der Buchhalter sieben und der Vollzugsrat sieben weitere ablehnen darf.

Art. VI-12 Falls die Ablehnungen die Zahl der Geschworenen nicht auf sieben reduziert, werden die nicht abgelehnten Geschworenen durch das Los auf diese Anzahl reduziert.

Art. VI-13 Einer der Kommissare für das Staatsbuchführungsamt legt jedem Geschworenen die Unterlagen vor; er teilt ihm alle Beobachtungen mit, die er als zweckdienlich erachtet, und er trifft alle notwendigen Anordnungen, ihn zu befähigen, eine Entscheidung zu treffen.

VII. Titel – Über die gesetzgebende Körperschaft

Erster Abschnitt – Über die Organisation der gesetzgebenden Körperschaft und dem Wahlmodus ihrer Mitglieder

Art. VII-I-1 Die gesetzgebende Körperschaft ist Eins²⁰⁶; sie besteht aus einer einzigen Kammer und wird jedes Jahr erneuert.

²⁰⁵ Die Kommissare für das Staatsbuchführungsamt

²⁰⁶ Gemeint ist unteilbar.

II. Les Membres du Corps Législatif seront nommés par les Citoyens de chaque Département, réunis en assemblées primaires, dans les formes & suivant le mode prescrit par la section troisième du titre troisième.

III. Les Assemblées primaires se réuniront pour cet objet le premier dimanche du mois de Mai de chaque année.

IV. Le nombre de Députés que chaque Département enverra au Corps Législatif, sera fixé par la seule base de la population, & à raison d'un Député par cinquante mille âmes. Le nombre des Suppléans sera égal à celui des Députés.

V. Les nombres rompus donneront un Député de plus à chaque Département, lorsqu'ils excéderont vingt mille²⁰⁷ âmes, & l'on n'y aura aucun égard lorsqu'ils n'excéderont pas ce nombre.

VI. Tous les dix ans le Corps Législatif annoncera le nombre de Députés que chaque Département doit fournir, d'après les états de population qui lui seront envoyés chaque année ; mais dans cet intervalle il ne pourra être fait aucun changement à la Représentation nationale.

VII. Les Députés de chaque Département se réuniront le premier lundi du mois de juillet, au lieu qui aura été indiqué par un décret de la Législature précédente, ou dans le lieu même de ses dernières séances, si elle n'en a pas désigné un autre.

VIII. Si pendant la première quinzaine ils ne sont pas réunis au nombre de plus de deux cents, ils ne pourront s'occuper d'aucun Acte législatif, mais ils enjoindront aux Membres absents de se rendre à leurs fonctions sans délai.

IX. Pendant cet intervalle les séances se tiendront sous la présidence du Doyen d'âge ; &, dans le cas d'une nécessité urgente, l'Assemblée pourra prendre des mesures de sûreté générale, mais dont l'exécution ne sera que provisoire, & qui cessera après un délai de quinzaine, si ces mesures ne sont pas confirmées par une nouvelle délibération du Corps législatif, après sa constitution définitive.

²⁰⁷ Varianten A und B: vingt-cinq mille.

Art. VII-I-2 Die Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaft werden durch die in den Urversammlungen versammelten Bürger jeden Departements gemäss den Formen und Verfahren ernannt, die im dritten Abschnitt des dritten Titels vorgeschrieben sind.

Art. VII-I-3 Die Urversammlungen kommen für diese Angelegenheit jedes Jahr am ersten Sonntag im Monat Mai zusammen.

Art. VII-I-4 Die Zahl der Abgeordneten, die jedes Departement zur gesetzgebenden Körperschaft schickt, wird einzig durch die Bevölkerungszahl bestimmt, und zwar im Verhältnis eines Abgeordneten auf fünfzigtausend Einwohner. Die Zahl der Ersatzmänner entspricht jener der Abgeordneten.

Art. VII-I-5 Bruchteile jener Anzahl ergeben jeweils einen Abgeordneten mehr für das Departement, wenn sie 20'000 Einwohner übersteigen. Liegt der Bruchteil darunter, wird er nicht berücksichtigt.

Art. VII-I-6 Alle zehn Jahre verkündet die gesetzgebende Körperschaft die Anzahl der Abgeordneten, die jedes Departement nach dem Stand der Bevölkerung, welcher ihr jedes Jahr mitgeteilt wird, stellen muss. In der Zwischenzeit darf jedoch keine Änderung bezüglich der Vertretung der Bürger stattfinden.

Art. VII-I-7 Die Abgeordneten jeden Departements versammeln sich am ersten Montag im Juli an dem Ort, der durch ein Dekret der vorigen Legislaturperiode angegeben wurde oder am gleichen Ort der letzten Sitzungen der Abgeordneten, falls in jenem Dekret kein anderer Ort hierfür bestimmt worden ist.

Art. VII-I-8 Falls sich während der ersten zwei Wochen nicht mehr als 200 der Abgeordneten versammelt haben, dürfen diese sich mit keinem Gesetzgebungsakt beschäftigen. Sie weisen die abwesenden Mitgliedern jedoch an, ihre Funktionen ohne Verzug zu übernehmen.

Art. VII-I-9 In der Zwischenzeit werden die Sitzungen unter dem Vorsitz des Dienstältesten abgehalten. Im Falle dringender Anforderungen darf die Versammlung allgemeine Sicherheitsmassnahmen ergreifen; falls diese Massnahmen nicht durch einen neuen Beschluss der gesetzgebenden Körperschaft nach ihrer definitiven Konstituierung bestätigt wurden, hat deren Vollzug jedoch nur provisorischen Charakter und muss nach einer vierzehntägigen Frist aufhören.

X. Les Membres qui ne se seront pas rendus dans le délai d'un mois, seront remplacés par leurs Suppléans.

XI. La première quinzaine expirée, en quelque nombre que les Députés se trouvent réunis, ou aussitôt qu'ils seront au nombre de plus de deux cents, & après avoir vérifié leurs pouvoirs, ils se constitueront en Assemblée nationale législative ; & lorsque l'Assemblée aura été organisée par l'élection du Président & des Secrétaires, elle commencera l'exercice de ses fonctions.

XII. Les fonctions du Président & des Secrétaires seront temporaires, & ne pourront excéder la durée d'un mois.

XIII. Les Membres du Corps législatif ne pourront être recherchés,²⁰⁸ accusés, ni jugés en aucun temps pour ce qu'ils auront dit ou écrit dans l'exercice de leurs fonctions.

XIV. Ils pourront, pour fait criminel, être saisis en flagrant-délit ; mais il en sera donné avis, sans délai, au Corps législatif, & la poursuite ne pourra être continuée qu'après que le Corps législatif aura décidé qu'il y aura lieu à la mise en jugement.

XV. Hors le cas du flagrant délit, les Membres du Corps législatif ne pourront être amenés devant les Officiers de Police, ni mis en état d'arrestation avant que le Corps législatif ait prononcé sur la mise en jugement.

Section II. – Des fonctions du Corps Législatif.

Article premier. Au Corps législatif seul appartient l'exercice plein & entier de la puissance législative.

II. Les Lois constitutionnelles²⁰⁹ sont seules exceptées de la disposition de l'article précédent.

III. Les actes émanés du Corps législatif, se divisent en deux classes : les Lois & les Décrets.

²⁰⁸ Varianten A und B: Les membres du corps législatif sont inviolables : ils ne pourront être recherchés.

²⁰⁹ Varianten A und B zusätzlich: et leur réforme.

Art. VII-I-10 Die Mitglieder, die innert Monatsfrist nicht ihre Funktionen übernommen haben, werden durch ihre Ersatzmänner ersetzt

Art. VII-I-11 Spätestens nach Ablauf der ersten zwei Wochen bzw. sofort, sobald mehr als 200 Abgeordnete versammelt sind, bilden die dort versammelten Abgeordneten – nachdem deren Amtsbefugnis überprüft worden ist – die gesetzgebende Nationalversammlung. Sobald die Versammlung durch die Wahl eines Präsidenten und der Sekretäre organisiert worden ist, beginnt ihre Amtstätigkeit.

Art. VII-I-12 Die Ämter des Präsidenten und der Sekretäre sind zeitlich begrenzt; ihre Dauer darf nicht länger als ein Monat sein.

Art. VII-I-13 Die Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaft dürfen für das, was sie während der Ausübung ihres Amtes gesagt oder geschrieben haben, nie verfolgt, angeklagt oder verurteilt werden.

Art. VII-I-14 Sie dürfen wegen einer Straftat aufgrund einer Straftat in flagranti gefasst werden. Die gesetzgebende Körperschaft muss aber ohne Verzug darüber benachrichtigt werden und die Strafverfolgung darf nur fortgesetzt werden, wenn die gesetzgebende Körperschaft entscheidet, dass Grund besteht, sie vor Gericht zu bringen.

Art. VII-I-15 Ausser des Falles eines Delikts in flagranti dürfen die Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaft, bevor die gesetzgebende Körperschaft entschieden hat, ob sie vor Gericht gebracht werden sollen, weder den Polizeiorganen²¹⁰ vorgeführt, noch verhaftet werden.

Abschnitt II – Über die Aufgaben der gesetzgebenden Körperschaft

Art. VII-II-1 Der gesetzgebenden Körperschaft alleine obliegt die uneingeschränkte und vollständige Ausübung der gesetzgebenden Gewalt.

Art. VII-II-2 Einzig die Verfassungsgesetze sind von der Vorschrift des vorangehenden Artikels ausgenommen.

Art. VII-II-3 Die Gesetzgebungsakte, die von der gesetzgebenden Körperschaft ausgehen, lassen sich in zwei Kategorien einteilen: die Gesetze und die Dekrete.

²¹⁰ «Officier de police» als pars pro toto. Dabei ist «officier» von der ursprünglichen, lateinischen Bedeutung von officium = Dienst, Pflicht(bewusstsein), abgeleitet.

IV. Les caractères qui distinguent les premiers, sont leur généralité & leur durée indéfinie ; les caractères qui distinguent les décrets, sont leur application locale ou particulière, & la nécessité de leur renouvellement à une époque déterminée.

V. Sont compris sous la dénomination de loi, tous les Actes concernant la législation civile, criminelle & de police.

Les réglemens généraux sur les domaines & établissemens nationaux ;

Sur les diverses branches d'administration générale & des revenus publics ;

Sur les fonctionnaires publics ;²¹¹

Sur le titre, le poids, l'empreinte & la dénomination des monnoies ;

Sur la nature & la répartition des impôts, & sur les peines nécessaires à établir leur recouvrement.

VI. Seront désignés sous le nom particulier des Décrets les actes du Corps législatif concernant :

L'établissement annuel de la force de terre & de mer,

La permission ou la défense du passage des troupes étrangères sur le territoire français & l'introduction des forces navales étrangères dans les ports de la République ;

La fixation annuelle de la dépense publique ;

La quotité de l'impôt direct & le tarif de l'impôt indirect ;

Les précautions urgentes de sûreté & de tranquillité ;

La distribution annuelle & momentanée des secours & travaux publics ;

Toute dépense imprévue & extraordinaire ;

Les ordres pour la fabrication des monnoies de toute espèce ;

Les mesures locales & particulières à un Département, à une Commune, ou à un genre de travaux tels que la confection d'une grande route, l'ouverture d'un canal, &c. &c.

Les déclarations de guerre, la ratification des traités & tout ce qui a rapport aux étrangers ;

²¹¹ Varianten A und B: «Sur les fonctionnaires publics» nicht vorhanden.

Art. VII-II-4 Die Merkmale, die die Gesetze kennzeichnen, sind ihre Allgemeinheit und unbestimmte Dauer; die Merkmale, die die Dekrete kennzeichnen, sind ihre örtliche oder besondere Anwendung und die Notwendigkeit ihrer Erneuerung zu einem bestimmten Zeitpunkt.

Art. VII-II-5 Als Gesetze sind zu verstehen: Alle Akte der Zivil-, Straf- und Polizeigesetzgebung;

Die allgemeinen Vorschriften über Staatsgüter und Staatsanstalten;

Über die verschiedenen Abteilungen der allgemeinen Verwaltung und über die öffentlichen Einkünfte;

Über die Beamten;

Über Benennung, Gewicht, Prägung und Münzfuss der Münzen;

Über die Art und die Verteilung der Steuern und über die für deren Eintreibung notwendigen Strafen.

Art. VII-II-6 Unter der speziellen Bezeichnung des Dekretes stehen die Akte der gesetzgebenden Körperschaft, welche folgende Themen betreffen:

Die jährliche Aufstellung der Landes- und Seestreitkräfte;

Die Genehmigung oder das Verbot des Durchzugsrechts ausländischer Truppen durch das französische Gebiet sowie das Einschiffen ausländischer Seestreitkräfte in die Häfen der Republik;

Die jährliche Festsetzung der öffentlichen Ausgaben;

Der Anteil der direkten Steuern und der Satz der indirekten Steuer;

Die für die Sicherheit und die Aufrechterhaltung der Ruhe dringenden Vorsichtsmassnahmen;

Die jährliche und vorübergehende Verteilung der öffentlichen Hilfen und der öffentlichen Arbeiten;

Jede unvorhergesehene und ausserordentliche Ausgabe;

Die Anordnungen für die Herstellung von Münzen aller Art;

Die örtlichen und besonderen Massnahmen für ein Departement, für eine Gemeinde oder für eine Art von Arbeiten, wie der Bau einer grossen Strasse, die Eröffnung eines Kanals etc.;

Die Kriegserklärungen, die Ratifizierung von Staatsverträgen und alles was mit Ausländern in Zusammenhang steht;

L'exercice de la responsabilité des Membres du Conseil, des Fonctionnaires publics, & la poursuite ou la mise en jugement des prévenus de complots ou d'attentats contre la sûreté générale de la République ;
La discipline intérieure de l'Assemblée législative ;
La disposition de la force armée qui sera établie dans la ville où elle tiendra ses Séances.

VII. Les mesures extraordinaires de sûreté générale & de tranquillité publique ne pourront avoir plus de six mois de durée, & leur exécution cessera de plein droit à cette époque, si elles ne sont pas renouvelées par un nouveau décret.

Section III. – Tenue des séances & formation de la Loi.

Article premier. Les délibérations du Corps Législatif seront publiques, & les procès-verbaux de ses séances seront imprimés.

II. Les Lois & les Décrets seront rendus à la majorité absolue des voix.

III. La discussion ne pourra s'ouvrir que sur un projet écrit.

IV. Il n'y aura d'exception à cet article que pour les arrêtés relatifs à la police de l'Assemblée, à l'ordre & la marche des délibérations, & aux résolutions qui n'auront aucun rapport à la législation & à l'administration générale de la République.

V. Aucune Loi & aucun Décret ne pourront être rendus qu'après deux délibérations, dont la première déterminera seulement l'admission du projet & son renvoi à un nouvel examen ; la seconde aura lieu pour l'adopter ou le rejeter définitivement.

Die Ausübung der Verantwortung der Mitglieder des Rates und der Beamten, sowie die Verfolgung oder das Vorbringen von Angeklagten vor Gericht wegen eines Komplotts oder eines Angriffs gegen die innere Sicherheit der Republik;
die interne Disziplin der gesetzgebenden Versammlung;
die Aufstellung der Streitkräfte, welche in der Stadt, wo sie²¹² ihre Sitzungen abhält, untergebracht sind.

Art. VII-II-7 Die für die innere Sicherheit und die öffentliche Ruhe getroffenen ausserordentlichen Massnahmen dürfen nicht länger als sechs Monate dauern; ihre Vollstreckung hört danach von Rechts wegen auf, falls sie nicht durch ein neues Dekret erneuert werden.

Abschnitt III – Das Abhalten der Sitzungen und die Entstehung der Gesetze

Art. VII-III-1 Die Beratungen der gesetzgebenden Körperschaft sind öffentlich und die Protokolle der Sitzungen werden gedruckt.

Art. VII-III-2 Die Gesetze und die Dekrete werden mit der absoluten Mehrheit der Stimmen verabschiedet.

Art. VII-III-3 Die Diskussion darf nur anhand eines schriftlichen Entwurfs eingeleitet werden.

Art. VII-III-4 Die einzigen Ausnahmen zum vorangehenden Artikel betreffen Anordnungen in Bezug auf die Sitzungspolizei, für die Ordnung und den Verlauf der Beratungen und für Resolutionen, die in keiner Beziehung zu der Gesetzgebung und der allgemeinen Verwaltung der Republik stehen.

Art. VII-III-5 Kein Gesetz und kein Dekret darf vor seiner zweiten Beratung verabschiedet werden; die erste Beratung darf nur die Zulassung und die Rückweisung des Entwurfs zwecks neuer Prüfung bestimmen; die zweite Beratung findet statt, um den Entwurf zu verabschieden oder ihn definitiv zu verwerfen.

²¹² Die gesetzgebende Versammlung.

VI. Le projet de la loi ou de décret sera remis au Président par le membre qui voudra le présenter : il en sera fait lecture ; & si l'Assemblée n'adopte pas la question préalable sur la simple lecture, il sera imprimé, distribué, & ne pourra être mis en délibération que huit jours après la distribution, à moins que l'Assemblée n'abrège ce délai.

VII. Le projet, après la discussion sur le fond, sur les amendemens, & sur les articles additionnels, pourra être rejeté, ajourné,²¹³ ou admis.

VIII. Dans le cas où le projet seroit admis, il sera renvoyé à l'examen du Bureau qui sera organisé ainsi qu'il sera établi ci-après.

IX. Le Bureau sera tenu de faire son rapport dans le délai de quinzaine, & il aura la faculté d'abrégé ce délai autant qu'il le jugera convenable.

X. Il pourra présenter, soit le même projet, soit un nouveau projet sur le même objet ; mais s'il présente un nouveau projet, ou des articles additionnels à celui qui aura été admis,²¹⁴ ce ne sera que huit jours après la distribution & l'impression de ces propositions nouvelles qu'il pourra y être délibéré.

XI. L'Assemblée pourra néanmoins accorder la priorité au premier projet qui lui aura été présenté, sur celui du Bureau, si elle le juge convenable.

XII. Toute proposition nouvelle, soit article additionnel, ou projet de décret, ne pourra être adoptée & décrétée qu'après avoir été admise & renvoyée au Bureau, & après qu'elle aura subi l'épreuve d'un nouveau rapport, conformément à ce qui est prescrit par les articles précédens.

XIII. Le Corps Législatif pourra, lorsqu'il le croira utile à la chose publique, abréger les délais fixés par les articles IX & X ; mais cette délibération ne pourra être prise qu'au scrutin & à la majorité des voix.

XIV. Si l'urgence est adoptée, le Corps législatif fixera le jour de la délibération, ou ordonnera qu'elle sera prise séance tenante.

²¹³ Varianten A und B zusätzlich: renvoyé à une commission.

²¹⁴ Varianten A und B: mais s'il présente un nouveau projet ou des amendemens, et des articles additionnels au projet admis.

Art. VII-III-6 Der Gesetzes- oder Dekretsentwurf wird dem Präsidenten von dem Mitglied vorgelegt, das ihn vorstellen will; eine Lesung des Entwurfs findet statt. Wenn die Versammlung der Vorfrage nach der Lesung nicht zustimmt, wird der Entwurf gedruckt und verteilt; über ihn darf erst acht Tage nach der Verteilung beraten werden, es sei denn, die Versammlung verkürze diese Frist.

Art. VII-III-7 Nach der Diskussion über die Hauptsache, die Abänderungen und die zusätzlichen Artikel des Entwurfs darf dieser verworfen, vertagt oder angenommen werden.

Art. VII-III-8 Falls der Entwurf angenommen wird, wird er zur Prüfung an das Büro überwiesen, welches wie nachstehend beschrieben organisiert wird.

Art. VII-III-9 Das Büro ist verpflichtet, seinen Bericht innert einer Frist von zwei Wochen zu erstatten und es hat das Recht, diese Frist zu verkürzen, wenn es dies für angebracht hält.

Art. VII-III-10 Es darf sowohl den gleichen als auch einen neuen Entwurf über den gleichen Gegenstand vorlegen; falls das Büro aber einen neuen Entwurf oder zusätzliche Artikel zum angenommenen Entwurf vorlegt, darf nur acht Tage nach der Verteilung und nach dem Druck der neuen Vorschläge darüber beraten werden.

Art. VII-III-11 Die Versammlung darf jedoch den ihr zuerst vorgelegten Entwurf demjenigen des Büros vorziehen, wenn sie dies für angebracht hält.

Art. VII-III-12 Jeder neue Vorschlag, ob zusätzlicher Artikel oder Entwurf eines Dekrets, darf erst verabschiedet und verkündet werden, nachdem er angenommen, an das Büro zurückgewiesen und nachdem er die Prüfung mittels eines neuen Berichts bestanden hat, entsprechend den Vorschriften der vorhergehenden Artikel.

Art. VII-III-13 Die gesetzgebende Körperschaft darf die in den Artikeln 9 und 10 vorgeschriebenen Fristen verkürzen, wenn sie dies als dienlich für das öffentliche Interesse erachtet; diese Entscheidung darf aber nur durch Abstimmung und nach Erhalt der Mehrheit der Stimmen getroffen werden.

Art. VII-III-14 Falls die Existenz einer Dringlichkeit angenommen wird, setzt die gesetzgebende Körperschaft den Tag für die Beratung fest oder sie verordnet, dass auf der Stelle beraten wird.

XV. L'intitulé de la Loi ou du décret attestera que ces formalités ont été remplies par la formule suivante :

LOI

Proposée le
admise & renvoyée au bureau le
..... rapportée & décrétée le
conformément à ce qui est prescrit par la Constitution, ou en vertu de la délibération d'urgence du

XVI. Toute Loi ou décret qui seroit rendu sans que ces formalités aient été remplies, n'aura pas de force de Loi, & ne pourra recevoir aucune exécution.

Section IV. – Formation du Bureau.

Article premier. Il sera formé tous les mois dans le sein du Corps Législatif, un Bureau composé de treize Membres, qui sera chargé de faire un rapport sur tous les projets de Lois ou de décrets, qui auront été admis & qui lui seront renvoyées.

II. Les Membres du Bureau seront nommés par un double scrutin de présentation & d'élection.²¹⁵

III. La liste de présentation sera de vingt-six noms.²¹⁶

IV. Le scrutin d'élection se fera par un bulletin à une seule colonne ; chaque Membre de l'Assemblée portera sur son bulletin les treize Candidats qu'il préférera, & la nomination sera déterminée par la pluralité des suffrages.²¹⁷

V. Les Membres qui auront été nommés au Bureau, ne pourront plus être réélus pendant la durée de la même Législature.²¹⁸

²¹⁵ Varianten A und B: II. Tous les mois, on tirera au sort treize départemens; chaque députation des départemens sortis par la voie du sort, nommera, au scrutin, un de ses membres pour composer le bureau. *Variante II. Cette nomination se fera par un double scrutin de présentation ou de révocation.*

²¹⁶ Varianten A und B: III. Le tirage au sort n'aura lieu qu'entre les départemens qui ne seront pas encore sortis. *Variante III. La liste de présentation sera de vingt-six noms.*

²¹⁷ Varianten A und B: IV. Au bout de six mois, le tirage se renouvellera, mois par mois, entre tous les départemens. *Variante IV. Le scrutin d'élection se fera par un bulletin à une seule colonne. Chaque membre de l'assemblée portera, sur son bulletin, les treize candidats qu'il préférera; & la nomination sera déterminée par la pluralité des suffrages.*

Art. VII-III-15 Der Ingress des Gesetzes oder des Dekrets bezeugt durch die folgende Formulierung, dass diese Formen eingehalten wurden:

GESETZ

Vorgeschlagen am
angenommen und an das Büro amüberwiesen,
Berichterstattung und Verkündung am
gemäß der Verfassungsvorschriften oder kraft der dringlichen Beratung des ...

Art. VII-III-16 Jedes Gesetz oder Dekret, das ohne Einhaltung dieser Formen verabschiedet wurde, besitzt keine Gesetzeskraft und darf in keinem Fall vollzogen werden.

Abschnitt IV – Die Bildung des Büros

Art. VII-IV-1 Jeden Monat wird ein Büro aus dreizehn Mitgliedern aus den Reihen der gesetzgebenden Körperschaft gebildet. Es hat die Aufgabe, einen Bericht über alle Gesetzes- und Dekretentwürfe zu erstatten, welche angenommen und an das Büro überwiesen wurden.

Art. VII-IV-2 Die Mitglieder des Büros werden in einer doppelten Vorschlags- und Schlusswahl ernannt.

Art. VII-IV-3 Die Vorschlagsliste enthält sechsundzwanzig Namen.

Art. VII-IV-4 Die Schlusswahl wird mittels eines einspaltigen Wahlzettels durchgeführt; jedes Mitglied der Versammlung trägt auf seinem Zettel die dreizehn Kandidaten ein, die es bevorzugt; die Ernennung wird durch das Stimmenmehr bestimmt.

Art. VII-IV-5 Die Mitglieder, die in das Büro ernannt worden sind, dürfen in der gleichen Legislaturperiode nicht wiedergewählt werden.

²¹⁸ Varianten A und B: V. Les départements qui sortiront une seconde fois, ne pourront nommer les mêmes membres. Variante V. Les membres qui auront été nommés au bureau, ne pourront plus être nommés pendant la durée de la législature.

VI. Chaque Bureau restera chargé de faire les rapports des projets admis qui lui auront été renvoyés dans le courant du mois pour lequel il aura été formé.

Titre VIII. – De la Censure du Peuple sur les Actes de la Représentation nationale, & du Droit de Pétition.

Article premier. Lorsqu'un Citoyen croira utile ou nécessaire d'exciter la surveillance des Représentans du Peuple sur des actes de Constitution, de Législation ou d'Administration générale, de provoquer la réforme d'une loi existante ou la promulgation d'une loi nouvelle, il aura le droit de requérir le bureau de son Assemblée primaire, de la convoquer au jour de dimanche le plus prochain, pour délibérer sur sa proposition.

II. L'acte de réquisition présentera cette proposition réduite à ses termes les plus simples.

III. Cette réquisition, pour avoir son effet, devra être revêtue de l'approbation & de la signature de cinquante Citoyens résidans dans l'arrondissement de la même assemblée primaire.

IV. Le Bureau à qui la réquisition sera adressée, vérifiera sur le tableau des Membres de l'Assemblée primaire, si les signataires de la réquisition ou de l'approbation ont droit de suffrage ; en ce cas il sera tenu de convoquer l'Assemblée pour le dimanche suivant.

V. Ce jour, l'Assemblée étant formée, le Président donnera lecture de la proposition : la discussion s'ouvrira à l'instant, & pourra être continuée pendant le cours de la semaine ; mais la décision sera ajournée au dimanche suivant.

VI. Au jour indiqué, le scrutin sera ouvert par oui ou par non, sur la question : y a-t-il ou n'y a-t-il pas lieu à délibérer ?

VII. Si la majorité des votans est d'avis qu'il y ait lieu à délibérer, le Bureau sera tenu de requérir la convocation des Assemblées primaires dont les chefs-lieux sont situés dans l'arrondissement de la même Commune, pour délibérer sur l'objet énoncé dans la réquisition.

Art. VII-IV-6 Jedes Büro bleibt gehalten, Berichte über die angenommenen Entwürfe, die ihm innerhalb des Monats, in dem es amtiert, überwiesen wurden, zu verfassen.

VIII. Titel – Über die Volkszensur über die Akte der Volksvertretung und über das Petitionsrecht

Art. VIII-1 Wenn ein Bürger es für nützlich oder notwendig erachtet, die Aufsicht der Volksvertreter über Verfassungs-, Gesetzgebungs- oder allgemeine Verwaltungsakte anzurufen oder die Änderung eines bestehenden Gesetzes oder die Verkündung eines neuen Gesetzes oder die Verkündung eines neuen Gesetzes zu fordern, ist er berechtigt, dem Büro seiner Urversammlung zu beantragen, diese auf den nächstfolgenden Sonntag einzuberufen um über seinen Vorschlag zu beratschlagen.

Art. VIII-2 Der Antrag umschreibt diesen Vorschlag auf eine möglichst einfache Weise.

Art. VIII-3 Um Wirkung zu entfalten, muss dieser Antrag mit der Unterstützung und der Unterschrift von fünfzig Bürgern, die innerhalb des Kreises derselben Urversammlung wohnen, versehen sein.

Art. VIII-4 Das Büro, an welches der Antrag gerichtet ist, überprüft im Mitgliederregister der Urversammlung, ob die Unterzeichner des Antrags bzw. der Unterstützung über das Stimmrecht verfügen; trifft dies zu, ist es gehalten, die Urversammlung für den folgenden Sonntag einzuberufen.

Art. VIII-5 An diesem Tag – sobald die Versammlung gebildet ist – liest der Präsident den Vorschlag vor. Die Diskussion wird augenblicklich eröffnet und kann während der Woche fortgesetzt werden. Die Entscheidung wird aber auf den folgenden Sonntag vertagt.

Art. VIII-6 Am angegebenen Tag beginnt die Abstimmung mit einem Ja oder mit einem Nein auf die Frage: *«Gibt es einen oder gibt es keinen Grund für eine Beratung?»*

Art. VIII-7 Wenn die Mehrheit der Abstimmungsberechtigten der Meinung ist, dass es einen Grund für eine Beratung gibt, ist das Büro verpflichtet, die Einberufung der Urversammlungen, deren Hauptorte im Kreis derselben Gemein-

VIII. Le Bureau sera tenu de joindre à sa réquisition un procès-verbal sommaire de la délibération de son Assemblée, & une copie collationnée de la demande du Citoyen qui a provoqué la délibération.

IX. Sur cette réquisition, les membres des bureaux des Assemblées primaires à qui elle sera adressée, convoqueront leur Assemblée dans les délais prescrit, & en adresseront les résultats au bureau qui le premier aura fait la réquisition.

X. Si la majorité des votans dans les Assemblées primaires de la Commune déclare qu'il y a lieu à délibérer sur la proposition, le bureau adressera à l'administration du Département le procès-verbal de ses opérations, & le résultat général des scrutins des Assemblées primaires de la Commune qui lui auront été adressés : il requerra en même-temps l'Administration de convoquer les Assemblées primaires du département, pour délibérer sur la même proposition.

XI. La convocation générale ne pourra être refusée : elle aura lieu dans le délai de quinzaine, & les Assemblées primaires délibéreront dans les mêmes formes, & adresseront à l'Administration du Département le résultat de leurs délibérations.

XII. Le dépouillement général se fera publiquement, & le résultat²¹⁹ sera publié & affiché dans le chef-lieu des Assemblées primaires du Département.

XIII. Si la majorité des Assemblées primaires décide qu'il y a lieu à délibérer, l'Administration du Département adressera au Corps législatif le résultat de leurs délibérations, avec l'énonciation de la proposition qu'elles ont adoptée, & le requerra de prendre cet objet en considération.

XIV. Cette réquisition sera sans délai imprimée, distribuée à tous les Membres, affichée dans l'intérieur de la salle, & renvoyée à des commissaires pour en faire leur rapport dans huitaine.

²¹⁹ Varianten A und B: Le dépouillement & le résultat.

de liegen, zu verlangen, damit eine Beratung über den in der Aufforderung dargelegten Gegenstand stattfindet.

Art. VIII-8 Das Büro ist verpflichtet, seiner Aufforderung ein Protokoll in Kurzfassung über die Beratungen seiner Versammlung und eine auf ihre Richtigkeit geprüfte Kopie des Antrags des Bürgers, der die Beratschlagung bewirkt hat, beizulegen.

Art. VIII-9 Aufgrund dieser Aufforderung berufen die Mitglieder der Büros der Urversammlungen, an welche die Aufforderung adressiert wurde, ihre Versammlungen innerhalb der vorgeschriebenen Fristen ein und übermitteln dem Büro, das die Aufforderung zuerst gestellt hat, die Ergebnisse.

Art. VIII-10 Falls die Mehrheit der Bürger, die in den Urversammlungen der Gemeinde gestimmt haben, erklärt hat, dass es einen Grund gibt, über den Vorschlag zu beraten, versendet das Büro an die Departementsverwaltung das Protokoll ihrer Verhandlungen und das Gesamtergebnis der Urversammlungsabstimmungen der Gemeinde, die ihm gesandt worden sind. Gleichzeitig verlangt es von der Verwaltung, die Urversammlungen des Departements einzuberufen, damit diese über den gleichen Vorschlag beraten.

Art. VIII-11 Die allgemeine Einberufung darf nicht abgelehnt werden; sie findet innert einer Frist von zwei Wochen statt. Die Urversammlungen beraten nach dem gleichen Verfahren und übermitteln der Departementsverwaltung die Ergebnisse ihrer Beratschlagungen.

Art. VIII-12 Die Gesamtauszählung der Stimmen und das Ergebnis wird am Hauptort der Urversammlungen des Departements publiziert und öffentlich angeschlagen.

Art. VIII-13 Falls die Mehrheit der Urversammlungen entscheidet, dass es einen Grund für eine Beratung gibt, schickt die Departementsverwaltung der gesetzgebenden Körperschaft das Resultat ihrer Beratungen zusammen mit der Darlegung des Vorschlags, den die Urversammlungen angenommen haben, und verlangt, diese Angelegenheit in Erwägung zu ziehen.

Art. VIII-14 Diese Aufforderung wird ohne Verzug gedruckt, an alle Mitglieder verteilt, im Innern des Saals öffentlich angeschlagen und an Kommissare versandt, damit diese innerhalb von einer Woche darüber Bericht erstatten.

XV. Après le rapport des Commissaires, la discussion s'ouvrira sur la question proposée. Elle sera continuée & ajournée à huitaine²²⁰ ; & il sera statué, au plus tard dans la quinzaine suivante, sur la question de savoir s'il y a, ou s'il n'y a pas lieu à délibérer sur cette proposition.

XVI. On votera sur cette question par un scrutin signé, & le résultat nominal des suffrages sera imprimé & envoyé à tous les Départemens.

XVII. Si la majorité des voix se décide pour l'affirmative, le Corps législatif renverra la proposition adoptée à des Commissaires, pour lui présenter un projet de décret dans un délai qui ne pourra pas excéder celui de quinzaine.

XVIII. Ce projet de décret sera ensuite mis à la discussion, rejeté ou admis ; & dans ce dernier cas, renvoyé au bureau suivant les règles générales prescrites pour la formation de la Loi.

XIX. Si la majorité des voix rejette la proposition, en déclarant qu'il n'y a pas lieu à délibérer, le résultat nominal du scrutin sera également envoyé à tous les départemens. Dans tous les cas, soit que le Corps législatif admette la proposition, ou la rejette, la délibération sur la question préalable pourra être motivée, & sera envoyée à tous les Départemens.

XX. Si la révocation du décret qui a prononcé sur la question préalable, ou de la loi qui aura été faite sur le fond de la proposition, est demandée par les assemblées primaires d'un autre Département, le Corps législatif sera tenu de convoquer sur-le-champ toutes les Assemblées primaires de la République pour avoir leur vœu sur cette proposition.

²²⁰ Varianten A und B: huit jours.

Art. VIII-15 Nach dem Bericht der Kommissare wird die Diskussion über die vorgeschlagene Frage eröffnet. Die Diskussion darf für sieben Tage fortgesetzt und vertagt werden; es wird spätestens innerhalb der darauf folgenden zwei Wochen über die Frage entschieden, ob es einen oder keinen Grund für eine Beratung über diesen Vorschlag gibt.

Art. VIII-16 Über diese Frage wird schriftlich und mit unterschriebenem Namentab gestimmt und das namentliche Resultat der Stimmen wird gedruckt und allen Departementen übermittelt.

Art. VIII-17 Falls die Mehrheit dafür gestimmt hat, sendet die gesetzgebende Körperschaft den angenommenen Vorschlag an die Kommissare zurück, damit der Körperschaft ein Dekretentwurf innerhalb einer Frist vorgelegt wird,²²¹ die zwei Wochen nicht überschreiten darf.

Art. VIII-18 Dieser Dekretentwurf wird anschliessend diskutiert, abgelehnt oder angenommen; in letzterem Fall wird er gemäss den allgemeinen Regeln, welche für die Entstehung eines Gesetzes vorgeschrieben sind, an das Büro überwiesen.

Art. VIII-19 Wenn die Mehrheit der Stimmen den Vorschlag ablehnt und somit kund tut, es gebe keinen Grund für eine Beratschlagung, wird das namentliche Abstimmungsergebnis ebenfalls allen Departementen übermittelt. In allen Fällen, egal ob die gesetzgebende Körperschaft den Vorschlag angenommen oder abgelehnt hat, kann die Beratung über die vorgängige Frage begründet werden und wird an alle Departemente versendet.

Art. VIII-20 Falls die Urversammlungen eines anderen Departements die Aufhebung des Dekretes über das Eintreten oder des Gesetzes, welches aufgrund des Vorschlages verabschiedet worden ist, verlangt, muss die gesetzgebende Körperschaft auf der Stelle alle Urversammlungen der Republik einberufen, um deren Meinung über diesen Vorschlag einzuholen.

²²¹ Hier wird klar, dass es sich nicht um eine eigentliche Gesetzesinitiative im heutigen Sinne handelt. Man könnte darin eventuell eine Initiative in Form einer allgemeinen Anregung sehen; der Gesetzesentwurf wird durch die Kommissare ausgearbeitet und durch die gesetzgebende Körperschaft angenommen oder abgelehnt. Vgl. Gasnier-Duparc, S. 182 f. und Einleitung S. 24 ff.

XXI. La question sera réduite & posée dans le décret de convocation, de la manière suivante: *«Y a-t-il lieu à délibérer, oui ou non, sur la révocation du décret du Corps législatif, en date du ... qui a admis ou rejeté la proposition suivante»*.

XXII. S'il est décidé à la majorité des voix dans les Assemblées primaires, qu'il y a lieu à délibérer sur la révocation du décret, le Corps législatif sera renouvelé, & les membres qui auront voté pour le décret, ne pourront être réélus, ni nommés Membres du Corps législatif pendant l'intervalle d'une Législature.

XXIII. La disposition de l'article précédent, concernant les membres qui auront voté pour le décret, n'aura pas lieu si la censure n'est exercée, & la révocation demandée qu'après l'intervalle d'une année, à compter du jour de la prononciation du Décret ou de la Loi.

XXIV. Si dans l'intervalle qui peut s'écouler entre le décret & l'émission du vœu général des Assemblées primaires, il y a eu une nouvelle élection du Corps législatif, & si plusieurs des Membres qui auront voté pour le décret, ont été réélus, ils seront tenus, immédiatement après que le vœu général sur la révocation du décret aura été constaté, de céder leurs places à leurs suppléans.

XXV. Si le renouvellement du Corps législatif a lieu en vertu de l'article XXII, l'époque de la réélection annuelle sera seulement anticipée. Le nouveau Corps législatif finira le temps de la Législature qu'il aura remplacée, & ne sera renouvelé lui-même qu'à l'époque des élections annuelles déterminée par la Loi.

XXVI. Après le renouvellement du Corps législatif, la nouvelle législature, dans la quinzaine qui suivra l'époque de sa constitution en Assemblée délibérante, sera tenue de remettre à la discussion la question de la révocation du décret, dans la forme prescrite par les articles XV, XVI & suivans ; & la décision qu'elle rendra sur cet objet, sera également soumise à l'exercice du droit de censure.

Art. VIII-21 Die Frage wird verkürzt und wie folgt im Einberufungsdekret gestellt: *«Gibt es einen oder gibt es keinen Grund für eine Beratschlagung über die Aufhebung des Dekrets der gesetzgebenden Körperschaft vom ..., das den folgenden Vorschlag angenommen oder abgelehnt hat».*

Art. VIII-22 Wenn in den Urversammlungen mit der Mehrheit der Stimmen entschieden wird, dass über die Aufhebung des Dekretes beraten werden soll, wird die gesetzgebende Körperschaft erneuert und die Mitglieder, die für das Dekret gestimmt haben, können nicht wiedergewählt werden und während der Dauer einer Legislaturperiode auch nicht als Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaft ernannt werden.

Art. VIII-23 Die Bestimmung des vorangehenden Artikels betreffend die Mitglieder, die für das Dekret gestimmt haben, findet keine Anwendung, wenn erst nach einem Jahr die Zensur vorgenommen und die Aufhebung verlangt wird, beginnend an dem Tag, an welchem das Dekret oder das Gesetz erlassen wurde.

Art. VIII-24 Falls in der Zeit, die zwischen dem Dekret und der Äusserung des allgemeinen Wunsches der Urversammlungen verstreichen könnte, eine Neuwahl der gesetzgebenden Körperschaft stattgefunden hat und falls mehrere Mitglieder, die für das Dekret gestimmt haben, wiedergewählt worden sind, sind diese verpflichtet, sofort nach der Feststellung des allgemeinen Wunsches nach Aufhebung des Dekrets, ihre Stelle ihren Ersatzmännern zu überlassen.

Art. VII-25 Falls die Neuwahl der gesetzgebenden Körperschaft gemäss Artikel 22 stattfindet, wird die jährliche Wiederwahl bloss vorgezogen. Die neue gesetzgebende Körperschaft beendet die Legislaturzeit, für die sie als Stellvertreterin eingetreten ist, und sie selbst darf erst in der vom Gesetz für die jährlichen Wahlen bestimmten Zeit erneuert werden.

Art. VIII-26 Nach der Neuwahl der gesetzgebenden Körperschaft ist diese²²² innerhalb der zwei Wochen, die der Zeit ihrer Gründung als beratende Versammlung folgen, verpflichtet, die Frage der Aufhebung des Dekrets gemäss des in den Artikeln 15, 16 und folgenden vorgeschriebenen Verfahrens wieder zur Diskussion zu stellen; die Entscheidung über diese Angelegenheit unterliegt ebenfalls der Ausübung des Zensurrechts.

²²² Ergänze: neu gewählte.

XXVII. Seront soumise à l'exercice du droit de censure toutes les lois, & généralement tous les actes de la législation qui seroient contraires à la Constitution.

XXVIII. Seront formellement exceptés les décrets & les actes de simple administration, les délibérations sur des intérêts locaux & partiels, l'exercice de la surveillance & de la police sur les fonctionnaires publics, & les mesures de sûreté générale, lorsqu'elles n'auront pas été renouvelées.

XXIX. L'exécution provisoire de la Loi sera toujours de rigueur.

XXX. Le Corps législatif pourra, toutes les fois qu'il le jugera convenable, consulter le vœu des Citoyens réunis dans les Assemblées primaires sur des questions qui intéresseront essentiellement la République entière. Ces questions seront posées de manière que la réponse puisse se faire par la simple alternative, oui ou non.

XXXI. Indépendamment de l'exercice du droit de censure sur les Lois, les Citoyens ont le droit d'adresser²²³ des pétitions aux autorités constituées, pour leur intérêts personnel privé.

XXXII. Ils seront seulement assujétis dans l'exercice de ce droit, à l'ordre progressif établi par la Constitution entre les diverses autorités constituées.

XXXIII. Les Citoyens ont aussi le droit de provoquer la mise en jugement des fonctionnaires publics, en cas d'abus de pouvoir & de violation de la Loi.

Titre IX. – Des Conventions nationales.

Article premier. Une Convention nationale sera convoquée toutes les fois qu'il s'agira de réformer l'acte constitutionnel, de changer ou modifier quelque'une de ses parties, ou d'y ajouter quelque disposition nouvelle.

²²³ Varianten A und B zusätzlich: individuelllement ou collectivement.

Art. VIII-27 Der Ausübung des Zensurrechts unterliegen alle Gesetze und im Allgemeinen alle gesetzgeberischen Akte, die der Verfassung widersprechen.

Art. VIII-28 Davon ausdrücklich ausgenommen werden die Dekrete und die blossen Verwaltungsakte, die Beratungen, welche lokale und partielle Interessen betreffen, die Ausübung der Aufsicht und der Überwachung über die Beamten, sowie die Massnahmen für die allgemeine Sicherheit, sofern sie noch nicht erneuert worden sind.

Art. VIII-29 Die vorläufige Durchsetzung des Gesetzes ist jedenfalls unerlässlich.

Art. VIII-30 Die gesetzgebende Körperschaft kann, immer wenn es ihr angezeigt erscheint, die Meinung der in den Urversammlungen vereinigten Bürger über wesentliche Fragen, die die gesamte Republik betreffen, einholen. Diese Fragen werden in der Weise formuliert, dass die Antwort nur in der einfachen Alternative von Ja oder Nein erfolgen kann.²²⁴

Art. VIII-31 Die Bürger haben, unabhängig von der Ausübung des Zensurrechts über die Gesetze, das Recht, in ihrem persönlichen und privaten Interesse den eingesetzten Autoritäten Petitionen einzureichen.

Art. VIII-32 Sie sind bei der Ausübung dieses Rechts nur der hierarchischen Ordnung unterworfen, die von der Verfassung zwischen den verschiedenen ernannten Behörden etabliert wurde.

Art. VIII-33 Die Bürger haben auch das Recht, im Fall des Machtmissbrauchs oder der Verletzung des Gesetzes die gerichtliche Beurteilung von Beamten zu verlangen.

IX. Titel – Über die Nationalkonvente

Art. IX-1 Jedes Mal, wenn es darum geht, die Verfassung zu reformieren, einen Teil derselben zu ändern oder zu verändern oder ihr neue Bestimmungen beizufügen, wird ein Nationalkonvent einberufen.

²²⁴ Plebiszitäres Gesetzesreferendum, da die Folgen bzw. rechtliche Verbindlichkeit weder aus dem einleitenden Kommentar noch aus dem Verfassungstext klar hervorgehen. Colombel sieht darin ein Stimmungsbarometer für die gesetzgebende Gewalt, damit diese die Gefahr einer Abwahl durch ein unbeliebtes Gesetz entgeht (Colombel, S. 84 f.).

II. Le Corps Législatif sera chargé de cette convocation, lorsqu'elle aura été jugée nécessaire par la majorité des Citoyens de la République : il désignera la ville où la Convention²²⁵ tiendra ses séances ; mais ce sera toujours à la distance de cinquante lieues de la ville où le Corps législatif siégera.

III. La Convention & le Corps législatif auront le droit de changer le lieu de leurs séances, mais la distance de plus de cinquante lieues²²⁶ sera toujours observée.

IV. Dans la vingtième année après l'acceptation de l'acte constitutionnel, le corps législatif sera tenu d'indiquer une Convention pour revoir & perfectionner la constitution.

V. Chaque Citoyen a le droit de provoquer l'appel d'une Convention pour la réforme de la Constitution ; mais ce droit est soumis aux formes & aux règles établies pour l'exercice du droit de censure.

VI. Si la majorité des votans, dans les Assemblées primaires d'un Département, réclame la convocation d'une Convention nationale, le Corps législatif sera tenu de consulter sur-le-champ tous les Citoyens de la République réunis dans les Assemblées primaires ; & si la majorité des votans adopte l'affirmative, la Convention aura lieu sans délai.

VII. Le Corps législatif pourra aussi, lorsqu'il le jugera nécessaire, proposer la convocation d'une Convention nationale ; mais elle ne pourra avoir lieu que lorsque la majorité du peuple Français aura approuvé cette convocation ; les Membres de la législature ne pourront, en ce cas, être élus Membres de la Convention nationale.

VIII. La Convention sera formée de deux Membres par Département, ayant deux suppléans ; ils seront élus de la même manière que les Membres des Législatures.

IX. La Convention ne pourra s'occuper que de présenter au peuple un projet de Constitution, perfectionné & dégagé des défauts que l'expérience auroit fait connoître.

²²⁵ Varianten A und B zusätzlich: se réunira et.

²²⁶ Varianten A und B: mais la distance des cinquante lieues.

Art. IX-2 Die gesetzgebende Körperschaft hat diese Einberufung vorzunehmen, wenn die Mehrheit der Bürger der Republik sie für notwendig erachtet hat; sie bestimmt die Stadt, wo der Konvent seine Sitzungen abhalten wird. Diese Stadt muss jedoch stets in einer Distanz von fünfzig Leugen²²⁷ von der Stadt liegen, in der die gesetzgebende Körperschaft tagt.

Art. IX-3 Der Konvent und die gesetzgebende Körperschaft haben das Recht, den Ort ihrer Sitzungen zu ändern; die Distanz von mehr als fünfzig Leugen muss aber stets eingehalten werden.

Art. IX-4 Die gesetzgebende Körperschaft ist im zwanzigsten Jahr nach der Annahme der Verfassung verpflichtet, einen Konvent einberufen zu lassen, um die Verfassung zu überprüfen und zu verbessern.

Art. IX-5 Jeder Bürger hat das Recht, die Einberufung eines Konvents für die Reform der Verfassung zu verlangen. Dieses Recht unterliegt aber den Formen und Regeln, die für die Ausübung des Zensurrechts gelten.

Art. IX-6 Wenn die Mehrheit der in den Urversammlungen eines Departements Stimmenden die Einberufung eines Nationalkonvents verlangt, ist die gesetzgebende Körperschaft gehalten, auf der Stelle die in den Urversammlungen zusammengetretenen Bürger der Republik zu konsultieren; falls die Mehrheit der Stimmenden sich zustimmend äussert, wird der Konvent unverzüglich einberufen.

Art. IX-7 Auch die gesetzgebende Körperschaft kann, wenn sie es für notwendig erachtet, die Einberufung eines Nationalkonvents vorschlagen; dieser kann aber nur stattfinden, wenn die Mehrheit der französischen Volkes dieser Einberufung zugestimmt hat. Die Mitglieder der Legislative können in diesem Fall nicht als Mitglieder des Nationalkonvents gewählt werden.

Art. IX-8 Der Konvent setzt sich aus zwei Mitgliedern jedes Departements zusammen, mit jeweils zwei Ersatzmännern; sie werden auf die gleiche Art wie die Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaft gewählt.

Art. IX-9 Der Konvent kann sich nur damit befassen, dem Volk den Entwurf einer Verfassung vorzulegen, welcher im Sinne dessen, was die Erfahrung gelehrt hat, überarbeitet und von Mängeln befreit worden ist.

²²⁷ Vgl. Anm. 149.

X. Toutes les autorités établies continueront leur action, jusqu'à ce que la nouvelle Constitution ait été acceptée par le peuple, suivant le mode réglé par la Constitution existante, & jusqu'à ce que les nouvelles autorités aient été formées & mises en activité.

XI. Si le projet de réforme de la Constitution est rejeté, dans le courant des deux premiers mois qui suivront l'époque où le vœu du peuple aura été constaté, la Convention sera tenue de présenter aux suffrages des Citoyens les questions sur lesquelles elle croira devoir connoître leur vœu.

XII. Le nouveau plan, formé d'après l'expression de ce vœu, sera présenté à l'acceptation du peuple dans les mêmes formes.

XIII. S'il est rejeté, la Convention nationale sera dissoute de plein droit ; & le Corps législatif sera tenu de consulter sur-le-champ les Assemblées primaires, pour savoir s'il y a lieu à la convocation d'une Convention nouvelle.

XIV. Les Membres de la Convention [Original: convocation] ne pourront être recherchés, accusés, ni jugés en aucun temps, pour ce qu'ils auront dit ou écrit dans l'exercice de leurs fonctions ; & ils ne pourront être mis en jugement, dans tout autre cas, que par une décision de la Convention elle-même.

XV. La Convention aussitôt après sa réunion, pourra régler l'ordre & la marche de ses travaux, comme elle le jugera convenable ; mais ses séances seront toujours publiques.

XVI. En aucun cas, la Convention ne pourra prolonger ses séances au-delà du terme d'une année.

Titre X. – De l'Administration de la justice.

Section première. – Règles générales.

Article premier. Il y aura un Code de Lois civiles & criminelles uniformes pour toute la République.

II. La justice sera rendue publiquement par des Jurés & par des Juges.

Art. IX-10 Alle eingesetzten Behörden setzen ihre Tätigkeit nach der von der geltenden Verfassung bestimmten Art fort, bis die neue Verfassung vom Volk angenommen wird und bis die neuen Behörden gebildet worden sind und ihre Tätigkeiten aufgenommen haben.

Art. IX-11 Falls das Projekt der Verfassungsrevision abgelehnt wird, ist der Konvent verpflichtet, den Bürgern innerhalb der zwei ersten Monate nach dem Zeitpunkt, an dem der Wunsch der Bürger festgestellt worden ist, diejenigen Fragen zur Abstimmung vorzulegen, von welchen er glaubt, den Wunsch der Bürger erfahren zu müssen.

Art. IX-12 Der neue Entwurf, der nach der Äusserung dieses Wunsches entstanden ist, wird nach dem gleichen Verfahren dem Volk zur Annahme vorgelegt.

Art. IX-13 Falls er abgelehnt wird, wird der Konvent von Gesetzes wegen aufgelöst und die gesetzgebende Körperschaft ist verpflichtet, sofort die Urversammlungen zu konsultieren, um zu wissen, ob Grund vorhanden ist, einen neuen Konvent einzuberufen.

Art. IX-14 Die Mitglieder des Konvents dürfen für das, was sie bei der Ausübung ihres Amtes gesagt oder geschrieben haben, weder verfolgt, angeklagt noch verurteilt werden. In allen anderen Fällen darf man sie nur nach einer Entscheidung des Konvents selbst vor Gericht bringen.

Art. IX-15 Der Konvent darf, gleich nach seiner Versammlung, die Ordnung und den Gang seiner Arbeiten in der Art bestimmen, wie es ihm angezeigt erscheint; die Sitzungen müssen aber stets öffentlich sein.

Art. IX-16 In keinem Fall darf der Konvent seine Sitzungen auf über ein Jahr verlängern.

X. Titel – Über die Justizverwaltung

Erster Abschnitt – Allgemeine Regeln

Art. X-I-1 Es gibt ein einheitliches Zivil- und Strafgesetzbuch für die gesamte Republik.

Art. X-I-2 Die Rechtsprechung erfolgt öffentlich durch Geschworene und durch Richter.

III. Ces Juges seront élus à temps & salariés par la République.

IV. Ils ne pourront être renouvelés qu'aux époques déterminées par l'Acte constitutionnel.

V. Les fonctions judiciaires ne peuvent, en aucun cas, & sous aucun prétexte, être exercées ni par le Corps législatif, ni par le Conseil exécutif, ni par les Corps administratifs & municipaux.

VI. Les Tribunaux & les Juges ne peuvent s'immiscer dans l'exercice du Pouvoir législatif ; ils ne peuvent interpréter les lois ni les étendre, en arrêter ou suspendre l'exécution ; ils ne peuvent entreprendre sur les fonctions administratives, ni citer devant eux les administrateurs, pour raison de leurs fonctions.

VII. Les Juges ne pourront être destitués que pour forfaiture légalement jugée, ni suspendus que par une accusation admise.

Section II. – De la Justice civile.

Article premier. Le droit des Citoyens de déterminer définitivement leurs contestations par la voie de l'arbitrage volontaire ne peut recevoir aucune atteinte par les actes du Pouvoir législatif²²⁸.

II. Il y aura dans chaque Commune au moins un Juge de paix.

III. Les Juges-de-Paix sont chargés spécialement de concilier les parties, & dans le cas où ils ne pourroient y parvenir, de prononcer définitivement & sans frais sur leurs contestations. Ils seront renouvelés tous les ans, mais ils pourront être réélus.²²⁹

IV. Le nombre & la compétence des Juges-de-paix seront déterminés par le Corps législatif.

Néanmoins les Juges-de-paix ne pourront jamais connoître de la propriété foncière & des matières criminelles, ni exercer aucune fonction de police ou d'administration.

²²⁸ Varianten A und B: pouvoir exécutif.

²²⁹ Varianten A und B: «Ils seront ... réélus.» nicht vorhanden.

Art. X-I-3 Diese Richter werden auf Zeit gewählt und durch die Republik bezahlt.

Art. X-I-4 Sie dürfen nur in den Zeiträumen erneuert werden, die vom Verfassungsgesetz bestimmt sind.

Art. X-I-5 Die Aufgaben der richterlichen Gewalt dürfen in keinem Fall und unter keinen Umständen von der gesetzgebenden Körperschaft, vom Vollzugsrat oder von den Verwaltungs- und Gemeindekörperschaften ausgeübt werden.

Art. X-I-6 Die Gerichte und die Richter dürfen sich nicht in die Ausübung der gesetzgebenden Gewalt einmischen; sie dürfen die Gesetze weder auslegen noch ausdehnen, deren Vollzug aussetzen oder verschieben; sie dürfen weder auf die Aufgaben der Verwaltung Einfluss nehmen noch dürfen sie die Administratoren wegen Ausübung ihres Amtes vorladen.

Art. X-I-7 Die Richter dürfen nur nach einer gesetzmässigen Gerichtsentscheidung wegen einer Straftat im Amt von letzterem enthoben werden und man darf sie nur suspendieren, wenn eine Anklage zugelassen wurde.

Abschnitt II – Über die Zivilgerichtsbarkeit

Art. X-II-1 Das Recht der Bürger, ihre Streitigkeiten auf dem Weg des freiwilligen Schiedsspruchs endgültig beizulegen, darf durch die Akte der gesetzgebenden Gewalt keinerlei Beeinträchtigung erfahren.

Art. X-II-2 Es gibt in jeder Gemeinde mindestens einen Friedensrichter.

Art. X-II-3 Die Friedensrichter sind insbesondere gehalten, die Parteien zu versöhnen und, in den Fällen, in denen ihnen dies nicht gelingt, endgültig und kostenlos über die Streitigkeiten der Parteien eine Entscheidung zu treffen. Sie werden alle Jahre erneuert, dürfen jedoch wiedergewählt werden.

Art. X-II-4 Die Zahl und die Zuständigkeit der Friedensrichter werden von der gesetzgebenden Körperschaft festgesetzt. Die Friedensrichter dürfen jedoch nie über Eigentum und strafrechtliche Angelegenheiten urteilen; noch dürfen sie ein polizeiliches oder administratives Amt ausüben.

V.²³⁰ La justice de paix ne pourra jamais être considérée comme une partie de la justice contentieuse.

VI. Dans toutes les contestations, autres que celles qui sont du ressort de la justice de paix, les citoyens seront tenus de les soumettre d'abord à des arbitres choisis par eux.

VII. En cas de réclamation contre les décisions rendues par les arbitres, en vertu de l'article précédent, les citoyens se pourvoiront devant le Jury civil.

VIII. Il y aura dans chaque Département un seul Jury civil : il sera composé d'un Directeur, d'un Rapporteur public, d'un Commissaire national, & de Jurés. Le nombre de ces Officiers du Jury pourra être augmenté par le Corps législatif, suivant les besoins des Départemens.

IX. Le tableau des Jurés civils de chaque Département sera formé de la manière suivante :

1°. Dans chaque assemblée primaire on élira tous les six mois un juré sur cent citoyens inscrits sur le tableau.

2°. Cette élection sera faite par un seul scrutin & à la simple pluralité relative.

3°. Chaque votant signera son bulletin ou le fera signer en son nom par l'un des membres du bureau, & il n'y portera qu'un seul individu, quel que soit le nombre des Jurés que son assemblée primaire devra nommer.

X. Tous les citoyens résidens dans chaque Département seront éligibles par chaque assemblée primaire.

XI. Chaque assemblée primaire enverra [à] l'administration du Département la liste des Citoyens qui auront recueilli le plus de voix en nombre double des Jurés qu'elle doit nommer ; & l'Administration, après avoir formé le tableau des Jurés, sera tenue de le faire parvenir sans délai au Directeur du Jury.

XII. Tout citoyen qui aura été inscrit deux fois dans un tableau de Jurés, ne pourra être tenu d'en exercer de nouveau les fonctions.

²³⁰ Varianten A und B: La justice de paix ne pourra jamais devenir un élément ou un degré de la justice contentieuse.

Art. X-II-5 Die Friedensgerichtsbarkeit darf nie als Teil der streitbaren Gerichtsbarkeit erachtet werden.

Art. X-II-6 Die Bürger sind verpflichtet, alle Streitigkeiten, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der Friedensgerichte fallen, zuerst vor die von ihnen gewählten Schiedsrichter zu bringen.

Art. X-II-7 Im Falle einer Beschwerde gegen die, kraft des vorangehenden Artikels, von den Schiedsrichtern getroffenen Entscheidungen, müssen die Bürger einen Rekurs vor die Ziviljury einlegen.

Art. X-II-8 Es gibt in jedem Departement eine einzige Ziviljury; sie besteht aus einem Vorsteher, einem öffentlichen Berichterstatter, einem Nationalkommissar und aus Geschworenen. Die Zahl der Beamten der Jury darf von der gesetzgebenden Körperschaft, je nach den Bedürfnissen des Departements, heraufgesetzt werden.

Art. X-II-9 Die Liste der Ziviljurs jedes Departements wird wie folgt zusammengestellt:

1. In jeder Urversammlung wird alle sechs Monate ein Geschworener pro Hundert in der Liste eingetragenen Bürger gewählt;
2. Diese Wahl wird in einem einzigen Wahlgang direkt nach dem relativen Mehr durchgeführt;
3. Jeder Wähler unterschreibt oder lässt seinen Stimmzettel in seinem Namen durch ein Mitglied des Büros unterschreiben. Jeder Wähler darf nur ein einziges Individuum auf den Stimmzettel eintragen, und dies unabhängig von der Zahl der Geschworenen, die seine Urversammlung ernennen soll.

Art. X-II-10 Alle Bürger jedes Departements sind in jeder Urversammlung wählbar.

Art. X-II-11 Jede Urversammlung versendet an die jeweilige Departementsverwaltung die Liste der Bürger, die die meisten Stimmen enthalten haben und zwar doppelt so viele, wie die Zahl der Geschworenen, die die Urversammlung ernennen soll. Nachdem die Verwaltung die Liste der Geschworenen erstellt hat, ist sie gehalten, die Liste ohne Verzug dem Vorsteher der Jury zukommen zu lassen.

Art. X-II-12 Jeder zwei Mal in eine Geschworenenliste eingetragene Bürger darf nicht verpflichtet werden, diese Aufgaben erneut auszuüben.

XIII. Le choix des Jurés sera fait sur le tableau général du Département par les parties.

En cas de refus, ce choix sera fait par le Directeur du Jury pour les parties qui refusent.

En cas d'absence, le choix sera fait par le Commissaire national pour les parties absentes.

XIV. Le Directeur, le Rapporteur, le Commissaire national & leurs suppléants seront nommés immédiatement par les Assemblées primaires du Département, dans les formes & suivant le mode prescrit pour les nominations individuelles. Ils seront nommés pour deux années ; ils pourront être réélus.²³¹

XV. Les fonctions principales du Directeur du Jury seront de diriger la procédure ; celles du Rapporteur, de faire l'exposé des affaires devant le Jury ; & celles du commissaire national seront :

1°. de requérir & de surveiller l'observation des formes & des lois dans les jugemens à rendre, & de faire exécuter les jugemens rendus ;

2°. de défendre les insensés, les interdits, les absents, les pupilles, les mineurs les veuves & les indigens²³².

Section III. – De la Justice criminelle.

Article premier. La peine de mort est abolie pour tous les délits privés.

II. Le droit de faire grâce ne seroit que le droit de violer la loi ; il ne peut exister dans un gouvernement libre, où la loi doit être égale pour tous.

III. En matière criminelle nul citoyen ne peut être jugé que par les Jurés, & la peine sera appliquée par des Tribunaux criminels.

IV. Un premier Jury déclarera si l'accusation doit être admise ou rejetée. Le fait sera reconnu & déclaré par le second Jury.

V. L'accusé aura la faculté de récuser, sans alléguer de motifs le nombre de Jurés qui sera déterminé par la loi.

²³¹ Varianten A und B: «Ils seront ... réélus.» nicht vorhanden.

²³² Varianten A und B: «& les indigens» nicht vorhanden.

Art. X-II-13 Die Auswahl der Geschworenen wird von den Parteien aufgrund der Gesamtliste des Departements vorgenommen.

Im Falle einer Verweigerung wird diese Auswahl durch den Vorsteher der Jury für die Parteien, die die Auswahl verweigert haben, vorgenommen.

Im Falle der Abwesenheit einer Partei erfolgt die Auswahl durch den Nationalkommissar.

Art. X-II-14 Der Vorsteher, der Berichterstatter, der Nationalkommissar und ihre Vertreter werden direkt durch die Urversammlungen des Departements gemäss dem Verfahren und der für die individuellen Ernennungen vorgeschriebenen Methode, ernannt. Sie werden auf zwei Jahre ernannt; sie dürfen wiedergewählt werden.

Art. X-II-15 Die Hauptaufgabe des Juryvorstehers ist, das Verfahren zu leiten; diejenige des Berichterstatters, die Angelegenheiten vor der Jury vorzutragen; diejenigen des Nationalkommissars sind:

1. die Einhaltung der Formvorschriften und der Gesetze in den hängigen Gerichtsurteilen zu verlangen und zu überwachen, sowie die verkündeten Gerichtsurteile vollstrecken zu lassen;
2. die Geisteskranken, Entmündigten, Abwesenden, Mündel, Minderjährigen, Witwen und Armen zu vertreten.

Abschnitt III – Über die Strafgerichtsbarkeit

Art. X-III-1 Die Todesstrafe wird für alle Delikte gegen Privatpersonen abgeschafft.

Art. X-III-2 Das Recht, jemanden zu begnadigen, wäre lediglich das Recht, das Gesetz zu verletzen; in einer freien Regierung, bei der das Gesetz für alle gleich sein muss, darf es nicht existieren.

Art. X-III-3 In einer Strafsache darf ein Bürger nur von Geschworenen verurteilt werden und die Strafe wird von Strafgerichten verhängt.

Art. X-III-4 Eine erste Jury erklärt, ob die Anklage angenommen oder abgewiesen werden soll. Der Sachverhalt wird von der zweiten Jury beurteilt und entschieden.

Art. X-III-5 Der Angeklagte hat das Recht, ohne Angabe von Motiven so viele Geschworene abzulehnen, wie das Gesetz es festlegt.

VI. Les Jurés qui déclareront le fait, ne pourront, en aucun cas, être au-dessous du nombre de douze.

VII. L'accusé choisira un conseil ; s'il n'en choisit pas, le tribunal lui en nommera un.

VIII. Tout homme acquitté par un Jury, ne peut plus être repris ni accusé à raison du même fait.

IX. Il y aura pour chaque Tribunal criminel, un président, deux Juges & un Accusateur public. Ces quatre officiers seront élus à temps par le peuple ; ils seront renouvelés tous les deux ans, mais ils pourront être réélus.²³³

X. Les fonctions de l'accusateur public seront de dénoncer au Directeur du Jury, soit d'office, soit d'après les ordres qui lui seront donnés par le Conseil exécutif, ou par le Corps législatif :

- 1°. Les attentats commis contre la liberté individuelle des citoyens ;
- 2°. Ceux commis contre le droit des gens ;
- 3°. La rébellion à l'exécution des jugemens & de tous les actes exécutoires, émanés des autorités constituées ;
- 4°. Les troubles occasionnés & les voies de fait commises pour entraver la perception des contributions, la libre circulation des subsistances & autres objets de commerce ;
- 5°. De requérir, pendant le cours de l'instruction, pour la régularité des formes ; & avant le jugement, pour l'application de la loi ;
- 6°. De poursuivre les délits sur les actes d'accusation admis par les premiers Jurés ;
- 7°. De surveiller tous les officiers de police du Département, qu'il sera tenu d'avertir en cas de négligence, & de dénoncer, dans le cas de fautes plus graves, au Tribunal criminel.

Section IV. – Des Censeurs judiciaires.

Article premier. Il y aura des censeurs [Original: Citoyens] judiciaires qui iront, à des époques fixes, prononcer dans chaque chef-lieu de Département de l'arrondissement qui sera désigné à cet effet :

²³³ Varianten A und B: «ils seront ... réélus.» nicht vorhanden.

Art. X-III-6 Die Zahl der Geschworenen, die über den Sachverhalt entscheiden, darf in keinem Fall kleiner als 12 sein.

Art. X-III-7 Der Angeklagte bestellt einen Rechtsbeistand; wenn er keinen bestellt, ernennt das Gericht einen für ihn.

Art. X-III-8 Niemand darf für eine Sache wieder ergriffen oder angeklagt werden, wenn er für die gleiche Sache bereits von einer Jury freigesprochen wurde.

Art. X-III-9 Bei jedem Strafgericht gibt es einen Vorsitzenden, zwei Richter und einen öffentlichen Ankläger. Diese vier Beamten werden zu gegebener Zeit vom Volk gewählt; sie werden alle zwei Jahre erneuert, dürfen aber wiedergewählt werden.

Art. X-III-10 Die Aufgaben des öffentlichen Anklägers sind, dem Vorsteher der Jury, sei es von Amtes wegen, sei es gemäss den Anordnungen, die ihm vom Vollzugsrat oder von der gesetzgebenden Körperschaft erteilt werden, folgendes anzuzeigen:

1. Gegen die persönliche Freiheit der Bürger verübte Angriffe;
2. Jene, die gegen das Völkerrecht verübt wurden;
3. den Aufruhr gegen den Vollzug der Gerichtsentscheidungen und gegen alle vollstreckbaren Akte, die von den ernannten Behörden ausgehen;
4. die allfällig gestifteten Unruhen und begangenen Tötlichkeiten, welche die Eintreibung von Steuern, den freien Verkehr von Lebensmitteln und von anderen Handelswaren behindern;
5. während des Ermittlungsverfahrens die Einhaltung der Formvorschriften und vor der Entscheidung des Gerichts die Anwendung des Gesetzes zu fordern;
6. die Delikte gemäss der Anklageschrift, die von den ersten Geschworenen gutgeheissen wurde, zu verfolgen;
7. alle Polizeibeamten des Departements zu überwachen; im Falle einer Unterlassung ist er verpflichtet, sie zu mahnen und im Falle eines gravierenden Fehlers dies dem Strafgericht anzuzeigen.

Abschnitt IV – Über die Justizzensoren

Art. X-IV-1 Es werden Justizzensoren eingesetzt, die in bestimmten Zeiträumen in jedem Departementshauptort im Bezirk – der zu diesem Zweck bestimmt wird – über folgende Fragen entscheiden:

- 1°. Sur les demandes en cassation contre les jugemens rendus par les Tribunaux criminels & les Jurys civils ;
- 2°. Sur les demandes en renvoi d'un Tribunal à un autre pour causes de suspicion légitime ;
- 3°. Sur les réglemens de juges & sur les prises à partie contre les juges.

Ils casseront les jugemens dans lesquels les formes auront été violées, ou qui contiendront une contravention expresse à la loi.

II. Les Censeurs seront nommés pour deux années ; ils seront élus par les Assemblées primaires de chaque Département, dans la forme établie pour les nominations individuelles.²³⁴

III. Chaque division de Censeurs ne pourra être composée de moins de quatre Membres, & de plus de sept ; ils ne pourront jamais exercer leurs fonctions dans le Département qui les aura nommés.

IV. Ils ne connoîtront point du fonds des affaires ; mais après avoir cassé le jugement, ils renverront le procès soit au tribunal criminel, soit au Jury civil qui doit en connoître.

V. Lorsqu'après deux cassations, le jugement du troisième Tribunal criminel ou Jury civil sera attaqué par les mêmes moyens que les deux premiers, la question ne pourra plus être agitée devant les Censeurs, sans avoir été soumise au Corps législatif, qui portera un Décret déclaratoire de la Loi auquel les Censeurs seront tenus de se conformer.

VI. Les Commissaires nationaux & les Accusateurs publics pourront, sans préjudice du droit des Parties intéressées, dénoncer aux Censeurs les actes par lesquels les Juges auroient excédé les bornes de leur pouvoir.

VII. Les Censeurs annuleront ces actes, s'il y a lieu ; &, dans le cas de forfaiture, le fait sera dénoncé au Corps législatif par les Censeurs qui auront prononcé.

²³⁴ Varianten A und B zusätzlich: Ils seront communs à toute la République.

1. Über die Kassationsanträge gegen die Entscheidungen der Strafgerichte und der Ziviljurs;
2. über die aufgrund eines Befangenheitsverdachts von einem Gericht zum anderen gehenden Überweisungsanträge;
3. über die Bestimmungen der Richter und über die Schadensersatzklagen gegen die Richter wegen Rechtsbeugung.

Sie²³⁵ heben die Gerichtsentscheidungen auf, bei denen die Formvorschriften verletzt wurden oder welche einen ausdrücklichen Verstoss gegen das Gesetz enthalten.

Art. X-IV-2 Die Zensoren werden für zwei Jahre ernannt. Sie werden von den Urversammlungen jedes Departements nach der für die individuellen Ernennungen festgesetzten Form gewählt.

Art. X-IV-3 Jede Abteilung der Zensoren darf nicht weniger als vier und nicht mehr als sieben Mitglieder haben; die Zensoren dürfen ihre Aufgaben nie in dem Departement ausüben, das sie ernannt hat.

Art. X-IV-4 Sie dürfen keine Entscheidung zur Hauptsache treffen; sie weisen jedoch den Prozess entweder an das zuständige Strafgericht oder an die zuständige Ziviljury zurück, nachdem sie den Entscheid aufgehoben haben.

Art. X-IV-5 Wenn, nach zwei Kassationen, das Urteil des dritten Strafgerichts oder der Ziviljury mit den gleichen Rechtsmitteln angefochten wird, wie die ersten beiden Fälle, darf die Frage nicht mehr von den Zensoren erörtert werden, ohne vorher der gesetzgebenden Körperschaft unterbreitet worden zu sein, die ein das Gesetz verkündendes Dekret erlässt, an das sich die Zensoren halten müssen.

Art. X-IV-6 Die Nationalkommissare und die öffentlichen Ankläger dürfen, ohne dass die betroffenen Parteien ihre Rechte verlieren, jene Handlungen den Zensoren anzeigen, gemäss welchen die Richter die Grenzen ihrer Macht überschritten hätten.

Art. X-IV-7 Die Zensoren annullieren diese Handlungen, wenn es einen Grund dafür gibt; im Falle einer Straftat im Amt, wird die Handlung von den Zensoren, die darüber entschieden haben, der gesetzgebenden Körperschaft angezeigt.

²³⁵ Die Justizzensoren.

VIII. Le Corps législatif mettra le Tribunal en jugement, s'il y a lieu, & renverra les prévenus devant le Tribunal qui doit connoître de cette matière.

IX. Dans le cas où les parties ne se seroient pas pourvues contre les jugemens dans lesquels les formes ou les Lois auroient été violées, les jugemens auront, à l'égard des Parties, force de chose jugée ; mais ils seront annulés pour l'intérêt public, sur la dénonciation des Commissaires nationaux & des Accusateurs publics. Les juges qui les auront rendus, pourront être poursuivis pour cause de forfaiture.

X. Le délai pour se pourvoir devant les Censeurs, ne pourra en aucun cas, être abrégé ni prorogé pour aucune cause particulière, ni pour aucun individu.

XI. Dans le premier mois de la session du Corps législatif chaque division de Censeurs²³⁶ sera tenue d'envoyer au Corps législatif l'état des jugemens rendus, à côté de chacun desquels seront la notice abrégée de l'affaire, & le texte de la Loi qui aura déterminé la décision.

XII. Dans le cours du mois suivant, le Corps législatif se fera rendre compte du travail des Censeurs, des abus qui pourroient s'être introduits dans l'exercice de leurs fonctions, & des moyens de perfectionner la législation & l'administration de la justice.

XIII. La justice sera rendue au nom de la Nation. Les expéditions exécutoires des jugemens des Tribunaux criminels, & des Jurys civils²³⁷, seront conçues ainsi qu'il suit :

La République Française.

A tous les Citoyens le jury civil ou le Tribunal de ...

a rendu le jugement suivant :

Copie du jugement & le nom des juges.

La République Française mande & ordonne, &c. &c.

XIV. La même formule aura lieu pour les décisions des Censeurs, qui porteront le nom *d'actes de censure judiciaire*.

²³⁶ Varianten A und B zusätzlich: après avoir remis les résultats de ses travaux.

²³⁷ Varianten A und B zusätzlich: et des juges de paix.

Art. X-IV-8 Die gesetzgebende Körperschaft führt das betroffene Gericht dem Gericht zu, wenn es Grund dafür gibt und verweist die Beschuldigten an das Gericht, das über diese Angelegenheit entscheiden muss.

Art. X-IV-9 Im Fall, dass die Parteien kein Rechtsmittel gegen Urteile eingelegt haben, bei denen die Formvorschriften oder die Gesetze verletzt wurden, werden die Urteile für die Parteien rechtskräftig; aber sie werden aus Gründen des öffentlichen Interesses, auf Anzeige der Nationalkommissare und der öffentlichen Ankläger hin annulliert. Die Richter, die sie gefällt haben, können für Straftat im Amt verfolgt werden.

Art. X-IV-10 Die Frist, ein Rechtsmittel bei den Zensoren einzureichen, darf in keinem Fall aus irgendeinem besonderen Grund oder für irgendeine Person gekürzt oder verlängert werden.

Art. X-IV-11 Während des ersten Monats der Session der gesetzgebenden Körperschaft ist jede Abteilung der Zensoren verpflichtet, an die gesetzgebende Körperschaft eine Übersicht über die verkündeten Urteile zu senden; jedem Urteil muss ein abgekürzter Bericht über den Fall und der Gesetzestext, der für die Entscheidung ausschlaggebend war, beigelegt sein.

Art. X-IV-12 Innerhalb des folgenden Monats lässt sich die gesetzgebende Körperschaft Bericht über die Arbeit der Zensoren, über die Missbräuche, die sich bei der Ausübung ihres Amtes eingeschlichen haben könnten und über die Mittel, die Gesetzgebung und die Rechtspflege zu perfektionieren, erstatten.

Art. X-IV-13 Das Recht ist im Namen der Nation zu sprechen. Die Ausfertigungen der rechtskräftigen Urteile der Strafgerichte und der Ziviljurys werden wie folgt abgefasst:

Die französische Republik.

An alle Bürger ... die Ziviljury oder das Gericht von ...

hat folgendes Urteil gefällt:

Kopie des Urteils und die Namen der Richter.

Die französische Republik befiehlt und verordnet, etc.

Art. X-IV-14 Die gleiche Formel ist für die Entscheidung der Zensoren anzuwenden, diese tragen den Namen «Akte der Rechtskontrolle».

Section V. – Du jury national.

Article premier. Il sera formé un Jury national toutes les fois qu'il s'agira de prononcer sur les crimes de haute trahison : ces crimes seront expressément déterminés par le Code pénal.

II. Le tableau du Jury national sera composé de trois Jurés par chaque département, & d'un nombre égal de suppléans.

III. Ils seront élus, ainsi que les Suppléans, par les Assemblées primaires de chaque Département, suivant les formes prescrites pour les élections.

IV. Le Jury national se divisera en Jury d'accusation & en Jury de jugement.

V. Il ne sera formé qu'un seul Jury national, lorsqu'il s'agira de prononcer sur la simple destitution d'un Membre du Conseil exécutif de la république.

VI. Les juges du Tribunal criminel du Département, dans l'étendue duquel le délit aura été commis, rempliront, auprès du Jury national, les fonctions qu'ils exercent pour le Jury ordinaire.

VII. Lorsqu'il s'agira d'un délit de haute-trahison, commis hors du territoire de la république, ou de la forfaiture encourue par un Fonctionnaire public hors du même territoire, le Corps législatif choisira, par la voie du sort, entre les sept tribunaux criminels, les plus voisins du lieu du délit, celui qui devra en connaître.

VIII. La même règle sera observée, lorsque des motifs impérieux d'intérêt public ne permettront pas que le Jury national se rassemble dans le Département où le délit aura été commis.

Section VI. – Des moyens de garantir la liberté civile.

Article premier. Les Citoyens ne peuvent être distraits des Juges que la Loi constitutionnelle leur assigne.

II. La police de sûreté sera organisée par une Loi particulière, & ne pourra être confiée qu'à des Officiers civils.²³⁸

²³⁸ Varianten A und B: Bestimmung nicht vorhanden; nachfolgende Artikel in Varianten A und B entsprechend verschoben.

Abschnitt V – Über die Nationaljury

Art. X-V-1 Eine Nationaljury wird jedes Mal einberufen, wenn über die Verbrechen des Landesverrats zu entscheiden ist. Diese Verbrechen werden durch das Strafgesetzbuch ausdrücklich bezeichnet.

Art. X-V-2 Die Liste der Nationaljury besteht aus drei Geschworenen pro Departement und aus einer gleichen Zahl von Ersatzmännern.

Art. X-V-3 Sie und die Ersatzmänner werden von den Urversammlungen jedes Departements nach dem für die Wahlen vorgeschriebenen Verfahren gewählt.

Art. X-V-4 Die Nationaljury wird in Anklage- und Entscheidungsjury aufgeteilt.

Art. X-V-5 Es wird eine einzige Nationaljury einberufen, wenn es sich um die Entscheidung über die bloße Amtsenthebung eines Mitglieds des Vollzugsrats der Republik handelt.

Art. X-V-6 Die Richter des Strafgerichts des Departements, in dessen Gebiet das Delikt verübt wurde, erfüllen bei der Nationaljury die Aufgaben, die sie für die übliche Jury ausüben.

Art. X-V-7 Wenn es sich um ein Delikt des Hochverrats handelt, das ausserhalb des Gebietes der Republik verübt wurde, oder es sich um eine Straftat im Amt handelt, die durch einen Beamten ausserhalb des oben erwähnten Gebiets verübt wurde, wählt die gesetzgebende Körperschaft durch das Los von den sieben Strafgerichten, die am nächsten zum Ort der Verübung des Delikts liegen, dasjenige aus, welches dafür zuständig sein soll.

Art. X-V-8 Die gleiche Vorschrift wird befolgt, jedes Mal wenn gebieterische Gründe des öffentlichen Interesses es nicht gestatten, dass die Nationaljury in dem Departement tagt, in dem das Delikt verübt würde.

Abschnitt VI – Über die Mittel, die bürgerliche Freiheit zu garantieren

Art. X-VI-1 Den Bürgern dürfen jene Richter nicht vorenthalten werden, die das Verfassungsrecht für sie bestimmt.

Art. X-VI-2 Die Sicherheitspolizei wird durch ein eigenes Gesetz organisiert und darf nur Zivilbeamten übertragen werden.

III. Toute personne saisie en vertu de la Loi, doit être conduite devant un Officier de police : nul ne peut être mis en état d'arrestation ou détenu, 1°. qu'en vertu d'un mandat des Officiers de police, 2°. d'une ordonnance de prise-de-corps d'un Tribunal, 3°. d'un décret d'arrestation du Corps législatif, 4°. d'un jugement de condamnation à prison ou détention correctionnelle.

IV. Toute personne conduite devant l'officier de police, sera interrogée sur-le-champ, ou au plus tard dans les vingt-quatre heures, sous peine de destitution & de prise à partie.

V. S'il résulte de l'examen de l'Officier de police qu'il n'y a aucun sujet d'inculpation, la personne détenue sera remise aussitôt en liberté ; & s'il y a lieu de l'envoyer à la maison d'arrêt, elle y sera conduite dans le plus bref délai qui, en aucun cas, ne pourra excéder trois jours.

VI. Le directeur du Jury d'accusation sera tenu de le convoquer dans le délai d'un mois au plus tard, sous peine de destitution.

VII. Les personnes arrêtées ne peuvent être retenues, si elles donnent caution suffisante, dans tous les cas où la Loi n'a pas prononcé une peine afflictive ou corporelle.

VIII. Le Corps législatif fixera les règles d'après lesquelles les cautionnements & les peines pécuniaires seront gradués d'une manière proportionnelle qui ne viole pas les principes de l'égalité, & qui ne dénature pas la peine.

IX. Les personnes détenues par l'autorité de la Loi, ne peuvent être conduites que dans les lieux légalement et publiquement désignés pour servir de maison d'arrêt, de maison de justice & de prison.

X. Nul gardien ou géolier ne peut recevoir ni retenir aucun homme qu'en vertu d'un mandat, ordonnance de prise-de-corps, décret d'accusation ou jugement, & sans que la transcription en ait été faite sur son registre.

Art. X-VI-3 Jede Person, die kraft Gesetzes gefasst wird, muss vor den Polizeibeamten geführt werden. Niemand darf verhaftet oder gefangen genommen werden, ohne: 1. ein Mandat der Polizeibeamten; 2. einen Haftbefehl eines Gerichts; 3. ein Verhaftungsdekret der gesetzgebenden Körperschaft; 4. ein auf Gefängnisstrafe oder Zuchthaus lautendes Urteil.

Art. X-VI-4 Jede Person, die dem Polizeibeamten vorgeführt wird, muss, unter Androhung von Amtsenthebung und Schadenersatzklage wegen Rechtsbeugung, auf der Stelle oder spätestens innerhalb von vierundzwanzig Stunden verhört werden.

Art. X-VI-5 Wenn sich aus der Untersuchung des Polizeibeamten ergibt, dass es keinen Grund für eine Beschuldigung gibt, ist der Inhaftierte sofort wieder frei zu lassen; falls es Grund dafür gibt, ihn ins Untersuchungsgefängnis einzuweisen, wird er innerhalb der kürzesten Frist dorthin gebracht, wobei diese Frist auf keinen Fall länger als drei Tage sein darf.

Art. X-VI-6 Der Vorsteher der Jury für die Anklage ist unter Androhung von Amtsenthebung verpflichtet, die Jury spätestens innerhalb eines Monats einzuberufen.

Art. X-VI-7 Die festgenommenen Personen dürfen in allen Fällen, wo das Gesetz keine Körper- oder Freiheitsstrafe vorschreibt, nicht festgehalten werden, wenn sie eine ausreichende Kaution leisten.

Art. X-VI-8 Die gesetzgebende Körperschaft bestimmt die Vorschriften, gemäss welchen die Kautionssummen und die Geldstrafen in einer verhältnismässigen Art und Weise abgestuft werden, so dass das Gleichheitsprinzip nicht verletzt und die Natur der Strafe nicht verändert wird.

Art. X-VI-9 Die kraft Gesetz festgenommenen Personen dürfen nur an die Orte geführt werden, die gesetzmässig und öffentlich als Haftanstalt, Untersuchungshaftanstalt und Gefängnis bestimmt wurden.

Art. X-VI-10 Ein Wächter oder Kerkermeister darf einen Menschen nur kraft eines Straf-, eines Haftbefehls, eines Anklagedekrets oder eines Urteils in Empfang nehmen oder festhalten und nur, wenn dies in sein Register übertragen wurde.

XI. Tout gardien ou géolier représentera la personne du détenu à l'Officier civil, ayant la police de la maison de détention, toutes les fois qu'il en sera requis par lui.

XII. Lorsque la personne détenue ne sera pas gardée au secret en vertu d'une ordonnance du Juge, inscrite sur le registre, sa représentation ne pourra être refusée à ses parens & amis, porteurs de l'ordre de l'Officier civil, qui sera toujours tenu de l'accorder.

XIII. Toute personne autre que celles à qui la Loi donne le droit d'arrestation, qui expédiera, signera, exécutera, ou fera exécuter l'ordre d'arrêter un Citoyen ; toute personne qui, dans le cas d'arrestation autorisé par la Loi, conduira, recevra ou retiendra un Citoyen dans un lieu de détention non publiquement et non légalement désigné ; & tout gardien ou géolier qui contreviendra aux dispositions des articles précédens, seront coupables du crime de détention arbitraire, & punis comme tels.

XIV. La maison de chaque Citoyen est un asyle inviolable. Pendant la nuit, on ne peut y entrer que dans les seuls cas d'incendie, ou de réclamation de l'intérieur de la maison ; & pendant le jour, outre ces deux cas, on pourra y entrer en vertu d'un ordre de l'Officier de police.

XV.²³⁹ Les tribunaux & toute autre autorité constituée ne pourront, en aucune manière, gêner les Citoyens dans l'exercice du droit de s'assembler & de se réunir paisiblement & sans armes, en se conformant aux loix de police.

XVI. La liberté de la Presse est indéfinie. Nul homme ne peut être recherché ni poursuivi pour raison des écrits qu'il aura fait imprimer ou publier sur quelque matière que ce soit, sauf l'action en calomnie de la part des Citoyens qui en sont l'objet, contre l'Auteur ou l'Imprimeur.

XVII. Nul ne pourra être jugé, soit par la voie civile, soit par la voie criminelle, pour faits d'écrits imprimés ou publiés, sans qu'il ait été reconnu & déclaré par un Jury : 1°. s'il y a délit dans l'écrit dénoncé, 2°. si la personne poursuivie en est coupable.

²³⁹ Varianten A und B: Bestimmung nicht vorhanden.

Art. X-VI-11 Jeder Wächter oder Kerkermeister führt die inhaftierte Person dem Zivilbeamten vor, der die Aufsicht über das Gefängnis hat, jedes Mal, wenn dies von ihm verlangt wird.

Art. X-VI-12 Wenn die inhaftierte Person nicht kraft einer im Register eingetragenen Verfügung eines Richters in Isolationshaft gehalten wird, darf ihr Besuchsrecht gegenüber ihren Verwandten und Freunden, die Träger der entsprechenden Anweisung des Beamten sind, nicht abgelehnt werden; der Beamte ist verpflichtet, diese stets zu gewähren.

Art. X-VI-13 Ausser den Personen, denen das Gesetz das Festnahmerecht erteilt, macht sich jeder, der den Verhaftungsbefehl entweder abschickt, unterzeichnet, vollzieht oder vollziehen lässt; im Falle einer gesetzmässigen Verhaftung, einen Bürger an einen nicht öffentlich und nicht gesetzmässig ernannten Verwahrungsort führt oder ihn an einem solchen in Empfang nimmt oder festhält; jeder Wächter oder Kerkermeister, der die Vorschriften der vorhergehenden Artikel verletzt des Verbrechens der willkürlichen Inhaftierung schuldig und wird als solcher bestraft.

Art. X-VI-14 Das Haus jedes Bürgers ist eine unantastbare Stätte. Während der Nacht darf nur im Falle eines Brandes oder auf Verlangen aus dem Innern des Hauses in dieses eingedrungen werden; während des Tages darf, zusätzlich zu diesen zwei Fällen, kraft eines Befehls des Polizeibeamten dort eingetreten werden.

Art. X-VI-15 Die Gerichte und jede andere eingesetzte Behörde dürfen die Bürger in der Ausübung ihres Versammlungsrechts sowie ihres Rechts, sich friedlich und unbewaffnet zu vereinigen – solange sie sich den Polizeigesetzen beugen – in keiner Weise hindern.

Art. X-VI-16 Die Pressefreiheit ist unbegrenzt. Kein Mensch darf wegen Schriften, – über welche Themen auch immer – die er drucken oder auf welche Art auch immer publizieren lässt, gesucht oder verfolgt werden, ausser im Fall einer Verleumdungsklage gegen den Autor oder den Drucker des Schriftstücks durch Bürger, die davon betroffen sind.

Art. X-VI-17 Niemandem darf wegen schriftlicher Sachverhalte, die gedruckt oder veröffentlicht wurden, der Prozess auf dem privatrechtlichen oder auf dem strafrechtlichen Weg gemacht werden, es sei denn eine Jury hat festgestellt und erklärt, dass: 1. das angezeigte Schriftstück eine strafbare Handlung enthält und 2. die verfolgte Person die Schuld dafür trägt.

XVIII. Les Auteurs conservent la propriété des Ouvrages qu'ils ont fait imprimer ; mais la Loi ne doit la garantir après l'impression, que pendant leur vie seulement.

Titre XI. – De la force publique.

Article premier. La force publique est composée de tous les Citoyens en état de porter les armes.

II. Elle doit être organisée pour défendre la République contre les ennemis extérieurs, & assurer au dedans le maintien de l'ordre, & l'exécution des Loix.

III. Il pourra être formé des Corps soldés, tant pour la défense de la République contre les ennemis extérieurs, que pour le service de l'intérieur de la république.

IV. Les Citoyens ne pourront jamais agir comme Corps armés pour le service de l'intérieur, que sur la réquisition & l'autorisation des Officiers civils.

V. La force publique ne peut être requise par les Officiers civils, que dans l'étendue de leur territoire. Elle ne peut agir du territoire d'une Commune dans une autre, sans l'autorisation de l'administration du Département & d'un Département dans un autre, sans les ordres du Conseil exécutif.

VI. Néanmoins comme l'exécution des Jugemens & la poursuite des accusés, ou des condamnés, n'a point de territoire circonscrit dans une République une & indivisible, le Corps législatif déterminera, par une Loi, les moyens d'assurer l'exécution des Jugemens, & la poursuite des accusés dans toute l'étendue de la République.

VII. Toutes les fois que des troubles dans l'intérieur détermineront le Conseil exécutif à faire passer une partie de la force publique d'un Département dans un autre, il sera tenu d'en instruire sur-le-champ le Corps législatif.

VIII. Toutes les parties de la force publique employée contre les ennemis du dehors, agiront sous les ordres du Conseil exécutif.

Art. X-VI-18 Die Autoren behalten das Eigentum an den Werken, die sie haben drucken lassen; das Gesetz muss aber dies nach dem Abdruck nur für die Dauer ihres Lebens garantieren.

XI. Titel – Über die Streitkräfte

Art. XI-1 Die Streitkräfte bestehen aus allen Bürgern, die in der Lage sind, Waffen zu tragen.

Art. XI-2 Sie müssen so gegliedert sein, dass sie die Republik gegen die äusseren Feinde verteidigen und im Innern die Erhaltung der Ordnung und den Vollzug der Gesetze gewährleisten kann.

Art. XI-3 Es können besoldete Korps gebildet werden, sowohl für die Verteidigung der Republik gegen die äusseren Feinde als auch für Einsätze im Innern der Republik.

Art. XI-4 Die Bürger dürfen nur nach einer Anforderung und Ermächtigung durch die zivilen Beamten als bewaffnetes Korps für die Dienstleistungen im Innern agieren.

Art. XI-5 Die Streitkräfte dürfen von den zivilen Beamten nur im Bereich ihres Gebiets aufgeboten werden. Diese dürfen ohne die Ermächtigung der Departementsverwaltung nicht von einer Gemeinde in die andere und ohne die Befehle des Vollzugsrates nicht von einem Departement in das andere agieren.

Art. XI-6 Weil aber die Vollstreckung der Gerichtsentscheidungen und die Verfolgung von Angeklagten oder Verurteilten nicht auf begrenztes Einzelgebiet in einer ein und unteilbaren Republik aufgeteilt werden kann, bestimmt die gesetzgebende Körperschaft in einem Gesetz die Mittel, um den Vollzug der Gerichtsentscheidungen und die Verfolgung von Angeklagten im ganzen Gebiet der Republik sicherzustellen.

Art. XI-7 Jedes Mal, wenn Unruhen im Innern den Vollzugsrat dazu nötigen, einen Teil der öffentlichen Streitkräfte von einem Departement in das andere zu verschieben, ist er verpflichtet, die gesetzgebende Körperschaft davon unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

Art. XI-8 Alle Teile der Streitkräfte, die gegen die äusseren Feinde eingesetzt sind, unterliegen den Befehlen des Vollzugsrates.

IX. La force publique est essentiellement obéissante : Nul Corps armé ne peut délibérer.

X. Les Commandans en chef des armées de terre & de mer ne seront nommés qu'en cas de guerre, & par Commission. Ils la recevront du Conseil exécutif. Elle sera révocable à volonté. Sa durée sera toujours bornée à une campagne, & elle devra être renouvelée tous les ans.

XI. La Loi de discipline militaire aura besoin d'être renouvelée chaque année.

XII. Les Commandans de la Garde Nationale seront nommés tous les ans par les Citoyens de chaque Commune ; & nul ne pourra commander la Garde Nationale de plusieurs Communes.

Titre XII. – Des Contributions publiques.

Article premier. Les Contributions publiques ne doivent jamais excéder les besoins de l'État.

II. Le Peuple seul a droit, soit par lui-même, soit par ses Représentans, de les consentir, d'en suivre l'emploi & d'en déterminer la quotité, l'assiette, le recouvrement & la durée.

III. Les Contributions publiques seront délibérées & fixées chaque année par le Corps législatif, & ne pourront subsister au-delà de ce terme, si elles n'ont pas été expressément renouvelées.

IV. Les Contributions doivent être également réparties entre tous les Citoyens, en raison de leurs facultés.

V. Néanmoins la portion du produit de l'industrie & du travail qui sera reconnue nécessaire à chaque Citoyen pour sa subsistance, ne peut être assujétie à aucune Contribution.

VI. Il ne pourra être établi aucune contribution qui, par sa nature ou par son mode, nuirait à la libre disposition des propriétés, aux progrès de l'industrie & du commerce, à la circulation des capitaux, ou entraînerait la violation des droits reconnus & déclarés par la Constitution.

Art. XI-9 Die Streitkräfte sind grundsätzlich dem Gehorsam verpflichtet: Kein bewaffnetes Korps darf über Entscheidungen beraten.

Art. XI-10 Die Oberbefehlshaber der Landes- und Seestreitkräfte werden nur im Kriegsfall und mittels eines Auftrags ernannt. Sie erhalten ihn vom Vollzugsrat. Er ist nach Belieben widerruflich, seine Dauer ist immer auf einen Feldzug begrenzt und muss alle Jahre erneuert werden.

Art. XI-11 Das Gesetz über die militärische Disziplin muss jedes Jahr erneuert werden.

Art. XI-12 Die Kommandanten der Nationalgarde werden jedes Jahr von den Bürgern der jeweiligen Gemeinde ernannt; niemand darf gleichzeitig die Nationalgarde mehrerer Gemeinden führen.

XII. Titel – Über die öffentlichen Abgaben

Art. XII-1 Die öffentlichen Abgaben dürfen die Bedürfnisse des Staates nie übersteigen.

Art. XII-2 Nur das Volk hat das Recht sie, entweder selber oder durch seine Repräsentanten, zu genehmigen, ihre Verwendung zu überwachen und ihren Anteil, ihre Bemessungsgrundlage, Eintreibung und Dauer zu bestimmen.

Art. XII-3 Die öffentlichen Abgaben werden durch die gesetzgebende Körperschaft jedes Jahr beraten und festgesetzt und sie dürfen über diesen Termin hinaus nicht in Kraft bleiben, wenn sie nicht ausdrücklich erneuert worden sind.

Art. XII-4 Die Abgaben müssen auf gleiche Art und Weise auf alle Bürger mit Rücksicht auf ihre Zahlungskraft verteilt werden.

Art. XII-5 Jedoch darf der Anteil am Ertrag aus Produktion und Arbeit, der für jeden Bürger für seinen Lebensunterhalt für notwendig erachtet wird, keiner Abgabe unterworfen sein.

Art. XII-6 Es darf keine Abgabe erhoben werden, die durch ihre Natur oder ihre Art der Selbstbestimmung über das Eigentum, dem Fortschritt der Produktion und des Handels, sowie der freien Bewegung des Kapitals schadet oder die Verletzung der von der Verfassung anerkannten und deklarierten Rechte zur Folge hat.

VII. Les Administrateurs des Départemens ou des Communes ne pourront ni établir aucune contribution publique, ni faire aucune répartition au-delà des sommes fixées par le Corps législatif, ni délibérer ou permettre, sans y être autorisés par lui, aucun emprunt local à la charge des citoyens du Département ou de la Commune.

VIII. Les comptes détaillés de la dépense des Départemens ministériels, signés & certifiés par les ministres, seront rendus publics, chaque année, au commencement de chaque législature.

IX. Il en sera de même des états de recette des diverses contributions & de tous les revenus publics.

X. Les états de ces dépenses & recettes seront distingués suivant leur nature, & exprimeront les sommes touchées & dépensées, année par année, dans chaque département.

XI. Seront également rendus publics les comptes des dépenses particulières aux départemens & relatives aux tribunaux, aux administrateurs, & généralement à tous les établissemens publics.

Titre XIII & dernier. – Des rapports de la République Française avec les Nations étrangères, & de ses relations extérieures.

Article premier. La République Française ne prendra les armes que pour le maintien de sa liberté, la conservation de son territoire & la défense de ses alliés.

II. Elle renonce solennellement à réunir à son territoire des contrées étrangères, sinon d'après le vœu librement émis de la majorité des habitans, & dans le cas seulement où les contrées, qui solliciteront cette réunion, ne seront pas incorporées & unies à une autre Nation, en vertu d'un pacte social, exprimé dans une constitution antérieure & librement consentie.

Art. XII-7 Die Administratoren des Departements oder der Gemeinden dürfen keine anderen öffentlichen Abgaben erheben und keine über die von der gesetzgebenden Körperschaft festgesetzten Beträge hinausgehende Verteilung ausführen; sie dürfen auch über keinerlei lokale Anleihe zu Lasten der Bürger des Departements oder der Gemeinde beraten oder jene genehmigen, ohne dafür von ihr²⁴⁰ ermächtigt zu sein.

Art. XII-8 Die detaillierten Rechnungen der Ausgaben der Ministerialabteilungen, die von den Ministern unterzeichnet und beglaubigt worden sind, werden jedes Jahr am Anfang jeder Legislatur öffentlich vorgelegt.

Art. XII-9 Das gleiche gilt für die Aufstellungen der Einnahmen aus den verschiedenen Abgaben und aus allen öffentlichen Einkünften.

Art. XII-10 Die Aufstellungen dieser Ausgaben und Einnahmen werden ihrer Natur gemäss unterschieden und zeigen Jahr für Jahr für jedes Departement die Beträge, die eingenommen und ausgegeben wurden.

Art. XII-11 Öffentlich vorgelegt werden auch die Rechnungen der besonderen Ausgaben der Departemente, die Gerichte, Administratoren und allgemein alle öffentlichen Einrichtungen betreffen.

XIII. und letzter Titel – Über die Beziehungen der französischen Republik zu den fremden Nationen und über ihre Aussenbeziehungen

Art. XIII-1 Die französische Republik greift nur zu den Waffen, um ihre Freiheit aufrechtzuerhalten, ihr Gebiet beizubehalten und ihre Verbündeten zu verteidigen.

Art. XIII-2 Sie verzichtet in aller Form darauf, ausländische Landgegenden ihrem Gebiet anzugliedern, es sei denn, dass die Mehrheit der Einwohner sich frei dazu entschieden hat und dies auch nur für den Fall, dass die Gegenden, die um diese Angliederung ersuchen, nicht in einer anderen Nation – kraft eines Gesellschaftsvertrages, der auf einer vorgelagerten, frei zugestandenen Verfassung gründet – eingegliedert und mit ihr verbunden sind.

²⁴⁰ Der gesetzgebenden Körperschaft.

III. Dans les pays occupés par les armes de la République Française, les Généraux seront tenus de maintenir, par tous les moyens qui sont à leur disposition, la sûreté des personnes & des propriétés, & d'assurer aux Citoyens de ces pays la jouissance entière de leurs droits naturels, civils & politiques. Ils ne pourront, sous aucun prétexte, & en aucun cas, protéger de l'autorité dont ils sont revêtus, le maintien des usages contraires à l'égalité, & à la souveraineté des peuples²⁴¹.

IV. Dans ses relations avec les Nations étrangères, la République Française respectera les institutions garanties par le consentement de la généralité des peuples²⁴².

V. La déclaration de guerre sera faite par le Corps législatif & ne sera pas assujétie aux formes prescrites pour les autres délibérations ; mais elle ne pourra être décrétée qu'à une séance indiquée au moins trois jours à l'avance, par un scrutin signé, & après avoir entendu le Conseil exécutif de la République.

VI. En cas d'hostilités imminentes ou commencées, de menaces, ou de préparatifs de guerre contre la République Française, le Conseil exécutif est tenu d'employer, pour la défense de l'État, les moyens qui sont remis à sa disposition, à la charge d'en prévenir le Corps législatif, sans délai. Il pourra même indiquer en ce cas, les augmentations de forces, & les nouvelles mesures que les circonstances pourroient exiger.

VII. Tous les agens de la force publique, sont autorisés, en cas d'attaque, à repousser une agression hostile à la charge d'en prévenir sans délai le Conseil exécutif.

VIII. Aucune négociation ne pourra être entamée, aucune suspension d'hostilités ne pourra être accordée, sinon en vertu d'un décret du Corps législatif, qui statuera sur ces objets après avoir entendu le Conseil exécutif.

²⁴¹ Varianten A und B: le maintien des usages contraires à la liberté et l'égalité naturelles, et à la souveraineté des Peuples.

²⁴² Varianten A und B: par le consentement exprès ou tacite de la généralité du Peuple.

Art. XIII-3 In den von der französischen Republik besetzten Länder sind die Generäle verpflichtet, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, die Sicherheit für Personen und Eigentum aufrechtzuerhalten und den Bürgern dieser Länder den vollen Genuss ihrer natürlichen, bürgerlichen und politischen Rechte zu sichern. Sie dürfen unter keinem Vorwand und unter keinen Umständen mit der Gewalt, die sie bekleiden die Beibehaltung von Usanzen, die der Gleichheit und der Souveränität der Völker widersprechen, schützen.

Art. XIII-4 Die französische Republik hat, in ihren Beziehungen zu den fremden Nationen, die Institutionen, denen die Allgemeinheit der Völker zugestimmt hat, zu respektieren.

Art. XIII-5 Die Kriegserklärung wird durch die gesetzgebende Körperschaft abgegeben und sie ist den durch andere Beratungen vorgeschriebenen Formen nicht unterworfen; sie darf jedoch nur nach einer mindestens drei Tage im Voraus bestimmten Sitzung und mittels einer unterschriebenen Abstimmung verordnet werden, nachdem der Vollzugsrat der Republik angehört wurde.

Art. XIII-6 Im Falle unmittelbar bevorstehender oder begonnener Feindseligkeiten, von Bedrohungen oder Kriegsvorkehrungen gegen die französische Republik, ist der Vollzugsrat gehalten, unverzüglich die Mittel, die ihm zur Verfügung gestellt wurden, anzuwenden, um den Staat zu verteidigen, mit der Auflage die gesetzgebende Körperschaft unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen. Er darf in diesem Fall sogar die Aufstockung der Streitkräfte und die neuen Massnahmen angeben, die die Umstände erfordern könnten.

Art. XIII-7 Alle Beamten der Streitkräfte sind im Falle eines Überfalls und mit der Auflage, dass der Vollzugsrat davon ohne Verzug in Kenntnis gesetzt wird, ermächtigt, einen feindlichen Angriff abzuwehren.

Art. XIII-8 Keine Verhandlung darf angefangen und keine Einstellung der Feindseligkeiten bewilligt werden, ausser kraft eines Dekretes der gesetzgebenden Körperschaft, welche über diese Angelegenheiten entscheidet, nachdem der Vollzugsrat angehört wurde.

IX. Les conventions & traités de paix, d'alliance & de commerce seront négociés, au nom de la République Française, par des agens nationaux nommés par le Conseil exécutif & chargés de ses instructions ; mais leur exécution sera suspendue & ne pourra avoir lieu qu'après la ratification²⁴³.

X. Les capitulations & suspensions d'armes momentanées, consenties par les Généraux, sont seules exceptées des articles précédens.

Signés les membres du Comité de Constitution.

Condorcet, Gensonné, B. Barrere, Barbaroux, Thomas Payne, Petion, Vergniaud, Emmanuel Sieyès.

²⁴³ Varianten A und B zusätzlich: du corps législatif.

Art. XIII-9 Die Übereinkommen, die Friedens-, Bündnis- und Handelsverträge werden im Namen der französischen Republik durch nationale Agenten, die vom Vollzugsrat ernannt und seinen Anweisungen unterliegen, ausgehandelt; ihr Vollzug wird jedoch aufgeschoben und darf erst nach ihrer Ratifizierung erfolgen.

Art. XIII-10 Einzig die Kapitulationen und provisorische Waffenruhen, in welche die Generäle eingewilligt haben, sind von den vorhergehenden Artikeln ausgenommen.

Gezeichnet: Die Mitglieder des Verfassungskomitees.

Condorcet, Gensonné, B. Barrère, Barbaroux, Thomas Payne, Pétion, Vergniaud, Emmanuel Sieyes.

Décret de la Convention

Du 16 Février 1793, l'an deuxième de la République française.

La Convention Nationale décrète que le projet de Constitution & le rapport qui le précède, dont elle a entendu la lecture dans ses séances des 15 & 16 de ce mois, seront imprimés & envoyés aux quatre-vingt-cinq Départemens, en nombre suffisant d'exemplaires, pour qu'il en soit adressé, par eux, aux Administrations de district, aux Municipalités & aux Sociétés populaires.

Le Conseil exécutif provisoire est chargé d'en faire parvenir des exemplaires aux armées.

Signé, Bérard, Président ; Thuriot, Cambaceres, Choudieu, Prieur, Lamarque, Lecointe-Puyraviau, Secrétaires.

Achevé d'imprimer le 20 Février 1793, l'an deuxième de la République française.

(Signature Baudouin)

Dekret des Konvents

Vom 16. Februar 1793, dem zweiten Jahr der französischen Republik.

Der Nationalkonvent verordnet, dass der Verfassungsentwurf und der ihm vorangehende Bericht, deren Lesung der Konvent in den Sitzungen vom 15. und 16. dieses Monats angehört hat, gedruckt und an die 85 Departemente verschickt werden, in genügender Anzahl, damit diese eine Anzahl Exemplare den Bezirksadministratoren, den Gemeindekörperschaften und den Volkskörperschaften zukommen lassen.

Der provisorische Vollzugrat ist gehalten, Exemplare davon den Armeen zukommen zu lassen.

Gezeichnet, Bérard, Vorsitzender; Thuriot, Cambacérès, Choudieu, Prieur, Lamarque, Lecointe-Puyraviau, Sekretäre.

Gedruckt am 20. Februar 1793, dem zweiten Jahr der französischen Republik.

(Unterschrift Baudouin)

IV. Grafiken zum Gironde-Verfassungsentwurf

